

Ceterum Censeo
Anmerkungen zur Gesellschaftspolitik

KURT SCHELTER

„Ceterum censeo ...“

Anmerkungen
zur
Gesellschaftspolitik

Ceterum censeo

Anmerkungen zur Gesellschaftspolitik

Kurt Schelter

München: Eurolaw-Verlagsgesellschaft OHG

ISBN 978-3-9812116-0-3

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

© 2009 by Eurolaw-Verlagsgesellschaft OHG

Auf der Vogelwiese 25, 81375 München

Telefon: +49 89 706803

Telefax: +49 32 2210275 10

ISBN 978-3-9812116-0-3

Satz: Elisabeth Mayer, Fotosatz, 85598 Baldham

Druck: Wilhelm & Adam, 63150 Heusenstamm

Vorwort

Diese Anmerkungen zur Gesellschaftspolitik geben in leicht bearbeiteter Form Editorials wieder, die ich als Herausgeber der Monatszeitschrift für Sozialrecht in Deutschland und Europa seit nunmehr zehn Jahren verfasst habe.

Aktuelle sozialpolitische Probleme sind überwiegend der Ausgangspunkt für diese Tagebucheinträge. Dabei zeigt sich aber, wie tief Diskussion und Lösungsfindung in diesem Bereich in unserem Gesellschafts- und Staatsverständnis wurzeln – oder eben nicht.

Diese ständige Herausforderung steht im Mittelpunkt der Gedanken: Wie kann es gelingen, eine als ordnungspolitisch richtig erkannte Politik im täglichen Politikbetrieb in Deutschland und Europa auch durchzusetzen, z.B. gegen angeblich unausweichliche fiskalische Zwänge oder die Anforderungen sozialer Sicherheit und individueller Gerechtigkeit.

Die Monat um Monat, Jahr für Jahr versuchten Antworten auf diese Frage fallen eher skeptisch aus. Denn bei der Beurteilung der konkreten Lösungen konkreter Probleme in den vergangenen zehn Jahren zeigt sich, dass die Politik immer atemloser den gesellschaftlichen Entwicklungen hinterherläuft, zu reparieren versucht und immer weniger in der Lage ist, die Zukunft aktiv zu gestalten. Das Ergebnis ist eine Politik, deren Richtigkeit nur noch schwer erkennbar ist und deren Akzeptanz schwindet.

Die Ursachen dafür sind vielfältig. Ist es die stetig wachsende Komplexität der Probleme und das immer kürzer werdende Verfallsdatum für scheinbar nachhaltige Lösungen? Oder ist es die Organisation des Politikbetriebes in unserem Land und in Europa und das Selbstverständnis der politisch Handelnden, der Experten, der Interessenverbände, der Medien und der Bürger?

Diese Anmerkungen versuchen, dies anhand von konkreten Beispielen zu ergründen.

Ich danke den Verlagen R.S. Schulz und Wolters Kluwer Deutschland für die Erlaubnis, die dort erschienenen Editorials für diese Anmerkungen zu verwenden.

Brüssel, im Dezember 2008

Kurt Schelter

Actio oder Reactio?

(Dezember 1997)

Die Sozialpolitik und das Sozialrecht in Deutschland und Europa hatten sicher schon bessere Jahre. Dabei wollen wir nicht vergessen, dass es in Amsterdam gelungen ist, die Europäische Sozialunion endlich auf alle 15 Mitgliedstaaten auszudehnen – wenn der Vertrag ratifiziert wird.

Im nationalen Bereich mussten wir die Erfahrung machen, dass konzeptionelle Kraft in Zeiten höchster finanzieller Anspannung besonders selten ist. Aber Re-Aktion darf trotzdem, das wissen alle Verantwortlichen, nicht zum Verhaltensmuster werden. Denn ein wohlmeinender Beobachter aus dem „Land der unbegrenzten Möglichkeiten“ darf nicht recht bekommen mit seiner Behauptung, die Sozialordnung unseres Landes sei die des 19. Jahrhunderts.

An der Schwelle zum neuen Jahr fällt es schwer, auf konkrete und rasche Besserung zu hoffen. Wahlen und EURO-Fieber werden den Patienten Sozialstaat wohl an einer raschen Genesung hindern.

Scheitert Deutschland?

(Januar 1998)

Kurz vor dem Weihnachtsfest hat mir ein Freund ein Buch geschickt, das ich schon besaß. Zum Lesen hatte ich noch keine Zeit gefunden. Nun lag die Mahnung doppelt auf dem Tisch, sich endlich mit der provokanten Frage zu befassen: „Scheitert Deutschland?“ Es war eine aufregende, spannende Lektüre, fast ohne Pause.

Dies ist nicht der Ort für eine Rezension. Ob *Arnulf Baring* mit allen – oft polemisch zugespitzten Behauptungen Recht hat, das stehe dahin. Aber eines ist sicher: Wenn ein scharfsinniger Beobachter der Lage in Deutschland vom „siechen Sozialstaat“, vom „Ende des Wohlfahrtsstaates“ spricht, „Arbeit statt Sozialhilfe“ einfordert und beklagt, dass Deutschland Arbeitsplätze exportiere und Sozialhilfeempfänger aus aller Welt importiere, dann muss das Anlass sein, die Zukunft unseres Sozialstaates noch kritischer in den Blick zu nehmen. Wem soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit in Deutschland und Europa besonders am Herzen liegen, der kann sich morgen noch weniger als heute mit der Beschreibung dessen zufrieden geben, was ist.

Sprache im sozialen Staat

(Februar 1998)

Ob der Fülle von mehr rechtstechnischen Problemen, die uns die ständig notwendige Anpassung unserer sozialen Ordnung an die ökonomischen Rahmenbedingungen bereitet, gerät in Vergessenheit, dass der „soziale Staat“ auch eine kulturelle Komponente hat – haben sollte. Es ist eben auch eine Frage der Kultur, wie man in einem Staat, in einer Gesellschaft miteinander umgeht. Und das wiederum kann sich nicht nur danach bemessen, für welche Lebensrisiken nach welchen Kriterien bestimmten Bevölkerungsgruppen Ansprüche auf materielle Leistungen eingeräumt werden.

Wer auf europäischer oder internationaler Bühne oft in die Situation gerät, sich nicht seiner Muttersprache bedienen zu können, spürt den kulturellen, den sozialen Aspekt der Sprache. Identität, Originalität, Kompetenz, Sicherheit und Gemeinschaftsgefühl sind auch davon abhängig, ob man sich in seiner Muttersprache ausdrücken kann.

Deshalb ist es wichtig, die Ergebnisse der Euromosaic-Studie in den großen Zusammenhang einer Sprachenpolitik in Europa zu stellen. Vielleicht können sie er einen Anstoß dazu geben, wenigstens einen Teil der Energien, die wir zur Zeit in den Streit über die Reform der Rechtschreibung investieren, dafür zu verwenden, die deutsche Sprache als Kulturträger in Europa zu fördern und – wo das nötig ist – auch zu schützen.

Soziale Sicherheit in Europa – ein weites Feld auch an den Grenzen

(März 1998)

Diese Tage stehen im Bereich der Sozialpolitik ganz im Zeichen der Unsicherheit, was die Schlichtung im Tarifstreit zwischen den Gewerkschaften für den öffentlichen Dienst und den Arbeitgebern bringen wird. Dabei wissen auch die Gewerkschaften, dass es nach einem Arbeitskampf selbst in Zeiten von Wahlkämpfen keine Gewinner geben kann.

Die Tarifparteien spüren bei dieser Verhandlungsrunde wie bei keiner anderen zuvor, dass es nicht nur um die Gestaltung der Tarifbedingungen für ein weiteres Jahr, sondern um die Rahmenbedingungen für den Fortbestand unseres bewährten, aber leider sehr teuren öffentlichen Dienstes geht. Wer den öffentlichen Dienst als Motor für mehr

Beschäftigung einsetzen will, hat die Herausforderungen nicht begriffen, vor der eine große Industrie- und Exportnation am Ende dieses Jahrhunderts steht, überschätzt die Steuerungswirkung der Beschäftigung im Bereich der Öffentlichen Hand und verkennet letztlich Dimensionen und Ursachen des Problems, vor dem wir auf dem Arbeitsmarkt stehen.

Beschäftigungspolitik ist und bleibt eine der wichtigsten Aufgaben der Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Dies kann und darf aber nicht bedeuten, dass die Union die Probleme auf den Arbeitsmärkten in den Mitgliedstaaten schlicht ignoriert. Die Staats- und Regierungschefs haben ihre Verantwortung für die Beschäftigung der Bürger der Europäischen Union beim „Beschäftigungsgipfel“ bekräftigt. Der Europäische Rat hat in einer Entschließung Leitlinien für die Beschäftigungspolitik 1998 aufgestellt.

Wir müssen aber auch unsere nationalen Hausaufgaben machen: Deshalb ist es unvermeidbar, unsere Sozialordnung gegen Missbrauch noch besser zu schützen. Dies hat bereits zur ersten Novelle zum neuen SGB III geführt. Das Gesetz gegen Leistungsmissbrauch und illegale Beschäftigung kann, konsequent vollzogen, die Grundeinstellung vieler zu einer Beschäftigung wesentlich verändern.

Tausendfachen neuen Leistungsmissbrauch müssen wir Monat für Monat im Bereich von Asyl, Flüchtlingen und illegaler Migration beklagen. Der Entwurf des Bundesrates zur weiteren Absenkung der Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz ist ein weiterer Schritt in die richtige Richtung. Im Gesetzgebungsverfahren wird sich zeigen, ob die vorgesehenen Maßnahmen nicht noch zielgenauer gestaltet werden können. Dies gilt z. B. für die Frage, ob die Leistungsabsenkung nicht bereits an die Tatsache des illegalen Grenzübertritts anknüpfen sollte.

Der öffentliche Dienst – Zerrbild und Wirklichkeit

(April 1998)

Der öffentliche Dienst hatte in diesem Land noch nie eine gute Presse: „zu träge, zu fett, von gestern, umständlich, unfreundlich und vor allem zu teuer!“

Solche Vorurteile sind sehr hartnäckig. Das positive Gegenteil muss schon potenziert erscheinen, soll es wenigstens wahrgenommen werden. Das ist aber längst geschehen: Der „schlanke Staat“ ist

Wirklichkeit, nicht mehr nur Programm. „Produktivität“ ist auch in Behörden schon lange kein Fremdwort mehr.

Wer daran zweifelt, sollte sich die Stellenpläne der öffentlichen Hand einmal ansehen und zurückschauen – ohne die vertrauten Vorurteile. Aber wo bleiben die anerkennenden Kommentare zu der doch erstaunlichen Tatsache, dass die Bundesregierung im Umzugsjahr 1999 nicht mehr Mitarbeiter haben wird als vor der Wiedervereinigung?

Auch die schärfsten Kritiker müssten nach den Beschlüssen der letzten Tage nachdenklich geworden sein:

- Der öffentliche Dienst steht mit dem Versorgungsrücklagegesetz und dem Versorgungsreformgesetz, das der Bundesminister des Innern gegen harte Widerstände im Bundestag eingebracht hat, an der Spitze der Innovation, manche sagen: an der Spitze des sozialpolitischen Fortschritts.
- Der Tarifabschluss öffnet die Tür auch für die Beteiligung der Arbeitnehmer an der Zusatzversorgung. Wer hätte das für möglich gehalten? Das Modell der Altersteilzeit ist ein großer Wurf kluger Schlichter.

Richtig ist: Der Einstieg in die Reform der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall ist noch nicht gelungen. Aber es muss schließlich noch Felder geben, auf denen die private Wirtschaft mit gutem Beispiel vorangehen kann. Wer wagt es?

Europäisches Richterrecht und der medizinische Fortschritt

(Mai 1998)

Der Europäische Gerichtshof hat in diesen Tagen seinen Kritikern neuen Stoff für Diskussionen gegeben: In den Händen der Luxemburger Richter nimmt das Gemeinschaftsrecht zuweilen eine Gestalt an, die manche seiner Urheber in Brüssel und Straßburg nicht vor Augen hatten. Die beiden Urteile zur Erstattung der Kosten für Brillen und für Zahnregulierungen in ambulanter Behandlung haben viele überrascht, manche entsetzt.

Der Gerichtshof hat festgestellt, dass Gemeinschaftsangehörige in einem anderen Mitgliedstaat medizinische Erzeugnisse erwerben, sich zahnärztlich behandeln lassen und dafür Kostenerstattung nach den Sätzen des Versicherungsstaates beanspruchen können. Regelungen im nationalen Recht, die solche Leistungen von der vorherigen Genehmigung

des nationalen Kostenträgers abhängig machen, behindern nach Auffassung des EuGH den freien Warenverkehr bzw. die Freiheit der Dienstleistung.

Der Bundesminister für Gesundheit hält diese Rechtsprechung für sehr problematisch: Sie werde dazu führen, dass entweder die gesetzliche Krankenversicherung für die Patienten teurer werden oder in ihren Leistungen reduziert werden müsse. Die Urteile werden dazu führen, dass Hunderttausende von Ärzten und viele Krankenhäuser in Europa das nationale Angebot vergrößern und damit die Kosten steigern werden.

Werden diese Argumente auch die Betroffenen erreichen? Wahrscheinlicher ist, dass die Versicherten den Richterspruch als eine der wenigen handfesten, spürbaren Konkretisierungen des Binnenmarktes begrüßen. Die Kassenärztliche Bundesvereinigung hat überraschend gelassen reagiert: Einen Behandlungstourismus werde es nicht geben, weil das deutsche Gesundheitssystem von hoher Qualität und deshalb auch in Europa konkurrenzfähig sei.

Diskontinuität

(Juni 1998)

Der Gesetzgeber des Bundes quält sich durch die letzten Sitzungstage: Jeder weiß, dass es noch viel zu erledigen gäbe; vor allem, weil der Bundesrat manches auf die lange Bank geschoben hat. Aber niemand will einen Fehler machen, so kurz vor der Wahl; und so ganz genau weiß eben doch niemand, was die Wähler von der einen oder anderen Initiative halten mögen.

An keinem Beispiel wird das so deutlich, wie bei der Novelle zum Asylbewerberleistungsgesetz. Die Ausgangslage ist delikat: Die Mehrheit des Bundesrates hat in einem Gesetzentwurf, der auf Antrag der Großen Koalition in Berlin eingebracht worden ist, weitere Einschränkungen für ausländische Personengruppen vorgeschlagen, von denen angenommen wird, dass sie – ohne politisch verfolgt zu sein – in unser Land kommen, solange wie möglich bleiben und soviel wie möglich Sozialleistungen beziehen wollen.

Die Länder drückt die Kostenlast. Sie ist gleich schwer für alle, ohne Rücksicht auf die jeweilige Koalition. Aber nach genauer Lektüre dessen, was man beschlossen hat, drückt einige Mehrheitsvertreter jetzt auch das Gewissen: Unklar ist nämlich nach dem Wortlaut des

Entwurfs, ob damit auch die Vertriebenen und Flüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina und diejenigen erfasst sind, die aus Gründen, die in ihrer Person liegen, nicht abgeschoben werden dürfen. Und so beeilen sich diejenigen mit besonders ambitionierten bundespolitischen Zielen nach dem Beschluss zu beteuern, dass dies natürlich nicht gewollt war ...

Der Entwurf hat die Fraktionen des Bundestages und die Koalition in Verlegenheit gebracht: Teile der SPD-Fraktion sind dafür. Sie kennen die Kostenprobleme der Länder. Nur wenige aus den Koalitionsfraktionen sind aus ganz unterschiedlichen Gründen dagegen. Die große Mehrheit von CDU/CSU hält das vom Bundesrat Vorgeschlagene für nicht weitgehend genug: Es fehle ein Absenkungstatbestand für all diejenigen, die illegal die Grenze überschritten haben. Außerdem müsse klargestellt werden, dass für den betroffenen Personenkreis generell nur noch Sachleistungen und die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften in Betracht kommen. Dies müsse noch geregelt werden.

Wer wagt es, in diesem Dilemma vorherzusagen, wie das endet? Die bequemste, aber die schlechteste aller Lösungen wäre die Rettung in die „Diskontinuität“. Sie löst die Probleme nicht und bringt noch mehr Bürger auf gegen unsere Art Gesetze zu machen – oder eben nicht!

Die Wärme der sozialen Sonne

(Juli 1998)

Die Parlamente sind in den Ferien, die Gesetzgebung hält inne. Für einige Wochen stehen also die Druckmaschinen still, die uns auch in der 13. Legislaturperiode mit tonnenweisem Output den tatsächlichen oder vermeintlichen Reformbedarf unserer Sozialordnung als fast körperlich spürbare Last aufgedrückt haben.

„Sozialpolitik“ ist jetzt vor allem Wahlkampf, manchmal auch Spielwiese für mehr oder weniger originelle Zwischenrufe aus der zweiten Reihe. Wir versäumen also wenig, wenn wir uns bis zum 27. September einmal nicht täglich mit dem Innenleben unseres Sozialstaates befassen. So bleibt etwas Zeit, das zu tun, was viel zu selten geschieht: den Blick von außen auf unsere Sozialordnung zu werfen.

Hunderttausende von Menschen machen das und ziehen daraus die Konsequenz, die uns so viel Sorgen bereitet – sie machen sich auf den Weg nach Deutschland.

Wie groß diese Herausforderung schon ist, zeigen uns die monatlichen Zahlen über Asylbewerber, über illegale Einwanderung an unseren Grenzen. Was die nächsten Jahre an zusätzlichen externen Risiken noch für uns bereithalten, führen uns die Meldungen über die steigende Flut von boat-people aus Tunesien und Marokko an den Küsten Italiens drastisch vor Augen.

Niemand sollte sich täuschen: Dies wird kein Problem Italiens bleiben. Die Schengen-Staaten und die Europäische Union müssen sich darauf einrichten – durch Prävention in den Herkunftsländern und eine entschlossene und konsequente Politik der Rückführung.

Und Deutschland? Wir sollten die immer drängenderen Fragen unserer Partner noch ernster nehmen, ob wir wirklich alles tun, die pull-factors zu vermeiden. Das ist aber letztlich die Frage nach der Attraktivität unseres Sozialstaates – aber für diejenigen, für die er nicht geschaffen worden ist.

Kontinuität oder Umkehr?

(August 1998)

Die Sozialpolitik wird sich nach der Sommerpause in einem neuen Dilemma wiederfinden: Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für soziale Politik haben sich – das bestreitet nun niemand mehr – wieder wesentlich verbessert: Stabile Konjunktur, hohe Preisstabilität, günstigere Kennziffern in den öffentlichen Haushalten, weniger Arbeitslose, mehr offene Stellen.

Dies mag viele nachdenklich stimmen, die in den letzten Jahren, mehr gegen die eigene Überzeugung, einem entschlossenen Sparkurs und einer konsequenten Politik der Flexibilisierung unserer sozialen Sicherungssysteme zugestimmt haben: „Ist die Zeit für eine Trendwende gekommen? Können wir uns wieder mehr leisten in der Sozialpolitik?“

Wer die Herausforderungen und Risiken kennt, die in den nächsten Jahren auf unser Gemeinwesen zukommen werden, wer den anhaltenden Problemstau in den Blick nimmt, kann vor solchen Gedankenspielen nur warnen. Die überfällige Steuerreform ist nur ein Beispiel. Der in seinen Dimensionen auch nicht annähernd fassbare Missbrauch unserer Sozialleistungen ist ein anderes.

Nicht „Umkehr“ kann also die Devise sein für den 14. Deutschen Bundestag und den Bundesrat nach dem 27. September, sondern

konsequente Fortsetzung einer Politik, die Leistungen im Sozialbereich an den tatsächlich gegebenen Risiken misst und alle Beschlüsse an dem ausrichtet, was sich der Sozialstaat leisten kann – nicht an dem, was wünschenswert sein mag.

Wir sind erst am Anfang der Konsolidierung einer solchen Politik, zu der es keine Alternative gibt. Das Bewusstsein, dass dies so ist, bildet sich erst langsam. Es wäre verheerend für den in den letzten Jahren mühsam erstrittenen Erfolg, wenn wir jetzt, auf halber Strecke, der Versuchung erliegen würden, den leichten Weg zu gehen.

Dabei ist doch allen klar, dass die größte Gefahr gerade für eine richtige Sozialpolitik im parlamentarischen Alltag oft nicht die in bester Absicht getroffene falsche Entscheidung ist. Es sind die kleinen Dinge, die – zusammengekommen – in die falsche Richtung führen.

Zwischen Maastricht und Amsterdam

(September 1998)

Der Vertrag von Amsterdam ist noch nicht in Kraft. Aber die Europäische Union bereitet sich schon intensiv auf die „Zeit nach Maastricht“ vor und die österreichische Präsidentschaft gibt die Schlagzahl an: Das Arbeitsprogramm für die Gestaltung eines „Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“ steht und ein „Strategiepapier zur Migrations- und Asylpolitik“ ist seit dem 1. Juli dieses Jahres schon ein offizielles Dokument der EU.

Einigen Mitgliedstaaten geht das alles etwas zu schnell. Sie weisen zurecht darauf hin, dass die Gemeinschaft von Schengen auf wichtigen Gebieten der dritten Säule des Maastricht-Vertrages noch mitten in der Arbeit steckt – z.B. in der Visapolitik. Und in der bisherigen Zusammenarbeit in der EU hat sich herausgestellt, dass in den Mitgliedstaaten die Bereitschaft zu einer raschen Vertiefung der Integration auf den Feldern der Ausländer- und Asylpolitik noch sehr schwach ausgebildet ist.

Die Präsidentschaft hat sicher recht damit, sich schon jetzt über die Strategie für die wichtigsten Politikfelder Gedanken zu machen. Aber macht es Sinn, dass die Präsidentschaft über viele Monate hinweg an einem der wichtigsten Papiere arbeitet, die in der EU jemals geschrieben worden sind, ohne rechtzeitig abzuklären, ob die übrigen Mitgliedstaaten auch bereit sind, auf diesem Weg zu folgen? Jetzt drückt die

Zeit. Denn knapp vier Monate sind eine kurze Zeit für die Abstimmung eines „Strategiepapiers“ unter 15 Partnern.

Und in der Sache? Hat die Präsidentschaft gerade in diesen Bereichen auch den richtigen Weg eingeschlagen? Das Papier ist lang – 42 Seiten! Es holt sehr weit aus – bis zum Jahr 1991 zurück. Der gute Wille, ja die Entschlossenheit, rascher voran zu kommen und die europäische Rechtsordnung auf diese ständige Herausforderung einzustellen, ist in jedem Satz zu spüren. Trotzdem ist diese Ausarbeitung über lange Passagen weniger eine Strategie- als ein Problempapier. Die Probleme sind aber seit langem bekannt:

- Wird die Genfer Konvention den Fluchtursachen unserer Zeit noch gerecht?
- Brauchen wir Quoten für Flüchtlinge und Asylbewerber?
- Sind die immer noch attraktiven Sozialordnungen in den EU-Staaten nicht die eigentlichen Ursachen für Flucht und Asyl?

Es kommt viel zu auf die deutsche Präsidentschaft im neuen Jahr.

Rolle rückwärts in die Zukunft ...

(Oktober 1998)

Der Wahlkampf ist vorüber, die Wahl entschieden. Die neue Koalition hat sich auf ein Arbeitsprogramm für die nächsten vier Jahre verständigt. Wie soll es danach weitergehen in der Sozialpolitik?

Die Konturen der neuen Sozialpolitik sind erst schemenhaft erkennbar:

Die Koalitionsvereinbarung verheißt „Aufbruch und Erneuerung“, will „Deutschlands Weg ins 21. Jahrhundert“ konzipieren und kündigt eine „entschlossene Reformpolitik“ an. Das System der sozialen Sicherung soll „weiterentwickelt und modernisiert werden“. Solche Kernsätze wecken natürlich große Erwartungen für die in diesen Tagen beginnende Regierungsarbeit. Sind sie berechtigt?

Wer die Vereinbarung genau liest, findet Überraschendes: So soll die „Reform der Alterssicherung“ damit begonnen werden, dass die noch von der alten Bundesregierung beschlossene Kürzung des Renten-niveaus und die Änderungen bei den Erwerbsminderungsrenten ausgesetzt werden. Wie die „große Rentenreform“ aussehen wird, die schon im nächsten Jahr auf den Weg gebracht werden soll, bleibt letztlich offen.

Im Bereich des Gesundheitswesens will die neue Koalition den Anstieg der Beiträge zur Krankenversicherung stoppen und die Beiträge dauerhaft stabilisieren. Gleich zu Beginn ihrer Arbeit kündigt sie aber auch an, Elemente „der privaten Versicherungswirtschaft, wie Beitragsrückgewähr, Kostenerstattung und Selbstbehalt“ zurückzunehmen – Maßnahmen, von denen wir doch genau wissen, dass sie der so dringend notwendige Einstieg in mehr Selbstverantwortung und damit mehr persönliche Handlungsfreiheit in der sozialen Krankenversicherung wären.

„Aufbruch und Erneuerung“ – durch Rückabwicklung? Das ist schwer zu vermitteln. Oder geht es doch mehr um Umverteilung? Es verwundert nicht, dass auch für die neue Koalition „die Bekämpfung der Armut“ ein Schwerpunkt der Politik bleibt. Aber es wirft Fragen auf, ob wir dafür einen Armuts- und Reichtumsbericht brauchen.

Sozialpolitische Irrfahrt

(November 1998)

Die Frage bleibt: Wohin geht die Reise in der Sozialpolitik? Koalitionsvereinbarung und Regierungserklärung sind das eine – das Konzert der Meinungen im täglichen Medienecho ist das andere:

Was haben wir von der Überschrift „Soziale Sicherheit und Modernisierung des Sozialstaates“ zu erwarten? Sollen „Soziale Sicherheit gegenüber den wichtigsten Lebensrisiken“, die „Sicherung einer menschenwürdigen und ganzheitlichen Pflege“ im Rahmen der bewährten Sozialversicherung, also der „Solidarität aller“ gewährleistet bleiben oder müssen wir uns darauf einstellen, dass wesentliche Risikolagen der Bürger in Zukunft zu Tatbeständen des Staatshaushaltes oder gar der privaten Vorsorge werden? Von Pflegeversicherung und Arbeitslosenversicherung ist die Rede.

In diesen Tagen wird offenkundig, dass die konzeptionellen Vorstellungen der Koalition über die Zukunft der sozialen Sicherung weit auseinander gehen – je nachdem, wo die politische Verantwortlichkeit und die Zielvorstellung der Diskutanten liegen:

Wer die Beiträge zur Sozialversicherung in erster Linie als Arbeitskosten betrachtet, die vermeintlich den Wirtschaftsstandort Deutschland gefährden, kann natürlich auf den Gedanken kommen, die Leistungen des Sozialstaates zu größeren Teilen als bisher aus Steuermitteln zu finanzieren. Abgesehen davon, dass dies noch nicht die Frage

löst, welche Lebensrisiken in welchem Umfang in Zukunft Gegenstand staatlicher Sozialpolitik sein sollten, bleiben damit – volkswirtschaftlich gesehen – auch die Kosten dieselben, jedenfalls dann, wenn die Leistungen nicht schlechter werden sollen.

Stimmt es wirklich, dass wir in eine Gesellschaft mit „Vollkasko-Mentalität“ hineingeschlittert sind? Oder haben diejenigen, die das behaupten, nur übersehen, wie hoch heute schon der „Selbstbehalt“ des einzelnen ist? Manchen ist er sogar schon zu groß. Die ersten Initiativen der Bundesregierung im Bereich der Gesundheitspolitik lassen darauf schließen.

Klarer Kurs tut Not!

Veränderung und Nachbesserung

(Dezember 1998)

Am Ende dieses Jahres fällt es schwer, die Frage zu beantworten, mit welchem Attribut das Jahr 1998 in die Geschichte der Sozialpolitik eingehen wird. Als ein typisches Wahljahr? Dann war es ein verlorenes Jahr, vergeudete Zeit, die wir noch bereuen werden.

Die ersten neun Monate waren noch von den Bemühungen der alten Koalition geprägt, unser weit ausdifferenziertes, in allen Sparten stark belastetes Sozialsystem trotz hoher Arbeitslosigkeit und ohnehin schon hohen Sozialbeiträgen in seinen Grundpfeilern abzusichern, effektiv zu erhalten, ohne die Gesamtarchitektur massiv zu verändern.

Die letzten drei Monate waren im Bereich der Sozialpolitik überbucht mit vielen untauglichen Versuchen, fast alles anders, vieles von dem, was oft unter großen politischen Schmerzen geboren worden ist, ungeschehen zu machen.

In den Drucksachen des Bundestages liest sich das so:

- „wird rückgängig gemacht“
- „werden ausgesetzt“
- „werden weitgehend zurückgenommen“
- „wird aufgehoben“.

Aber ist das auch alles besser, nur weil es anders ist? Was kommt nach der Rolle rückwärts?

Die Lebenserfahrung, aber auch die Erfahrung im politischen Raum zeigen doch, dass alles Tun oder Unterlassen der Vorgänger, das in der Kampagne und in der verständlichen Euphorie nach dem Sieg einem oft

recht raschen und unerbittlichen negativen Urteil anheimfällt, sich nach genauer Betrachtung, mit dem notwendigen Wissen um die Hintergründe, als so schlecht nicht herausstellt.

Das nächste Jahr muss es zeigen: War alles nur Rhetorik? Oder geht es wirklich um einen neuen Ansatz in der Sozialpolitik für das neue Jahrhundert?

Wenn letztlich alles beim alten bleiben soll, dann sollten wir uns weitere Schaukämpfe über den vermeintlich richtigen Weg ersparen und die Sozialpolitik möglichst bald streitfrei stellen. Soll unsere Sozialordnung ihr Gesicht aber wirklich verändern, dann sind klare Konzepte gefragt, über die man streiten kann – möglich aus einer kompetenten Feder, damit „Nachbesserung“ nicht tatsächlich noch zum Unwort dieses Jahres wird.

Sozialpolitik ohne Sicherheit

(Januar 1999)

Am Anfang dieses Jahres herrscht bei den Beteiligten in der Sozialpolitik mehr Unsicherheit denn je:

- In der Sozialversicherung wissen viele *Leistungsempfänger* nicht, worauf sie sich einstellen sollen. Niemand rechnet damit, dass die Aussetzung einiger Maßnahmen, die noch von der alten Bundesregierung auf den Weg gebracht worden waren, das letzte Wort sein wird. Alle Anzeichen sprechen dagegen. Denn diese Regelungen hatten – jenseits aller fachlichen Berechtigung – auch eine finanzielle Komponente.
- Die *Leistungserbringer* wissen häufig nicht, welche Vorschriften gerade für sie gelten und wie es weitergehen soll. Dem Leistungsrecht ist die Berechenbarkeit abhanden gekommen.
- Und bei den *Leistungsträgern* addieren sich diese Fragezeichen. Für sie stellt sich aber zusätzlich Frage nach den finanziellen Grundlagen der Sozialversicherung. Diese Sorge teilen sie mit den Verantwortlichen in der Politik.

Mit der Jahreswende haben sich auch die Rahmenbedingungen für die Sozialsysteme gründlich verändert:

Die Probe auf das Rechenexempel „ökonomische Steuerreform“ hat die Binsenweisheit bestätigt, dass aus einer Abgabe, die den Verbrauch von Ressourcen mindern helfen soll, nicht zugleich Entlastung für die Sozialsysteme erwartet werden kann. Die Erwartungen an das Wachstum der Wirtschaft sind erheblich nach unten korrigiert worden. Auf

dem Arbeitsmarkt tritt der Fortschritt auf der Stelle. Die Konjunktur zeigt Ermüdungserscheinungen, die andauernde Krise in der Wirtschaft Asiens, aber auch der neue Krisenherd Brasilien drücken auf die Stimmung.

Die Sorgenfalten auf der Stirn der Beteiligten sind auch durch den sehr überraschenden Beschluss des Bundesverfassungsgerichts zur Familienkomponente des Kinderfreibetrages nicht geglättet worden. Denn bei aller Freude über die steuerliche Entlastung der Familien, die nun in den nächsten Jahren – neben der Steuerreform – auf den Weg gebracht werden muss: Das hat der Finanzminister nicht in seinen Büchern, erst Recht nicht in seiner Kasse.

So wächst der Druck auf die Sozialsysteme. Die Sozialversicherung hat aus dem Haushalt des Bundes nicht viel – eher weniger zu erwarten. Entlastung muss wohl in Zukunft vor allem von Innen kommen. Im Bereich der steuerfinanzierten Leistungen wird die Zeitschiene für versprochene Leistungsverbesserungen erheblich gestreckt werden müssen.

Wann gibt es wieder Sicherheit in der sozialen Sicherheit?

Aktionismus

(Februar 1999)

Die Lebenserfahrung lehrt, dass manches – von innen betrachtet – so kritikwürdig gar nicht ist, wie es – von außen betrachtet – zunächst erscheint. Ist das in der Politik anders?

Ein Blick auf die Außen-, Europa-, Verteidigungs- und in wesentlichen Bereichen auch die Innenpolitik spricht dafür, dass es die volle Kenntnis der Gesamtumstände und die Verantwortung für das Ganze offenbar sehr schwer machen, einen radikalen Wechsel der Politikinhalte zu begründen, auch wenn Wahlprogramme oder Beschlüsse von Parteitagen aus Oppositionszeiten das gefordert haben sollten.

In den Bereichen der Steuer- und der Sozialpolitik scheinen andere Gesetze zu gelten: Auf die gesellschaftlichen Verhältnisse bezogen, immer mit Geld, oft mit Geben und Nehmen, mit Haben und Wollen verbunden, gewinnt die Neigung, zu verändern oft die Oberhand über die Einsicht, dass die Voraussetzungen dafür eigentlich nicht gegeben sind. Das Argument fehlender finanzieller Ressourcen hat es dann schwer, sich gegen die Attraktivität großer gesellschaftspolitischer Entwürfe zu behaupten. Und die Versuchung des raschen Erfolges ist

oft stärker als die Geduld, die für das Reifen wirklich tragfähiger, alle Zusammenhänge bedenkender, solider Lösungen erforderlich wäre.

In der Sozialpolitik führt dieses Dilemma zu einer Flut von Ideen, Initiativen und Vorschlägen, die zwei Elemente gemeinsam haben: die Lust an der Veränderung des Bestehenden und die Kurzsichtigkeit der Perspektive.

- Wer Missbräuche bei der freien Arztwahl bekämpfen will, verdient zunächst einmal Beifall. Aber im Applaus dürfen kritische Fragen nach dem Weg zum Ziel, nach Kosten und Nutzen des Projekts nicht untergehen.
- Wer über die Änderung des unter Schmerzen geborenen „Streikparagraphe“ im Arbeitsförderungsrecht laut nachdenkt, muss bedenken, welche psychologischen Wirkungen eine solche Diskussion zur Unzeit, mitten in den kritischen Tagen einer Tarifaueinandersetzung, auslösen kann.
- Über die Zukunft der Lohnbezogenheit der Rente kann man unterschiedlicher Meinung sein. Aber eine sicher sehr wichtige Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Familienlastenausgleich ist dafür jedenfalls nicht der richtige Anlass.

Der Bedarf an grundlegenden Änderungen in vielen Bereichen der Politik ist groß. Für die Sozialpolitik gilt: Der Spielraum für vernünftige Alternativen mit einem Mindestmaß an Steuerungswirkung ist dagegen klein, wenn wir die Prinzipien unseres geltenden Systems der sozialen Sicherung nicht verlassen wollen. Noch so großer Aktionismus kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die wirklich wichtigen Entscheidungen, „Richtungsentscheidungen“, die diesen Namen verdienen, noch getroffen werden müssen. Sind wir dafür gerüstet?

Pflegeversicherung – gute Pflege?

(März 1999)

„Die Leistungen der Pflegeversicherung sollen den Pflegebedürftigen helfen, trotz ihres Hilfebedarfs ein möglichst selbständiges und selbstbestimmtes Leben zu führen, das der Würde des Menschen entspricht ...“

So lautet die wichtigste Grundnorm des „SGB XI Soziale Pflegeversicherung“ aus dem Jahr 1994.

Wer erinnert sich noch an die bis in die siebziger Jahre zurückreichenden Bemühungen, diese Lücke der sozialen Sicherung zu schließen? Völlig unterschiedliche Konzepte wurden damals diskutiert:

Absicherung durch private Pflichtversicherung, Leistungsgesetz oder ein neuer Zweig der Sozialversicherung? Das Ergebnis ist bekannt.

Ein Hauptziel aller Konzepte war es, den Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen die Sorgen um die hohen Pflegekosten zu nehmen und die Träger der Sozialhilfe von der immer schwerer wiegenden Last der Hilfe zur Pflege zu befreien. Bis in die letzten Tage des Gesetzgebungsverfahrens hinein wurden immer neue Modelle für die Verteilung des Erlöses auf den Tisch gebracht. Die Fragen, welche Folgen diese neue Form der Absicherung des Risikos der Pflegebedürftigkeit für die Betroffenen selbst hat, ob es genügend Pflegepersonen und Einrichtungen gibt, die dem hohen Anspruch der oben zitierten Grundnorm des SGB XI entsprechen, wurden dagegen nicht zu Ende diskutiert.

Wo stehen wir heute? Die Bundesregierung weist in diesen Tagen zu Recht auf sinkende Aufwendungen der Träger der Sozialhilfe für die Pflege hin: Die Nettoausgaben der Sozialhilfe für Pflegebedürftige haben 1997 rund 5 Milliarden DM betragen und sich damit gegenüber 1996 halbiert. Von 1994 bis 1997 ist die Zahl der Hilfeempfänger um 225.000, das sind fast 50 Prozent, gesunken.

Und wie steht es um die *Qualität* der Pflege? Wie haben sich die Zahlen der Pflegepersonen in den Heimen und den ambulanten Einrichtungen entwickelt? Wie gut ist die Ausbildung, wie hoch ist die Motivation der Pflegekräfte? Dazu gibt es keine offiziellen Auskünfte. Aber die Betroffenen melden sich zu Wort, prangern Missstände an, die unglaublich erscheinen, wenn man sie dem Milliardenbudget gegenüberstellt, das den Trägern der Sozialen Pflegeversicherung zur Verfügung steht.

Die „Abschätzung von Gesetzesfolgen“ darf sich nicht nur auf *finanzielle* Aspekte reduzieren. Wenn es schon versäumt worden ist, die Folgen der Pflegeversicherung für die betroffenen *Menschen* sorgfältig zu untersuchen, dann müssen jedenfalls die Erfahrungen damit endlich ausgewertet werden. Es gibt eine Fülle offener Fragen, die gestellt und beantwortet werden müssen. Eine bundeseinheitliche Ausbildungsordnung für Pflegekräfte allein löst die Probleme nicht.

Soziales im Schatten

(April 1999)

Gibt es keine Sozialpolitik mehr in Deutschland?

Es scheint so, wenn man die Schlagzeilen der Medien als Maßstab nimmt für das, was wichtig ist: Wichtig, weil bedrohlich und ohne

erkennbare gute und rasche Lösung, ist sicher die Tragödie im Kosovo. Ihre schreckliche, ständig präsente Kulisse verdeckt alle anderen Requisiten auf der politischen Bühne in Deutschland, die noch vor wenigen Wochen im hellen Rampenlicht standen: Nettorenten, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, 630-DM-Jobs, Erhöhung des Kindergeldes, Pflegenotstand und Steuerreform.

Vergessen sind die desolate Vorstellung einiger Mitglieder des neuen Ensembles zu Beginn der Spielzeit und die Kakophonie der oft schrägen Arien mancher neuer Sterne am Expertenhimmel. Eine fast gespenstische Ruhe ist eingekehrt.

Aber die Probleme haben sich nicht erledigt. Wer glaubt, im Jahr 2000 noch immer im Grunde mit den Ideen der „Kaiserlichen Botschaft“ des ausgehenden 19. Jahrhunderts die Fragen der Sozialpolitik des 21. Jahrhunderts beantworten zu können, macht sich lächerlich.

Es fehlt noch immer an einem neuen Drehbuch für die Sozialpolitik in Deutschland jenseits der Jahrhundertwende. Wird daran gearbeitet? Gibt es einen roten Faden für die Handlung? Finden Proben statt hinter der Bühne?

Sind es gute oder schlechte Zeiten für die Sozialpolitik?

Es sind gefährliche Zeiten, wenn sich die Aufmerksamkeit abwendet, wenn die konzeptionelle Arbeit immer und immer wieder aufgeschoben wird. Denn dann haben all diejenigen leichtes Spiel, die es nicht gut meinen mit der sozialen Sicherung, weil sie z.B. nur ihre fiskalische Dimension sehen.

Es kann eine gute Zeit werden, wenn wir die kurze Atempause nutzen, die uns die „große“ Politik in der Sozialpolitik mittelbar verschafft. Nutzen wir sie, die Ideen und Gedanken zu ordnen, das wirklich Notwendige zu definieren und das Mögliche dann entschlossen ins Werk zu setzen.

50 Jahre sozialer Rechtsstaat – ein Blick nach vorn ...

(Mai 1999)

Deutschland feiert in diesen Tagen. Deutschland feiert sich selbst und das zu Recht. Denn „50 Jahre Bundesrepublik Deutschland“, das ist tatsächlich ein Grund zum Feiern:

Ein halbes Jahrhundert Demokratie und Rechtsstaat auf deutschem Boden in Frieden und Freiheit und eine feste Verankerung in einem vereinten Europa – wer hätte das 1949 für möglich gehalten? Entsprechend wohlwollend fallen die Glückwünsche und Kommentare zu diesem Jubiläum aus. Im Großen und Ganzen halten selbst die kritischsten Beobachter von außen die letzten 50 Jahre deutscher Geschichte für recht gut gelungen und wir selbst sind auch ganz zufrieden mit uns. Dabei erstaunt es nach den Irrungen und Wirrungen, denen die Betrachtung des wiedervereinigten Deutschland vor allem aus dem östlichen Teil unseres Vaterlandes in den letzten Jahren ausgesetzt war, wie positiv die Bewertung letztlich auch aus dieser Perspektive ausfällt.

Sicher, es gibt auch Kritisches zu diesem Jubiläum und das erinnert zum Teil eher an einen ärztlichen Befund denn an eine Glückwunschadresse: Sklerotische Entscheidungswege, Bewegungsmangel, unterentwickelte Reaktionsfähigkeit, zu geringe geistige Flexibilität, permanente Überforderung des Stützapparates, Realitätsferne, Verdrängungssyndrome, Orientierungslosigkeit ...

Es wäre unfair zu behaupten, dieses Bulletin aus besonderem Anlass würde sich nur auf den Bereich der Sozialpolitik beziehen. Aber es ist eine Tatsache, dass sich die Kritik vor allem am Sozialstaat Deutschland festmacht. Die Gründe dafür liegen auf der Hand: Dieser kräftige Baum im Garten der Bundesrepublik Deutschland wurzelt – trotz aller biologischer Auffrischung – noch immer tief im ausgehenden 19. Jahrhundert und das macht es kritischen Betrachtern leicht, zu behaupten, er passe nicht mehr in die Landschaft des beginnenden neuen Jahrtausends.

Alter ist kein Argument. Aber muss es uns nicht zu denken geben, dass die Bürger der Bundesrepublik Deutschland im Blick auf die Entwicklung ihres Staates, ihrer Gesellschaft in den letzten 50 Jahren die soziale Sicherheit als die größte Errungenschaft, zugleich aber die soziale Ungerechtigkeit als das größte Manko betrachten? Und wäre die Schlagzeile „Der unsoziale Staat“ auf der ersten Seite einer deutschen Wochenzeitung möglich, wenn dieses offenkundige Dilemma nicht gäbe?

Noch einmal: Wir brauchen eine Bestandsaufnahme der Sozialpolitik. Die Frage, ob durch die Sozialpolitik in allen ihren Facetten in den letzten 50 Jahren mehr soziale Sicherheit oder weniger soziale Gerechtigkeit geschaffen worden ist, hat nicht nur eine objektive Dimension. Denn nicht politische Theorien und Zahlenwerke, sondern

die subjektive Empfindung der Bürger werden in unserer sozialen Demokratie letztlich der Maßstab für Erfolg oder Misslingen der Sozialpolitik bleiben, wenn es nicht gelingt, der vernünftigen Einsicht auch auf diesem Feld zum Durchbruch zu verhelfen:

Wir müssen uns der Frage stellen, was an solidarischer sozialer Sicherung noch notwendig, den Bürgern vermittelbar und finanzierbar ist. Das gilt für alle Zweige unseres Sozialstaates. Auch an der Neuauflage der Reform des Gesundheitswesens, die doch eine Strukturreform werden soll, darf diese Einsicht nicht vorübergehen. Sonst wird das Leiden seinen schicksalsgemäßen Verlauf nehmen ...

Sozialpolitik nach Kassenlage

(Juni 1999)

Die Regierungspolitik hatte Sendepause in den letzten Wochen auf dem Feld der sozialen Sicherung, wie auf vielen anderen Feldern auch. Der Konflikt im Kosovo hat, so scheint es, fast alle Kräfte der an Ihrer Verantwortung schwer Tragenden in Anspruch genommen; die Aufmerksamkeit von Medien und Öffentlichkeit allemal.

Nur am Thema Reform des Gesundheitswesens kam trotzdem niemand vorbei – zu heftig, mit viel Polemik und ganz öffentlich waren sich die zuständige Ministerin und die organisierte Ärzteschaft in die Haare geraten. Die Kontroverse ist in der Form entschärft. Inhaltlich führt nach wie vor kein Weg zueinander und es gibt weitere mächtige Betroffene in diesem Reformvorhaben, die sich noch kaum zu Wort gemeldet haben. Werden sie zulassen, dass der Elan der Reformer die Strukturen erreicht und sinnvoll verändert? Oder bleibt es dabei, dass am Ende wieder ein neuer, kaum tauglicher Versuch der Kostendämpfung übrig bleibt?

Es sieht also nicht gut aus für die Zukunft der gesetzlichen Krankenversicherung. Gibt es bessere Nachrichten aus der zweiten großen Abteilung unserer sozialen Sicherung, der Rentenversicherung? Bevor die rentenpolitische Diskussion für einige Wochen der Außen- und Sicherheitspolitik weichen musste, war klar: Die Beiträge sollen sinken und das Rentenniveau – anders als von der alten Regierung geplant – unverändert bleiben. Aber kaum ist für die Zukunft der Alterssicherung wieder Platz in den Schlagzeilen, wenige Stunden nach der Europawahl, hört und liest sich manches anders: Die Anpassung der Renten an die Steigerung der Nettolöhne soll ausgesetzt werden, ein Inflationsausgleich für zwei Jahre an ihre Stelle treten und – die Beitragszahler

sollen sich in Zukunft auch selbst um die Sicherheit ihrer Renten kümmern, ob sie wollen oder nicht: Eine „Haftpflicht“ ganz neuer Art, auf ungewohntem Feld ...

Ist das der Durchbruch zum Rentensystem des neuen Jahrhunderts? Ist das die gut durchdachte, zündende Idee, die unsere Renten wirklich sicher macht? Zweifel sind angebracht. Denn ihre geistigen Urheber sind wohl eher dem fiskalischen Bereich zuzurechnen als dem sozialen. Zu nah sind diese Gedanken bei dem, was zu Recht auf Betreiben des früheren Innenministers in die Beamtenversorgung Eingang gefunden hat. Zu unreflektiert werden sie auf die Sozialversicherung übertragen, zu schnell werden die Einsparungen im Bundeshaushalt spitz berechnet.

Es gab einen unglücklichen Zeitabschnitt in der Geschichte der Sozialversicherung, in der zu Recht der Vorwurf erhoben worden ist, dass soziale Sicherung auf Kredit nicht funktionieren kann und letztlich unsozial ist, weil sie früher oder später wieder eingesammelt werden muß. Denn die Leistungsfähigkeit des Sozialstaats ist stets eine Funktion der Leistungskraft der Volkswirtschaft.

Aus Fehlern zu lernen, ist auch in der Sozialpolitik möglich. Aber es wäre eine falsche Lehre aus diesem verunglückten Experiment, an die Stelle der „Sozialpolitik auf Kredit“ eine „Sozialpolitik nach Kassenlage“ zu setzen. Soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit sind ein Staatsziel unseres Grundgesetzes und das ist mehr als ein Haushaltsansatz.

Zukunft ohne amtliche Gewähr ...

(Juli 1999)

Wer sich Monat für Monat verantwortungsbewusst zu Fragen der Sozialpolitik äußern will, darf sich weder auf sein Gedächtnis noch auf seine Intuition verlassen – zu groß ist die Flut von Informationen, zu rasch verändert sich der Meinungsstand. Also nimmt man die bewährten Informationsquellen zur Hand, in welcher Form auch immer: ob als Brief aus dem Kasten, als Fax, als „gepuschte Email“ oder Botschaft aus dem Internet. Aber das ist nicht immer hilfreich:

Auf jedem möglichen Weg werden Bürger, Medien und Fachwelt in diesen Tagen mit dem „Zukunftsprogramm der Bundesregierung zur Sicherung von Arbeit, Wachstum und sozialer Stabilität“ bekannt gemacht. „Deutschland erneuern“ lautet die anspruchsvolle Losung. Auch die wegen ihrer Zuverlässigkeit, fachlichen Objektivität und

relativen parteipolitischen Neutralität von vielen in der Vergangenheit geschätzte Informationsschrift des Bundespresseamtes zu Fragen der Sozialpolitik verbreitet diese Botschaft als „Informationsmaterial“, bei dem es sich nicht um amtliche Stellungnahmen handelt“. Das überrascht und verunsichert den informationshungrigen Leser: Was ist es dann? Ist ein „Zukunftsprogramm der Bundesregierung keine „amtliche Stellungnahme“ mehr? Auf *diese* Zukunft müssen die Bürger erst noch eingestellt werden ...

Wer hat also den Befund zu vertreten, mit dem die staunende Fachwelt konfrontiert wird? Von „katastrophaler Finanzlage“ und „Massenarbeitslosigkeit“ ist die Rede. Deutschland wird „auf dem Weg in den Schuldenstaat“ ausgemacht.

Wer steht hinter der polemischen Feststellung, die alte Bundesregierung habe „viel geredet, aber nichts getan“? Und wer verantwortet die Rezepte? Unter der Überschrift „Arbeitsplätze schaffen“ werden „Maßnahmen zur Regulierung des Arbeitsmarktes“ angekündigt. Ist es zu verantworten, unter einem Deckblatt der Bundesregierung mit Bundesadler die Verschuldung des Bundes grafisch so dramatisch zuzuspitzen, dass es die Bezeichnung „Schuldenberg“ auch wirklich trägt?

Das Datum der Wiedervereinigung wird dabei schlicht ignoriert, der Aufbau der neuen Länder aber gleichwohl und richtigerweise zu einem Schwerpunkt der Regierungspolitik erklärt. Aber das hat in der Vergangenheit Tausende von Milliarden DM gekostet und so wird es auch in den nächsten Jahren bleiben – gut angelegtes Geld, das aber von keiner Regierung ohne zusätzliche Verschuldung hätte finanziert werden können.

Es gibt eine Verantwortung für das objektive Bild Deutschlands in Europa und in der Staatengemeinschaft dieser Erde, die auch in der Polemik der politischen Auseinandersetzung zu Hause nicht geopfert werden darf.

Am Ende der Lektüre bleibt doch ein Gewinn. Denn nun weiß man, wie es in der Sozialpolitik weitergehen soll: Es gibt kaum eine Chance für eine aus der Logik unseres bewährten sozialen Sicherungssystems heraus begründete Reform der Leistungstatbestände. Keine Schilderung der finanziellen Ausgangslage scheint dramatisch genug um zu begründen, wofür wohl schließlich nur der verfügbare Konsens und die verbliebene politische Kraft reichen werden: Kürzungen auf allen Gebieten nach einem sehr fragwürdigen Begriff der sozialen Gerechtigkeit.

Dies wird die strukturellen Probleme unseres Sozialstaates nicht nachhaltig lösen, sondern nur vertagen und das Vertrauen in die Zukunftsfähigkeit unseres Gemeinwesens weiter beschädigen.

Nebensachen

(August 1999)

„Sommertheater“ in Deutschland – selten war es so unterhaltsam und zugleich so neben der Sache. Nur zwei Beispiele:

- Die umstrittene Steuerreform – kaum im Bundesgesetzblatt – wird von neuen Ideen überholt, deren Beliebtheit und Oberflächlichkeit nur noch tiefe Verzweiflung bei allen hervorrufen können, die sich seit Jahren um mehr „Transparenz und Gerechtigkeit im Steuerrecht“ bemühen.
- Die neue Diskussion um den Ladenschluss im allgemeinen und die Öffnung der Geschäfte am Sonntag im besonderen wird von denen geführt, die zu Hause geblieben sind und vergessen haben, wie pragmatisch und ideologiefrei andere Länder in Europa und in Übersee mit diesem Problem umgehen.

Was ist diesen beiden Themen gemeinsam? Was haben sie mit Sozialpolitik zu tun?

Wenn wir die Herausforderungen, die das neue Jahrhundert für uns gerade auf dem Feld der Sozialpolitik bereithält, bewältigen wollen, müssen die Prioritäten stimmen, müssen wir das Wichtigste zuerst, gut und nachhaltig erledigen, wirken lassen und uns dann den weiteren Themen zuwenden. Wenn die Verantwortlichen neue Lösungen in Frage stellen, ehe sie ihre Wirksamkeit und Richtigkeit beweisen oder widerlegen können, schadet das der Glaubwürdigkeit von Politik und gibt all denen recht, die immer mehr daran zweifeln, dass unsere parlamentarische Demokratie auf dem richtigen Weg ist, die komplexen Probleme unserer Zeit angemessen zu bewältigen.

Gerade in der Sozialpolitik müssen wir uns dabei immer wieder und zuerst der Frage stellen, ob die bewährten Grundsätze noch die richtigen Antworten auf die neuen Probleme bereithalten, ob wir die Risikolagen noch richtig lokalisieren und der Schutzzweck überkommener Gesetze noch fortbesteht oder längst ins Leere läuft.

Das Bundesverfassungsgericht hat wieder einmal unmissverständlich und ganz unpathetisch klargemacht, dass selbst die hehrsten Prinzipien unserer Verfassung nicht in einem politischen Vakuum stehen, sondern

in ihrem Inhalt und in ihren Grenzen auf dem Boden der konkreten Bedingungen unserer Zeit ausgelegt werden müssen: Wer die Tarifautonomie in ihrem unverzichtbaren Kern verteidigen und stärken will, wird das nicht durch Verfassungsbeschwerden gegen befristete Regelungen erreichen, die Beschäftigung schaffen sollen.

Können wir nicht mit diesem an der sozialen Realität orientierten Verständnis von sozialen Grundrechten auch andere Probleme lösen? Wen schützt der gesetzlich verordnete Ladenschluss heute noch: die Arbeitnehmer oder den Wettbewerb? Brauchen aufgeklärte, selbstverantwortliche Arbeitnehmer auf diesem Gebiet noch den Schutz des Gesetzgebers? Wollen es die mächtigen Gewerkschaften und Verbände in unserem Land wirklich darauf ankommen lassen, von den Hütern unserer Verfassung eine weitere Lektion erteilt zu bekommen in modernem Verständnis sozialer Rechte?

Wer die „Rolle rückwärts“ bei der Modernisierung unseres Sozialstaates, die Aufhebung der bescheidenen Änderungen der letzten Legislaturperiode, als „die neuen sozialen Rechte“ rühmt, ist garantiert auf dem falschen Weg.

Déjà-vu

(September 1999)

Wir erleben in diesen Tagen einen gespenstischen Vorgang: Alle ernsthaften Auseinandersetzungen über den richtigen Weg in der Sozialpolitik am Ende dieses Jahrhunderts werden planmäßig und stereotyp, in hundertfacher trotziger Wiederholung übertönt vom Bekenntnis zum Sparzwang.

So geriet die Debatte über den Haushalt des Bundes für das Jahr 2000 im Deutschen Bundestag eher zu einer gruppendynamischen Veranstaltung als zu einem parlamentarischen Highlight: Mögen die fachlichen Argumente der Opposition gegen Kürzungen am falschen Ende auch noch so plausibel und berechtigt gewesen sein – In die Reden aller Ressortchefs und Parlamentarier der Koalition schien auf geheimnisvollen Weg ein fester, unveränderlicher Baustein eingeschleust worden zu sein. „Sanierung“, „Konsolidierung“ und „Erblast“ waren die Stichworte.

Wer sich noch an die Rhetorik der ersten Monate nach der Wende im Jahr 1982 erinnern konnte, schien ein „Déjàvu“ zu haben. Aber es war doch anders. Denn damals hatte eine Opposition die Wahl gewonnen,

die z.B. für die Sozialpolitik schon im Wahlkampf nie einen Zweifel daran gelassen hatte, dass aus fiskalischen Gründen eine „nationale Atempause“ bei der weiteren Verbesserung der Sozialleistungen eingelegt werden muss. Jetzt sollen wir akzeptieren lernen, dass auf die Rücknahme von Reformen, die mit einigen Leistungsverbesserungen verbunden worden sind, auch Kürzungen folgen müssen, die zum Teil noch einschneidender sind.

Warum dieser „salto mortale“? Warum wird die Verschuldung des Staates heute, ein Jahr nach dem 27. September 1998, mit Attributen geschildert, die sie recht unvermittelt in die Nähe einer nationalen Katastrophe rücken? Ist es nicht sehr ungewöhnlich, dass ein solch zugkräftiges Argument erst nach der Wahl entdeckt wird?

Ein Verdacht drängt sich auf: Wird der nachhaltige Kampf gegen die Arbeitslosigkeit schon verloren gegeben? Wird schon jetzt nach Gründen, nach Entschuldigungen gesucht, warum das höchste Ziel der Regierungspolitik nicht erreicht werden kann? Dies wäre ein schlimmer Befund.

Wer die Zukunft der sozialen Sicherheit und der sozialen Gerechtigkeit in unserem Land sichern will, muss die Zukunftsaspekte des „Zukunftsprogramms“ ebenso konkret einfordern, wie die Einsparungen bereits jetzt definiert sind. Klärungsbedarf besteht auf allen Gebieten:

- Wie wird die Rentenformel im Jahr 2002 lauten?
- Wie soll die Struktur der gesetzlichen Krankenversicherung nach der Strukturreform aussehen?
- Wie lange wird es noch Arbeitslosenhilfe geben?
- Wie können wir den Pflegenotstand beenden?

Es macht einen großen Unterschied, die Komplexität unseres Sozialstaates zu kennen, Lösungen einzufordern – und dafür jetzt die Verantwortung zu tragen. Wer nachhaltige Lösungen will, muss wenigstens Ausdauer beweisen. Das gilt auf allen Gebieten, vor allem aber für den Arbeitsmarkt.

Schlagzeilen oder Lösungen?

(Oktober 1999)

Die Zukunft der sozialen Rentenversicherung steht seit Monaten ganz oben auf der Liste der politischen Agenda. Wissen alle Beteiligten wirklich, dass sie in ihrem sicher redlichen, aber recht verbissenen

Bemühen, die Renten auch im neuen Jahrhundert zu sichern, jeden Tag eine wenig mehr Vertrauen in die Alterssicherung verbrauchen? Können all die Autoren ständig neuer Vorschläge errahnen, dass der Wettlauf um Originalität und Vielfalt der Meinungen bei den Betroffenen als Ratlosigkeit, ja Unfähigkeit, zur Lösung der Probleme missverstanden werden könnte?

„Rente mit 60“ auf der einen, „Verlängerung der Lebensarbeitszeit“ auf der anderen Seite – wie können wir erwarten, dass diese beiden völlig unterschiedlichen Rezepte als Lösungen ein und desselben Problems akzeptiert werden?

Der bloße Austausch von Begriffen, die immer unübersichtlicher werdende Diskussion über „Generationenvertrag“, „demographische Komponente“ oder „Inflationsausgleich“ lässt immer mehr in Vergessenheit geraten, dass es um Menschen geht – junge Menschen und ihr Vertrauen in die Zukunft, Menschen in der Mitte ihres Lebens und ihre Hoffnungen, alte Menschen und ihre Ängste.

So bleiben Fragen:

- Warum ist es nicht möglich, wenigstens bei den Kernfragen der sozialen Sicherung die Solidarität der Vorschläge über den Reiz der Schlagzeile zu setzen?
- Warum ist das „Kurshalten“ wichtiger als die Einsicht, dass der politische Konsens in einer Grundfrage der sozialen Sicherung ein viel höheres Gut ist?

Die Geschichte der Bundesrepublik hat gezeigt, dass politische Erfolge mit Rentenfragen auf kurzen Beinen stehen. Beide politische Lager haben damit ihre Erfahrungen machen müssen. Wir brauchen ein Gespräch. Wir brauchen einen neuen Rentenkompromiss. Wer macht den Anfang?

Sozial ist, was überlebt ... oder?

(November 1999)

Bei den endlosen Diskussionen über die Zukunftsfähigkeit unseres Sozialstaates gerät zunehmend in Vergessenheit, welche Herausforderungen unsere sozialen Sicherungssysteme in diesem Jahrhundert erfolgreich bestanden haben:

Die Vorsorge für die Risiken des Lebens in der Solidarität von Jung und Alt, der heutigen und der zukünftigen Generationen, von Arbeitgebern

und Arbeitnehmern, hat den Zusammenbruch der staatlichen Ordnung nach Krieg und Kapitulation, zwei Diktaturen, eine Weltwirtschaftskrise und eine Währungsreform letztlich in allen tragenden Prinzipien unbeschädigt überstanden. Im Gegenteil: Vor allem die Sozialversicherung hat sich gerade in existentiellen Krisen des Staates als stabilisierendes Element, als Kristallisationspunkt gesellschaftlicher Solidarität über die Generationen hinweg bewährt.

Seine bisher größte Bewährungsprobe hat der Sozialstaat unter der Geltung des Grundgesetzes bei der Wiedervereinigung Deutschlands erfolgreich bestanden. War es selbstverständlich, dass sich kaum zehn Jahre nach Beginn dieser sehr schwierigen Operation jedenfalls Rentner, Krankenversicherte, Unfallversicherte, Arbeitslosenversicherte, Sozialhilfeempfänger und Pflegeversicherte als im wesentlichen gleichberechtigte Mitglieder dieser Solidargemeinschaften fühlen? Die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes ist auf dem Gebiet der sozialen Sicherung viel weiter fortgeschritten als in anderen Bereichen unserer Gesellschaft.

Dabei ist unbestritten, dass auch in der sozialen Sicherung die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse im wiedervereinigten Deutschland noch längst nicht hergestellt ist. So wird uns das unterschiedliche Rentenniveau in Ost und West noch einige Jahre begleiten. Aber die hohen Defizite der Ortskrankenkassen in den neuen Ländern haben ihre Ursache nur vordergründig in den Konditionen des Einigungsvertrages. Sie spiegeln die krisenhafte Entwicklung des gesamten Sektors „Gesundheit“ in unserem Gemeinwesen wider.

Je dramatischer die Lage, desto wichtiger sind eine gründliche Analyse, eine kluge Abwägung zwischen den kurzfristig notwendigen und den langfristig wirkenden Maßnahmen. Selten zuvor hat sich die Hektik eines gesetzgeberischen Vorhabens, das nicht zu Ende gedacht worden ist und bei dem die politische Taktik Regie geführt hat, so verräterisch in den Beschlussvorlagen für das Parlament niedergeschlagen. Aber die soziale Sicherung in Deutschland wird auch diese Zumutung überstehen.

Kein Jahrhundertgefühl

(Dezember 1999)

Ein turbulentes Jahr geht zu Ende, in dem auch die Sozialpolitik kräftig geschüttelt worden ist: Irrungen und Wirrungen in fast allen Bereichen; Reformvorschläge als Dutzendware; kein Problem wirklich gelöst.

So gehen wir in das Jahr 2000 ohne Perspektive, ohne klaren Kurs; nur mit der nüchternen Erkenntnis, dass der Reformstau im letzten Jahr dieses Jahrhunderts noch viel größer geworden ist.

Dieses konzeptionelle Defizit vergrößert die ohnehin schon erheblichen Risiken für alle sozialen Sicherungssysteme. Denn damit bleibt der soziale Bereich das Objekt *haushaltspolitisch* geprägter Anschläge. Er bleibt in der Defensive, weil er nicht hinreichend begründen kann, welche Ressourcen, welche Einrichtungen und welche Leistungen wirklich notwendig sind für die Gewährleistung der sozialen Sicherheit in Deutschland.

So besteht die Gefahr, dass am Anfang des neuen Jahrhunderts Form und Gestalt des Sozialstaates weiterhin eine Funktion der Entscheidung Dritter bleiben.

Dabei ist der überwiegend nach dem Zufallsprinzip veranlasste korrigierende Einfluss des Bundesverfassungsgerichts in der Regel schöpferisch und stilsicher. Die groben Axtschläge der Haushalts- und Finanzpolitik auf der einen, die Replantationen durch vermeintliche Gralshüter „sozialer Errungenschaften“ auf der anderen Seite, hinterlassen auf den Säulen unseres Sozialstaates immer mehr Schrammen und Beulen.

Es gibt leider keinen Anlass zur Hoffnung, dass der letzte Glockenschlag am Silvesterabend der Auftakt für eine entschlossene und solide Reformpolitik mit Perspektive sein wird.

So bleibt all denen, die sich seit Jahren um die Zukunft unseres Sozialstaates sorgen, darüber nachdenken und schreiben, die Gewissheit, dass Ihnen die Arbeit nicht ausgehen wird.

Ernüchterung 2000

(Januar 2000)

Nun ist es Wirklichkeit das Jahr 2000! Wir haben dieses runde Datum über viele Jahre hinweg, Jahrzehnte lang, als attraktives Etikett für zukunftsweisende Programme gebraucht. Oft war es auch nur der bequemste Ersatz für Ideen und Argumente.

Sicher werden kluge Köpfe schon bald einen neuen Fixpunkt für Pläne und Visionen finden. Unsere erste Sorge darf das aber nicht sein. Wir sollten uns darauf konzentrieren, den überschaubaren Horizont in den Blick zu nehmen und den Weg dorthin mit konkreten Maßnahmen zu

gestalten. Dabei wird sich herausstellen, dass in vielen Bereichen die „Konzepte 2000“ nicht viel Überzeugendes enthalten, von falschen Voraussetzungen ausgegangen oder längst von der rasanten Entwicklung überholt worden sind.

In der Sozialpolitik wird sich sehr rasch zeigen, dass der 1.1.2000 auch auf diesem Gebiet nicht mehr als ein besonderes Kalenderblatt, ein Datum ist, das die guten Vorsätze noch etwas stärker als sonst zu Beginn des Jahres aktiviert. Der Alltag wird uns auch in diesem Jahr einholen und daran erinnern, dass die Defizite in der Zukunftsfähigkeit unserer sozialen Sicherungssysteme durch den Jahrtausendwechsel nicht kleiner geworden sind.

Der Start in das neue Jahrzehnt wird belastet durch viel Unerledigtes, das keine Rücksicht nimmt auf den Kalender und sich als Hypothek immer wieder in Erinnerung bringt. So zeigt die Diskussion über den Ausgleich für die besonderen Risiken, denen die Träger der Krankenversicherung in den neuen Ländern noch immer ausgesetzt sind, über den andauernden Unterschied zwischen den Löhnen, Gehältern und Renten in Ost und West, dass der Wettbewerb im Bundesstaat noch nicht ohne korrigierende Eingriffe des Gesetzgebers sich selbst überlassen werden kann.

Schon in den nächsten Monaten wird sich erweisen, dass auch auf der Ebene der Europäischen Union der Wettbewerb der sozialen Sicherungssysteme in eine neue Phase tritt: In den Verhandlungen über den Beitritt der Staaten des östlichen Mitteleuropa, Maltas und Zyperns zur Europäischen Union müssen z.B. die vermutlichen Folgen der Freizügigkeit intensiv erörtert werden. Dabei werden wir sehen, dass schon die Erhebung des Ist-Zustandes in der Europäischen Union und in den Bewerberstaaten schwierig, verantwortbare und realistische Prognosen kaum möglich sind.

Nur wenn es uns gelingt, die nationalen Sozialsysteme und den „Sozialraum Europa“ zukunftssicher zu gestalten, wird unser Kontinent im globalen Wettbewerb bestehen können.

„nicht wahlentscheidend ...“

(Februar 2000)

Hand aufs Herz: Wer hat in diesen Tagen den Kopf frei für Sozialpolitik? Fehlanzeige zu erstatten fällt leicht und wäre auch für Experten nicht ehrenrührig. Denn es tut sich wenig – abgesehen von

„Konsensgesprächen“ über die Zukunft der Rentenversicherung, in denen Konsens nur über den Dissens besteht. Die alte Idee einer bevölkerungsdynamischen Rente, in den achtziger Jahren groß in Mode, erlebt als „demographischer Faktor“ eine Renaissance.

Im angenehmen Schatten von Skandalen, Enthüllungen, Rücktritten und Spekulationen über die künftige Führung in der großen Oppositionspartei hat, nein – hätte die Regierung nun viel Zeit und Muße, über eigene Versäumnisse nachzudenken, Fehlentwicklungen zu korrigieren und zu überlegen, wie rasch nachgebessert werden kann, wenn es schon für einen Neuanfang nicht reicht.

Aber machen wir uns nichts vor: Unser Land verharrt auch in der Sozialpolitik weiterhin in einer lähmenden Defensive. Die Affäre um Parteispenden hat – ganz anders als erwartet – keine Wahl gelassen: Der Blick war monatelang rückwärts, in die Vergangenheit gerichtet, bis weit in die achtziger Jahre zurück, keine Chance für die überfälligen Konzeptionen auf allen Gebieten.

Woher soll also die Dynamik kommen für den Aufbruch, den wir dringend brauchen? Die Gewerkschaften legen sich Zügel an in ihrem Reformeifer, um die Koalition nicht zu sehr in Bedrängnis zu bringen. Arbeitgeber und Unternehmer beschränken sich immer deutlicher auf die Wahrung ihrer eigenen Interessen, weil sie den großen Wurf auf absehbare Zeit nicht für möglich halten angesichts der Selbstbeschäftigung des politischen Lagers, auf das sie seit September 1998 gebaut hatten. Sie schwenken ein auf den Kurs der Regierung, soweit er erkennbar ist, weil wenigstens die Steuerreform ein Schritt in die richtige Richtung zu sein scheint.

Genügt das? Steuerfragen sind wichtig, aber nicht alles: wichtige Rahmenbedingung, aber eben kein Feigenblatt für konzeptionelle Defizite auf anderen Gebieten, auch in der Sozialpolitik.

Vereinzelte Initiativen in Randgebieten können das nicht verdecken, vor allem, wenn sie schlecht vorbereitet, missverständlich formuliert, in der Sache höchst fragwürdig sind oder in die falsche Richtung gehen. Das gilt z.B. für den Gesetzentwurf zur Reform des Betäubungsmittelrechts, mit dem „Drogenkonsumräume“ und der Konsum von ärztlich nicht verschriebenen, mitgebrachten Drogen (!) legalisiert werden sollen.

Und was ist von einer Initiative zum Asylbewerberleistungsgesetz zu halten, die jene nach langem Streit erzielten Fortschritte im Kampf gegen illegale Einwanderung und den Missbrauch unseres Sozial-

systems wieder rückgängig machen will? Reform durch Rückabwicklung ist und bleibt der falsche Weg.

„Green Card“ für die Unvernunft ...

(März 2000)

Endlich der rettende Einfall, der Deutschland vor dem Abstieg in die Zweitklassigkeit bewahren soll, die High-Tech-Lücke rasch schließen wird und – ganz nebenbei – das Problem der Zuwanderung rational auflösen kann: Eine „green card“ für „Computer-Fachleute“, die wir so dringend brauchen ...

Wie war das in den Sechziger Jahren? Hatten wir nicht damals auch einen Mangel an Fachkräften? Auch damals schien es keine andere Lösung zu geben, als die Lücke durch Arbeitskräfte von außen zu schließen. „Gastarbeiter aus Anwerbestaaten“ hieß das scheinbare Patentrezept. Es war ein Fehler. Denn dieser Weg hat uns daran gehindert, den schon damals überfälligen Strukturwandel, Automation und Produktivität entschlossen voranzubringen.

Sicher, die Fließbandarbeiter von damals sind mit den Computer-Fachleuten, die wir heute so dringend brauchen, nur schwer vergleichbar. Wirklich nicht? Der Computer von heute ist die Werkbank von gestern. Also was brauchen wir heute?

Wir brauchen erstklassige Forscher, Wissenschaftler, Erfinder – für die nächste, die übernächste Generation in der Computertechnik – nicht 30.000 flinke Experten für die „Technik von heute“.

Warum wird dieses einfache, einleuchtende Argument nicht ins Feld geführt gegen eine „Beschäftigungsoffensive“ zulasten des Nachwuchses im eigenen Land und zugunsten einer entschlossenen Offensive für „Centers of Excellence“, die uns wieder an die Spitze des Fortschritts führen kann?

Dürfen wir uns wirklich damit zufrieden geben, eine vermeintliche Expertenlücke in einer Technologie zu schließen, die heute längst von unseren Kindern mit purer Selbstverständlichkeit angewandt wird, bevor sie die vier Grundrechenarten beherrschen? Wenn das unsere Ambition bleibt, hat der Sozialstaat schon verspielt. Er wird nicht zu bezahlen sein.

Resozialisierung

(April 2000)

Unsere Sorgen sind groß genug: Noch immer sind rund vier Millionen Bürger arbeitslos in unserem Land. Und die absolute Zahl verdeckt, dass das Problem in den *neuen* Ländern eine Dimension erreicht hat, die alle anderen Schwierigkeiten in der persönlichen Lebensführung in den Schatten stellt.

Trotzdem gilt: Es gibt Mitbürger, die existentiell darauf angewiesen sind, dass sie bald Arbeit finden werden. Das gilt vor allem für die Häftlinge in unseren Anstalten des Justizvollzuges, deren Beschäftigungsquote in keiner Statistik auftaucht.

„Resozialisierung“ bleibt so lange eine Leerformel, ein abstraktes Ziel, wie es uns nicht gelingt, schon in den Gefängnissen eine realistische Perspektive für das Leben danach zu entwickeln. Ausbildung und Beschäftigung sind der Schlüssel dazu.

Bei ihren intensiven Bemühungen, die Beschäftigungsmöglichkeiten in den Haftanstalten zu verbessern, bleiben die Justizminister und die Arbeitsressorts der Länder heute noch weitgehend allein. In den Gesichtswinkel der Arbeitsverwaltung kommen die Häftlinge – von Ausnahmen abgesehen – erst, wenn sie kurz vor der Entlassung stehen oder schon entlassen sind. Dies ist zu spät und darf nicht so bleiben.

Wir brauchen eine Beschäftigungsoffensive für unsere Haftanstalten. Wo das geltende Recht dem entgegensteht, müssen wir es ändern. Es wäre eine besonders sinnvolle Novelle eines Rechtsgebiets, das schon hundertmal aus geringerem Anlass geändert worden ist.

Die Würde des Menschen darf vor den Toren unserer Haftanstalten nicht enden. Das ist ein Gebot der Menschenrechte, unseres Grundgesetzes und – zu Recht – eine ständige Mahnung des Bundesverfassungsgerichts. Die angemessene Entlohnung der Arbeit in den Haftanstalten ist uns aus Karlsruhe dringend aufgegeben worden. Noch wichtiger ist, für Arbeit zu sorgen.

50 Jahre soziales Europa

(Mai 2000)

„Der Friede der Welt kann nicht gewahrt werden ohne schöpferische Anstrengungen, die der Größe der Bedrohung entsprechen.“ Mit diesen Worten eröffnete Robert Schuman am 9. Mai 1950 seine Rede, deren

historische Bedeutung wir heute, 50 Jahre später, erst angemessen würdigen können. Damals stand ein ganz praktischer Gesichtspunkt im Vordergrund:

„... Die französische Regierung schlägt vor, die Gesamtheit der französisch-deutschen Kohle- und Stahlproduktion einer gemeinsamen Hohen Behörde zu unterstellen, in einer Organisation, die den anderen europäischen Ländern zum Beitritt offen steht ... So wird einfach und rasch die Zusammenfassung der Interessen verwirklicht, die für die Schaffung einer Wirtschaftsgemeinschaft unerlässlich ist und das Ferment einer weiteren und tieferen Gemeinschaft der Länder einschließt, die lange Zeit durch blutige Fehden getrennt waren ...“.

Wer hätte es am 9. Mai 1950 für möglich gehalten, dass aus dieser Gemeinschaft für Kohle und Stahl einst eine Politische Union mit 15 Mitgliedern entstehen könnte, die sich auf eine gemeinsame Währung verständigt und einen Binnenmarkt organisiert mit Freizügigkeit für Personen, Dienstleistungen und Kapital? Wer konnte sich damals vorstellen, dass am Ende des Jahrhunderts das Visaregime der Nationalstaaten und weite Bereiche des Ausländerrechts supranational geregelt werden würden? Und wer hätte für möglich gehalten, dass sich 15 Staaten in Europa letztlich auf eine Sozialunion verständigen, eine gemeinsame Beschäftigungspolitik versuchen und eine Charta der Grundrechte auf den Weg bringen, die voraussichtlich auch soziale Rechte der Bürger gegenüber der Union festschreiben wird?

Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben aus den schrecklichen Erfahrungen der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts die einzig richtige Lehre gezogen, dass Frieden, Freiheit und Wohlstand auf diesem schwierigen Kontinent nicht im Gegeneinander nationaler Interessen, sondern nur durch gegenseitige Annäherung politischer Standpunkte, Harmonisierung nationaler Regelungen, Integration ganzer Politikbereiche und den Verzicht auf nationale Souveränität zugunsten von Gemeinschaftsorganen gesichert werden können.

Auch diese Einsicht hat – das ist zuzugeben – nicht verhindern können, dass Arbeitslosigkeit die Lebensbasis von Millionen von Bürgern gefährden kann. Aber wir dürfen nicht vergessen, dass die Idee *Robert Schumans* und die davon inspirierte konsequente Politik der europäischen Integration den Mitgliedstaaten der Gemeinschaften die längste Periode des Friedens in ihrer Geschichte und soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit für die große Mehrheit der Bürger gebracht hat. Das Ende des Ost-West-Konflikts und vor allem die Wiedervereinigung Deutschlands wären ohne die Attraktivität der Europäischen Gemeinschaften, ihrer Werte und Erfolge nicht möglich gewesen.

Die politische Wende in Europa stellt die Europäische Union heute vor die größte Herausforderung seit Inkrafttreten der Römischen Verträge: Es liegt in der Logik der Geschichte, dass die Staaten und Völker Europas, die im letzten Jahrzehnt des vergangenen Jahrhunderts das Joch des Kommunismus abgeschüttelt haben, die Chance erhalten müssen, Mitglieder der Europäischen Union zu werden. Alle Reformstaaten wollen diese Option wahrnehmen. Dies verlangt der Union selbst tiefgreifende Reformen ihrer Institutionen ab. Wir dürfen uns dem nicht entziehen, sondern müssen die Chancen begreifen, die darin liegen.

Tanken für die Rente?

(Juni 2000)

Jetzt dürften es auch die wohlwollendsten Kritiker begriffen haben: Wer die Solidität der Finanzen unserer sozialen Sicherung beurteilen will, braucht sich nicht mehr in Sozial- oder Rentenberichte zu vertiefen. Ein analytischer Blick auf die Preistafeln unserer Tankstellen genügt:

Hohe Benzinpreise sind gut. Denn sie drücken die Beiträge zur Rentenversicherung. Niedrige Preise an den Zapfsäulen sind schlecht. Denn dann kommt weniger Geld in die Rentenkassen und die Beiträge werden weiter steigen ... oder doch nicht?

Denken die Arbeitnehmer in Deutschland beim Tanken vielleicht doch nicht zuerst an ihre Altersversorgung, sondern an ihren Geldbeutel und verhalten sich entsprechend sparsam? Das wäre schlecht für die Renten. Oder animiert uns der billige Liter vielleicht doch zum Vielfahren und die „Abgase“ der grenzenlosen Freiheit kommen dann den Rentenkassen segensreich zugute?

Die Geschichte der Sozialversicherung in Deutschland ist auch eine Geschichte der „Verschiebebahnhöfe“ zwischen den verschiedenen Zweigen unseres Sozialsystems. Es gab immer wieder Versuche, die schwindende Standfestigkeit der einen Säule durch Finanzspritzen aus einer anderen zu lindern – je nach politischer Opportunität und Leistungsfähigkeit.

Die Verbindung zwischen den Kosten für Benzin und der Höhe des Beitrags zur Rentenversicherung hat eine völlig neue Qualität: Die „Ökosteuer“ soll eigentlich den Appetit auf den Verbrauch von fossiler Energie zügeln. Der absurde Verwendungszweck dieser Steuer bringt aber jeden rentenversicherten Arbeitnehmer in den Gewissenskonflikt, ob er nicht doch jeden Tag lieber noch ein paar Kilometer fahren sollte –

der Umwelt zum Schaden, der Rentenkasse zum Nutzen – Absurdistan lässt grüßen.

Sind wir denn noch zu retten? Wollen wir dem staunenden Ausland tatsächlich weismachen, dass Deutschland eine neue *Steuer* braucht um die *Abgabenlast* nachhaltig zu senken?

Greencards für IT-Techniker? Nein – es ist viel schlimmer: Wir brauchen zuallererst und ganz schnell eine Offensive für Logik, für die vier Grundrechnungsarten und gesunden Menschenverstand in Deutschland!

Recht haben – Recht bekommen

(Juli 2000)

Möglichst schnell zu seinem Recht zu kommen, ist ein wesentliches Element des sozialen Rechtsstaates unter der Geltung des Grundgesetzes. Aber der rasche, effektive Rechtsschutz des Bürgers in der täglichen Praxis leidet unter der chronischen Überlastung der Gerichte, Personalmangel im richterlichen und im nichtrichterlichen Bereich, Lücken in der technischen Ausstattung, eine hypertrophe Gestaltung der Rechtsmittel und – vielen Klagen, die auch auf andere Weise erledigt werden könnten.

Die Länder sind die Hauptträger der dritten Gewalt in unserem Staat und haben auch die Hauptlast der finanziellen Aufwendungen für die Gerichtsbarkeiten zu tragen. Sie bemühen sich, die Mängel in der Ausstattung der Gerichte zu beseitigen – ein schwieriges unterfangen in einer Zeit großer Haushaltsprobleme. Der Gesetzgeber des Bundes hat sich vorgenommen, durch Änderungen des Prozessrechts seinen Beitrag zur Beschleunigung der gerichtlichen Verfahren zu leisten. Leider geschieht dies zu häufig ohne enge Abstimmung mit den Ländern. Die ZPO-Novelle ist ein Beispiel dafür.

Ein wichtiger Ansatz in der ordentlichen Gerichtsbarkeit ist die Verstärkung des Elements der außergerichtlichen Streitschlichtung. Der Gesetzgeber hat durch eine Öffnungsklausel im Bundesrecht die Voraussetzungen dafür geschaffen. Einige Länder haben bereits davon Gebrauch gemacht, entsprechende Gesetzentwürfe in der Beratung oder überlegen noch, ob sie diesen Weg gehen sollen.

Der Entlastungseffekt für die Gerichte ist nicht sicher vorherzusagen. Deshalb gehen einige Länder zunächst den Weg, die obligatorische Streitschlichtung zeitlich zu befristen. Sicher ist aber, dass dies ein lohnender Versuch ist, die Streitkultur in unserem Land zu verändern.

Es kann nicht richtig sein, dass da und dort wuchernde Rechthaberei ihre Blüten bis in die Beratungen des Bundesverfassungsgerichts treibt: Verfassungsbeschwerden wegen Pfennigbeträgen sind keine Seltenheit.

Auch die Gerichtsbarkeit muss europafähig werden. Sicher, das bedeutet auch, dass die Bürger über die Grenzen der Mitgliedstaaten hinweg leichter ihre Rechte geltend machen können, Urteile anerkannt und vollstreckt werden können. Viel wichtiger ist aber, dass wir Streitigkeiten vor Gericht vermeiden, wo das möglich ist. Deshalb brauchen wir auch in der Europäischen Union eine kräftige Offensive für den Vorrang der außergerichtlichen Streitschlichtung.

Dienstleistung als Urlaubsfreude?

(August 2000)

Reisen bildet. Zwei Beispiele dafür aus ganz unterschiedlichen Lebensbereichen:

- Wer in diesen Wochen die Grenzen Deutschlands hinter sich lässt und sich in Gesprächen mit seinen Gastgebern oder anhand der Presse ein Bild von seinem Heimatland verschafft, darf sich nicht wundern. Die im heimischen Sommerloch überhitzte Debatte über den Rechtsradikalismus in Deutschland, über Risiken und Gefahren und einige unerträgliche Vorgänge in unserem Land hat auch im wohlmeinenden Ausland bei zu vielen den Eindruck gefördert, unsere Gesellschaft sei insgesamt auf dem Weg in die dunkle rechte Ecke. Das ist Unsinn. Aber eine Diskussion, die in weiten Bereichen zu undifferenziert und oberflächlich mit einem so heiklen Thema umgeht, kann zu dieser Konsequenz führen. Es müssen dringend Fakten und Zahlen auf den Tisch, wenn noch größerer Schaden vermieden werden soll.
- Wer in diesen Sommerwochen den „Service“ in vielen unserer beliebtesten Urlaubsländer genießt, dem drängt sich eine Frage auf: Gibt es einen Zusammenhang zwischen der Bereitschaft, Dienstleistung auf hohem Niveau und in einer für den Kunden sehr angenehmen Art zu erbringen und ein Ausmaß an sozialer Sicherheit, das der einzelne genießt? Oder anders ausgedrückt: Nimmt soziale Sicherheit die Freude daran, schadet sie der Motivation, für andere Dienste zu leisten? Hemmt unser ausdifferenziertes Sozialsystem die Entwicklung des Dienstleistungssektors, die wir so dringend zur dauerhaften und nachhaltigen Entlastung des Arbeitsmarktes brauchen?

Viele positive Erfahrungen in bekannten Dienstleistungsländern und noch mehr negative Erfahrungen zu Hause sprechen dafür. Und die geradezu militante Abwehr einer erneuten Diskussion über liberalere Ladenöffnungszeiten durch einige Verbände bestätigt es.

Die Konsequenz daraus? Natürlich nicht der Abbau von sozialem Schutz für Dienstleistung. Das wäre absurd. Aber endlich eine offene Diskussion darüber, wie wir in unserer Gesellschaft wieder ein Klima für Dienstleistung schaffen können. Dazu gehört auch das Eingeständnis, dass wir offensichtlich auf das, was wir im Urlaub so gern als Service genießen und oft mit großzügigen „Trinkgeldern“, jedenfalls aber mit Dank und Lob bedenken, zu Hause nicht den gleichen Wert legen. Das fängt bei der Tankstelle an und hört beim Einpackservice in Supermärkten auf. Nur wenn wir bereit sind, auch im eigenen Land beste Dienstleistung einzufordern und dafür zu bezahlen, wird sich auf diesem Sektor etwas ändern.

Sozialpolitik ohne Energie

(September 2000)

Bald ist es soweit: der Motor unseres Sozialsystems wird klopfen und stottern. Denn der Treibstoff ist teuer und knapp geworden, die Oktanzahl gesunken. Das kommt davon, wenn man wichtige Rahmenbedingungen der Sozialpolitik, wie die Beiträge zur Rentenversicherung, an die Verfügbarkeit und den Verbrauch von Treibstoff knüpft.

Auf die ständig steigenden Ölpreise reagiert die Bundesregierung mit geradezu provozierender Härte und Gelassenheit: keine Aussetzung der nächsten Stufe der Ökosteuer, keine Erhöhung der Kilometerpauschale, kein Gedanke an die Reduzierung der Kfz-Steuer, brauchen wir doch die Einnahmen dringend für die Absenkung der Beiträge zur Rentenversicherung ...

Aber dabei wird es nicht bleiben. Wenn es Winter wird in Deutschland, wenn die Gaspreise die Ölpreise erreicht haben werden, die Vermieter die rapide gestiegenen Nebenkosten auf die Mieter umlegen – dann werden die sozialen Sicherungssysteme Alarm schlagen: Wir werden dann spätestens um die Weihnachtszeit herum mit dringlichen Vorlagen zur Anhebung des Wohngelds und der Sozialhilfe überrascht werden.

Dann werden wir einen kuriosen Zustand haben: einen subventionierten, künstlich abgesenkten Beitrag zu Rentenversicherung, der nur noch wenig Bezug hat zur Finanz- und Risikolage dieses Zweiges der Sozialversicherung. Und ein Leistungsniveau in den Versorgungszweigen unseres Sozialsystems, das nur dem Ausgleich künstlich erhöhter Energiekosten dient.

Die unverhoffte Explosion der Energiepreise hat auch eine europäische Dimension: Auf den Straßen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union staut sich der Ärger darüber. Und damit wird der Protest gegen inflationäre Preise auf dem Energiemarkt unversehens zu einem unerwünschten integrativen Element in der Europäischen Union. EUROLAND oder nicht – das spielt dabei keine Rolle.

So ist das mit der Beteiligung der Bürger in Europa: Wo man ihr Votum fürchtet, werden sie nicht befragt. Der Bürgerprotest sollte eine Warnung sein.

Integration ohne Arbeit?

(Oktober 2000)

Die Europäische Union kommt auf ihrem Weg zu einer noch weiter vertieften Europäischen Union an einen neuen, wichtigen Meilenstein: Wie halten es die Europäer mit Maßnahmen in den Bereichen Asyl, Einwanderung und Schutz der Rechte von Staatsangehörigen dritter Länder nach dem Vertrag von Amsterdam?

Das Problem dabei ist: Die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Tampere gehen weit über die klar definierten Ziele des Vertrages von Amsterdam hinaus. Dort erscheint die Integration von Ausländern als ein neues Ziel, von dem in Amsterdam zu Recht nicht die Rede war, weil der EU die Kompetenz dafür fehlt.

Das ist gefährlich. Denn damit bricht sich auch auf diesem sensiblen Feld europäischer Politik eine Eigendynamik Bahn, die nichts mehr erkennen lässt vom schwierigen Kompromiss, der aus guten Gründen im Vertrag von Amsterdam angelegt ist.

Bei der Formulierung einer gemeinsamen Migrationspolitik in der EU muss es deshalb vor allem darum gehen, die Interessen der Mitgliedstaaten zu berücksichtigen, die häufig sehr unterschiedlich sind. Wichtigste Voraussetzung für eine kluge Politik ist es, die verschiedenen Problembereiche nicht miteinander zu vermischen:

Im Bereich der Asylpolitik müssen wir darauf achten, dass das Asylrecht nur den tatsächlich politisch Verfolgten zukommt. Deshalb muss ein gemeinsames europäisches Asylrecht auf seinen eigentlichen Schutzzweck ausgerichtet werden. Bei der Aufnahme von Flüchtlingen muss es zu einer gerechten Verteilung der Lasten unter den EU-Mitgliedstaaten kommen, wenn eine heimatnahe Unterbringung der Flüchtlinge nicht möglich ist. Die Familienzusammenführung darf nicht zu einem Einfallstor für unregelte Zuwanderung werden. Daher müssen die Voraussetzungen, insbesondere der Begriff der Familie, eng gefasst werden. Die Zuwanderung muss einer auch an den Interessen unseres Landes und unserer Wirtschaft orientierten Steuerung unterliegen.

Die Politik der Europäischen Union auf diesem schwierigen Feld darf nicht ambitionierter sein als die Möglichkeiten, über die die EU in der Beschäftigungspolitik verfügt. Diese sind schon heute sehr bescheiden. Arbeitsmarktpolitik ist in erster Linie Aufgabe der Mitgliedstaaten und Arbeitsplätze kann nur die Wirtschaft schaffen. Deshalb wäre es ein „Geschäft zulasten Dritter“, eine Migrationspolitik zu beschließen, deren Folgen die Mitgliedstaaten zu tragen hätten, aber nicht bewältigen können.

Die Europäische Kommission ist also gut beraten, ihre Initiativen zur Migrationspolitik sehr gründlich und geduldig vorzubereiten. Dabei genügt es nicht, sich der Zustimmung des Europäischen Parlaments und der Mitgliedstaaten in den Räten zu versichern. Wir müssen die Bürger für eine solche Politik gewinnen.

Besitzstand ohne Grenzen?

(November 2000)

Der Prozess der Erweiterung der Europäischen Union ist in vollem Gang. Das dreizehnte von insgesamt 31 Kapiteln trägt die Überschrift „Sozialpolitik und Beschäftigung“. Verhandelt wird über den aufgrund dieses Instruments erreichten Bestand sozial-, arbeits- und gesundheitsrechtlicher Bestimmungen, also das Sekundärrecht in den Bereichen soziale Sicherheit, Arbeitsrecht, Gleichbehandlung von Frauen und Männern, Antidiskriminierung, Beschäftigung, sozialer Dialog, öffentliche Gesundheit und Arbeitsschutz.

Der neue Fortschrittsbericht der Europäischen Kommission stellt sehr klar fest, dass die Beitrittskandidaten auf dem Gebiet der sozialen Ordnung noch einen recht langen Weg bis zur Beitrittsreife vor sich

haben. Ein höchst brisanter Problembereich ist dabei die Beziehung zwischen Sozialstandards und Standortwettbewerb. Die Übernahme des gemeinschaftlichen sozialen Besitzstandes wird sich – trotz seiner Begrenztheit – für die Beitrittsländer in doppelter und teilweise widersprüchlicher Weise auswirken: Zum einen wird sie die rechtliche und auf mittlere Sicht auch die materielle Situation der Bürgerinnen und Bürger im Allgemeinen und der Arbeitnehmerfirmen und Arbeitnehmer im Besonderen deutlich verbessern. Zum anderen wird die Übernahme des sozialpolitischen „acquis“ zugleich aber die dortigen Staatshaushalte und Unternehmen für eine längere Anpassungsperiode erheblich belasten. Die aus niedrigen nationalen Sozialstandards resultierenden Wettbewerbsvorteile für die Beitrittsländer werden also durch die Übernahme des „acquis“ begrenzt.

Dieser „acquis“ ist aber nichts Statisches. Er wird sich während und nach der Beitrittsphase weiterentwickeln. Die französische Ratspräsidentschaft schlägt dazu vor, einen „Raum des sozialen Zusammenhalts und der Solidarität“ zu schaffen. Dieses Projekt findet im Vertrag selbst keine Stütze. Zu seiner Verwirklichung strebt die Ratspräsidentschaft die Verabschiedung einer „sozialpolitischen Agenda“ durch die Staats – und Regierungschefs auf dem Europäischen Rat in Nizza an. Diese soll unter Beachtung der Zuständigkeiten die gemeinsamen Ziele, die Methode und den Zeitplan für die europäische Sozialpolitik der nächsten fünf Jahre festlegen. In diesem Rahmen werden der Schutz der Arbeitnehmer, die Chancengleichheit von Frauen und Männern, der Sozialschutz und die Bekämpfung von Ausgrenzung und Diskriminierung im Vordergrund stehen

Der Standort Europa steht im globalen Wettbewerb. Soziale Sicherheit ist attraktiv. Sie bietet für das Handeln von Bürgern und Wirtschaft ein stabiles soziales Umfeld. Deshalb brauchen wir soziale Sicherheit. Soziale Sicherheit ist aber auch ein Kostenfaktor, den der Standort Europa bewältigen muss. Dieses Spannungsverhältnis wird durch die Notwendigkeit zumindest einer gewissen Konvergenz von alten und neuen Mitgliedstaaten noch verschärft. Wir müssen es klug und mit Augenmaß gestalten.

Stille Nacht

(Dezember 2000)

„Der Alltag wird uns auch in diesem Jahr einholen und daran erinnern, dass die Defizite in der Zukunftsfähigkeit unserer sozialen Sicherungssysteme durch

den Jahrtausendwechsel nicht kleiner geworden sind“ – so lautete die wenig optimistische Prognose an dieser Stelle im Januar dieses Jahres. Und so ist es gekommen:

Das Jahr 2000 hat uns in der Sozialpolitik nicht vorangebracht. Wir treten auf der Stelle – bei den abzusichernden Risikolagen, bei der Sicherung der finanziellen Grundlagen und bei den Zukunftsfragen der Sozialpolitik.

In keinem Bereich der sozialen Sicherung haben wir es geschafft, die drängende Frage zu beantworten, ob und wie es gelingen kann, die überkommenen Leistungen dem tatsächlichen Risiko anzupassen. Wir verharren weiter in der Vorstellung, es könne mit einigen marginalen Änderungen gelingen, dieser wichtigen Grundfrage weiterhin auszuweichen.

Die Reformarbeiten an der Rentenversicherung wie der Krankenversicherung sind dabei noch zu sehr vom Motiv geprägt, die aktuellen Finanzierungsprobleme einzudämmen.

Eine überzeugende Aufgabenkritik findet nicht statt. Die dringend notwendigen Reformansätze sind nach wie vor nicht entschlossen genug. Bedenkliche strukturelle Schwächen der beiden wichtigsten Säulen unserer sozialen Sicherung werden sich damit weiter vergrößern.

Dabei werden externe Einflüsse, die immer größer werden, weiterhin konsequent übersehen: Die sehr ambitionierte Politik der EU in den Bereichen Einwanderung, Zuwanderung, Familienzusammenführung und Integration ist ein „Geschäft zu Lasten Dritter“, weil damit den Mitgliedstaaten Risiken aufgebürdet werden, die sie nicht tragen können.

Mit dem nächsten Jahr beginnt mit großer Wahrscheinlichkeit wieder die Phase der politischen Kurzatmigkeit und Kurzsichtigkeit in unserem Land:

Wahlen stehen vor der Tür, sehr bald in den Ländern und im Jahr 2002 im Bund. Dies wird den Mut, die Bereitschaft dazu, heiße Eisen entschlossen anzupacken und zu schmieden, sehr vermindern. Damit besteht die Gefahr, dass viele weitere Jahre verloren gehen, die uns noch teuer zu stehen kommen werden.

Selbstbestimmung kollektiv?

(Januar 2001)

„Mehr Demokratie wagen ...“ Mit diesem Slogan begann 1969 eine Phase der politischen Diskussion, die sich auch in der Gesetzgebung in Deutschland, gerade im Bereich der Beschäftigtenbeteiligung, niedergeschlagen hat:

Die Reform des Betriebsverfassungsrechts im Jahr 1972 hatte zu einer erbitterten verfassungsrechtlichen Debatte geführt. Das Eigentumsrecht des Art. 14 GG stand damals im Mittelpunkt der Diskussion. Zwei Jahre später wurde die Reform des Personalvertretungsrechts auf den Weg gebracht – mit der Scheinbegründung, das Grundrecht der Gleichbehandlung gebiete eine „Demokratisierung der Verwaltung“.

Nun steht nach dem Willen der Bundesregierung wieder eine Novellierung dieses Rechtsgebiets bevor. Die lauten Fanfaren der Veränderung bleiben diesmal aus. Eher geschäftsmäßig und kühl begründet der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung sein Vorhaben: Es gehe nur um eine Anpassung des geltenden Rechts an die veränderte Arbeitswelt.

Dies ist kein Grund, sich beruhigt abzuwenden. Denn es ist nur die halbe Wahrheit:

Richtig ist, dass sich unser Arbeitsleben in den letzten 30 Jahren erheblich verändert hat. Der europäische Binnenmarkt, die Globalisierung der Wirtschaft, Teilzeitarbeit und Telekommunikation sind nur einige Stichworte für diese Entwicklung. Das Gruppenprinzip, der Unterschied zwischen Arbeitern und Angestellten, hat sich in der realen Arbeitswelt in vielen Bereichen tatsächlich überlebt. Es ist überfällig und richtig, das Recht der Betriebsverfassung diesen veränderten Rahmenbedingungen anzupassen.

Falsch ist die Behauptung, es gebe einen Nachholbedarf an kollektiver Beteiligung in unseren Betrieben. Dafür gibt es keinen Beweis. Im Gegenteil: Es gibt schon heute zu viel Bürokratie in unseren Betrieben – auch in den Betriebsräten. Wir brauchen wieder mehr Freiraum für Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Probleme, die die individuelle Ebene im Betrieb betreffen, auch individuell zu regeln. Wir brauchen rasche Entscheidungen in sozialer Verantwortung in allen Betrieben. Wir brauchen mehr Selbstverantwortung jedes einzelnen Beschäftigten. Es wäre fatal für die wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land, wenn junge Unternehmer Angst vor der eigenen Courage bekommen würden,

weil sie sich dem ständigen Stress mit Betriebsräten nicht gewachsen fühlen oder einfach nicht aussetzen wollen.

Gerade vor einer Änderung des geltenden Rechts dürfen wir nicht vergessen: Betriebsverfassung ist kein Selbstzweck. Die kollektive Beteiligung der Beschäftigten ist nichts anderes als die Wahrnehmung des Selbstbestimmungsrechts des einzelnen Arbeitnehmers und eine Kontrolle der Rechtmäßigkeit. Daran sollten sich die Reformer orientieren.

Wir sind nicht in Eile. Es gibt genügend Zeit, den sperrigen Referentenentwurf zu überarbeiten und der Reform des Betriebsverfassungsrechts Maß und Ziel zu geben. Dies ist ein Gebot sozialer Verantwortung.

Titanic

(Februar 2001)

Der Sozialstaat Deutschland ist auf Kollisionskurs:

- In der Krankenversicherung ist auch nach dem Wechsel im Ministeramt nicht absehbar, ob die noch unerledigten strukturellen Fragen und die chronischen Finanzprobleme im Konsens aller Beteiligten gelöst werden können.
- In der Betriebsverfassung hat sich die Bundesregierung über die Bedenken der Wirtschaft hinweggesetzt. Der Anwalt des Wirtschaftsstandorts Deutschland im Kabinett hatte gegen den starren Blick der Mehrheit auf die Wahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz keine Chance.
- Und jetzt die Rente:

Es gibt in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland wenig Politikfelder, in denen es gelungen ist, einen nationalen Konsens über die Parteigrenzen hinweg herzustellen: Versorgung der Kriegsoffer, Lastenausgleich, Wiedervereinigung, Europäische Integration, Asyl und immer wieder die Rentenversicherung.

Dies hatte seinen guten Grund. Denn die Sicherheit der Altersversorgung ist und bleibt die unbedingte Voraussetzung für die Bereitschaft der jüngeren Generation, sich an einem Solidarpakt zwischen Jung und Alt zu beteiligen. Keine soziale Ordnung kann ohne das Grundvertrauen seiner Mitglieder in die Verlässlichkeit eines solchen Generationenvertrages ihre Aufgabe erfüllen.

Das von der Bundesregierung jetzt gewählte Verfahren, das Gesamtpaket der Strukturreform der Rente aufzuspalten in einen im Bundesrat nicht zustimmungspflichtigen und einen zustimmungspflichtigen Teil, ist auf Konflikt angelegt und lässt einen tragfähigen Kompromiss mit breiter Mehrheit in weite Ferne rücken. Denn es kann nicht richtig sein, die zukünftige Rentenformel mit allen Nachteilen ohne Rücksicht auf das Votum der Länder vorweg zu beschließen und die schwierigen und kontroversen Fragen der privaten Altersvorsorge abzukoppeln und aufzuschieben.

Ein solch großes Reformwerk zu Beginn des neuen Jahrhunderts darf in seiner Verwirklichung weder nach Terminen der Renten Anpassung noch anstehender Landtagswahlen ausgerichtet und danach mundgerecht portioniert werden.

Der Einstieg in diese neue Komponente der Alterssicherung wirft viele Fragen auf. So ist z. B. die Idee, Wohneigentum für die Altersversorgung zu nutzen, ohne eine gründliche Prüfung der Konsequenzen im Sachenrecht des Bürgerlichen Gesetzbuchs und der Folgen für die bestehende Wohnungsbauförderung nicht seriös zu verwirklichen.

Wir brauchen eine Rentenreform aus einem Guss, mit einer von allen Beteiligten mitgetragenen weiten Perspektive und einer hohen Wahrscheinlichkeit für ihren Fortbestand auch bei anderen Mehrheiten in Bundestag und Bundesrat in den nächsten Jahren. Mit dem Asylkompromiss 1993 ist dies beispielhaft gelungen.

Schutz der Behinderten schwer beschädigt

(März 2001)

Dies war kein guter Tag für die behinderten Mitbürger: Der Bundesrat hat in seiner Plenarsitzung am 9. März die Chance verpasst, ein Zeichen zu setzen und durch eine gute Debatte nachzuweisen, dass es ihm um mehr geht als um die finanziellen Interessen der Länder beim SGB IX.

Dieses neue Buch des Sozialgesetzbuchs ist sicher kein makellooses Meisterstück hoher Gesetzgebungskunst – wie sollte es auch. Denn wie immer, wenn es darum geht, bestehendes, überkommenes, hundertfach geändertes und weit verstreut geregeltes Recht reif zu machen für eine neue Kodifikation, sitzt der Gesetzgeber eben nicht vor einem leeren Blatt Papier mit allen Freiheiten in Disposition, Dogmatik und Regelungsinhalt. So ist auch der Entwurf zum neuen SGB IX mehr ein Spiegelbild der sozialen Wirklichkeit im Bereich Behinderte und

Rehabilitation als ein großer Wurf für diese wichtige und tragende Säule unserer sozialen Ordnung. Aber es bleibt dabei: Mehr noch als das immer noch neue Benachteiligungsverbot in unserem Grundgesetz ist die Einordnung des Behinderten- und Rehabilitationsrechts in das Sozialgesetzbuch der überfällige Beweis dafür, dass die Behinderten in unserer Gesellschaft angekommen und ihre Rechte nicht länger „Sonderrechte“ sind.

Dies allen deutlich zu sagen, die noch immer in den Kategorien von „Schwerbeschädigung“ und „Hauptfürsorgestelle“ denken, haben Bundesregierung und die Redner aus den Reihen der Länder versäumt oder einfach vergessen.

Wie schade! Denn eine bessere Gelegenheit wird sich vor allem den Ländern so bald nicht wieder bieten, in der Länderkammer auch einmal mit allem berechtigten Selbstbewusstsein darzustellen, welche beeindruckenden Leistungen sie und die Kommunen in der Behindertenpolitik seit Jahrzehnten vollbringen. Wenn unsere Städte – immer mehr davon – das Attribut „behindertengerecht“ verdienen, dann hat das wenig mit Gesetzen, aber viel mit dem Engagement vieler gerade auf kommunaler Ebene zu tun. Das Ehrenamt gehört dazu.

Wer in diesem Zusammenhang zu laut über die zusätzlichen Belastungen der Sozialhilfe klagt, mag in der Sache Recht haben. Der Integration der Behinderten schadet es: Sie landen wieder in einer (anderen) Ecke ...

Sozialrecht in schlechter Verfassung

(April 2001)

Dieser April 2001 hat uns eine schmerzhafteste Lehrstunde, nein – eine schallende Ohrfeige für die Sozialrechtswissenschaft in Deutschland gebracht. Das Bundesverfassungsgericht hat dafür gesorgt, dass uns allen ein Licht aufgegangen ist: Das geltende Beitragsrecht in der Sozialversicherung muss überall dort, wo es um die Finanzierung laufender Leistungen durch die nachwachsende Generation geht, die Tatsache beitragsmindernd berücksichtigen, dass der Beitragszahler Kinder hat. Dies folge aus dem Verfassungsgebot des Schutzes von Ehe und Familie.

Wir alle müssen uns die Frage gefallen lassen, warum wir dieses verfassungsrechtliche Risiko des geltenden Beitragsrechts der Sozial-

versicherung nicht früher erkannt haben. Dies ist umso erstaunlicher, als wir seit Jahrzehnten über die Frage diskutieren, wie der „demografische Faktor“ angemessen in der Rentenformel berücksichtigt werden könnte. Aber den verfassungsrechtlichen Aspekt haben wir dabei einfach nicht scharf genug gesehen.

Nun hat die Politik einige Probleme:

- Der Sozialminister der Bundesregierung wiegelt ab mit schwachen Argumenten. Dabei weiß er es doch besser: Wer die Gründe der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts auch nur einigermaßen gründlich gelesen hat, der weiß, dass die Nachbesserung bei der Bewertung von Kindererziehungszeiten mit der Beanstandung des Bundesverfassungsgerichts nicht das Geringste zu tun hat. Es kann also keine Rede davon sein, dass Bundesregierung und Koalition die Forderung aus Karlsruhe bereits vorausschauend berücksichtigt haben.
- Die Reform der Rentenversicherung hängt in der Luft. Der im Bundesrat nicht zustimmungsbedürftige Teil steht schon im Bundesgesetzblatt. Aber der eigentlich wichtige Teil, der Einstieg in die private Vorsorge, dümpelt im Vermittlungsausschuss vor sich hin. Eine wirklich gute Lösung ist nicht in Sicht. Die Bundesregierung will diese Reform rasch und erfolgreich vollenden. Die Opposition schwankt noch zwischen Mitverantwortung nach dem bewährten Muster vieler Rentenkompromisse und wahltaktischem Kalkül. Dabei streiten sich die Strategen noch, ob die kompromisslose Ablehnung besser wäre als eine konditionierte Zustimmung zu einem ungeliebten Gesetz. Kann man dann noch mit Überzeugungskraft gegen diese Reform im Wahlkampf 2002 zu Felde ziehen?

Es wäre fatal, jetzt nach dem Motto zu verfahren „Augen zu und durch!“ Wir können doch keine tiefgreifende Reform der Rentenversicherung durch die parlamentarischen Gremien drücken, obwohl wir jetzt schon wissen, dass das Ergebnis die verfassungsrechtlichen Mängel perpetuieren wird.

Noch einmal: Wir müssen uns die Zeit nehmen, gerade in der Sozialversicherung einen Reformprozess mit Geduld und mit Augenmaß zu gestalten. Es geht um die soziale Sicherheit der Bevölkerung in diesem neuen Jahrhundert. Das Bundesverfassungsgericht hat dafür den Maßstab gesetzt: Es hat dem Gesetzgeber vier Jahre Zeit gegeben, die Mängel im geltenden Recht abzustellen. Wir sollten uns diese Zeit nehmen und sie nutzen, gute und tragfähige Lösungen zu erarbeiten.

Gekaufte Reform

(Mai 2001)

Nun haben wir also doch noch eine Rentenreform bekommen.

Die parlamentarischen Begleitumstände erinnerten an die Schlussphase der Steuerreform: Welches Land kann mit welchem Argument dazu bewegt werden, seine Zustimmung letztlich doch zu geben? Dabei stand wieder einmal weniger die Frage im Vordergrund, ob inhaltliche Verbesserungen zur Einsicht verhelfen können. Es ging wieder nach der Methode, bisher unerfüllten Wünschen einiger Länder gegen die Zustimmung im Bundesrat entgegenzukommen.

Diese Art der Gesetzgebung auf schwierigstem Terrain hat mit Kunst wenig, mit Macht dagegen sehr viel zu tun. Zuweilen musste man den Eindruck gewinnen, dass die Akteure auf der Seite des Bundes auf das kurze Gedächtnis und den niedrigen Horizont in den Ländern bauen. Bereits Versprochenes noch einmal als Gegenleistung anzubieten, trägt nicht weit und wird auf längere Sicht diese Art der Konfliktbewältigung zwischen Bund und Ländern unmöglich machen. Ein Schaden für unser Land wäre das nicht.

Es stellt sich auch immer dringender die Frage, ob der Bundesrat gut beraten ist, mit seiner Zustimmung zu Gesetzesvorhaben „die Erwartung“ zu verknüpfen, dass „die Bundesregierung dem Gesetzgeber folgende Vorschläge unterbreitet ...“ – Die parlamentarischen Regeln im Bundesstaat werden auf diese Weise in ihr Gegenteil verkehrt. Dies ist die groteske Folge der sich immer mehr verbreitenden Unart, in der Sache zusammengehörende Komplexe aus Gründen der politischen Opportunität oder besser – zur Minimierung des Konfliktstoffes mit dem Bundesrat – im Gesetzgebungsverfahren zu trennen.

In der Sache ist das jetzt verabschiedete Altersvermögensgesetz sicher ein Schritt in die richtige Richtung. Dabei bleibt abzuwarten, ob die reichlich komplizierten Regelungen von den Betroffenen auch angenommen werden. Viel Beratung und Aufklärung sind nötig. Die Forderungen der Mehrheit des Bundesrats zur Nachbesserung bei der Witwenrente sind in der Sache berechtigt.

Ein sehr ärgerlicher Punkt bleibt: Wieder einmal hat der Bund tiefgreifende Rechtsänderungen auf den Weg gebracht, die den Haushalten der Länder erhebliche neue Belastungen zufügen werden, ohne rechtzeitig belastbare Wege aufzuzeigen, wie eine faire Kompensation erfolgen soll. Solche „Geschäfte zulasten Dritter“ im Bundes-

staat werden die große Aufgabe einer Neuregelung des Finanzausgleichs noch schwerer machen.

Iren ist menschlich ...

(Juni 2001)

Das „Nein“ der sonst so europafreundlichen Iren zum Vertrag von Nizza kam für viele überraschend. Das Referendum in Irland war kein Thema. Und niemand hat ein „Nein“ für möglich gehalten – Brüssel nicht, Berlin nicht und Dublin nicht. Zugegeben, es war nur ein Sechstel der Abstimmungsberechtigten, die wegen der geringen Beteiligung für eine knappe Mehrheit gereicht haben. Aber das „Nein“ ist ein politisches Faktum, über das wir nicht einfach hinweggehen dürfen und es zeigt:

- Zu viele Bürger Europas – es ist wohl die Mehrheit – nutzen nicht die Chance, ihre Meinung über die weitere Integration zu sagen. Vor allem die Befürworter halten sich zurück.
- Es gibt viel Skepsis, Sorgen, ja Angst unter den Unionsbürgern, wenn sie an die Entwicklung Europas und die anstehende Osterweiterung denken. Sie verstehen die komplizierten Regelungen nicht, die uns zuletzt der Vertrag von Nizza gebracht hat.
- Und die politische Elite Europas neigt dazu, nach dem Motto zu verfahren: „Die Karawane zieht weiter ...“.

Das ist ein falsches Signal und macht vor allem diejenigen unglaublich, die immer wieder betont haben, dass vor der Aufnahme neuer Mitglieder die Aufnahmefähigkeit der Europäischen Union sichergestellt werden muss. Und dazu gehört selbstverständlich die Ratifizierung des Vertrages von Nizza.

Richtig ist: Der Erweiterungsprozess muss mit gleicher Intensität fortgesetzt werden. Aber wir dürfen nicht den Eindruck zulassen, das „Nein“ der Iren sei nur ein Betriebsunfall und nicht weiter ernst zu nehmen. Wer es bisher nicht geglaubt hat, hat jetzt den Beweis dafür:

- Wir brauchen eine große und nachhaltige Informationsoffensive über den weiteren Weg der Europäischen Union, vor allem über die Erweiterung.
- Wir brauchen eine überzeugende Kampagne für die Glaubwürdigkeit unserer Politik. Wir müssen den Bürgern glaubhaft vermitteln, dass wir meinen, was wir sagen und dass wir machen, was wir versprechen: Wir wollen ein Europa der Bürger und der Vielfalt, in dem Europäische Union, Nationen und Regionen einen harmo-

nischen Dreiklang bilden. Und wir stehen ohne Wenn und Aber zur Erweiterung der Union nach Osten. Wir wollen die Chancen der Erweiterung nutzen und die Risiken begrenzen.

- Und wir dürfen uns nicht damit zufrieden geben, dass z.B. wichtige Fragen des Gesundheits- und Verbraucherschutzes auf dem Gipfel in Göteborg erörtert werden, die Öffentlichkeit davon aber keine Notiz nehmen kann. So bleibt der Sozialraum Europa abstrakt.

Ungeliebte Wahrheiten

(Juli 2001)

Die Autorenschaft für den Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung war zu Beginn der jetzigen Koalition ein heftiger Streitpunkt zwischen dem Wirtschafts- und dem Finanzminister. Am Ende des langen Streits stand das eigentlich Selbstverständliche: Der Wirtschaftsminister berichtet über den Verlauf der Wirtschaft.

Sein neuer Bericht ist jetzt in die Schlagzeilen geraten. Aber nicht wegen der Feststellungen zu Stand und Perspektiven der Wirtschaft in unserem Land. Er hat sich mit Vorschlägen und Forderungen zur Sozial- und Gesundheitspolitik zu Wort gemeldet, die in der Bundesregierung offensichtlich so nicht abgesprochen waren.

Der Wirtschaftsminister kann für sein Vorgehen für sich in Anspruch nehmen, dass es der Wirtschaft nicht gleichgültig sein kann, unter welchen Rahmenbedingungen sie agiert. Dazu gehört ohne Zweifel die Frage, wie es gelingen kann, die Erwerbstätigkeit insgesamt zu verbessern und den ersten Arbeitsmarkt zu stärken. Und es liegt auf der Hand, dass bei dieser Überprüfung die sozialpolitischen Rahmenbedingungen nicht außer Betracht bleiben dürfen. Deshalb wird die Frage nach den Strukturen, Finanzgrundlagen und Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung mit vollem Recht gestellt. Dies gilt auch für die Frage, wie es uns gelingen kann, mehr Empfänger von Sozialhilfe als bisher dazu zu bewegen oder in die Lage zu versetzen, durch eigenes Einkommen den Lebensunterhalt ganz oder teilweise selbst zu bestreiten.

Dennoch bleibt die Frage nach einer abgestimmten, durchdachten, klaren und prinzipientreuen Politik. Es ist zumindest ungewöhnlich, dass Vorschläge eines Mitglieds der Bundesregierung von den zuständigen Fachkollegen umgehend hart und unmissverständlich zurückgewiesen werden.

Die Beantwortung der Frage, ob in Zukunft die Lohnbezogenheit der Beiträge zur Krankenversicherung entfallen und der Beitrag der Arbeitgeber an die Arbeitnehmer ausgezahlt werden soll, stünde einem Sozialbericht gut an. Das gilt auch für die Überprüfung der Leistungskataloge, die Einführung von Fallpauschalen als moderne Form des effizienzorientierten Leistungshonorars, die stärkere Verzahnung von ambulanter und stationärer Versorgung und eine stärker am Bedarf orientierte Krankenhausbedarfsplanung. Sicher kann auch die Beantwortung der Frage nicht länger aufgeschoben werden, ob Arbeitslosenhilfe neben der Sozialhilfe als Sozialleistung in Zukunft weiter bestehen bleiben kann.

Aber die überraschenden Vorschläge des Wirtschaftsministers schüren das alte Vorurteil, dass die Wirtschaft den sozialen Bereich nur als Funktion der Wirtschaftspolitik gelten lassen will und sie erwecken den falschen Eindruck, die jetzt gestellten Fragen seien neu. Es ist alles längst auf dem Markt und an Ideen fehlt es nicht. Es fehlt am politischen Mut, die als richtig erkannten Lösungen entschlossen umzusetzen. Bisher reichte es nur dazu, vorsichtige Ansätze einer richtigen Politik wieder rückgängig zu machen ...

Die soziale Dimension des neuen Europa

(August 2001)

Dem Sozialraum Europa droht von einer Seite Gefahr, an die bisher kaum jemand gedacht hat: Das Projekt Osterweiterung der Europäischen Union blendet bisher fast völlig aus, welche sozialen Folgen der Beitritt neuer Mitgliedstaaten für die Grenzregionen haben wird.

Der Gipfel von Nizza und der Europäische Rat von Stockholm haben der Europäischen Kommission zwar unmissverständliche Aufträge gegeben. Die Analyse und das Programm, das die Kommission nunmehr in einer Mitteilung an den Rat auf den Weg gebracht hat, zeigen aber, dass das Problembewusstsein auf diesem Feld noch nicht sehr ausgeprägt ist. Zu oft wird an die Süderweiterung der Union erinnert und der falsche Schluss daraus gezogen, dass es zu sozialen Verwerfungen nicht kommen wird. Zu sehr wird der Blick auf die Folgen für die Wirtschaft, zu wenig auf die zu erwartenden Probleme für die Arbeitnehmer gerichtet.

Es ist richtig, dass die Osterweiterung nicht nur Risiken, sondern auch große Chancen mit sich bringen wird. Aber das gilt zunächst für die Unternehmen in Grenznähe, die den Mut und die Kraft aufbringen

werden, sich offensiv dem neuen, größeren Binnenmarkt zu stellen – auch durch Engagement in den neuen Mitgliedstaaten. Für die Arbeitnehmer gerade in den Grenzregionen steht derzeit die Sorge im Vordergrund, dass durch die Öffnung der Grenzen und die damit einhergehende Freizügigkeit und Dienstleistungsfreiheit für die Bürger der Beitrittsstaaten der eigene Arbeitsplatz noch stärker als bisher in Gefahr gerät.

Es ist gut, dass sich jetzt die Vereinbarung von flexiblen Übergangsfristen im Bereich der Freizügigkeit und der Dienstleistungsfreiheit abzeichnet. Damit können die vorübergehenden negativen Folgen für die Arbeitnehmer und Unternehmer aus der Osterweiterung abgefedert werden. Es ist schlecht, dass die Europäische Kommission nicht den Mut aufgebracht hat, ein Förderprogramm für die Grenzregionen auf den Weg zu bringen, das diesen Namen verdient. 195 Millionen Euro für 23 Grenzregionen bis zum Jahr 2006 – das ist keine Hilfe, sondern ein Feigenblatt, das die Blößen erst richtig zur Geltung bringen wird: Wo bleiben z.B. die Ideen und nennenswerte Hilfen für die Qualifizierung der Arbeitnehmer, auch im Bereich der sprachlichen Kompetenz?

Die Bürger in den Grenzregionen fühlen sich von den Organen der Europäischen Union allein gelassen mit ihren Sorgen. Das kann so nicht bleiben. Deshalb dürfen Rat und Europäisches Parlament dieser Mitteilung der Kommission nicht zustimmen. Die Bundesregierung muss Nachbesserungen einfordern und klare Vorstellungen dafür entwickeln, mit welchen nationalen Maßnahmen den Grenzregionen geholfen werden kann. Hilfe zur Selbsthilfe ist nötig für eine begrenzte Zeit. Dies gilt auch für die Instrumente der Arbeitsförderung, die für die Bewältigung der Herausforderung der Osterweiterung temporär ergänzt werden müssen.

Der elfte September

(September 2001)

Das Unfassbare hat uns alle in Besitz genommen. Noch so Wichtiges und Richtiges zu den vielen aktuellen Fragen wäre deplaziert. Wir verschieben es auf später. Heute trauern wir mit den Angehörigen der vielen Opfer. Unser Mitgefühl und unsere Solidarität gehören dem Volk der Vereinigten Staaten von Amerika, dem wir Freiheit und Wiedervereinigung mitverdanken.

Sozialraum Europa ohne Verfassung?

(Oktober 2001)

Die Europäische Union steht vor großen Herausforderungen: Die Aufnahme neuer Mitglieder ist das schwierigste Projekt seit ihrer Gründung. Und die Vorbereitung auf diese Aufgabe führt die Union in neue, heikle Unternehmungen, vor allem die überfällige Ordnung der Kompetenzen der EU und ihrer Mitgliedstaaten.

Es ist richtig, dass vor dem Beitritt neuer Mitglieder, aber mit ihrer intensiven Beteiligung endlich dem Subsidiaritätsprinzip in den einzelnen Politikbereichen klare Konturen gegeben werden. Denn in der Praxis europäischer Politik seit der Implementierung dieses Prinzips durch den Vertrag von Maastricht hat sich gezeigt, dass seine Steuerungswirkung und seine Wirkungskraft unzureichend sind.

Die Vorstellungen der deutschen Länder und der Bundesregierung dazu nehmen immer konkreter Gestalt an. Die Europaminister der Länder haben sich vorgenommen, über mehrere „Sektoralstudien“ zu praktischen Vorschlägen für die nächste Regierungskonferenz zu gelangen. Der Bereich der Sozialpolitik ist dabei noch nicht hinreichend untersucht. Aber die bereits vorliegenden Studien zur Beschäftigungs- und Gesundheitspolitik zeigen, dass es bei der Formulierung der Kompetenzen in diesen Feldern keineswegs darum gehen wird, Bestehendes schlicht und einfach fest zu schreiben.

Gerade auf dem Feld der Beschäftigung hat sich seit dem Gipfel von Köln die Politik in eine Richtung entwickelt, die nur schwer mit den Verträgen zu vereinbaren ist – zu ambitioniert, zu detailliert, zu schematisch und ohne Rücksicht auf die beschäftigungspolitischen Verantwortlichkeiten der nationalen Regierungen und der Tarifvertragsparteien.

Bei der Gesundheitspolitik wird vor allem zu berücksichtigen sein, dass jeder Versuch, über den ergänzenden Charakter europäischer Regelungen hinauszugehen und etwa auf breiter Front harmonisierte Standards zu schaffen, die notwendigen strukturellen Reformen eher behindern und schwächere Mitgliedstaaten, vor allem die Beitrittskandidaten, überfordern würde.

Es ist zuzugeben, dass der gesamte Bereich der Sozialpolitik sicher nicht im Zentrum des Vorhabens „Kompetenzabgrenzung“ liegt. Aber gerade darin liegt eine große Gefahr. Denn der jetzt von den Mitgliedstaaten offensichtlich favorisierte Konvent wird in Vorbereitung der nächsten Regierungskonferenz jedenfalls Optionen, vielleicht auch konkrete

Vorschläge zu diesem Politikbereich vorlegen. Er darf dabei nicht sich selbst überlassen bleiben.

Deshalb ist die Sozialpolitik, sind die Träger der Sozialordnung in unserem Land aufgerufen, rasch ihre Vorstellungen dazu zu entwickeln. Die Zeit drängt!

Zuwanderung in die Sozialsysteme?

(November 2001)

Die Debatte über das richtige Zuwanderungskonzept wird jetzt dort geführt, wo dann zu gegebener Zeit die Entscheidung getroffen werden muss: im Bundestag und im Bundesrat.

Schon jetzt ist absehbar, dass es dabei nicht nur darum gehen wird, Differenzen in der Sache zu diskutieren. Es geht auch um vermeintliche politische Vorteile, die durch Ablehnung des einen und Forderung des anderen Konzepts erzielt werden sollen.

Wir dürfen dabei nicht aus den Augen verlieren, dass es bei diesem Gesetzgebungsvorhaben um handfeste politische Ziele geht, die sämtlich einen sozialpolitischen Aspekt haben:

- Wir haben heute eine hunderttausendfache ungeordnete und zum Teil illegale Zuwanderung, die unsere Sozialsysteme stark belastet.
- Uns fehlen trotz hoher Arbeitslosigkeit in vielen Bereichen qualifizierte Arbeitskräfte.
- Und die Integrationsbereitschaft und -fähigkeit von großen Teilen der ausländischen Wohnbevölkerung lässt zu Wünschen übrig.

Jedes Konzept, das die Lösung dieser Probleme verfehlt, oder das ein Defizit zulasten des anderen zu füllen versucht, wird scheitern, weil es keine befriedende Wirkung entfalten wird.

Wir brauchen eine Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung, die legitime nationale Interessen wahrnimmt, ohne die humanitären Aspekte des Problems zu vernachlässigen. Wir brauchen ein Aufenthaltsrecht, das den vorübergehenden Schutz derer gewährleistet, die unserer Hilfe bedürfen, aber dem illegalen Aufenthalt keinen Vorschub leistet. Und wir brauchen eine Integrationspolitik, die denen vorübergehende Hilfestellung gibt, die wirklich bereit sind, sich auf Dauer einzugliedern in unsere Gesellschaft und den anderen klar macht, dass dauernder Aufenthalt ohne Integration nicht möglich ist.

Wer die jetzt beginnende parlamentarische Debatte führen will mit dem Ziel, durch Zuwanderung unsere Gesellschaft zu verändern, wird dem sozialen Frieden in unserem Land ebenso schaden wie diejenigen, die auch weiterhin nicht bereit sind, die Realität zur Kenntnis zu nehmen.

Nirgends wären falsche Signale so schädlich, wie bei diesem Thema.

Soziale Sicherheit in einer unsicheren Welt?

(Dezember 2001)

Zum Jahreswechsel können wir feststellen, dass die Sozialpolitik im gegliederten sozialen Rechtsstaat ihrem Namen wieder alle Ehre gemacht hat:

- Die freien Träger haben versucht, trotz der sehr engen finanziellen Rahmenbedingungen ihren Auftrag zu erfüllen und die soziale Infrastruktur in unserem Land zu sichern. Stationäre Einrichtungen und ambulante Hilfen konnten dort, wo es notwendig ist, weiter ausgebaut werden.
- Die Kommunen haben mit viel Einfallsreichtum vor allem im Bereich der Sozialhilfe das Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe besser verwirklicht. Kombilohn und gemeinnützige Arbeit sind nur zwei Beispiele.
- In den Ländern hat die soziale Sicherheit bei der notwendigen Prioritätensetzung ihre Stellung behaupten können. Das war oft das Ergebnis harter Auseinandersetzungen in den Kabinetten und Landtagen. Dabei standen die wenigen verbliebenen Landesleistungen, z. B. das Gehörlosengeld, auf dem Prüfstand.
- Und auf Bundesebene wurde mit unterschiedlichem Erfolg versucht, die Strukturprobleme der sozialen Sicherungssysteme zu lösen und zugleich die ständig notwendige Feinsteuerung bei den Sozialleistungen vorzunehmen. Die Rentenreform mag den Trägern für einige wenige Jahre Luft verschaffen. Die Beitragszahler haben ihre neue Rolle und die damit verbundenen Zuwachs an Gestaltungsfreiheit bei ihrer Alterssicherung noch nicht voll erfasst und angenommen. Viele Rentner haben nach wie vor Zweifel, ob das stereotype Versprechen, „die Renten sind sicher“, wirklich Vertrauen verdient. In der Krankenversicherung sind wir in diesem Jahr keinen Schritt vorangekommen. Die überfällige Strukturreform scheint weiter entfernt denn je.

Auf europäischer Ebene haben wir erfahren müssen, dass guter Wille und gegenseitige Information allein auf dem Arbeitsmarkt noch nichts

bewegen und die Erweiterung des „Sozialraums Europa“ nach Osten das soziale Gesicht der EU verändern wird.

Trotz aller Bemühungen hat uns gerade der Verlauf dieses Jahres schonungslos vor Augen geführt, dass die Antwort auf die Frage, „was ist soziale Sicherheit, was ist sozial gerecht“, nicht aus dem System heraus beantwortet werden kann. Dabei geht es nicht in erster Linie um die Frage, wie wir noch besser verhindern können, dass unser Sozialstaat missbraucht und verhöhnt wird. Eine neue Dimension dieses Problems haben wir im Zug der Ermittlungen nach dem 11. September erfahren müssen: Es geht vor allem darum, sich daran zu erinnern, dass soziale Sicherheit in einem Land ohne wirtschaftliche Stabilität, ohne nennenswertes wirtschaftliches Wachstum nicht geschaffen werden kann. Und solange wir uns einer globalen terroristischen Bedrohung erwehren müssen, solange innere und äußere Sicherheit weltweit zu Recht höchste Priorität verlangen, stehen die Zeichen dafür nicht gut. Auch deshalb gibt es keine Alternative zum entschlossenen Kampf gegen Terror und Gewalt. Sicherheit ist nicht teilbar.

Alternativen bitte ...!

(Januar 2002)

Unversehens gerät die Sozialpolitik in das Kreuzfeuer der politischen Auseinandersetzung. Wir hatten uns schon auf die übliche Denk- und Handlungspause eingestellt, die der Austausch von bekannten Vorwürfen in der Vorwahlkampfzeit mit sich bringt.

Es ist gut, dass wir jetzt wieder über die Alternativen reden und streiten:

- Mehr oder weniger Mitbestimmung in den Betrieben?
- Mehr oder weniger Markt im Gesundheitswesen?
- Mehr oder weniger Eigenbeitrag und Selbstverantwortung bei der Altersicherung?
- Mehr oder weniger Flexibilität im Tarifbereich und auf dem Arbeitsmarkt?
- Mehr oder weniger Elternverantwortung bei der Kindererziehung?
- Mehr oder weniger Lastenausgleich für Familien und zu welchen Bedingungen?

Diese Grundfragen werden in einer haushalts- und finanzpolitisch schwierigen Lage und angesichts geringer Wachstumsraten ohne eine

intensive ordnungspolitische Debatte nicht beantwortet werden können. Aber machen wir uns nichts vor: Dafür gibt es im Wahlkampf weder Zeit noch Raum.

Was bleibt?

Zum Beispiel ein weiteres Kostendämpfungsgesetz für das Gesundheitswesen? Das wäre zu wenig.

Zum Beispiel ein Wettlauf um immer neue und doch völlig unzureichende Vorschläge zur Entlastung des Arbeitsmarktes. Der „Kombilohn“, mit recht bescheidenem Erfolg erprobt in Rheinland-Pfalz und in Brandenburg, kann allenfalls ein Einstieg in eine grundlegend neue Gestaltung der wichtigen Schnittstelle zwischen dem ersten Arbeitsmarkt, verschiedenen Formen des „zweiten Arbeitsmarktes“ und den sozialen Sicherungssystemen sein.

Die Zukunftssicherung unserer Sozialsysteme ist die große Herausforderung dieses Jahrzehnts und wir sind erst am Anfang eines schmerzhaften Prozesses. Es wäre gut, wenn wenigstens die Alternativen am Wahltag klarer wären als heute. Wir dürfen keine Zeit verlieren.

Nabelschau

(Februar 2002)

Die Sozialpolitik in Deutschland ist nicht nur in die bekannte Lähmung vor Wahlen verfallen. Der Rest an Aktivität wird jetzt absorbiert durch die Bewältigung von tatsächlichen oder vermeintlichen Skandalen unseres Sozialsystems:

Die Statistiken der Arbeitsverwaltung über ihre Vermittlungstätigkeit haben das Interesse der Öffentlichkeit erst gefunden, nachdem der Bundesrechnungshof den Finger in eine alte Wunde gelegt hatte. Dabei war den Verantwortlichen und den Experten seit langem bekannt, was jetzt mit Entrüstung gegeißelt wird. Das schlechte Gewissen aller Beteiligten garantiert das dienstliche Überleben des Präsidenten der Bundesanstalt.

Wer wagt es nach den widersprüchlichen Abgaben zu einem abschließenden Urteil zu kommen? Sind es absichtliche Falschmeldungen, ist es Schlamperei oder schlicht die Folge unterschiedlicher Definitionen dessen, was eine „erfolgreiche Vermittlung“ ist?

Aber eines ist sicher:

Diese „Affäre“ beweist, wie tief die Arbeitsmarktpolitik in unserem Land in die Defensive geraten ist. Wir kommen nicht mehr dazu, uns mit der Frage zu befassen, wie wir bessere Rahmenbedingungen für mehr Arbeitsplätze schaffen können. Wir streiten stattdessen um die müßige Frage, ob die insgesamt recht bescheidenen Erfolge der Arbeitsvermittlung richtig dokumentiert werden. Die Bundesregierung befasst sich vor allem mit der Suche nach Erklärungen dafür, warum der Abbau der Arbeitslosigkeit trotz aller Beschwörungen nicht so groß werden will, wie versprochen.

Die lahrende Weltkonjunktur muss wieder als bewährter und wehrloser Sündenbock herhalten und die sprichwörtliche Einfallslosigkeit in der Arbeitsmarktpolitik wird so lange dauern, bis der Konjunkturmotor wieder anspringt. Dann werden den Beteiligten sicher wieder gute Begründungen dafür einfallen, warum sich durch ihr Verhalten alles zum Besseren gewendet hat.

In der Zwischenzeit kann sich das staunende Publikum an den Ritualen der Tarifpartner ergötzen, die ihren Lauf nehmen als käme es nicht gerade auf ihr Verhalten an: Die Gewerkschaften werden sich durch kein Argument von noch so illusionären Lohnforderungen abhalten lassen. Geht es doch um die unvermeidliche Innenwerbung in Organisationen, die vom schleichenden Mitgliederschwund geschwächt sind. Und die Arbeitgeber werden mit Empörung und Härte auf diese Forderungen reagieren, werden die nach wie vor zu hohen Steuern, die zu hohen Abgaben, das einstellungsfeindliche Kündigungsschutzrecht beklagen und den Investitionsstandort Deutschland in Frage stellen ...

So gibt es wenig Hoffnung, dass wir in den nächsten Monaten die rote Laterne der Wachstumsländer abgeben und die kritischen Blicke der Europäischen Kommission auf unseren Haushalt werden abwenden können. Das ist keine gute Aussicht für die Sozialpolitik in Deutschland.

Was ist wirklich wichtig?

(März 2002)

Das sind wirklich keine guten Nachrichten:

- Die Beiträge zur Rentenversicherung steigen wieder, obwohl die Autofahrer an den Zapfsäulen der Tankstellen doch alles getan haben für die Subventionierung aus der Kraftfahrzeugsteuer.

„Ceterum censeo ...“

- Das Bundesverfassungsgericht beanstandet das geltende Recht für die Besteuerung von Renten und Pensionen und stellt damit einen wichtigen Aspekt der Rentenreform in Frage.
- In der gesetzlichen Krankenversicherung klappt schon wieder eine Milliardenlücke vor allem wegen der galoppierenden Ausgaben im Bereich der Arzneimittel. Und die Pharmaindustrie muss sich zugleich schwere Vorwürfe wegen ihrer sehr zweifelhaften Verkaufsstrategie machen lassen.
- Der neue Chef der Bundesanstalt für Arbeit verdirbt sich seinen Start mit radikalen Vorschlägen zum Abbau von ABM und Arbeitslosenhilfe.

Diese Liste von sozialpolitischen Flops und Reparaturaufträgen ließe sich weiter verlängern. Sie zeigt, dass wir in den letzten Monaten der Legislaturperiode alle Hände voll zu tun haben, das überladene und schlingernde Schiff Sozialstaat auf Kurs zu halten und das Kentern zu vermeiden. Da bleiben weder Kraft noch Zeit für konzeptionelle Arbeit, die heute nötiger wäre denn je.

Dieser Befund ist nicht auf Deutschland beschränkt. Die Bilder gleichen sich in fast allen Mitgliedstaaten der EU: Die Sicherung der finanziellen Grundlagen des Sozialstaates auf welchem Niveau auch immer ist und bleibt die erste und größte Sorge.

Vor diesem Hintergrund mutet der Sozialgipfel von Barcelona fast weltfremd an. Geht es in Europa wirklich darum,

- mehr Angebote in der Kinderbetreuung zu schaffen?
- alle arbeitslosen Frauen in Informations- und Kommunikationstechnologie auszubilden und
- Steuerentlastungen für niedrige Einkommen zu gewähren?

Wir müssen gerade vor dem Hintergrund der Arbeiten des Konvents über die Zukunftsfragen der EU darauf achten, dass das Prinzip der Subsidiarität im sozialen Bereich nicht schädlichen romantischen Vorstellungen geopfert wird. Wer könnte das bezahlen? Die neuen Mitgliedstaaten sicher nicht.

Es wäre aber fatal, wenn die erfolgreiche Abwehr von sozialen Grundrechten bei den Beratungen über die Grundrechtecharta im neuen Konvent letztlich doch scheitern würde. Denn mehr soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit in der EU und ihrer bald 25 Mitgliedstaaten wären damit nicht verbunden. Was gerade die Unionsbürger, die auf unsere Solidarität wirklich angewiesen sind, am

wenigsten brauchen, sind sozialpolitische Programmsätze ohne konkrete Folgen für den einzelnen.

Ärztemangel

(April 2002)

Im Schatten der aktuellen Diskussion über die zukünftige Struktur der gesetzlichen Krankenversicherung und den unverminderten Kostendruck wächst vor allem in den neuen Ländern – fast unbemerkt von der Öffentlichkeit – ein Problem heran:

Die ärztliche Versorgung in Ostdeutschland gerät zunehmend in Gefahr, ist in einigen Regionen schon nicht mehr gewährleistet. Bei den ärztlichen Berufen bahnt sich ein Generationswechsel an und es wird immer schwerer, junge Ärztinnen und Ärzte dafür zu gewinnen, sich in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt oder Thüringen niederzulassen.

Dies hat sicher viele Gründe:

- Welcher Mediziner möchte schon im eigenen Wartezimmer erleben, wie die Abwanderung auf dem flachen Land unaufhaltsam fortschreitet?
- Immer noch bestehende Gebührenabschläge in den neuen Ländern sind keine Attraktion für junge Mediziner.
- Und wer gern Kinderarzt an der Oder werden möchte, lässt sich nicht gern mit dem steigenden Bedarf bei Geriatrie und Gerontologie trösten ...

Wir haben in der alten Bundesrepublik in den Siebziger und Achtziger Jahren des letzten Jahrhunderts das Gegenteil erlebt: ein Überangebot an ärztlicher Versorgung in vielen Regionen des Landes. Damals für revolutionär gehaltene Ideen, wie die Einführung eines Höchstalters für Kassenärzte, wurden diskutiert, Niederlassungssperren in überversorgten Gebieten wurden verhängt. Marktwirtschaft im Gesundheitswesen? Nein: Reglementierung pur mit wenig positivem Effekt!

Können wir es heute besser machen? Wie lautet das Rezept zur Behebung des Mangels?

Wer dafür gewonnen werden soll, seinen Lebensunterhalt damit zu verdienen, sich um die Gesundheit von Bürgern in einer Problemregion unseres Landes zu kümmern, muss davon überzeugt werden, dass die

Politik im Bund, in den Ländern und in den Gemeinden alles tut, den Lebensraum attraktiver zu machen. Es geht also um die Vermittlung von positiven Perspektiven: Moderne, familienfreundliche Arbeitsplätze, Bildungsangebote, ein vielfältiges kulturelles Leben, innere Sicherheit, eine gut funktionierende Justiz – das und manches mehr sind die positiven Standortfaktoren, die wir gerade in den neuen Ländern brauchen, wenn wir die Zukunft sichern wollen.

Oder anders gewendet:

Die Berufsentscheidung von jungen Ärzten ist ein sehr sensibler, zuverlässiger Gradmesser für die Zukunftschancen einer Region. Machen wir uns nichts vor: „Ein Gesunder ist nichts anderes als ein schlecht untersuchter Kranker“ – so lautet die trotzig, selbstbewusste Feststellung vieler Mediziner, wenn sie über die Zukunftschancen ihres Berufes in einer Zeit des finanziellen Mangels und des Sparens um fast jeden Preis reden. Aber diese Binsenweisheit gilt überall auf dieser Erde. Wir brauchen bessere Argumente für junge Ärzte in neuen Ländern!

Fit for children?

(Mai 2002)

Am 10. Mai ist die Sonderkonferenz der Vereinten Nationen in New York über die Lebensbedingungen der Kinder auf unserer Erde nach einer Vorbereitungszeit von eineinhalb Jahren zu Ende gegangen.

Unter dem Motto „A World Fit For Children“ haben sich Staats- und Regierungschefs, Regierungsvertreter, Nichtregierungsorganisationen sowie Kinder und Jugendliche aus 180 Nationen mit der Frage befasst, wie die Lebensbedingungen der Kinder auf unserer Erde rasch und nachhaltig verbessert werden können. Zum ersten Mal in der Geschichte der Vereinten Nationen haben über 400 Kinder untereinander und mit den übrigen Konferenzteilnehmern über ihre Probleme diskutieren können.

In einem Aktionsplan wurden 21 konkrete Ziele vereinbart, die innerhalb der kommenden 10 Jahre erreicht werden sollen. Dabei geht es vor allem um die Gesundheit, die Bildung und einen umfassenden Schutz von Kindern.

Bei allen aktuellen Herausforderungen, denen sich die Weltgemeinschaft vor allem durch den Terrorismus gegenübersteht, dürfen wir

nicht vergessen, dass unsere Kinder als die schwächsten Glieder unserer Gesellschaft unseren besonderen Schutz brauchen. Das ist keine Frage von Armut oder Reichtum, von Nord oder Süd, Ost oder West, sondern gilt überall auf dieser Erde.

Deshalb ist es richtig, dass die Sonderkonferenz den Schutz der Kinder gegen jede Form der Vernachlässigung, der Gewalt, des Missbrauchs und der Ausbeutung in den Mittelpunkt der Beratungen und der jetzt vereinbarten Maßnahmen gestellt hat. Dabei geht es vor allem um den Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten, gegen sexuelle Ausbeutung, vor allem gegen Kinderpornografie und den Handel mit Kindern zu sexuellen Zwecken und gegen die schlimmsten Formen von Kinderarbeit. Ehrgeizige Ziele haben sich die Nationen auch bei der Verbesserung der gesundheitlichen Verhältnisse, der Bildungschancen und beim Kampf gegen AIDS gesetzt.

Die Lebensbedingungen der Kinder auf dieser Erde gehen uns alle an. Dies ist nicht nur eine humanitäre Herausforderung. Wie wir heute mit der Not von Kindern umgehen, wird auch darüber entscheiden, mit welchen Konflikten wir in den nächsten Jahrzehnten konfrontiert sein werden.

Dieser Aktionsplan der Vereinten Nationen ist deshalb eine Selbstverpflichtung, die von allen Nationen, von allen, die auf dieser Erde politische Verantwortung tragen, Ernst genommen werden muss. Die hohen politischen Hürden, die auf dem Weg zu dem letztlich einstimmig verabschiedeten Aktionsplan zu überwinden waren, lassen nur erahnen, wie schwierig die Umsetzung mancher Vorhaben in die politische Praxis der unterzeichnenden Staaten sein wird. Die schwache Resonanz in den deutschen Medien, in Politik und Gesellschaft in unserem Land, bestätigen diese Skepsis. Wir müssen sie durch Tatkraft und eine entschlossene Politik für unsere Kinder widerlegen.

Sozial ist auch subsidiär

(Juni 2002)

Sozialpolitik hat in Europa ganz unerwartet hohe Konjunktur: Wie kaum eine andere Präsidentschaft hat die spanische eine Fülle von sozialpolitischen Vorhaben auf die Agenda gesetzt:

- Die EU-Finanzminister haben sich auf eine Richtlinie zur betrieblichen Altersversorgung verständigt. Sie ist eine tragende Säule des zukünftigen Sozialrechts.

tigen Binnenmarkts für Finanzdienstleistungen. Pensionsfonds und anderen Anbietern soll der Weg für Konzepte der betrieblichen Altersversorgung im gesamten Bereich der EU geöffnet werden.

- Der Rat für Beschäftigung und Sozialpolitik hat eine Resolution für eine neue Politik der EU auf dem Gebiet des Gesundheitswesens, des Arbeitsschutzes und der Arbeitssicherheit für den Zeitraum 2002 bis 2006 verabschiedet. Danach werden die Mitgliedstaaten aufgefordert, eine koordinierte und den nationalen Gegebenheiten entsprechende Präventionspolitik zu entwickeln und Ziele zur Verringerung von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten festzulegen. Die Europäische Kommission soll diese Ziele in den Arbeitsplan für die Europäische Sozialagenda aufnehmen und die Sozialpartner werden aufgefordert, sich für die konkrete Durchsetzung der zukünftigen Maßnahmen am Arbeitsplatz einzusetzen.
- In einer weiteren Initiative greift der Rat die Zusammenhänge zwischen Migration, Beschäftigung und Sozialpolitik auf und bittet die Kommission, einen Vorschlag für eine europäische Krankenversicherungskarte vorzulegen. Die Mitgliedstaaten sollen die Übertragbarkeit der in der EU erworbenen Anwartschaften auf Sozialleistungen verbessern.
- Die Kommission hat schließlich Vorschläge für eine Richtlinie zu den Arbeitsbedingungen für Zeitarbeiter und eine Empfehlung zur Anwendbarkeit der Vorschriften über den Arbeits- und Gesundheitsschutz auch auf freiberuflich Tätige vorgelegt.

Dies zeigt, dass es jenseits der aktuellen Diskussion im Konvent zur Zukunft der EU über die soziale Dimension einer erweiterten Union auch im Rahmen der geltenden Verträge einen erheblichen Spielraum für europäische Sozialpolitik gibt.

Aber Vorsicht! Auch auf europäischer Ebene muss sich Sozialpolitik an der Leistungskraft der Volkswirtschaft orientieren, muss bezahlbar bleiben und darf vor allem kein „Geschäft zulasten Dritter“ sein. Die steigenden Arbeitslosenzahlen in der EU weisen uns sehr deutlich darauf hin, dass diese Rahmenbedingungen für Sozialpolitik kurzfristig nicht besser werden.

Auch für die aktuellen Vorhaben der europäischen Sozialpolitik muss im übrigen gelten: Die Kompetenzordnung der EU wird nach der Regierungskonferenz von Athen nicht mehr so sein wie heute und das Prinzip der Subsidiarität darf gerade die Sozialpolitik nicht aussparen, wo es doch seine Wurzeln hat.

Per definitionem ad absurdum ...

(Juli 2002)

„Herzstück des Abbaus der Arbeitslosigkeit ist eine neue Form der Zeitarbeitsgesellschaft, die Personal-Service-Agentur (PSA). Jedes Arbeitsamt wird künftig über eine eigene oder outgesourcte PSA verfügen ... Das Arbeitsamt bietet jedem Arbeitslosen, der dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht, die Möglichkeit einer Beschäftigung bei der PSA.“

Kurz, aber noch rechtzeitig vor der Wahl, ist also endlich der Königsweg gefunden: Alle Arbeitslosen, die wirklich arbeiten wollen, werden erst einmal von der Arbeitsverwaltung angestellt. Das ist einfach genial! Warum ist niemand früher darauf gekommen? Die Erklärung ist ganz einfach: „Not macht erfinderisch“, sagt der Volksmund und er hat recht: Die Regierung ist in höchster Not. Das ehrgeizige Versprechen, die Arbeitslosigkeit drastisch zu reduzieren, ist nicht mehr zu halten. Die Begründungen dafür tragen nicht mehr.

Wir Deutsche haben eine große Stärke, um die uns viele beneiden. Vor allen Bemühungen um die eigentliche Lösung eines Problems kümmern wir uns intensiv um exakte Definitionen. Für das Problem der Arbeitslosigkeit heißt das: „Wer arbeitslos ist, bestimmen wir und wer von der PSA des Arbeitsamtes angestellt wird, ist eben nicht mehr arbeitslos!“ Das hat die erfreuliche Konsequenz, dass Hunderttausende von Arbeitslosen, die heute noch die Statistik belasten, nicht mehr als arbeitslos gelten, über Nacht aus der Statistik herausfallen ...

Damit werden alle Bemühungen in Misskredit gebracht, die darauf gerichtet sind, tatsächlich mehr Transparenz und Wahrhaftigkeit in den Arbeitsmarkt zu bringen. Denn es ist und bleibt richtig, all denjenigen mehr zuzumuten, die glauben, die Hände in den Schoß legen und den Sozialstaat für ihren Lebensunterhalt aufkommen lassen zu können.

Damit sind wir endgültig und für alle erkennbar dort angekommen, wo wir für Europa zur massiven Belastung werden: Wir leisten den arbeitsmarktpolitischen Offenbarungseid. Daran kann auch die Idee nichts ändern, den „Präsidenten“ der Bundesanstalt für Arbeit zum „Vorstandsvorsitzenden“ zu befördern. Diese Reduzierung von Politik auf die Veränderung von Etiketten wird dazu führen, dass die Bürger endgültig das Vertrauen in Politik verlieren werden. Können wir uns das wirklich leisten?

Es kommt noch schlimmer: Was ist eigentlich eine „Ich-AG“? Ist nicht schon die Bezeichnung eine Verhöhnung von Millionen von Arbeitslosen, die sich seit Jahren darum bemühen, wieder in Arbeit und Brot zu kommen? Kann sich der Sozialstaat wirklich auf diese zynische Weise verabschieden von seiner Verantwortung, zumindest für positive Rahmenbedingungen auf dem Arbeitsmarkt zu sorgen?

Das ist in den vergangenen Monaten mehr und mehr in Vergessenheit geraten: Wie können wir die Bedingungen für mehr Beschäftigung verbessern? Vor allem die Erfahrungen in den neuen Ländern zeigen uns: Es geht um Vertrauen; Vertrauen in politische Stabilität; Vertrauen in wirtschaftspolitische Kompetenz, Entschlossenheit und Seriosität. Wir brauchen keine guten Ratschläge, wie Arbeitslose durch neue Definitionen neutralisiert werden können. Wir brauchen mehr Arbeitsplätze. Und das setzt mehr Wachstum, mehr Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt, mehr Mut zur Selbständigkeit und weniger Bürokratie voraus.

Richtige Politik

(August 2002)

Wer sich heute die Mühe machen würde, die Schlagzeilen aus dem Sommer 1998 aus den Archiven zu holen und mit denen dieser Tage zu vergleichen, würde eine erstaunliche Entdeckung machen: Es hat sich nicht viel verändert: Nach wie vor ist vom Reformstau die Rede, wird der Stillstand auf vielen Feldern der Politik beklagt – mit Recht.

Sicher, wir haben viele neue Gesetze bekommen:

- Ein Zuwanderungsgesetz, dessen verfassungsgemäßes Zustandekommen und dessen Steuerungswirkung gegen mehr unerwünschte Zuwanderung höchst umstritten sind.
- Ein Lebenspartnerschaftsgesetz, das in weiten Teilen juristisch unnötig ist und gesellschafts- wie verfassungspolitisch höchst fragwürdig bleibt.
- Ein Atomausstieg, der wissenschafts-, technologie- und wirtschaftspolitisch falsch ist.
- Eine Rentenfinanzierung, die sich – es bleibt absurd – auf die Ausgaben für den Individualverkehr stützt.

„Ideologische Selbstverwirklichung auf Kosten richtiger Politik“ – Dieses Fazit könnten unter den politischen Bemühungen der letzten

vier Jahre stehen. Auf keinem Feld der sozialpolitischen Grundfragen sind wir wirklich vorangekommen. Dies gilt auch und vor allem für den Arbeitsmarkt:

Nicht die Zahl der Arbeitslosen hat sich reduziert, wie vor vier Jahren versprochen worden war. Die Hoffnungen auf Besserung liegen heute fast bei Null. Denn die Bürger haben verstanden, dass eine Politik am Ende ihres Lateins ist, die vier Wochen vor der Wahl in großer Hektik Vorschläge auf den Markt bringt, die nur eine Botschaft haben: „Gebt uns noch vier Jahre! Denn wir haben doch jetzt endlich jemanden gefunden, der weiß, wie es geht. Die Kommission wird der Nation an einem prominenten Ort den Stein der Weisen präsentieren und dann werden wir unverzüglich im nächsten Kabinett, vier Wochen vor der Wahl mit der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit so richtig beginnen ...“

Diese Strategie wird schon deshalb nicht verfangen, weil sie – für jeden erkennbar – endgültig den Inhalt von Politik durch Show ersetzt. Und das ist zynisch, vor allem denen gegenüber, die als Betroffene seit vier Jahren auf ernsthafte Versuche zur Lösung der Probleme auf dem Arbeitsmarkt gehofft haben.

Und die Alternative? Richtig ist, dass Versprechungen der Politik, Arbeitsplätze in einer bestimmten Größenordnung zu schaffen, in einer sozialen Marktwirtschaft, die global vernetzt ist, immer wieder in einem Desaster enden werden. Deshalb ist es gut und richtig, solche Versprechungen in Zukunft zu vermeiden. Aber reicht es aus, im wesentlichen nur auf die Selbstheilungskräfte der Wirtschaft zu verweisen, den Arbeitsmarkt als eine Funktion von Wachstum und Konjunktur zu betrachten, die letztlich vom Vertrauen in eine gute, richtige und verlässliche Politik leben? Sicher nicht. Und deshalb sind steuerliche, arbeit- und sozialrechtliche Anreize für mehr Beschäftigung überfällig.

Das wird ohne Konflikte nicht zu verwirklichen sein. Dieses Risiko zu erkennen und diese Herausforderung anzunehmen, ist schon ein großer Schritt hin auf die Veränderungen, die notwendig sind. Es darf aber nicht bei starken Sprüchen bleiben, die im Wahlkampf leicht über die Lippen gehen. Ein „Bündnis für Arbeit“ wird auch nach dem 22. September nur Erfolg haben, wenn sich Partner zusammenfinden, die zunächst offen ihre unterschiedlichen Interessen definieren und dann das gemeinsame Ziel entschlossen ansteuern.

Wer sagt endlich die Wahrheit?

(September 2002)

Der Wahlkampf ist zu Ende. Die Wähler hatten das Wort, die Kreuze sind gemacht. Und jetzt? Was wird die 15. Legislaturperiode für den Sozialstaat Deutschland bringen?

Skepsis ist angesagt. Denn bei aller Bedeutung, die auch die Lage und die Zukunft unserer sozialen Sicherungssysteme im Wahlkampf gespielt haben, dürfen wir uns nicht der Illusion hingeben, dass sich in den nächsten vier Jahren Entscheidendes verändern wird. Die Wähler haben das gespürt und sich bei ihrer Entscheidung für die eine oder die andere Partei nicht von sozialpolitischen Programmen leiten lassen.

Beim Kampf um die politische Mitte bleibt für politische Alternativen, die diesen Namen verdienen, kein Raum. Die politischen Ziele sind identisch und nicht im Streit: Mehr Eigenverantwortung der Bürger, Beitragsstabilität, Sicherheit der Renten, Leistungsfähigkeit des Gesundheitssystems, mehr Effektivität und Effizienz in der Arbeitsvermittlung und ein Sozialhilfe- und Arbeitslosenhilferecht, das in seinen Leistungen nicht attraktiver ist als Erwerbstätigkeit. Die Wege zum Ziel sind unterschiedlich, aber letztlich nur Rhetorik.

In den Monaten vor der Wahl wurde wieder eine Chance vertan, den Bürgern die volle Wahrheit zu sagen. Wer ehrlich mit den Fakten und den Prognosen umgeht, muss einräumen, dass es das gleiche oder gar ein höheres Niveau an sozialer Sicherheit in Zukunft zum gleichen oder gar zu einem niedrigeren Preis nicht geben kann. Es geht in allen Bereichen der sozialen Sicherung darum, das jetzige Leistungsniveau zu halten und um eine Bändigung des Anstiegs der Kosten dafür. Dies gilt jedenfalls so lange, wie Vollbeschäftigung unerreichbar bleibt und die Loslösung der Finanzierung der Kernbereiche unserer sozialen Sicherung vom konkreten Arbeitsplatz, politisch nicht ernsthaft gewollt und deshalb auch nicht durchsetzbar ist.

Aber auch nach der Wahl wird die Stunde der Wahrheit nicht kommen. Im Gegenteil: In Koalitionsverhandlungen und -vereinbarungen, Regierungserklärungen, Entschlüssen und Programmen, Haushaltsreden und zahllosen Talkshows wird den Bürgern versprochen werden, dass jetzt mit aller Kraft ein neuer Anlauf genommen werden wird, den Reformstau zu beenden, eine Sozialpolitik mit Hand und mit Fuß und mit Perspektive zu machen – vorausgesetzt, dass die Weltwirtschaft anspringt, die Konjunktur sich bessert und die Zahl der Arbeitslosen

spürbar sinkt ... Dann schließt sich der Kreis, dann sind wir so weit wie heute, wie 1998, wie 1994, wie ...

So kann, so darf es nicht weitergehen. Wir müssen den Mut aufbringen für eine echte und schonungslose Analyse des unabwiesbaren Bedarfs an sozialer Sicherung im 21. Jahrhundert, in einer Volkswirtschaft, die sich auf dauerhafte hohe Arbeitslosigkeit einstellen muss und in einer Gesellschaft, die nicht mehr bereit ist, teure Sozialsysteme zu immer höheren Preisen und immer schlechteren Leistungen zu finanzieren.

In dieser 15. Legislaturperiode wird es nicht anders sein als in den vorangegangenen: Für mutige Reformen bleiben nicht mehr als 24 Monate Zeit. Die Arbeit daran muss morgen beginnen!

Versprochen – gebrochen, aber super ...

(Oktober 2002)

In der Sozialpolitik gilt zu Recht der Grundsatz: Der einzelne soll nach seinen Kräften gefordert werden. Unterforderung schadet ebenso wie Überforderung. Dabei gehen wir nicht vom „Super-Individuum“ aus, sondern vom durchschnittlichen Bürger. Wenn es einen Grund für die weit über hundertjährige Erfolgsstory der sozialen Sicherung in Deutschland gibt, dann ist es dieser fordernde, aber eben auch realistische Blick auf die Leistungsbereitschaft und Leistungsfähigkeit des Menschen.

Nun müssen wir erleben, dass in der großen Politik für die nächsten vier Jahre „Supermänner“ und „Superfrauen“ in „Superministerien“ gesucht sind. Die Hauptgründe für die Erfolglosigkeit in vielen Politikbereichen in der vergangenen Legislaturperiode sind gefunden: der fehlerhafte Zuschnitt der Fachressorts, Defizite in der Zusammenarbeit und die mangelhafte Durchsetzungsfähigkeit der Ressortchefs. In der Bündelung von Verantwortung soll jetzt das Geheimnis des Erfolges liegen.

Welch naive Vorstellung davon, wie Regierungstätigkeit in Ministerien tatsächlich abläuft! Welche Überschätzung der Möglichkeiten eines einzelnen Politikers, eines Ministers! Welcher Irrglaube an die Macht der großen Einheiten!

In der Politik gibt es natürliche Spannungsverhältnisse zwischen den Interessengruppen: Arbeitgeber und Unternehmer auf der einen Seite, Gewerkschaften und Arbeitnehmer auf der anderen Seite. Glauben die

Architekten der neuen Bundesregierung wirklich daran, dass es leichter fallen wird, diese Unterschiede zu überwinden, wenn sie in Zukunft in ein und demselben Ministerium fachlich betreut werden? Wer solche Zusammenlegungen mehrfach miterlebt hat weiß, dass viele Monate, ja Jahre vergehen werden, bis die Administrationen miteinander „können“, Animositäten überwunden sind und eine Politik aus einem Guss möglich ist. Es gibt Beispiele dafür im Bund und in den Ländern, dass solche Fusionen auf Dauer gescheitert und nach einer Schamfrist wieder rückgängig gemacht worden sind. Sicher ist schon jetzt eines: Die Führungskraft der neuen Superminister wird sich zu einem großen Teil dabei aufzehren, zusammenzuzwingen, was nicht nur nach dem Urteil der Betroffenen eben nicht zusammengehört.

Noch schlimmer ist aber, dass durch solche administrative Kraftakte vertuscht werden soll, dass es kein Konzept für die Lösung der grundlegenden Fragen des Arbeitsmarktes, der Sozial- und Gesundheitspolitik gibt.

Nach der Wahl ist der Wähler nicht klüger als zuvor – oder doch? Wir wissen jetzt, dass Beitragserhöhungen nach der Wahl nicht kritisiert werden dürfen, obwohl sie vor der Wahl kategorisch ausgeschlossen worden sind. Denn was sein muss, muss eben sein. Wie wissen jetzt, dass die Erhöhung von Beitragsbemessungsgrenzen nach der Wahl mit dem erklärten Ziel von mehr Selbstverantwortung vereinbar ist. Wir sollen das Versprechen vor der Wahl, dass es keine Steuererhöhungen geben wird, möglichst rasch vergessen, weil das nur den Blick auf die Realitäten verstellt ...

Noch nie war es so leicht vorherzusagen, was die Sozialpolitik in den nächsten vier Jahren zu erwarten hat: Nichts!

Man gewöhnt sich an alles – wirklich?

(November 2002)

Unser soziales Sicherungssystem ist als erster Politikbereich von der Realität eingeholt worden. An die Versprechungen und Beteuerungen, die Visionen von mehr sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit im neuen Jahrtausend, die in den Wahlkampfbroschüren einen prominenten Platz hatten, lassen sich verantwortliche Politiker heute nur noch sehr widerwillig erinnern.

Die ersten Maßnahmen der neuen Regierung erwecken den Eindruck, der wahre Zustand unseres Sozialstaates sei bis vor wenigen

Tagen als Staatsgeheimnis gehütet worden und der Kollaps von Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung stehe unmittelbar bevor. Von „Notgesetzen“ ist die Rede. Auch notwendige Ausgaben werden durch Gesetz gekappt, Beitragsbemessungsgrenzen und Beiträge werden durch Gesetz erhöht, die Erhöhung der Beiträge durch die Kranken-versicherungsträger dagegen durch Gesetz verboten. Der Wechsel von einem Träger zum anderen wird durch Gesetz erschwert. Sicher ist es polemisch zu behaupten, als nächster und letzter Schritt bleibe jetzt nur noch, das Kranksein durch Gesetz zu verbieten.

Eines ist allen Maßnahmen gemeinsam: Eine hektische Betriebsamkeit und ein immenser Einfallsreichtum, ganz schnell und auf einfachste Weise mehr Geld in die Kassen der Sozialversicherungsträger zu spülen und höhere Ausgaben zu vermeiden.

Auf der Strecke bleiben alle Beteuerungen, in dieser Legislaturperiode würde endlich die Senkung der Lohnnebenkosten nachhaltig in Angriff genommen. Das Gegenteil ist der Fall: Höhere Beiträge zur Rentenversicherung trotz höherer Ökosteuer, die doch für Stabilität sorgen sollte. Wer soll das noch verstehen?

Gleiches gilt für die mutigen und ehrgeizigen Pläne für eine echte Reform, endlich die Strukturprobleme unserer sozialen Sicherung anzupacken. Statt gesetzgeberische Konsequenzen aus längst bekannten Erkenntnissen zu ziehen, werden neue Kommissionen eingesetzt, die das Rad noch einmal erfinden sollen ... oder doch nicht? Geht es vielleicht um etwas ganz anderes? Vieles spricht dafür, dass die neuen Kommissionen einen Hauptauftrag erhalten werden, der uns aber nicht weiterhilft, sondern die Probleme nur vertagt: Zeit zu gewinnen, in der die Bedenken der Kritiker in den Reihen der Koalition gegen die Notgesetze schwinden.

Diese Rechnung kann nicht aufgehen. Denn das Konfliktpotential wächst unaufhörlich und immer rascher: Arbeitslosigkeit auf hohem Niveau, weiter steigende Kosten in der Sozialversicherung deflationäre Tendenzen, Miniwachstum, Konjunkturschwäche, Kaufzurückhaltung und ein drohender Arbeitskampf im Öffentlichen Dienst – und nirgends ein Silberstreif am Horizont.

Es mag in anderen Ländern anders sein. Aber die Bürger in Deutschland werden nicht bereit sein, sich an diesen Zustand zu gewöhnen – oder doch? Es wäre fatal, wenn die Politik letztlich darauf setzen würde.

Was, warum und wie?

(Dezember 2002)

Am Ende dieses Jahres steht die Sozialpolitik auf einer Bühne, auf der man vor lauter künstlichem Nebel die Gestalt nicht mehr erkennen kann. Das mag bei manchen Showveranstaltungen beabsichtigt sein und die Zuschauer in eine besonders euphorische Stimmung versetzen. Auf einem besonders schwierigen Feld der Politik kann Vernebelung nur schaden.

Die öffentliche Diskussion über die soziale Sicherung in unserem Land erreicht die Bürger schon lange nicht mehr – nicht etwa, weil die Probleme so komplex wären, sondern weil die Wahrnehmung des tatsächlichen Zustandes so weit auseinander geht. Dies ist das Kernproblem der gegenwärtigen Situation: Wir sind uns nicht einig darüber, was ist und deshalb können wir uns auch nicht darüber einig werden, wie es weitergehen soll. Dabei liegen die Probleme seit Jahren ganz offen auf dem Tisch und es gibt viele richtige Analysen und gut durchdachte Vorschläge. Die Wissenschaft hat wirklich keinen Nachholbedarf bei der Ausbreitung der Probleme. Die Politik muss endlich den Mut aufbringen, zu handeln.

Ein Sozialsystem, dessen Leistungsfähigkeit und Finanzierbarkeit so eng an die Beschäftigungslage, die Lage der Staatsfinanzen und die Demographie gebunden ist, wie das unsere, kann nicht zukunftsgerecht und sicher gestaltet werden, wenn man die Risiken in diesen drei Determinanten ignoriert. Und in einer Situation, in der nicht nur absehbar, sondern ganz sicher ist, dass das Niveau an kollektiver sozialer Sicherung zu zumutbaren Beiträgen in Zukunft nicht mehr gewährleistet werden kann, brauchen wir vor allem den Mut zur entscheidenden Frage: Welches Lebensrisiko soll in Zukunft in welchem Ausmaß durch eine beitragsfinanzierte, solidarische soziale Sicherung abgedeckt werden?

Sicher ist, dass es in Zukunft keinen Lebensbereich mehr geben kann, in dem es eine Vollsicherung gibt. Prävention, Eigenvorsorge und Selbstbehalt sind die Prinzipien, auf die ein zukünftiges Sozialsystem gegründet werden muss. Dies den Bürgern ganz offen zu sagen, birgt für niemanden – weder für die Regierung noch für die Opposition – ein politisches Risiko. Die Bürger sind bereit, sich auf veränderte Lebensbedingungen einzustellen. Sie wollen nur rechtzeitig und verlässlich wissen, was sie zu erwarten haben.

Die Lage ist ernster als erwünscht ...

(Januar 2003)

Obwohl schon die schlichte Darstellung des objektiven Befunds immer öfter als Miesmacherei und Panikmache kritisiert wird – Es macht keinen Sinn, die Massierung der Probleme, die sich in diesen ersten Tagen des neuen Jahres offenbart, zu verharmlosen oder gar zu verschweigen. Der klare Blick auf die schwierige Lage und die öffentliche Debatte darüber fällt manchen nach den Wahlen leicht als vorher. Viel Zeit haben wir damit verloren. Wichtig ist, dass jetzt entschlossen gehandelt wird. Denn alarmierende Nachrichten, ja Hiobsbotschaften für die Arbeits- und Sozialpolitik haben uns in den letzten Wochen erreicht:

- In den letzten neun Jahren war die Arbeitslosigkeit zur Jahreswende noch nie so hoch wie heute. Die Perspektiven für das Jahr 2003 sind düster und die Folgen für die sozialen Sicherungssysteme und den Haushalt des Bundes dramatisch.
- Die Wachstumserwartungen werden immer weiter reduziert. Der absurde Begriff des „Nullwachstums“ feiert seine Renaissance. Muss er schon bald abgelöst werden durch das Unwort „Minuswachstum“? Hoffnungen auf einen kräftigen konjunkturellen Impuls für den Arbeitsmarkt schwinden. Die Bürger warten ab, stellen Einkäufe zurück. Die Wirtschaft folgt auf ihre Weise: Investitionen und Einstellungen haben nicht die erste Priorität in dieser Lage.
- Die „Notgesetze“ für die Renten- und die Krankenversicherung treiben die Lohnnebenkosten weiter in die Höhe, machen Arbeit noch teurer.
- Und der Abbau von mehreren Dutzend Steuerprivilegien bedeutet materiell nichts anderes als Steuererhöhungen. Damit bleibt die Staatsquote hoch und der finanzielle Handlungsspielraum von Wirtschaft und Bürgern „nach Steuern“ wird nicht größer.

Die Reaktion der Politik auf diesen schlimmen Befund ist die Überraschung dieses Monats: Auf leisen Sohlen, fast unbemerkt, schleicht sich wenige Tage vor den ersten Wahlen in diesem Jahr eine große Koalition im Bereich Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik heran:

- Die kleinen und mittleren Unternehmer in unserem Land werden jetzt von Koalition und Opposition gleichermaßen hofiert. Hatte die rot-grüne Bundesregierung in der Debatte über die Steuerreform der letzten Legislaturperiode noch vehement bestritten, dass der Mittelstand dadurch nicht im erforderlichen Ausmaß entlastet worden ist, sollen jetzt rasch Sondermaßnahmen beschlossen und umgesetzt

werden: Eine „Mittelstandsbank“ soll den Geschäftsbanken das Risiko tragen helfen und ein „small-business-act“(!) die gesetzlichen Rahmenbedingungen für mehr Arbeitsplätze schaffen.

- Der Kündigungsschutz für Arbeitnehmer in kleinen Betrieben soll jetzt auch nach Auffassung des Bundesministers für Arbeit und Wirtschaft gelockert werden. Die Opposition fordert das seit langem.
- Die Zusammenlegung von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe ist beschlossene Sache. Das Projekt hat eine große Mehrheit im Parlament.
- Mehr Selbstbehalt, mehr Eigenbeteiligung und mehr Risikovorsorge in der Sozialversicherung werden kommen – allen tapferen gegen-teiligen Beteuerungen der Sozialministerin zum Trotz.

Ist das der Durchbruch, auf den wir so lange gewartet haben? Skepsis ist angebracht. „Nach der Wahl ist vor der Wahl“. Und es steht zu befürchten, dass die keimenden Gemeinsamkeiten in der Sozialpolitik nach dem 2. Februar wieder welken. Das wäre fatal. Die Kombattanten müssen wissen, dass sie längst Partner einer Notgemeinschaft sind. Wer sich jetzt ausklinkt, macht sich mitschuldig am weiteren Verfall der Grundlagen unseres Sozialstaates.

Auf den Bürger hören

(Februar 2003)

Im Schatten der Diskussion über die Haltung Deutschlands in der Krise um den Irak vollzieht sich auf dem tief zerfurchten Feld der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik ein Prozess, den noch vor wenigen Wochen wohl niemand für möglich gehalten hätte: Die Fronten klären sich und manche finden sich dabei in überraschender und nicht gewohnter Gesellschaft. Noch wichtiger ist, dass jetzt das erste Mal seit vielen Jahren ein gemeinsamer Wille zum politischen Handeln und eine Bereitschaft zu erkennen sind, das bequeme Taktieren zu beenden.

Die Ursachen für diesen neuen Realismus sind vielfältig. Alle Beobachter müssen einräumen, dass sich die Kennzahlen auf dem Arbeitsmarkt und in der sozialen Sicherung weiterhin langsam, aber unaufhaltsam verschlechtern. Und die Aussichten sind beängstigend: Das nach wie vor schleppende Reformtempo und die unklaren Ziele der Reformen in unserem Land, die schlechten globalen Rahmenbedingungen, das Damoklesschwert einer Intervention im Irak mit ihren unabsehbaren Folgen für die Weltwirtschaft werden den Abwärtstrend verstärken, wenn jetzt nicht entschlossen gehandelt wird. Dabei müssen

alle Beteiligten einsehen, dass die vertrauten „Schlachtordnungen“ – hier die Interessen der Wirtschaft und der Arbeitgeber, dort die Interessen der Gewerkschaften und der Arbeitnehmer – längst nicht mehr gelten. Denn es gibt immer mehr Bürger, die sich nicht mehr vertreten und verstanden fühlen:

- Familien, die unter den Folgen der leeren Kassen der öffentlichen Hand auf allen Ebenen zunehmend leiden;
- Sozialversicherte, die miterleben müssen, wie in immer mehr Kommissionen immer mehr Grundsätze unserer sozialen Ordnung in Frage gestellt werden;
- Jugendliche, die sich um ihren Start ins Leben immer größere Sorgen machen, weil die Suche nach einem Ausbildungs- und Arbeitsplatz immer schwieriger wird;
- ältere Arbeitslose, die immer weniger Chancen sehen, wieder eine Arbeit zu finden;
- Steuerzahler, die nicht glauben wollen, dass ein „Steuervergünstigungsabbaugesetz“ keine Steuererhöhungen mit sich bringen wird.

Es ist gut, dass der Wirtschafts- und Sozialminister, Teile der Gewerkschaften, die Arbeitgeber und die Opposition gemeinsam, wenn auch mit offenem Ende, die Grundsätze unseres Kündigungsschutzes diskutieren wollen. Jetzt dürfen Ihnen die vermeintlichen Wahrer unseres Sozialstaates nicht in den Arm fallen. Sie sollten sich, wo immer sie politisch stehen, daran halten, was die Bürger wollen: Rund die Hälfte sind dafür, Einstellungshindernisse auch im Recht des Kündigungsschutzes zu beseitigen.

Es ist kein schlechter Rat, den die Betroffenen geben. Das zeigt die Aufgeschlossenheit für die Reform des Rechts der Arbeitslosenhilfe. Auch in dieser Frage wächst die Zustimmung. Noch ist es eine Minderheit, weil Informationen fehlen. Und wenn heute noch zwei Drittel der Bürger gegen einen Abbau der Leistungen für den Zahnersatz in der Krankenversicherung und drei Viertel gegen größere Abschläge bei den Leistungen an Frührentner sind, dann mag das auch daran liegen, dass wir alle noch zu wenig über die kurz-, mittel- und langfristigen Folgen dieser Maßnahmen wissen. Aber Vorsicht! Sind die „Experten“ klüger? Oder haben sie auch noch keine klare Vorstellung davon, was der Abbau der Zahnersatzleistungen langfristig für die Zahngesundheit unserer Bevölkerung und weniger Leistungen an Frührentner für den Arbeitsmarkt bedeuten werden?

Das zu klären sind die wirklichen und drängenden Aufgaben der Kommissionen. Entschlossenes und mutiges politisches Handeln können und dürfen Politikberater nicht ersetzen.

Agenda 2010

(März 2003)

Die objektiven Beobachter sind sich noch nicht einig. Ist es besser, endlich zu wissen, wohin die Reise gehen soll oder wäre es besser gewesen, dem Land eine weitere Enttäuschung zu ersparen? Wir kennen jetzt Inhalt und Perspektive der Reformpolitik der Bundesregierung für die Sozialpolitik in unserem Land: Der „Motor Deutschland“ soll gründlich überholt, viele Schrauben sollen nachgestellt, manche Aggregate ausgetauscht werden, damit er dann 2010 wieder rund und voller Kraft läuft. Es ist fast ohne Risiko, schon jetzt vorherzusagen, dass diese „Agenda 2010“ scheitern wird. Das hat mehrere Gründe:

- Welche Aussicht auf Verwirklichung haben Veränderungen, denen es selbst in den eigenen Reihen der großen Regierungspartei an Rückhalt fehlt, ja noch schlimmer, die zum Vorwand für Macht- und Richtungskämpfe genommen werden dürften?
- Wie soll eine Reform gelingen, die viele einzelne Vorschläge der Opposition aufnimmt, die noch vor wenigen Monaten im Wahlkampf vom Bundeskanzler und seinen Wählern gerade abgelehnt worden sind?
- Wie belastbar sind Vorschläge, die auf die Agenda der Politik gesetzt werden, bevor die vielen Kommissionen ihre Ergebnisse vorgelegt haben?

Es gut und richtig, längst als abwegig erkannte Ideen, wie den Ausschluss von Zahnersatz oder der Kosten für Sportverletzungen aus den Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung aus der Diskussion zu nehmen – hoffentlich endgültig. Aber es ist absehbar, dass aus der Summe von längst bekannten Befunden, manchen richtigen und vielen problematischen Vorschlägen keine Reform mit Steuerungswirkung wachsen wird.

Der Bundeskanzler hat viel Richtiges gesagt:

- *„Wir werden Leistungen des Staates kürzen, Eigenverantwortung fördern und mehr Eigenleistung von jedem Einzelnen abfordern müssen ...*
- *Alle Kräfte der Gesellschaft werden ihren Beitrag leisten müssen: Unternehmer und Arbeitnehmer, freiberuflich Tätige und auch Rentner ...*

- *An manchen Stellen, etwa bei der Belastung der Arbeitskosten, führen Instrumente der sozialen Sicherheit heute sogar zu Ungerechtigkeiten. Zwischen 1982 und 1998 sind allein die Lohnnebenkosten von 34 auf fast 42 Prozent gestiegen ...*
- *Der Umbau des Sozialstaates und seine Erneuerung sind unabweisbar geworden. Dabei geht es nicht darum, ihm den Todesstoß zu geben, sondern ausschließlich darum, die Substanz des Sozialstaates zu erhalten. Deshalb brauchen wir durchgreifende Veränderungen ...“*

Aber wie werden diese Veränderungen in ihrer Summe aussehen? Vieles bleibt im Nebel der allgemeinen Ankündigung. Aus den jetzt angekündigten Einzelheiten sind die Konturen des Sozialstaates 2010 auch nicht in Ansätzen erkennbar:

- Die Umgestaltung der Sozialauswahl beim Kündigungsschutz ist überfällig, aber eben nur ein kleiner Stein im großen Mosaik einer neuen Arbeits- und Sozialordnung.
- Die Entlastung der Kommunen von den Zahlungen für die arbeitsfähigen Sozialhilfeempfänger verschiebt letztlich nur vermeidbare Aufwendungen von einem Budget in das andere. Die Belastung bleibt bestehen.

Am Ende bleibt die bange Frage: Wie groß sind Problembewusstsein und Lösungskompetenz, wenn die uralte Einsicht, dass sich Gesundheitspolitik nicht auf die Heilung von Krankheiten beschränken darf, sondern dass der Prävention Vorrang eingeräumt werden muss, zu einer zentralen Aussage der Gesundheitspolitik hochstilisiert wird.

Eine Rede bewegt noch nichts. Jetzt müssen Taten folgen.

Soziale Demokratie – Sozialdemokratie?

(April 2003)

Die Sozialdemokratie in Deutschland hat große Probleme mit der Zukunft der sozialen Demokratie in unserem Land. Der Kanzler und Parteivorsitzende stößt mit seinen Vorschlägen zur Reform der sozialen Sicherung auf harsche Kritik aus den eigenen Reihen. Es drohen Mitgliederbefragungen und Arbeitskämpfe. Die Führungsetagen der Partei gehen mit den Kritikern sehr hart ins Gericht. Von der Bewahrung der Führungs- und Regierungsfähigkeit ist die Rede.

Wie im Jahr 1982, als die sozial-liberale Koalition zu Ende ging, steht heute die Frage an: Hat die SPD die Ideen, den Willen und die Kraft,

Reformen einzuleiten und durchzusetzen, mit denen die Substanz des Sozialstaates gerettet werden kann?

Vor zwanzig Jahren ist der damalige Bundeskanzler an dieser Aufgabe gescheitert, obwohl die Probleme – im Verhältnis zu heute gesehen – überschaubar waren und mit gutem Willen aller Beteiligten lösbar gewesen wären. Der NATO-Doppelbeschluss und der unbedingte Wille der FDP zum Wechsel hatten damals diesen Weg ausgeschlossen.

Die erste Regierung Kohl hat nach der Wende eine „nationale Atempause“ verkündet, mit Nullrunden in der gesetzlichen Rentenversicherung und gedeckelten Regelsätzen in der Sozialhilfe. Das war dringend notwendig, besser als nichts, aber nicht genug.

Heute geht es nicht um eine Pause vom „Weiter so“, sondern um tiefgreifende und schmerzhaft Einschnitte in Besitzstände und um den raschen und vorbehaltlosen Abschied von sozialen Utopien. Aber die bisher ergriffenen Maßnahmen stoßen auf herbe Kritik. Die Forschungsinstitute attestieren der Regierung „Beschlüsse in die falsche Richtung“ und monieren, dass „seit Jahren keine klare Linie erkennbar“ ist.

Die Widerstände sind groß und die Motive dafür vielfältig. Der Arbeitnehmerflügel der SPD fürchtet um die Identität der Partei. Die Gewerkschaften kämpfen um ihre Existenzberechtigung in der Arbeitswelt in diesem neuen Jahrhundert. Die Zustimmung, der Beifall kommen für manche Sozialdemokraten von der falschen Seite und die Gründe dafür sind zu durchsichtig.

Aber mit diesen taktischen, vielleicht auch strategischen Fragen dürfen wir uns nicht aufhalten. Denn wir haben in überschaubarer Frist nur noch diese eine Chance.

Auf den Punkt gebracht: Für die Zukunft unseres Landes ist es zweitrangig, ob die jetzt regierende Koalition diese Legislaturperiode überstehen wird. Aber es ist eine Zukunftsfrage ersten Ranges, ob wir den Einstieg in eine mutige und realistische Reform der sozialen Sicherung schaffen werden, deren Perspektive über das Jahr 2010 hinausreicht. Deshalb müssen alle, denen das Wohl unseres Landes am Herzen liegt, den Reformen des Kanzlers zum Erfolg verhelfen und noch einen Schritt weiter gehen. Denn es stimmt schon: „Sozial ist, was Arbeit schafft“.

Irrungen und Wirrungen

(Mai 2003)

Das hätten wir uns nicht träumen lassen:

Jetzt soll „IWAN“ Deutschland retten ... Es ist ja zuzugeben, dass sich die fatale Assoziation nur phonetisch aufdrängt und außerdem nur bei der älteren Generation im Westen ankommt. Unsere russischen Freunde, die Ivan heißen, werden auch diesen gedanklichen Missbrauch ihres Namens tapfer ertragen.

Warum konnten die Verkäufer des sozialpolitischen Allerleis, das jeden Tag aus Berlin über uns hereinbricht, dieser Versuchung nicht widerstehen? Kaum auf dem Markt, weder ganz gelesen noch halbwegs verstanden, ist dieser „Perspektivantrag“, durch den die Agenda 2010 kurz vor dem Scheitern doch noch eine Perspektive der Verwirklichung bekommen soll, schon öffentlich verbrannt.

Es ist verheerend für das schon so tief zerrüttete Verhältnis zwischen den Bürgern und der offiziellen Politik in Berlin: Während die Bürger den Ernst der Lage immer klarer erkennen und zunehmend auch bereit sind, die Konsequenzen anzunehmen, wird der Eindruck zugelassen, wenn nicht bewusst erweckt, den Darstellern von Politik sei der Gag immer noch wichtiger als der Inhalt.

Leider ist es aber auch mit dem Inhalt dieses „Leitantrags“ nicht weit her: Wer ist in unserem gebeutelten Land gegen Innovation, Wachstum, Arbeitsplätze und Nachhaltigkeit? Sicher nicht die Delegierten von Parteitag. Aber sie sollen daran erinnert werden, dass es bei der Agenda 2010 darum geht und nicht um Sozialabbau. Das ist richtig. Aber warum wird dann das süße Gift des Sozialneids in diese Suppe geträufelt, die eben nicht nur Parteifunktionäre, sondern wir alle gemeinsam auslöffeln müssen?

Durch höhere Erbschaftssteuern, die stärkere Belastung von Wertpapierverkäufen, Programme für Langzeitarbeitslose oder eine Ausbildungsabgabe für Betriebe wird keines der anvisierten Ziele besser oder schneller erreicht. Im Gegenteil: Noch mehr Staat in jeder Form wird der Selbstverantwortung, der Leistungsbereitschaft, dem Vertrauen in die eigene Leistungsfähigkeit und dem Mut zur Zukunft nicht auf die Beine helfen.

Der Bundesfinanzminister hat recht und er hat es seinen politischen Freunden noch rechtzeitig aufgeschrieben: Mit der Agenda 2010 ist es nicht getan. Die ungewöhnliche Mahnung, ja Einmischung, wäre noch

glaubwürdiger, wenn er dafür gesorgt hätte, dass die Steuerschätzer die Freiheit bekommen, von realistischen Prognosen für das Wachstum auszugehen. Aber die Gemeinden fühlen sich nicht betroffen. Wo bleiben die Vorschläge und die Einsichten der Fachpolitik für den nächsten Schritt?

Die Erfinder von IWAN leisten unserem Land einen Bärendienst, weil sie angetreten sind, den Schmerz zu lindern, den die Agenda 2010 zwingend verursachen muss, wenn sie erfolgreich wirken soll.

Veränderung ist eine Funktion von Dringlichkeit. Diese Binsenweisheit der Psychologie gilt auch in der Politik. Und deshalb ist alles schädlich, was die Dringlichkeit der Veränderung verwischt.

Bürgerversicherung ante portas?

(Juni 2003)

In der Diskussion über die Reform der Sozialversicherung zeichnet sich eine überraschende Entwicklung ab: In Regierung und Opposition mehren sich die Stimmen, die das System der solidarischen sozialen Sicherung auf eine breitere Basis stellen wollen. In der Rentenversicherung ist das ein alter Hut. Beamte und Selbständige stehen schon jahrzehntelang im Fokus der Reformer als zukünftige Beitragszahler – und künftige Rentenbezieher, was häufig vergessen wird. In der Krankenversicherung ist diese Überlegung neu.

Das ist die Flucht nach vorn in einer Situation, in der auch mancher Experte zur resignierten Feststellung kommt: „Dieses System ist nicht mehr zu retten!“ Denn es zeichnet sich immer deutlicher eine gefährliche Schieflage ab. Im Gesundheitssystem verabschieden sich die „guten Risiken“ mehr und mehr in die private Krankenversicherung, zu den Ersatz- oder Betriebskrankenkassen. Die „schlechten Risiken“ bleiben der AOK. In der Rentenversicherung müssen immer weniger Beitragszahler immer mehr Leistungsbezieher finanzieren. Die Antwort darauf kann in drei Richtungen gehen:

1. Es bleibt auch in Zukunft bei den unzähligen hilflosen und letztlich erfolglosen Versuchen, durch immer neue Kostendämpfungsgesetze oder Verschiebepolitik zwischen den sozialen Sicherungssystemen die akuten Finanzprobleme in den Griff zu bekommen.
2. Zur Verbesserung der Finanzgrundlagen und zur Rettung des gegenwärtigen Systems werden immer mehr Leistungsfähige in ein

immer weniger leistungsfähiges Solidarsystem gezwungen, mit der Perspektive einer umfassenden Volksversicherung.

3. Es findet endlich eine radikale Bestandsaufnahme statt, welche Risiken in welchem Umfang zu welchem Preis und für wen in Zukunft abgesichert werden sollen.

Die Politik unterliegt nach wie vor der Versuchung, den einfachen Weg zu gehen, auch wenn sie das nur ungern zugibt. Der Etikettenschwindel ist längst hoffähig geworden: Kostendämpfungsgesetze werden immer häufiger als „Reformgesetze“ verkauft. Die aktuelle Gesundheitsreform gehört in großen Teilen leider dazu. Das Defizit überfälliger Reformperspektiven wird dadurch nicht geringer, der Handlungsdruck von Jahr zu Jahr größer.

Die Forderungen, die Basis der solidarischen Sicherungssysteme zu verbreitern, haben die Logik auf ihrer Seite: Eine solidarische Sicherung kann nur funktionieren, wenn die Gemeinschaft derer, die das System finanzieren, möglichst größer ist als die Gruppe derer, die Leistungen beziehen. Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft auf der Seite der Beitragszahler müssen hinzukommen – schwierig in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit und zu teurer Arbeitsplätze. Deshalb kann ein Solidarsystem sein Schutzniveau nur halten, wenn neue Bevölkerungsgruppen zu Partnern in dieser Solidarität werden – freiwillig oder durch Zwang.

Aber geben wir damit nicht die immer noch geniale Idee der solidarischen Sicherung endgültig auf? Solidarität darf doch nur dort eingefordert werden, wo sich der einzelne bei Anspannung aller seiner Kräfte nicht selbst helfen kann. Wir dürfen uns um die schwierige Frage nicht herumdrücken, was dies zu Beginn des 21. Jahrhunderts konkret bedeutet. Wer versucht, darauf einfach die Antworten zu wiederholen, die Ende des 19. Jahrhunderts sicher richtig waren, wird dem Sozialstaat keinen Dienst erweisen.

Verfassungsrecht in kleiner Münze

(Juli 2003)

So ist das in Gremien, deren Mitglieder über eine lange Zeit zusammengezwungen werden, in vielen Fragen unterschiedlicher Meinung sind und letztlich nur eines gemeinsam haben: Am Ende wollen alle Erfolg gehabt haben.

Das Ergebnis des EU-Verfassungskonvents ist eine Bestätigung dieser Beobachtung: Alle Streitigkeiten vergessen, kein böses Wort mehr über den autokratischen Präsidenten. Jetzt sind alle Konvent-Mitglieder „Verfassungsmütter“ und „Verfassungsväter“ – gut für die Medienfront zu Hause und noch besser für die weitere politische Biografie.

Aber es wird sich erst noch zeigen, was tatsächlich Verfassungstext wird. Es kann keine Rede davon sein, dass die Regierungskonferenz im Oktober den Text eins zu eins übernehmen wird. Denn dann wird es um die Mehrheiten zu Hause und nicht mehr nur um einen vermeintlichen Erfolg in der Werkstattatmosphäre einer Versammlung gehen. Zwei Feststellungen sind jetzt schon möglich:

Alle Repräsentanten des Konvents, die sich vollmundig zu dieser „historischen Leistung“ geäußert und in einer kollektiven Euphorie mit Superlativen überschlagen haben, werden den Bürgern in Europa in einigen Monaten erklären müssen, was sich – bei Licht betrachtet – für sie wirklich geändert:

- Mehr Demokratie? Kann ein Parlament das vermeintliche Defizit schließen, das selbst noch demokratische Defizite hat?
- Mehr Transparenz, mehr Bürgernähe? Kommissare ohne Stimmrecht? Protokolle zur Subsidiarität und zu den Rechten der nationalen Parlamente? Wer versteht – außer den Insidern des Konvents – die neuen Mechanismen des Verfassungsentwurfs wirklich?
- Raschere Entscheidungen? Mehrheitsentscheidungen allein sind kein Garant dafür. Politischer Wille ist gefordert.
- Weniger, besser verständliche Vorschriften? Eine Verfassung mit rund 460 Artikeln, die selbst Experten Rätsel aufgeben, ist sicher nicht bürgernah.

Die Verteufelung des „Intergouvernementalen“ wird vielen Kritikern noch leid tun. Denn zuletzt hat es der Streit um den Krieg im Irak gezeigt: Wo das Gemeinschaftliche scheitert, muss das Intergouvernementale wieder einspringen. Das wird in der Außen-, der Verteidigungs- und der Justizpolitik auf Jahrzehnte so bleiben. Eines hoffentlich sehr fernen Tages wird es die Europäische Union nicht mehr wie jetzt konzipiert oder überhaupt nicht mehr geben. Aber es wird weiter Staaten und Völker geben, die ihr Zusammenleben friedlich organisieren müssen – intergouvernemental.

Der Konvent hat sicher wichtige Vorarbeiten für einen Verfassungsvertrag der EU geleistet. Ein großer Wurf ist es nicht. Fundamentale

Meinungsverschiedenheiten zwischen den Mitgliedstaaten und zwischen manchen politischen Lagern in den Mitgliedstaaten der EU bleiben bestehen. Etwas mehr Bescheidenheit wäre deshalb angebracht. Denn die Bürger der Union werden früher als es manchen Mitgliedern des Konvents recht ist merken, dass fast alles beim alten geblieben ist. Vertrauensbildend ist das sicher nicht. Aber wir werden das neue Europa nur erfolgreich bauen können, wenn die Bürger bereit sind, dieses Europa anzunehmen – mit Herz und mit Verstand.

Was war, was ist, was wird sein?

(August 2003)

Das kommt davon: Wer sich nicht um die Geschichte kümmert, braucht sich nicht zu wundern, dass kaum jemand weiß, was gestern überlegt, verworfen, beschlossen und mit welchen Gründen vollzogen worden ist. Das gilt auch für Sozialpolitik und Sozialrecht. Viele Entscheidungsträger aus der „Erlebnisgeneration“ haben sich aus der Politik verabschiedet. Auf ihren Rat wird kaum mehr gehört.

Die neue Generation der „policy maker“ scheut den Blick in die Annalen der Sozialen Sicherung, verlässt sich ganz auf ihren politischen Instinkt und den Sinn für den politischen Vorteil. Ob dabei längst Bekanntes noch einmal als die neue, zündende Idee verkauft wird, alter Wein in neue Schläuche gegossen wird, interessiert kaum. Mit Recht?

Sicher, die meisten Bürger können sich an längst vergangene, oft heftige und langwierige Diskussionen über Lösungswege in der Sozialpolitik kaum mehr erinnern. Das ist nicht vorwerfbar. Denn in letzter Zeit ist das ja fast schon Dauerzustand und vieles ist lange her. Aber gut ist es nicht. Denn schlecht informierte Bürger können ihre wichtige Rolle in der Demokratie nicht ausüben. Sie können vor allem nicht mit dem notwendigen Nachdruck einfordern, aus der Fülle der längst erstellten sorgfältigen Analysen endlich die überfälligen politischen Konsequenzen zu ziehen.

Der politische Alltag ist weit davon entfernt. Man reibt sich verwundert die Augen, mit welcher Inbrunst, Unbefangenheit und Überzeugung die Schlachten der Vergangenheit noch einmal geschlagen werden. Manche besonders innovationsfreudige und besonders ideenkräftige Politikgestalter scheinen aber nicht einmal zu bemerken. Wie ist es sonst

zu erklären, dass im Zuge einer angeblich notwendigen Reform der Pflegeversicherung das Lebensrisiko der Pflegebedürftigkeit dem Steuerzahler aufgebürdet werden soll und die Träger der Sozialhilfe wieder die Hilfe zur Pflege übernehmen sollen? Ist denn völlig in Vergessenheit geraten, dass der drohende Kollaps der überörtlichen Träger der Sozialhilfe der Anlass für die Einführung der Pflegeversicherung war? Ein Leistungsgesetz des Bundes, das uns jetzt zu Beginn des neuen Jahrtausends als Königsweg angepriesen wird, ist in den achtziger Jahren des letzten Jahrhunderts nach langen Diskussionen mit guten Gründen verworfen worden. Wer meint, dass diese Gründe heute nicht mehr gelten, muss vortragen warum – bis heute Fehl-anzeige.

Dies ist leider kein Einzelfall: Die Bürgerversicherung, die bevölkerungsdynamische Rente, die „Maschinensteuer“ als Ergänzung zur Arbeits- und Entgeltbezogenheit der Rentenversicherung – all dies und noch mehr: längst diskutiert, ausgearbeitet und bereit für die politische Umsetzung, wenn man nur will.

Es zeigt sich immer deutlicher, dass die Zeit für die wirklich notwendigen Veränderungen noch nicht reif zu sein scheint. Veränderung ist eine Funktion von Dringlichkeit. Offensichtlich wird die Dringlichkeit noch nicht als groß genug erkannt und gefühlt. Sonst würden wir uns die Flucht in Diskussionen über manche sozialpolitische Ladenhüter nicht erlauben.

Die jüngere Geschichte der Sozialpolitik und des Sozialrechts der Bundesrepublik Deutschland sei nicht nur Studenten empfohlen. Wissenschaftler sollten sie so aufbereiten, dass sie auch für Politiker attraktiv ist. Wer die soziale Ordnung unseres Landes wirklich zukunftsfähig machen will, muss zuverlässig wissen, was in den verschiedenen Bereichen der sozialen Ordnung bereits gedacht, entworfen, umgesetzt oder verworfen worden ist. Das bereitet den Boden, macht den Kopf frei für neue Ansätze und Ideen. Dabei muss endlich allen Beteiligten klar werden, dass sich die Probleme der zweiten Hälfte des Zwanzigsten Jahrhunderts von denen zu Beginn des neuen Jahrtausends nicht nur in ihrer Dimension unterscheiden. Es geht um die Grundfragen der solidarischen Absicherung der wichtigsten Lebensrisiken. Es geht um die Frage, welches Risiko in welchem Umfang von wem zu welchen Preisen und in welchem Ausmaß abgesichert werden soll. Die Antwort darauf werden wir in den Rezepten der Vergangenheit kaum finden.

Baustelle Sozialpolitik

(September 2003)

Reisen bildet: Wer verstehen will, warum wir uns mit Reformen in unserem Land so unendlich schwer tun, braucht nur mit offenen Augen über unsere Autobahnen zu fahren:

Das Volk der Autofahrer lässt es seit Jahrzehnten fast klaglos über sich ergehen, in endlosen Kolonnen über gefährlich enge, oft Dutzende von Kilometern lange Baustellen gezwungen zu werden. Von „Fahren“ kann oft keine Rede sein. „Stop and Go“ ist die übliche Art der Fortbewegung. Ein Wald von Schildern schreibt den Autofahrern vor, wie sie sich zu verhalten haben, trösten mit Hinweisen auf die Länge der Plage und verkünden stolz, wie schön danach alles sein wird und wer das alles bezahlt.

Wer in seiner engen Vierfachspur noch etwas Aufmerksamkeit übrig hat und einen Blick nach links oder rechts auf die Baulandschaft wagt, sieht häufig nur Idylle: Kilometerlange Ruhe, von Aktivitäten, von sichtbaren Fortschritten kann keine Rede sein. Vor vielen Jahren wurde an kürzeren, überschaubaren Strecken gearbeitet, Tag und Nacht, für jeden sichtbar, rund um die Uhr. Das half, die lästigen Einschränkungen zu akzeptieren. Das Ende war absehbar.

Und wie ist es im „richtigen Leben“?

Es gab Zeiten in unserem Land, da blieben notwendige Reparaturarbeiten am bestehenden System nicht jahrelang liegen. An der Lösung erkennbarer und überschaubarer Probleme wurde gearbeitet, rasch und entschlossen, mit großem Einsatz aller. Die Lösung, nicht die endlose Analyse und Vorbereitung stand im Vordergrund der gemeinsamen Bemühungen.

Aber seit Jahren lässt es das Volk der Steuer- und Abgabenzahler über sich ergehen, ständig die Reformbedürftigkeit unseres Staates eingehämmert zu bekommen. Eine politische Baustelle nach der anderen wird eröffnet. Aber von wirklichem Fortschritt kann keine Rede sein. „Stop and Go“ wird zum Prinzip, Nachbesserung zur Regel. Immer noch hemmt ein fast undurchdringliches Dickicht von Vorschriften die Eigeninitiative.

Die Geduld aller Betroffenen mit dieser Art, Probleme anzugehen, muss ein sichtbares und für die Politik spürbares Ende nehmen. Die Beteiligung an den Wahlen in den Ländern und ihre Ergebnisse in den letzten Monaten haben gezeigt, dass die Bürger zwar politische

Verantwortlichkeiten erkennen und mit dem Stimmzettel auch deutlichen Antworten geben. Aber noch wichtiger und zugleich bedenklicher ist, dass immer mehr Bürger dem gesamten Politikbetrieb nicht mehr zutrauen, die anstehenden Probleme wirklich zu lösen.

Noch ist es nur Wahlenthaltung. Aber machen wir uns nichts vor: Wenn nicht energisch gegengesteuert wird, werden sich immer mehr Bürger abwenden von einem Staat, der zwar keine Skrupel hat, seine Bürger über Steuern und Abgaben regelmäßig und in beträchtlicher Höhe zur Kasse zu bitten, aber nicht mehr gewährleisten kann, dass dafür auch die notwendigen Leistungen der Daseinsvorsorge und der sozialen Sicherung bereitgestellt werden. Kommissionen, benannt nach Prominenten, Empfehlungen, in Talkshows präsentiert, und Gesetzentwürfe, die das Parlament noch nicht gesehen haben, sind noch keine Lösung.

Reisen bildet: Viele unserer Nachbarn machen es besser. Unsere Politiker sollten sich umsehen, wenn es nur nicht so viele Baustellen geben würde ...

Mentalreservationen

(Oktober 2003)

„... Und wenn du denkst, es geht nicht mehr, kommt von irgendwo ein Lichtlein her ...“. Es ist nicht überliefert, ob der Bundeskanzler, der Fraktionsvorsitzende der SPD im Deutschen Bundestag und der Generalsekretär der SPD diesen alten Sinnspruch für scheinbar ausweglose Situationen im freudigen Kanon gesungen haben, als Ihnen die Vorschläge der Herzog-Kommission und die unbedingte Zustimmung der CDU-Vorsitzenden dazu auf den Tisch gelegt worden sind. Es wäre nur zu verständlich – hat ihnen diese unerwartete politische Springflut aus der Opposition doch die mit allen Mitteln verfolgte „eigene Mehrheit“ zu den eigenen Reformvorschlägen unverhofft ins Haus gespült.

Es ist noch zu früh und letztlich auch müßig, die Frage zu beantworten, warum sich die Opposition die Chance entgehen lässt, eine Regierung zu kippen, der jetzt auch in der Sozialpolitik die Kompetenz bestritten wird und die Gefolgschaft in den eigenen Reihen nur mit höchstmöglichem Druck gesichert werden kann. Persönliche, taktische, strategische und vielleicht sogar fachliche Gesichtspunkte mögen eine mehr oder weniger große Rolle spielen. Wichtiger ist, dass zwei Kommissionen, die aus entgegengesetzten politischen Himmelsrichtungen

gen an die Arbeit gegangen sind, im wesentlichen in der Analyse der Probleme übereinstimmen. Das überrascht kaum, weil es in der Beurteilung der Lage unseres Sozialstaates seit Jahren nur marginale Unterschiede gibt.

Deshalb scheint es noch wichtiger, dass jetzt Alternativen zu vielen Vorhaben der Regierung auf dem Tisch liegen. Aber hilft das in der politischen Auseinandersetzung wirklich weiter? Zweifel sind angebracht. Denn zu viele Mentalreservationen warten in allen politischen Lagern hinter den Kulissen auf den richtigen Zeitpunkt für den effektvollen Auftritt.

Nur ein Beispiel: Die Bürgerversicherung hat derzeit scheinbar keine Chance der Verwirklichung. SPD, CDU und FDP lehnen sie offiziell strikt ab. Das vor wenigen Tagen auch vom Bundesrat gebilligten Gesundheitsreformgesetz ist eine klare Absage an diese Idee. Nur Bündnis 90/Die Grünen und der DGB fordern sie, der gesundheitspolitische Experte der CSU hält sie mittel- und langfristig für das einzig noch verbleibende Mittel, die Idee der sozialen Krankenversicherung zu retten. Das reale Meinungsbild in den Parteien und in den gesellschaftlichen Gruppen zu diesem Projekt ist viel differenzierter und eine Befragung der Bürger würde wohl ein für viele überraschendes Ergebnis haben.

So teilen sich die beiden großen politischen Lager in unserem Land die Verantwortung dafür, dass die Lebenslüge unseres Sozialstaates weiter gepflegt wird. Ungeniert wird weiter die Illusion genährt, wir könnten das überkommene System retten – mit immer tieferen Einschnitten in den Leistungsbereich, noch mehr Selbstbeteiligung und steuersubventionierten Kopfprämien statt lohnbezogener Beiträge.

Was wird am Ende all dieser Operationen stehen? Verdient ein System noch die Bezeichnung „Versicherung“ und das Attribut „sozial“, das in Zukunft große Bereiche der menschlichen Gesundheit überhaupt nicht mehr oder nur gegen immer höher werdende Eigenbeiträge abdecken wird? Wie weit ist noch der Weg von einer sozialen Versicherung auf der Basis einer Solidargemeinschaft der Versicherten zu einer letztlich staatlichen Veranstaltung unter Einsatz von Steuermitteln?

Diese Fragen dürfen 120 Jahre nach den Sozialgesetzen Bismarcks nicht mit einem Tabu belegt und wer sie stellt, darf nicht als Systembrecher diskriminiert werden. Das „Modell Deutschland“ muss auch in der Sozialpolitik seine Zukunftsfähigkeit beweisen.

Der Macher

(November 2003)

Die Arbeits- und Sozialpolitik in Deutschland hat seit Jahren einen hohen Unterhaltungswert. Dies liegt nicht etwa an der Entwicklung der Kennzahlen, die eher zu einer tiefen Dauerdepression Anlass geben. Es liegt an der Art und Weise, wie Probleme diskutiert, politische Entscheidungen begründet, vorbereitet und durchgeführt werden. Nicht die Inhalte stehen im Mittelpunkt. Es geht vor allem um die Inszenierung des Unvermeidlichen:

- Gesucht sind prominente Personen, die bereit sind, Kommissionen und Gesetzen ihren Namen geben und Kommissionen, die Vorsitzende prominent machen.
- Beliebt sind neue Wortschöpfungen, die von der Trostlosigkeit der Lage ablenken sollen. „Ich-AG“, „small business act“ und „Job-Center“ haben für einige Zeit die Schlagzeilen bestimmt und sind längst vergessen, überwuchert von der gnadenlosen Realität auf dem Arbeitsmarkt.
- Bestaunt werden Macher, die es sich zutrauen, eine „verstaubte Behörde“ in ein modernes Serviceunternehmen zu verwandeln.

Aber das Staunen hat ein jähes Ende genommen und viele Beobachter reiben sich verwundert die Augen. Die einzige „Ich-AG“, deren Gründung offensichtlich wirklich erfolgreich war, ist die Selbstinszenierung des neuen Vorstandsvorsitzenden der Bundesanstalt für Arbeit: Viel Geld für die Renovierung der Vorstandsetage, mehrere Dienstwagen, mehr Geld für Repräsentation, maßlose Werbekampagnen und Beraterverträge im Eilverfahren ohne Ausschreibung und ohne Maß und Ziel. Jede „Ich-AG“ im wirklichen Wirtschaftsleben, die ihre Arbeit so beginnen würde, hätte nur ein kurzes Leben. Kein gutes Vorbild eines Managers, der Arbeitslosen recht forsch noch mehr Verzicht, noch mehr Selbstverantwortung und fast jede offene Stelle als annehmbar zumuten will.

Da hat sich ein erfahrener Sozialpolitiker in einer neuen Funktion selbst ins Abseits gestellt, recht unbeliebt gemacht und zwischen alle Stühle gesetzt: Für die Bundesregierung zu selbständig, den Gewerkschaften zu wenig sozial, den Arbeitgebern noch nicht radikal genug, den eigenen Mitarbeitern zu entrückt und für die Öffentlichkeit, wie für die Medien, schlicht ein Rätsel.

Warum eigentlich? War das nicht genau so vorhersehbar? Hier hat ein Mann, der an seine großen Fähigkeiten glaubt, den Ruf, der ihn

überraschend ereilt hat, gründlich missverstanden. Als Überraschungscoup gedacht, um von den tatsächlichen Problemen abzulenken, hat das PR-Objekt den Faden permanent weitergesponnen und die Ideengeber da und dort noch übertreffen wollen. Das konnte nicht gut gehen.

Wer eine in Ehren ergraute, sicher recht schwerfällige „Bundesanstalt“ mit kräftigen, lauten Hammerschlägen zu einer modernen „Agentur“ umschmieden will, braucht viele Helfer in allen Etagen des eigenen Betriebs und in der Politik. Wer aber auf seinem eigenen steilen Weg nach oben und nach vorn immer wieder Verletzte am Wegrand zurückgelassen hat, auf Neid und Missgunst keine Rücksicht nimmt und die Resonanz auf eigenes Tun konsequent ignoriert, braucht sich nicht zu wundern, wenn er vielleicht rascher als gedacht zum zweiten Mal zum PR-Objekt wird. Ob allerdings *Hartz* wirklich Lust verspürt, seine eigenen Vorschläge zur Reform des Arbeitsmarktes in den Nürnberger Chefetagen umzusetzen, das weiß er wohl selbst noch nicht so genau. Sollte es dazu kommen, dürften Prominente in Zukunft vorsichtiger sein, ihren Namen für Reformgesetze auszuleihen ...

Ein verlorenes Jahr?

(Dezember 2003)

Für die Sozialpolitik geht in diesen Tagen ein Jahr zu Ende, das als Beginn des Aufbruchs in die Geschichtsbücher eingehen wird: Die Dimension der Probleme ist endlich erkannt, der Mut zum Handeln ist spürbar. Aber die Reformziele werden noch von zu vielen zu unterschiedlich definiert. Das ist ein Spiegelbild der noch immer dominierenden Einzel- und Gruppeninteressen, die das Gemeinwohl in den Hintergrund drängen. So war dieses Jahr noch nicht vom entschlossenen Handeln, sondern vom Taktieren geprägt.

War es also wieder ein verlorenes Jahr? Die Antwort auf diese Frage kann sicher erst gegeben werden, wenn in den nächsten Monaten erkennbar wird, was aus den Erkenntnissen dieses Jahres auf der politischen Bühne gemacht wird. Alle warten auf den Aufschwung. Ob er eintreten wird, hängt nicht nur von den Reformen ab, die in unserem Land auf vielen Gebieten auf den Weg gebracht werden sollen. Sicher ist, dass die ersehnte konjunkturelle Wende vieles erleichtern würde und ohne sie die Wende auf dem Arbeitsmarkt wohl kaum erreichbar sein wird.

Allen, denen die Zukunft des Sozialstaats Deutschland wirklich am Herzen liegt, sei dringend geraten, auch in einer verbesserten kon-

junkturellen Landschaft nicht nachzulassen in ihren Bemühungen, die soziale Ordnung in unserem Land grundlegend zu erneuern. Denn wir leiden in diesen Jahren nicht nur unter schlechten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, sondern vor allem unter gravierenden strukturellen Mängeln.

Das nächste Jahr wird also das Jahr der Wahrheit. Die Bedingungen sind günstig wie nie. Im Bund wird nicht gewählt. Aber die Gefahren sind nicht zu übersehen: Wahlen zum Europäischen Parlament und Wahlgänge in vielen Ländern könnten all denen Vorwand genug sein, weiter auf Zeit zu spielen, den notwendigen, grundlegenden Veränderungen ausweichen wollen.

Einfaches Recht, gerechtes Recht

(Januar 2004)

Wer sich während der Feiertage selbst kasteit, die Büchergeschenke links liegen gelassen und sich stattdessen durch die letzten Ausgaben des Bundesgesetzblatts des Jahres 2003 gekämpft hat, braucht dringend Beistand. Denn er könnte zu leicht dem Missverständnis erliegen, der Durchbruch zu einer Reform unserer sozialen Sicherungssysteme sei endlich gelungen. Sicher, kaum ein Rechtsgebiet der Arbeits- und Sozialordnung bleibt nach den Beschlüssen des Vermittlungsausschusses unverändert. An allen erreichbaren Stellschrauben wurde gedreht – wenn auch oft nur millimeterweise und deshalb in der Steuerungswirkung sehr begrenzt.

Wenn die substantielle Veränderung an der Anzahl und der Frequenz der Änderungsgesetze gemessen werden könnte, dann wäre das Arbeitsförderungsrecht das modernste aller Rechtsbereiche. Kein Gesetz wurde in den letzten Jahren und vor allem in den Dezembertagen der vergangenen Jahre so oft und kurzfristig geändert, wie das Arbeitsförderungsgesetz. Und trotzdem ist es gerade dieses Rechtsgebiet, das trotz permanenter Novellierung und der Einordnung in das SGB nach wie vor grundlegend novellierungsbedürftig ist.

Das gilt leider auch für die übrigen Bereiche der Sozialversicherung. Im Gesundheitswesen wird sich schon im ersten Halbjahr des neuen Jahres zeigen, dass alle angeblich strukturverändernden Maßnahmen wieder nur den Kostenanstieg gebremst haben – bis zur nächsten Beitrags-erhöhung ... In der Rentenversicherung wird Beitragsstabilität ein Wunschtraum bleiben. Und die Pflegeversicherung steht zur Disposi-

tion – trauriges Ende des letzten großen sozialpolitischen Projekts des 20. Jahrhunderts.

So bleibt es trotz aller Reformanstrengungen im letzten Jahr bis auf weiteres dabei: Unsere Arbeits- und Sozialordnung wird vor allem von denen, die jetzt rasch mehr Arbeitsplätze schaffen sollen, nach wie vor als Hemmschuh empfunden. Das hat nicht nur inhaltliche Gründe. Wie das Steuerrecht, so leidet auch das Sozialrecht unter den permanenten Versuchen, jeden Lebenssachverhalt durch immer detailliertere Vorschriften zu erfassen. Das Ergebnis ist nicht mehr, sondern weniger soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit. Kompliziertes Recht ist bürgerfernes Recht, schafft Unsicherheit und immer größeren Beratungsbedarf.

Immer mehr Bürger werden sich abwenden von einem Staat, den sie nicht mehr verstehen, wenn es uns nicht gelingt, mit den notwendigen Reformen in der Sache auch eine radikale Vereinfachung des geltenden Rechts zu verknüpfen. Ende des 19. Jahrhunderts war es möglich, das Recht für den Bürger in einem „Bürgerlichen Gesetzbuch“ zu vereinen. Von einer solchen echten Kodifikation sind wir im Arbeits- und Sozialrecht zu Beginn des 21. Jahrhunderts noch weit entfernt. Das Vorhaben eines Arbeitsgesetzbuchs wurde zu den Akten gelegt und das Sozialgesetzbuch ist noch immer eher eine formale Zusammenfassung des geltenden Rechts als die dringend notwendige Rechtsbereinigung.

Das vorläufige Scheitern des Projekts eines Verfassungsvertrages für die Europäische Union hat sicher handfeste materielle Gründe. Aber wir sollten nicht übersehen, dass auch dieser Text für den Bürger kaum lesbar und in weiten Teilen sogar für Experten unverständlich ist. Wahrlich kein Vorbild für die Gesetzgeber in den Mitgliedstaaten.

Erfolg bleibt Erfolg

(Februar 2004)

In diesen ersten Februartagen wurde in Deutschland fast unbemerkt ein neues Kapitel in der langen, recht phantasielosen und eintönigen Geschichte der Tarifpolitik unseres Landes aufgeschlagen: Brandenburgs Finanzministerin und die Gewerkschaften verdi, GEW, GdP und IG BAU sowie die dbb tarifunion haben einen Tarifvertrag für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Landesdienst unterzeichnet, der vorsieht, dass die Arbeitszeit der vollbeschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Landesverwaltung sozial gestaffelt von

0,5 bis 3 Stunden wöchentlich abgesenkt wird. Die Beschäftigten verzichten außerdem auf 1,25 Prozent bis 7,5 Prozent ihres Gehaltes. Im Gegenzug gewährt die Landesregierung allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern einen Schutz vor betriebsbedingten Kündigungen bis zum 31. Dezember 2009. Damit können die für das Jahr 2004 von der Landesregierung angekündigten betriebsbedingten Kündigungen von 1.243 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern vermieden werden.

Fast nebenbei ist es Dagmar Ziegler und den Gewerkschaften außerdem gelungen, zukunftsweisende Regelungen zur Altersteilzeit und der Fortbildung zu vereinbaren.

Die Beteiligten haben sich den ohnehin beschwerlichen Weg zu ihrem ehrgeizigen Ziel nicht leicht gemacht: In jedem Ressort wurden die Bestimmungen des Tarifvertrages nach stundenlangen Diskussionen in Anwesenheit der Verhandlungsleiter zur Abstimmung gestellt – ein Modell für einen zukunftsweisenden Umgang der Tarifpartner miteinander und ein Beweis dafür, dass betriebsorientierte Lösungen gerade in schwieriger Zeit der richtige Ansatz für die Lösung existentieller Probleme von Arbeitgeber sein können. Der Mut zum Risiko hat sich letztlich für alle Beteiligten gelohnt.

Aber es wirft ein bezeichnendes Licht auf die Lage unseres Landes, dass diese sehr gute Nachricht nicht die verdiente Aufmerksamkeit in den Medien findet. Selbst die Gewerkschaft verdi erwähnt diesen Vertragsabschluss nur auf der Website ihres Landesverbandes Brandenburg, obwohl 83,6 Prozent der Mitglieder dem Tarifvertrag zugestimmt haben.

Ist es denn kein Erfolg, schwierige Rahmenbedingungen gemeinsam mit dem Land gestaltet zu haben, die es ermöglichen, auf betriebsbedingte Kündigungen für viele Jahre zu verzichten? Es ist doch ein großer Erfolg, die kaum für möglich gehaltene Gleichbehandlung von Arbeitnehmern und Beamten letztlich doch sichergestellt zu haben.

Warum bringen wir in unserem Land nicht mehr die menschliche Größe, den Mut und die Klugheit auf, Erfolge als das zu bewerten, was sie sind? Die kollektive Depression hat uns offensichtlich schon so fest im Griff, dass wir mit diesen Erfolgen in der Hand geradezu Platzangst empfinden auf dem Campus der Tristesse.

Warum hält sich die Politik stattdessen mit der sicher ärgerlichen und peinlichen Frage auf, ob die Beamten, Angestellten, Richter oder Staatsanwälte, die in den neuen Ländern nach 1989 dabei geholfen haben, einen demokratischen Rechtsstaat aufzubauen, zu unrecht zu viel Entschädigung für den Mehraufwand erhalten haben, der mit der

Trennung von der Familie verbunden war? Es ist jedenfalls ein Mangel an politischer Substanz, der manche dazu verleitet, Vorgänge vorsorglich einmal zu skandalisieren, die schlicht und einfach sorgfältig ermittelt und aufgearbeitet werden müssten. Oder ist es kaltes Kalkül?

Es gibt noch Richter in Deutschland – Zivilrichter, Verwaltungsrichter und auch Strafrichter, die sehr wohl in der Lage sind, dem Recht zum Durchbruch zu verhelfen.

Der Kandidat

(März 2004)

Die Diskussion um den richtigen Kandidaten für die Wahl zum Bundespräsidenten hat viele interessante Aufschlüsse gegeben – z.B. über das Ausmaß an Scheinheiligkeit, mit der die Medien in unserem Land über die öffentliche Diskussion richten, die sie selbst Tag für Tag befördert haben und die Demontage eines ewigen Kandidaten, dessen Chance sie über Jahre hinweg mit vereitelt haben.

Das Amt des Bundespräsidenten hält das aus, der gescheiterte Kandidat der Unionsparteien sicher auch. Darüber brauchen wir uns keine Sorge zu machen. Nachdenklich sollte uns aber machen, dass jetzt wieder das Schlagwort vom „Bürgerpräsidenten“ die Runde macht, der nach Innen wirken soll. Noch schlimmer: Einem Kandidaten werden sein außergewöhnlicher ökonomischer Sachverstand und sein beispielloser internationales Ansehen als Nachteil angerechnet.

Das zeigt aus einer völlig neuen Perspektive, wo wir in unserem Land stehen auf dem Weg zu einer modernen Gesellschaft, zu einer global wettbewerbsfähigen Volkswirtschaft und einem Staat, der seine Rolle finden muss zwischen föderaler Vielfalt und einem größer werdenden Europa, das an seine geografischen und ökonomischen Grenzen stößt.

Die Lebenserfahrung lehrt, dass sich gute und richtige Maßnahmen mit ähnlichem Erfolg nur selten wiederholen lassen – die Verhältnisse ändern sich und machen dieselbe Wirkung schon deshalb oft zunichte. Die „Ruck-Rede“ des Bundespräsidenten Herzog hat dem deutschen Volk mit einfachen, eindringlichen Worten spät, aber nicht zu spät klar gemacht, was Innovation heißt. Die Bürger haben seitdem begriffen, dass es im alten, vertrauten Trott nicht weitergehen kann. Viele Politiker sicher auch. Aber das politische System in unserem Land hat weder den Mut noch die nötige Energie aufgebracht, die Chancen, die sich daraus ergeben, entschlossen zu ergreifen.

Die Gründe dafür liegen nicht nur in der Angst, durch Veränderungen und Zumutungen die politische Macht zu gefährden oder gar zu verlieren. Zu vielen Entscheidungsträgern in unserem Land fehlen noch immer der klare Blick auf die geopolitische und makroökonomische Realität, in der sich unser Land bewähren muss und die Einsicht, dass wir uns ändern müssen und nicht die anderen.

Ein Staatsoberhaupt, das dieses Defizit nicht nur kennt, sondern auch schonungslos und nachhaltig zum Thema der politischen Diskussion in unserem Land macht, wird ein wahrer „Bürgerpräsident“ werden, weil er die berechtigten Interessen der Bürger gegenüber der Politik mit hoher Autorität vertreten wird. Und es ist sicher kein Nachteil für unser Land, wenn sein höchster Repräsentant schon bei Amtsantritt aus eigener Anschauung weiß, wo wir stehen im internationalen Wettbewerb.

Die neue soziale Bewegung

(April 2004)

„Aber die Reformen müssen weitergehen ...“ Dies ist die trotzigste Reaktion aller Politiker, die in diesen Tagen das Pech haben, in der politischen Verantwortung zu stehen. Aber selbst Vertreter der jeweiligen Opposition können den Veränderungsbedarf nicht länger ignorieren. Abgestraft werden naturgemäß die Regierungen – abgestraft dafür, dass sie tapfer versuchen, sich den Herausforderungen dieses ersten Jahrzehnts des neuen Jahrhunderts zu stellen. Die Strafe wird verhängt von denen, die mit den Folgen dieser Politik fertig werden müssen: von den Wahlbürgern fast überall in Europa, zuletzt bei den Regionalwahlen in Frankreich.

Europaweit ist zu beobachten, dass längst nicht mehr die „großen Fragen“ der Politik, wie der Kampf gegen Terror oder organisiertes Verbrechen, oder die Entscheidung über Krieg oder Frieden im Irak, die im Jahr 2002 z. B. die Wahl in Deutschland entschieden hatte, die Bürger umtreiben. Es sind die im wahren Sinn des Wortes „hautnahen“ Probleme, die den Wählern die Hand bei Wahlen führen: Arbeitslosigkeit, Steuern, Krankenversicherung und Rente. Die Bürger spüren, dass Wahlenthaltung in dieser Situation nicht die angemessene Reaktion wäre. „Die Bürger gehen nicht mehr auf Distanz zur Politik – sie gehen auf die Strasse ...“, stellt Heribert Prantl in der „Süddeutschen Zeitung“ zu Recht fest und sieht schon eine „neue soziale Bewegung“ am Werk – aus aufgebrachten Bürger, Gewerkschaften, Sozialverbänden, Kirchen und Globalisierungsgegnern, wie z. B. „Attac“.

Ist es das Ausmaß der Zumutungen oder die Dimension der Unsicherheit, die zu dieser in der europäischen Nachkriegsgeschichte bisher einmaligen Härte in der Reaktion der Wähler führt? Die Antwort auf diese Frage wird wegen der höchst unterschiedlichen Verhältnisse in den Mitgliedstaaten der EU auch recht unterschiedlich ausfallen. In unserem Land wiederholt sich in diesen Monaten eine Entwicklung, die 1998 zum Ende der 16-jährigen Kanzlerschaft von Helmut *Kohl* geführt hat:

- zu viele Probleme, zu wenig Lösungen,
- zu viele politische „Baustellen“ auf zu vielen Gebieten,
- zu wenig Sicherheit in den Rahmenbedingungen für die private Lebensführung,
- zu wenig Vertrauen in die Analysen der „Experten“,
- zu wenig Zuversicht in die Bestandskraft, die Nachhaltigkeit und die Steuerungswirkung von Reformen.

Heute kommt hinzu, dass so manche Reform den Bürgern gegenüber als unbedingt notwendig bezeichnet, aber von vorneherein nur als Spiel- und Verhandlungsmaterial in die politische Auseinandersetzung eingebracht wird. Das aktuelle Beispiel dafür ist der Gesetzentwurf für eine Ausbildungsplatzabgabe: Eine Beruhigungspille für die Arbeitnehmer in der SPD, nicht mehr.

So treibt der mittlerweile fast pathologische Drang der Politik, den unbestreitbar großen Reformbedarf gebetsmühlenhaft Tag für Tag zum Gegenstand der öffentlichen Debatte zu machen, neue, groteske Blüten nach dem Motto: „Je dramatischer der angebliche Reformbedarf dargestellt wird, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass wenigstens das unbedingt Nötige umgesetzt werden kann“. Dies ist der falsche Weg. Wer durch Übertreibung versucht, die Bürger zu manipulieren, wird nicht Einsicht ernten, sondern wird unversehens selbst zum Gegenstand der Veränderung ...

Trotz als Maxime der Politik?

(Mai 2004)

In diesen Tagen müssen wir als interessierte Staatsbürger zur Kenntnis nehmen: Es gibt wirklich eine neue Motivation für Politik in Deutschland – den Trotz der Regierenden.

Die Staats- und Regierungskunst in unserem Land hat einen neuen Tiefpunkt erreicht. Nachdem offensichtlich die Hoffnung endgültig aufgegeben worden ist, dass es wieder gelingen könnte, politische Vorhaben zunächst hinter verschlossenen Türen und nach gründlicher

Analyse der Probleme zu formulieren und dann mit den Partnern in Parlament und den Verbänden abzustimmen, werden wir jetzt mit der finsternen Entschlossenheit konfrontiert, einmal Verkündetes auch durchzusetzen – fast um jeden Preis.

Die Beispiele für dieses „Trotzdem“ häufen sich:

- Nachdem ein Kompromiss beim Entwurf des Zuwanderungsgesetzes in weite Ferne gerückt ist, soll jetzt ein Torso auf den Weg gebracht werden, für den die Zustimmung des Bundesrates nicht erforderlich ist. Der Konsens der Demokraten in dieser wichtigen Frage unserer Nation spielt keine Rolle mehr.
- Obwohl alle Experten und die zuständige Agentur für Arbeit davor warnen, das Projekt „Arbeitslosengeld II“ bis zum Jahresende umzusetzen, wird die Devise ausgegeben „Augen zu und durch“. Ein computer-gesteuertes Chaos für die ehemaligen Empfänger von Arbeitslosenhilfe ist absehbar.
- Das unselige Projekt der „Ausbildungsplatzabgabe“ soll durchgesetzt werden, obwohl alle Beteiligten, prominente Ministerpräsidenten der SPD und selbst der Bundeswirtschaftsminister eindringlich davor warnen.

Wer politische Stärke beweisen will durch das Festhalten an Konzepten, die von fast allen Experten angezweifelt werden, begehrt nicht nur gegen die politische Vernunft auf. Er missachtet den Willen des Volkes und handelt letztlich undemokratisch.

Und wer davon ablenken will durch eine fast gespenstische Diskussion über unverhoffte Kursänderungen, z.B. auf dem Feld der Steuer- und der Haushaltspolitik, verspielt den letzten Kredit an Vertrauen und Glaubwürdigkeit. Höhere Mehrwertsteuer für niedrigere Sozialbeiträge, „intelligentes Sparen“ in Zeiten der Stagnation und mehr Beschäftigte in der Agentur für Arbeit für weniger Arbeitslose – das sind weitere Zumutungen für die scheinbar unendliche Toleranz der Bürger in unserem Land, deren staatspolitische Auswirkungen unabsehbar sind

Die Lebenserfahrung lehrt, dass es von Bürgern und Medien als ein Zeichen von Größe anerkannt wird einzusehen und einzugestehen, dass man mit einem gut gemeinten Konzept gescheitert ist. Wo ein Konzept trotz vieler Jahre politischer Verantwortung immer weniger erkennbar ist, müsste es umso leichter fallen, demütig und einsichtig Verantwortung an die Wählerinnen und Wähler zurück zu geben. Aber das würde voraussetzen einzusehen, dass politische Macht nicht jeden Preis Wert ist.

Ist das wirklich zu viel verlangt?

Krise der Demokratien in Europa?

(Juni 2004)

Die Politikexperten sind rat- und fassungslos: Eine noch geringere Wahlbeteiligung bei der Europawahl als beim letzten Mal, das offenkundige und auch ganz ungeniert öffentlich bekundete Desinteresse vieler Bürger an den Problemen der Europäischen Union und das Bekenntnis vieler, die zur Wahl gegangen sind, der Bundesregierung einen „Denkzettel“ verpasst zu haben.

Die Gründe dafür liegen auf der Hand: Einerseits wird den Bürgern kurz vor der Europawahl geradezu eingehämmert, wie wichtig die Entscheidungsebenen Brüssel und Straßburg sind. Andererseits soll das wichtigste Projekt auf dieser Ebene, der zukünftige Verfassungsvertrag, bewusst und gewollt an den Bürgern vorbei verwirklicht werden. Auf keinem Feld der Politik ist die Arroganz der Handelnden so groß, wie in der Europapolitik.

Ein weiterer Aspekt wird vergessen oder verdrängt: Diese Europawahl hat so ungeschminkt wie noch nie deutlich gemacht, was den politisch denkenden Bürgern in Europa nach wie vor wichtiger ist als alles andere: der *National*staat und die Wahlen zum *nationalen* Parlament. Wer jetzt entrüstet den Text zur Seite legt, will bewusst der Wahrheit ausweichen. Die Wähler haben schon vor der Wahl zum Europaparlament alle Möglichkeiten konsequent genutzt, der politischen Klasse, früher in Bonn, jetzt in Berlin, schonungslos zu zeigen, was sie von ihr halten – seit Jahrzehnten bei den Kommunal- und den Landtagswahlen, seit 1999 auch ganz bewusst bei der Europawahl.

Das legt einen Fehler in der Konstruktion unseres parlamentarischen Systems offen: Wir leben in einer funktionierenden, stabilen Demokratie, daran besteht kein Zweifel. Aber geht „alle Macht“ zu jeder Zeit wirklich „vom Volke aus“, wie es unser Grundgesetz vorschreibt, wenn es den Bürgern zwischen den Wahlen fast unmöglich ist, der Bundesregierung auf direktem Weg, nämlich als Staatsbürger und Wähler, die „rote Karte“ zu zeigen?

Vor dem Hintergrund der Erfahrungen in der Weimarer Republik sind im Grundgesetz die Voraussetzungen für Neuwahlen zu Recht sehr restriktiv ausgestaltet. Aber der rasante und dramatische Verfall des Bürgervertrauens in die Regierenden nach den Wahlen von 1998 und 2002 legt immer drängender die Frage nahe, ob das „konstruktive Misstrauensvotum“ auch weiterhin der letztlich

einzigem Weg bleiben darf, zu einem Wechsel der Regierung zu kommen. Eine grundlegende Änderung des politischen Meinungsbildes bei den Wählern lässt ohne Neuwahlen die Zusammensetzung des Parlaments unverändert. Damit bleibt dieses Instrument letztlich nur auf den Fall beschränkt, dass eine bestehende Koalition zerbricht.

Es wird auf lange Sicht zu noch größerer Politikverdrossenheit führen, den Bürgern die Möglichkeit zu nehmen, der Regierung zwischen den Wahlen ihr Vertrauen zu entziehen. Noch mehr Bürger werden sich der Politik entziehen, werden sich abwenden von einem Staat, dessen Repräsentanten sich unbeeindruckt von längst verlorenem Vertrauen der Wähler auf einen Wählerauftrag berufen, dem die Geschäftsgrundlage längst abhanden gekommen ist.

Wer soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit gegen den Willen des Volkes definiert, wird das Wichtigste verlieren, was jede Regierung für tiefgreifende Reformen braucht: Einsicht der Bürger in das Notwendige, Zuversicht in das Gelingen und Gemeinsinn auch dann, wenn es nicht um Verteilen, sondern um Verzicht geht.

Entwicklungshilfe für den Sozialstaat Deutschland

(Juli 2004)

In den letzten Tagen sind Inhalt und Grenzen des Sozialstaats von besonders kompetenter und prominenter Stelle kritisch unter die Lupe genommen worden:

Der neue Bundespräsident hat in seiner Antrittsrede am 1.7.2004 vor den Mitgliedern des Deutschen Bundestages und des Bundesrates der Sozialpolitik unerwartet breiten Raum eingeräumt und auch dafür viel Beifall von allen Seiten erhalten. Seine Kernaussage lautet:

„... Der Sozialstaat heutiger Prägung hat sich übernommen ... Wir haben es vor allen Dingen nicht geschafft, den Sozialstaat rechtzeitig auf die Bedingungen einer alternden Gesellschaft und einer veränderten Arbeitswelt einzustellen ...“.

Der Richter am Bundesverfassungsgericht *Broß* hat beim Deutschen Katholikentag 2004 in Ulm an die Denkschrift der deutschen Bischöfe vom 12.12.2003 angeknüpft und zur Aufforderung „Das Soziale neu denken“ ausgeführt:

„Der Staat darf sich „... nicht leichter Hand durch gesetzgeberische Maßnahmen ... seinen Verpflichtungen entziehen und ... die Menschen gleichsam ihrem Schicksal überlassen ...“. Er müsse „... danach trachten, seine Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit zurückzugewinnen und internationale und von ihm anders nicht beeinflussbare unkontrollierte Entwicklungen auf den Binnenbereich wirksam abzuwehren. Uneingeschränkte Privatisierung fördert Destabilisierung des Staates ...“.

Dieser Aspekt der Rahmenbedingungen, unter denen der Sozialstaat heute fortentwickelt werden muss, war für viele überraschend und die konkreten Schlussfolgerungen für so manches Vorhaben der aktuellen Politik haben dem Redner harsche Kritik eingetragen. Aber liegt die Frage, ob „Hartz IV“ mit der Überführung der bisherigen Empfänger von Arbeitslosenhilfe in die Sozialhilfe nicht in verfassungswidriger Weise in erworbene Rechte der Betroffenen eingreift, nicht auf der Hand? Der Hinweis darauf, dass der Staat nach dem Sozialstaatsprinzip für die private Vorsorge im Bereich der Sozialversicherung stabile Rahmenbedingungen zur Verfügung stellen muss, kann sich auf die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts berufen und die Frage, ob der Verweis auf die Riester-Rente als private Vorsorge verfassungsrechtlich abgesichert ist, haben die Versicherten durch Boykott dieses Angebots längst auf eine sehr praktische und überzeugende Weise beantwortet.

Noch vor drei Jahrzehnten haben sich Verfassungsrechts- und Sozialrechtslehre durch die Frage herausgefordert gefühlt, wo die verfassungsrechtlichen Grenzen eines sich immer hypertropher entwickelnden sozialen Sicherungssystems liegen. Die Gefahr einer Denaturierung des Sozialstaats zum Versorgungsstaat für alle Schwächeren in einer Gesellschaft ist längst der berechtigten Befürchtung gewichen, dass unbemerkt, aber stetig eine Erosion sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit voranschreitet. War früher der Hinweis darauf, dass der Sozialstaat nur das verteilen kann, was vorher in der Volkswirtschaft erwirtschaftet worden ist, dringend notwendig, so ist heute daran zu erinnern, dass der Abbau sozialer Standards betriebswirtschaftliche Entscheidungen nur in einem sehr beschränkten Maß beeinflussen kann. Das gilt auch die Verlängerung der Arbeitszeit, deren arbeitsplatzsichernde Wirkung für Deutschland noch niemand überzeugend erklären konnte.

Die deutschen Bischöfe und der Bundespräsident haben Recht: Wir brauchen eine „Entwicklungspolitik für ein entwickeltes Land“. Und wenn der schillernde Begriff der „Nachhaltigkeit“ je eine Berechtigung hatte, dann gilt das für den Bereich der sozialen Sicherheit.

... und in 50 Jahren?

(August 2004)

Zur Gegenwart ist alles gesagt – lassen Sie uns in die Zukunft blicken, z.B. in das Jahr 2054:

- Die greise Monika Hohlmeier hält die Rede beim 100. Geburtstag von Angela Merkel.
- Die „Agenda 2010“, nie wirklich umgesetzt, war schon im Wahlkampf 2006 abgelöst worden durch die „Perspektive 2020“.
- Die Pflegeversicherung, längst abgeschafft, wird in den Lehrbüchern zur Geschichte des Sozialrechts als „grandioser Irrtum des 20. Jahrhunderts“ bewertet.
- Der Gesamtbeitrag zur Bürgerversicherung liegt bei 45 Prozent. Der Staat gibt jeden zweiten Euro für die soziale Sicherung aus.
- Lebenserhaltende Operationen werden nur noch gegen Abtretung der Ansprüche der Erben durchgeführt.
- Die Arbeitslosigkeit hat sich bundesweit seit Jahren bei 15 Prozent eingependelt. Der Regierende Bürgermeister von Berlin, ein Türke der vierten Ausländergeneration mit doppelter Staatsangehörigkeit, verweist mit Stolz auf die zweistelligen Wachstumsraten in seinem Heimatland.
- Die Europäische Union hat vor einigen Jahren beschlossen, die Zusammenarbeit auf den Bereich des Binnenmarkts zu beschränken. Die Russische Föderation stellt den Präsidenten der Kommission. Der Vorsitz im Rat wird seit dem Jahr 2050 von der Türkei wahrgenommen.
- „Hartz IV“, im Jahr 2004 noch das „Unwort des Jahres“, wird in den „Global Dictionaries“ der amerikanischen Sprache als Synonym für „Verkrustung“ und „politische Feigheit“ geführt. Den DUDEN gibt es nach jahrzehntelangen Auseinandersetzungen über die Reform der deutschen Rechtschreibung nicht mehr.

Es mag sein, nein – es ist wahrscheinlich, dass keine dieser Visionen je Wirklichkeit wird. Aber der politischen Landschaft in unserem Land fehlt jedenfalls erkennbar jede Vorstellungskraft, wie es in 50 Jahren in Deutschland und um uns herum ausschauen kann.

Wir streiten uns seit Jahren darüber, ob „Phantasie“ oder „Fantasie“ die Qualität eines Briefes ausmachen. Wir grübeln darüber, wie sich unsere Probleme richtig schreiben. Darüber vergessen wir, sie nachhaltig zu lösen.

Die Ratlosigkeit der Politik dokumentiert sich in grotesken Vorgängen: Durfte der privaten Vorsorge in der Rentenversicherung noch der ehemalige Arbeits- und Sozialminister seinen Namen geben, so versteckt sich die unselige Reform des Arbeitsmarktes hinter dem Personalvorstand des VW-Konzerns. Warum haben weder der Bundeskanzler noch sein Superminister den Mut, ihren eigenen Namen mit diesen Gesetzesvorhaben zu verbinden?

Die Erwartung, parlamentarische Mehrheiten für Reformen ließen sich leichter finden, wenn sie nur den guten Namen von guten Menschen tragen, kann nicht die richtige Antwort auf diese Frage sein. Die Erfahrung mit den diversen „Hartz-Reformen“ hat doch gezeigt, dass es der politischen Kultur, der Akzeptanz der Demokratie in unserem Land nicht gut tut, wenn sich die Opposition aus vermeintlicher Verantwortung für das Gemeinwohl zu Kompromissen verleiten lässt, die sie später bereut.

Wir brauchen Mut – auch den Mut zu klaren Alternativen, wenn wir die Gegenwart gestalten wollen, um die Zukunft zu gewinnen.

Die Zeichen an der Wand

(September 2004)

Was war das eigentlich: die „Solidarität der Demokraten“?

Es ist lange her. Damals ging es um existentielle Richtungsentscheidungen nach einer nationalen Katastrophe. Zur Debatte standen das Grundgesetz, die Währungsreform, die Westintegration, die Wiederbewaffnung des Landes, die Wirtschaftsordnung, die Betriebs- und Unternehmensverfassung, später der Beitritt zur NATO und zur EWG, der NATO-Doppelbeschluss, dann die Wiedervereinigung mit all ihren schwierigen ordnungspolitischen Entscheidungen und schließlich die Einführung des Euro.

Die Debatten darüber waren hart, unerbittlich und oft polemisch. Aber sie waren ehrlich. Es war ein offener Streit über unterschiedliche Standpunkte. Die Lauterkeit der Motive des politischen Gegners wurde nur selten bezweifelt.

Auch heute geht es um wichtige Fragen, z.B. um die richtige Methode, Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zusammenzuführen. Aber die damit verbundenen schwierigen Fachprobleme interessieren längst nicht mehr. Es geht fast nur noch um die Zuweisung von Versagen und Schuld.

Die Regierung und die sie tragenden Parteien haben erkannt, dass es vielleicht der einzige Weg ist, aus dem Jammertal herauszukommen, die Opposition als feige, heuchlerisch, inkonsequent, unehrlich und nicht regierungsfähig hinzustellen. Und die Opposition keilt zurück mit dem Vorwurf der Lüge, des politischen Betruges und der Unfähigkeit, setzt auf jede unausgegrenzte Idee aus dem Regierungslager noch eins drauf. Die gesetzgeberische Fantasie, vor allem im Bereich der Sozialpolitik, lebt sich aus, Tag für Tag, in jedem erreichbaren Medium, ungebremst von jeder kritischen Frage nach finanzpolitischer Machbarkeit und ordnungspolitischer Sauberkeit. Die Konturen einer klaren Politik für soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit verschwimmen.

Die neue Dimension einer sich seit Jahren immer rascher ausbreitenden Unkultur der politischen Auseinandersetzung sind Unverfrorenheit und Skrupellosigkeit. Kein Vorwurf ist absurd und abwegig genug, um wenigstens für ein paar Minuten schlechtes Gewissen zu erzeugen. Schamröte hat auf Pokerfaces keinen Platz. Es ist schlicht abstoßend, wie sich die etablierten Parteien darin übertreffen, dem Gegner mangelnde Reformtreue vorzuwerfen, obwohl sie wissen, dass sie in den eigenen Reihen genug Probleme damit haben. Und sie wissen, dass es die Bürger wissen, aber es kümmert sie nicht mehr.

Wie groß muss die Ratlosigkeit sein, wie tief müssen die Zweifel über das eigene Tun gründen, wenn nur noch das Motto „Augen zu und durch“ das Handeln bestimmt. Weder die schwindende Zustimmung für die Demokratie im Osten unseres Landes, noch die allgemein beklagte Politikverdrossenheit und nicht einmal die rapide schwindende Wahlbeteiligung bringen die Akteure dazu, einmal darüber nachzudenken, wie sie den politischen Prozess verkommen lassen:

Die Parlamentsdebatte über den Haushalt für das Jahr 2005 wäre eine neue, gute Gelegenheit gewesen, den Bürgern zu sagen, wohin die Reise gehen soll und warum. Auch diese Gelegenheit wurde verpasst. Sicher, das Parlament ist keine „moralische Anstalt“, aber für ein Theater ist das Ensemble zu groß und zu wenig talentiert und die Auftritte lassen jede Klasse vermissen. Möglichst viele Schimpfwörter und Beleidigungen von möglichst vielen Akteuren in möglichst kurzer Zeit – das ist kein Ersatz für Argumente. Die Extremisten in unserem Land von Rechts und von Links lachen sich ins Fäustchen, bis uns das Lachen vergeht.

Der Fluch des Kompromisses

(Oktober 2004)

Von den Regierungsparteien wird seit Jahren mit wachsendem Erfolg die Behauptung verbreitet, in der Ära Kohl seien die nötigen Reformen verschlafen worden. Wie erfolgreich diese Kampagne ist, zeigt sich daran, dass sich mittlerweile selbst der Namensgebers dieser Regierungszeit Asche aufs Haupt streut. Dabei erkennt er wie andere, dass die Wahl 1998 letztlich nicht verloren worden ist, weil die Wähler 16 Jahre Kohl für mehr als genug hielten. Nein, Rot-Grün kam 1998 an die Macht, weil es ihnen gelungen ist, bereits eingeleitete Reformen zu blockieren, ohne dem Wähler zu sagen, wie sie sich denn die Zukunft Deutschlands vorstellen. Die konservativ-liberale Regierung hat die Wahl verloren, weil sie den Fehler gemacht hat, jeden Politikbereich, vor allem aber die Sozialpolitik, zu einer Baustelle zu machen: Rentenversicherung, Krankenversicherung, Pflegeversicherung, Arbeitslosenversicherung und Steuerrecht. Eine tiefgreifende Unsicherheit der Bürger in allen Lebensbereichen war die Folge.

Und heute?

Die Regierung und die sie tragenden Parteien haben längst begriffen, dass sie Vertrauen der Wähler nicht mit dem Hinweis auf die eigenen Leistungen wiedergewinnen werden, sondern nur durch das Vorführen der Opposition und die erweist ihnen den Gefallen auf geradezu gespenstische Weise. Es geht nur noch um die offensichtliche Unfähigkeit der Opposition, der Politik der Regierung eine Alternative entgegenzusetzen. Eine Groteske der Demokratie! Die Opposition hat es zugelassen, dass jetzt sie den Bürgern erklären muss, warum sie es nicht schafft, ein eigenes schlüssiges Konzept vorzulegen.

Diese Erklärung wäre sehr einfach, wenn sie den Mut aufbringen würde, einfach ehrlich zu sein. Aber das ist nicht zu erwarten. Denn eine ehrliche Antwort würde voraussetzen zuzugeben, dass diese Opposition jedenfalls seit 2002 permanent dem Irrtum erliegt, sie hätte eigentlich die Wahl gewinnen müssen und deshalb den zufälligen, unverhofften und unverdienten Siegern jeden Tag zeigen müsse, dass sie eigentlich besser regieren kann. Das kann nicht funktionieren. Denn eine Opposition braucht zunächst einmal ein Konzept für die Opposition. Das kann auch bedeuten, einfach nein zu sagen, wenn die Politik der Regierung konzeptionell oder handwerklich falsch ist.

Es ist nicht nur ein strategischer Fehler, aus vermeintlich „staatspolitischer Verantwortung“ die Vorschläge der Regierung im Vermitt-

lungsausschuss partiell zu verändern und mitzutragen. Es ist ein tödlicher Kunstfehler der Politik. Vor allem in der Sozialpolitik führt das seit Jahren dazu, dass die möglichen und nötigen Alternativen verwässert werden.

Es kann doch der Führung der Opposition nicht entgangen sein, dass ihr dieses gut gemeinte Opfer für das Gemeinwohl nicht gedankt wird. Im Gegenteil: Die Regierungsparteien laden mittlerweile alle unpopulären Teile der Reformen bei der Opposition ab und die Wähler beginnen, sie dafür abzustrafen. Dies ist nicht verwunderlich. Denn die Bürger können beim besten Willen nicht nachvollziehen, wer in diesem Verfahren letztlich wofür verantwortlich ist.

Die virtuelle große Koalition beruft sich völlig zu Unrecht darauf, dass Kompromisse zum Wohl unseres Gemeinwesens eben notwendig sind und der kleinste gemeinsame Nenner ausreicht. Nein, gute, tragfähige Lösungen sind notwendig. Deshalb wäre es letztlich besser, wenn Konzepte, die keine parlamentarische Mehrheit im eigenen Lager finden, scheitern würden. Und es wäre besser, wenn über eine Fülle von Misserfolge eine Regierung letztlich stürzt. Dann kann die Opposition beweisen, dass sie es besser kann – oder eben nicht ...

Respekt und Toleranz

(November 2004)

Respekt und Toleranz sind prägende Grundsätze unserer sozialen Ordnung – Respekt vor der Würde jedes einzelnen Menschen und Toleranz gegenüber Minderheiten. In den vergangenen Wochen sind diese Werte weltweit unter die Räder gekommen:

- Der Gesundheitszustand des Präsidenten der Palästinenser wird tagelang von Berufenen und Unberufenen in entwürdigender Weise zum Tagesgespräch gemacht und das Ende seines Lebens zur Funktion politischer, wirtschaftlicher und persönlicher Opportunität.
- Der alte und neue Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika ist vor allem in unserem Land in den Medien und in Teilen der politischen Sphäre in einer Weise verbal disqualifiziert worden, die jeden Respekt vor dem Staatsoberhaupt eines befreundeten Landes vermissen lässt.
- Die absurde Diskussion über mehr Wirtschaftswachstum durch weniger Feiertage hat in der Forderung nach „Flexibilisierung“ des Tages der deutschen Einheit einen traurigen Höhepunkt erreicht. Wer bei Unternehmern mehr Patriotismus bei der Auswahl von

Produktionsstätten anmahnt, braucht sich nicht zu wundern, wenn sich alle, die unser wiedervereintes Deutschland achten, ehren, vielleicht sogar lieben, gegen diesen respektlosen Umgang mit dem wichtigsten und schönsten Tag in der Geschichte des demokratischen Deutschland aufbegehren.

- Dabei hat sich auch das erste Mal eindrucksvoll gezeigt, dass die Toleranz der Bürger gegenüber wirtschaftspolitischem Unsinn ihre Grenzen hat. Wer es weiterhin wagt zu behaupten, weniger Feiertage und längere Arbeitszeit würden dem Wachstum der Wirtschaft dienen, den Wohlstand sichern und Arbeitsplätze schaffen, muss sich darauf einstellen, dass kritisch nachgefragt wird:
 - „Welchen Vorteil haben *Arbeitslose* von Beschäftigungsgarantien für *Arbeitsbesitzer*?
 - Wie viel Arbeitsplätze kostet die höhere Produktivität aus längerer Arbeitszeit?
 - Wer soll die zusätzlichen Produkte kaufen, die in der zusätzlichen Arbeitszeit hergestellt werden, wenn ein Lohn- und Gehaltsausgleich nicht stattfindet?
- Das Scheitern des italienischen Kandidaten für den Posten des Kommissars für Inneres und Justiz in der EU ist ein Beispiel für die Perversion der Idee der Toleranz: Eine Minderheit, die ihre freie Entfaltung der Toleranz der Mehrheit verdankt, hat es vermocht, eine Mehrheit gegen die Ausübung der Grundrechte der freien Meinungsäußerung und der Glaubens- und Gewissensfreiheit zu organisieren. Noch so große psychologische Ungeschicklichkeit im politischen Geschäft und ein noch großer Bekenntnisdrang des Kandidaten können diesen unsäglichen Vorgang nicht rechtfertigen.

Eine Gesellschaft, in der Respektlosigkeit im Umgang miteinander zunehmend als Mut prämiert wird und Mehrheiten die Toleranz der Minderheit erwerben müssen, wenn sie Anerkennung finden wollen, hat sich von den Grundwerten unserer Verfassung schon weit entfernt.

Ein verlorenes Jahr?

(Dezember 2004)

Am Ende dieses Jahres sind wir nicht klüger als vor zwölf Monaten. Die Zukunft unserer sozialen Sicherung bleibt unklar:

- Wird die Verschmelzung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe die Steuerungswirkung für den Arbeitsmarkt haben, die Experten

erwarten? Wir groß ist der soziale Sprengstoff, der sich hinter dieser Reform verbirgt?

- Wohin steuert unser Gesundheitswesen? Kommt eine Bürgerversicherung, die niemand beschreiben will oder die Kopfpauschale, die niemand überzeugend erklären kann?
- Wie groß ist die Finanzierungslücke in der Rentenversicherung wirklich – kurz-, mittel- und langfristig?
- Ist die Pflegeversicherung noch zu retten?
- Werden die Hürden unseres Arbeitsrechts für die Arbeitssuchenden endlich abgebaut?
- Wo bleibt eine sozial gerechte und zugleich wirtschaftsfreundliche Steuerreform?

Es gibt nur Fragezeichen, Hoffnungen, Zweifel und Enttäuschungen. Die Reformkraft der Regierung ist erlahmt. Die Dementis klingen beleidigt bis entrüstet. Erschöpft beschwört sie Erfolge, die sich nicht einstellen wollen. Seriöse Prognosen für die Arbeitslosenzahlen in diesem Winter werden schlicht ignoriert. Die Opposition hat sich in die Konzeptfalle locken lassen und trägt mit schwer vermittelbaren Kompromissen wenig bei zur Überzeugung der Bürger, dass es eine Alternative gibt zur offiziellen Politik.

So bleibt die wenig erhellende Erkenntnis, dass fast alles beim Alten geblieben ist:

Die sozialen Sicherungssysteme bleiben permanent überlastet.

- Die Krankenkassen denken nicht daran, die von der Gesundheitsministerin versprochenen Beitragssenkungen auch durchzuführen.
- Und auf dem Arbeitsmarkt gibt es kein Licht am Ende des Tunnels.

Dennoch wäre es falsch, von einem verlorenen Jahr für den Sozialstaat Deutschland zu sprechen. Die Probleme sind so groß und so komplex, dass es keine raschen und einfachen Lösungen geben kann. Irrtümer und Irrwege auf diesem schwierigen Weg sind nicht zu vermeiden. Aber auf die rasant wachsende Geschwätzigkeit der sogenannten Experten, die persönliche Eitelkeit wirklicher Fachleute und die Inflation von vermeintlich guten Einfällen zu jeder Tages- und Nachtzeit, vorzugsweise in Talkshows, könnte Deutschland gut und gerne verzichten.

Es ist fast ein Wunder, dass sich die Bürger nicht längst abgewendet haben von einer Politik, der es nicht mehr gelingen will, ein Gefühl des Vertrauens und der Sicherheit zu schaffen.

Demokratie in der Selbstbeschäftigung

(Januar 2005)

Am Beginn dieses neuen Jahres werden neue, zweifelhafte Maßstäbe für den politischen Prozess in unserem Land gesetzt: Wir diskutieren nicht, welche Politik die vom Volk gewählten Abgeordneten machen, sondern nunmehr seit Wochen, was sie neben ihren Diäten verdienen, bei wem und warum. Die Politik beschäftigt sich wieder einmal mit sich selbst oder besser: Die Medien halten die Politiker davon ab, sich um die wirklichen Probleme in unserem Land zu kümmern und die Getriebenen in den politischen Parteien überbieten einander in Vorschlägen, wie das in Zukunft besser werden kann.

Können wir uns das wirklich leisten? Es ist ja richtig, kritisch nachzufragen, warum ein Abgeordneter eine Vergütung von seinem früheren oder noch aktuellen Arbeitgeber erhält, obwohl er dafür keine Gegenleistung im Unternehmen oder im Betrieb erbringt. Die fast panische Eilfertigkeit mancher Politikfunktionäre aus der ersten Reihe, ein solches Verhalten in die Nähe von strafwürdiger Korruption zu rücken, ist scheinheilig und durchsichtig. Der staunenden Öffentlichkeit soll der Eindruck vermittelt werden, es dürfe in diesem Staat keinen Lobbyismus, also keine permanente Vertretung von partikularen Interessen auch durch gewählte Volksvertreter geben. Das ist grotesk und geht an der Wirklichkeit in unserem Land vorbei. Wurde denn je die politische und rechtliche Toleranz der Vertretung von Interessen davon abhängig gemacht, ob ein Abgeordneter dafür eine Vergütung für Arbeitsleistung im Unternehmen oder für den Betrieb erhält, in dem er beschäftigt war oder noch ist?

Die gegenwärtige Debatte leidet darunter, dass sie in einem rechtlichen und vor allem verfassungsrechtlichen Vakuum stattzufinden scheint: Wird denn völlig übersehen, dass das Grundrecht der Berufsfreiheit auch für Volksvertreter gilt? Schon der Terminus „Nebentätigkeit“ liegt deshalb neben der Sache. Und warum wird nicht ein Problem angepackt, das für unseren demokratischen Rechtsstaat wesentlich gefährlicher ist als die Frage, welches Zusatzeinkommen unsere Abgeordneten erzielen oder erzielen dürfen?

Es ist ein Geburtsfehler unseres parlamentarischen Systems, dass wir zwar vollmundig in Art. 38 GG den gewählten Vertretern des Volkes vorgeben, Vertreter des ganzen Volkes zu sein, die an Aufträge und Weisungen nicht gebunden sind, andererseits aber seit Jahrzehnten dulden, dass führende Verbandsvertreter ungeniert an prominenter

Stelle im Bundestag und in den Landtagen den politischen Prozess gestalten. Warum wird dieser offenkundige Konflikt von Gemeinwohl und Partikularinteresse nicht endlich gelöst? Es liegt doch auf der Hand, dass der Vorsitzende einer Gewerkschaft, der Präsident eines Industrie- oder eines Wohlfahrtsverbandes kraft Satzung dazu verpflichtet sind, die Interessen der von ihnen vertretenen Mitglieder zu vertreten und dies mit der Verpflichtung auf das Gemeinwohl nicht in jedem Fall vereinbar ist.

Zugegeben: Die Lösung dieses Konflikts setzt großen Mut voraus und die Bereitschaft, fast sakrosankte Tabus des verfassungspolitischen Prozesses in unserem Leben zu brechen. Selbst die große Wahrscheinlichkeit, dass es ein seit Jahrzehnten unerfüllter Auftrag des Grundgesetzes ist, die Unvereinbarkeit von Verbandsmandat und öffentlichem Mandat endlich auch in den Abgeordnetengesetzen des Bundes und der Länder zu verankern, fördert die Lösung dieses Problems leider nicht.

Dies ist ein sehr bedenklicher Befund, der befürchten lässt, dass sich auch in diesem neuen Jahr das Gemeinwohl an den Einzelinteressen die Zähne ausbeißen wird.

Unsolidarität der Demokraten

(Februar 2005)

Weder Karneval noch politischer Aschermittwoch können entschuldigen, wie in den letzten Tagen die Diskussion über den Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Extremismus aus dem Ruder gelaufen ist. Dabei fällt es schwer zu entscheiden, ob die zugespitzten Vorwürfe an die Adresse der Regierung, die scheinheilige Empörung über so nicht getroffene Äußerungen oder die Ratlosigkeit aller Beteiligten am Ende der Debatte Anlass zu Sorge geben müssen.

Um es gleich vorwegzunehmen: Es darf nicht sein, dass uns als einzige Antwort auf einige abscheuliche Reden in einem Landtag nur die Forderung nach einem neuen Verbotsverfahren einfällt. Die Richter des Bundesverfassungsgerichts hätten im übrigen dazu besser geschwiegen.

Wer diese notwendige Diskussion mit dem Argument der Geschichtslosigkeit, der Geschmacklosigkeit oder dem Vorwurf abwürgen will, damit werde die Solidarität der Demokraten aufs Spiel gesetzt, macht es sich zu einfach. Denn es ist doch gerade eine Lehre nicht nur der

deutschen Geschichte, dass fehlende Lebensperspektive, Angst vor sozialem Absturz und materieller Not die Betroffenen zu einer psychologisch verständlichen aber fatalen Notwehr verführen: Die Last der ständigen, vergeblichen Erklärungsversuche der Politik, die Selbstvorwürfe werden abgeschüttelt und der Glaube an die einfachen Lösungen mit radikaler Konsequenz halten am Leben. Enttäuschung und Wut über die scheinbare Unfähigkeit der politisch Verantwortlichen können dann umschlagen in blinde Entschlossenheit, ein scheinbar gescheitertes System zu ändern.

Haben denn all jene, die den Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Extremismus jetzt leugnen, weil er ungeniert als Argument in der aktuellen politischen Auseinandersetzung in einem Vorwahljahr verwendet wird, vergessen, dass in allen Untersuchungen in unserem Land, in der EU und weltweit über die Quellen von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Radikalismus gerade dieser Zusammenhang hergestellt wird? War es nicht bis vor wenigen Tagen Konsens, dass eine gute Sozialpolitik, sozial gerechte Verhältnisse, Vollbeschäftigung und Wohlstand der beste Schutz vor politischem Extremismus sind?

Richtig ist, dass jeder Versuch, das Jahr 2005 auch nur in die Nähe der Verhältnisse vor 1933 zu rücken, absurd und töricht ist. Wer eine solche Ähnlichkeit ernsthaft behauptet, stellt dem Sozialstaat Bundesrepublik Deutschland ein vernichtendes Zeugnis aus und ein solcher Vorwurf fiel auf den Urheber zurück. Denn alle demokratischen Parteien haben in den vergangenen 60 Jahren in verschiedenen Koalitionen diese soziale Ordnung in Deutschland mit geprägt.

Bedenklich ist hingegen, dass die Diskussion dieser Tage eine schwere Schlagseite nach Rechts aufweist. Gibt es die Gefahr des Extremismus in unserem Land wirklich nur auf der rechten Seite? Warum wird die Tatsache ausgeblendet, dass sich in den neuen Ländern, die von Arbeitslosigkeit und Strukturproblemen besonders schwer betroffen sind, der Protest bei den letzten Wahlen längst auch auf der linken Seite manifestiert hat? Kann es einer Volkspartei, die in Berlin den Kanzler stellt, wirklich gleichgültig sein, dass sie die Wähler eben in dem Landtag, in dem einige politische Irrlichter ihr Unwesen treiben, auf den dritten Platz verbannt haben?

Wenn es wirklich kein besseres Argument dafür geben sollte, Protestwähler vor einer Verirrung in extreme Positionen zu bewahren, dann sollte es eben die politische Ambition sein, dass Parteien, die für sich in Anspruch nehmen, das ganze Volk anzusprechen, auch diese

Bürger für eine vernünftige, entschlossene Politik der sozialen Sicherheit und der sozialen Gerechtigkeit zu gewinnen.

Krise der Demokratie

(März 2005)

In Krisenzeiten zeigen Menschen und Institutionen ihr wahres Gesicht. Wer sich das Verhalten der Politik in den letzten Tagen betrachten, muss zum Schluss kommen: Wir haben eine handfeste Krise in unserem Land:

- Der Bundespräsident hat eine außergewöhnliche Rede zum Sozialstaat in der Wachstums- und Beschäftigungskrise gehalten – vor den Arbeitgebern in Deutschland. Alle, die dabei waren und sich öffentlich geäußert haben, waren voll des Lobes. Selbst der Generalsekretär der großen Regierungspartei, bekannt für kritische und deutliche Aussprache, fand die Rede „präsidial“ und konnte viele Belege für die Richtigkeit der eigenen Politik entdecken. Aber er stand damit sehr bald im Regen. Denn bei seiner spontanen Äußerung, noch unter dem Eindruck der Rede und der standing ovations des Publikums, hatte er nicht vorhersehen können, dass sich die übrigen Repräsentanten seiner Partei und die Gewerkschaftsfunktionäre entschieden hatten, die Rede des Bundespräsidenten zu verreißen, zum Teil in erstaunlich respektlosem Ton.
- Eine lang gediente und beliebte Ministerpräsidentin, die in unzähligen Talkshows immer wieder versichert hatte, sie werde sich „nicht vom Stuhl kratzen lassen“, hat sich selbst in eine Situation manövriert, die es einem Mitglied des Landtages ermöglicht hat, ihr einen entwürdigenden und dramatischen Hinauswurf in vier Akten zu bereiten. Die Gründe für das Verhalten beider Hauptakteure werden wir vielleicht nie erfahren. Aber es ist offenkundig, dass beide unter großem inneren oder äußeren Druck gehandelt haben.
- Seit Wochen bestimmt die Frage die Schlagzeilen, wer für den leichtfertigen Umgang mit den nationalen und den Schengener Visabestimmungen in einigen Auslandsvertretungen Deutschlands verantwortlich ist. Der Sachverhalt ist weitgehend unbestritten, der eingetretene Schaden jedenfalls in seiner Dimension erkennbar. Es wird immer klarer, dass es den verantwortlichen Organe der Bundesregierung vor allem darum geht, wechselweise einander die Schuld zuzuschieben und die Mehrheit im Untersuchungsausschuss verlegt sich zunehmend darauf, die Feststellungen von Sicherheits-

behörden, Staatsanwaltschaften und unabhängigen Gerichten in Zweifel zu ziehen.

Wir beklagen die Verdrossenheit der Bürger über die Politik in unserem Land, das weiter schwindende Vertrauen in die Fähigkeit unseres politischen Systems, Probleme in absehbarer Zeit und nachhaltig zu lösen. Die große Mehrheit der Wähler traut mittlerweile keiner Partei, keiner politischen Konstellation mehr eine bessere Politik zu.

Diese Krise der Demokratie spiegelt nicht nur die unbestreitbare Komplexität der Probleme wider. Sie ist auch eine Folge der in den letzten Jahren immer größer gewordene Bereitschaft zu vieler politischer Akteure, den Bürgern ein X für ein U vorzumachen, wenn es in den tagespolitischen Kram passt. Diese selbst gestaltete Realität führt zur Selbstbeschäftigung, lenkt ab vom tatsächlichen Zustand und verhindert die Lösung der Probleme.

Der Sozialstaat hat von einer solchen Politik wenig zu erwarten. Denn es gibt keinen anderen politischen Bereich, in dem es so entscheidend darauf ankommt, auf einer soliden Basis von möglichst unbestrittenen Daten und Fakten zu argumentieren und zu agieren. Das war die Stärke der Sozialpolitik der Nachkriegszeit.

Der Bundespräsident hat Recht: „Deutschland ist sich selber untreu geworden ...“.

Sozial ist, was der Bürger versteht

(April 2005)

Die sozialpolitische Debatte in Deutschland ist auf dem Weg – leider immer weiter weg von den betroffenen Bürgern.

In den letzten Wochen haben sozialpolitische Forderungen aus verschiedenen politischen Lagern und gesellschaftlichen Gruppen die Schlagzeilen bestimmt, die belegen, dass es der Politik noch immer gleichgültig ist, ob die Bürger verstehen und in ihrer ganz individuellen Situation nachvollziehen können, warum die soziale Sicherung so und nicht anders organisiert und gestaltet ist:

- Die Forderung der Opposition nach Absenkung des Beitrages zur Arbeitslosenversicherung mag mit viel Mühe erklärbar sein mit den neuen Leistungsspektren von Sozialhilfe, Arbeitslosengeld und der Grundsicherung für Arbeitslose. Aber ein solcher Vorschlag ist keinem Bürger vermittelbar in einer Zeit anhaltend hoher Massen-

und Langzeitarbeitslosigkeit. Die Höhe der Versicherungsbeiträge unserer sozialen Sicherung muss auch in Zukunft von der Größe des sozialen Risikos abhängig bleiben. Wer diesen Zusammenhang auflöst, gefährdet die Grundidee der Sozialversicherung und ihre Akzeptanz bei den Bürgern.

- Die Forderung aus den Kreisen der Rentenversicherungsträger, den Zuschuss des Bundes zur Rentenversicherung weiter zu erhöhen, um Rentenkürzungen zu vermeiden, ist Gift für alle Bemühungen, das schwindende Vertrauen der Bürger in die Solidität ihrer Alterssicherung zu stabilisieren. Und die Alternative hierzu, die Schwankungsreserve noch weiter abzusenken, lässt völlig außer acht, dass es kaum eine Zeit in der Geschichte der Rentenversicherung gegeben hat, in der eine komfortable Liquiditätsrücklage weniger verzichtbar war.
- Die Forderung der Arbeitgeber, den gesetzlichen Unfallschutz abzubauen, mag verständlich sein vor dem Hintergrund, dass damit ihre Belastung durch Sozialabgaben vermindert werden könnte. Aber die Lage auf dem Arbeitsmarkt und im Bereich der Konjunktur ist nicht so, dass man es wagen könnte, den Arbeitnehmern ein wesentliches Risiko der Arbeitswelt, den Wegeunfall, zusätzlich aufzubürden.
- Die völlig unvermittelte Forderung der Familienministerin des Bundes, das pauschalierte Erziehungsgeld in Zukunft durch ein einkommensunabhängiges „Elterngeld“ zu ersetzen, ist das Ergebnis wissenschaftlicher Untersuchungen, wonach die geltende Familien- und Erziehungsförderung an Akademikerpaaren vorbeigehe und deshalb gerade in diesem Bevölkerungsbereich ihren bevölkerungspolitischen Steuerungseffekt verfehle. Das mag ein Problem sein. Aber wie soll der großen Mehrheit der Eltern, die nicht Akademiker sind, vermittelt werden, dass die materiellen Lasten, die Kindererziehung nun einmal mit sich bringt, in Zukunft nach der Höhe des Einkommens ausgeglichen werden sollen? Eine solche Maßnahme wird das „generative Verhalten“ höherer Bildungsschichten nach aller Wahrscheinlichkeit nicht verbessern und von der Mehrheit der übrigen Eltern als ungerecht empfunden werden.

Die Bürger in unserem Land werden sich abwenden von einem Staat, der eine Sozialpolitik der Beliebigkeit betreibt, die sie nicht verstehen können. Soziale Sicherheit und der soziale Gerechtigkeit sind keine absoluten und akademisch definierbare Größen. Sie müssen sich bewähren auf dem harten Prüfstein der persönlichen Lebenslage der Betroffenen.

Deutschland in Not

(Mai 2005)

In diesen Tagen wird so klar wie noch nie zuvor, dass es der Europapolitik in unserem Land schlicht egal ist, was sie den Bürgerinnen und Bürgern noch vor wenigen Jahren als unverzichtbare Maßnahmen verkauft hat. Wichtig ist nur, dass es keine Störung von der Basis bei den permanenten Versuchen gibt, die Europapolitik – wann immer das erforderlich erscheint – in den Dienst der Innenpolitik zu stellen. Dabei gibt es keine Hemmungen mehr, auch bisher für unantastbar gehaltene Grundsätze zur Disposition zu stellen, Nachbesserungen bei längst abgeschlossenen Verträgen zu fordern und durch nationalstaatliche Maßnahmen europapolitische Weichenstellungen zu relativieren, ja zu konterkarieren.

Die Idee des Binnenmarktes ist den Unionsbürgern über Jahrzehnte hinweg als ein Kernelement der europäischen Integration vermittelt worden. Unverzichtbar für den Wohlstand in der Union, für Vollbeschäftigung und Wachstum, sind die vier Grundfreiheiten eines Marktes ohne Grenzen, also die Freiheit beim Austausch von Waren, Dienstleistungen und Kapital und die Freizügigkeit der Arbeitnehmer eingefordert worden.

Die Osterweiterung der EU ist den Unionsbürgern als die zwangsläufige Konsequenz der Beendigung des Ost-West-Konflikts, als klassische Vollendung der politischen Wende in Europa und der Einigung unseres Kontinents schmackhaft gemacht worden. Kritische Fragen nach der Verantwortbarkeit der ehrgeizigen Zeitpläne, dem Stand der Vorbereitungen in den Bewerberstaaten, nach der Zwangsläufigkeit einer Vollmitgliedschaft und den wirtschaftlichen Folgen der Erweiterung für die Krisenbranchen in den alten Mitgliedstaaten, sind von den Architekten des neuen Europa mit dem Hinweis auf die ungeahnten Chancen beantwortet worden, die mit diesem Schritt für alle Beteiligten verbunden seien. Den berechtigten Forderungen nach Übergangsregelungen wurde nur höchst widerwillig gefolgt. Die diskriminierenden Wirkungen solcher Regelungen für die neuen Mitgliedstaaten seien schädlich für den Prozess der politischen Einigung.

Nun sind die Not auf dem deutschen Arbeitsmarkt, der Ärger über Unternehmer, die keine neuen Arbeitsplätze in Deutschland schaffen wollen und die Empörung über ausländische Kapitalanleger in unserem Land, die es wagen, nach dem einfachen Grundsatz der Gewinnmaximierung zu handeln, so groß, dass ganz ungeniert die

Freiheit von Kapital- und Dienstleistungsverkehr zur Disposition gestellt wird. Die Begründungen, die dafür offiziell gegeben werden, sind scheinheilig:

- Wer mit der Abkehr vom Herkunftslandprinzip bei der Dienstleistungsfreiheit „das europäische Sozialmodell schützen“ will, verschweigt, dass es ein solches Modell bis heute nicht gibt, weil dies die Mitgliedstaaten bewusst und zurecht verhindert haben.
- Wer gesetzliche Mindestlöhne fordert mit der Begründung, Sozialdumping als Folge der Dienstleistungsfreiheit müsse vermieden werden, verdeckt seine wahren gesellschaftspolitischen Motive, geht einer durchsichtigen Panikmache auf den Leim und verschweigt, dass Scheinselbstständigkeit, und nur darum geht es, auf diese Weise nicht bekämpft werden kann.

Im Übrigen: Wer die deutsche und die internationale Unternehmerschaft, die den Spielregeln einer globalen Wirtschaft und des europäischen Binnenmarkts folgt, als asoziale und unpatriotische Heuschreckenplage verunglimpft, weil eine solch plumpe Art von „Kapitalismuskritik“ in den dramatischen Schlussakkord eines von Panik diktierten Wahlkampfkonzepts zu passen scheint, macht die „Agenda 2010“ zur Makulatur und stellt unser Land ins Abseits.

Unionsbürger im Abseits

(Juni 2005)

Die Geschichte beweist: Auch Ideen für große Lösungen haben nur relativ kurze Überlebenszeiten. Das gilt nicht nur für die Entwürfe von geisteskranken Diktatoren. Auch die Visionen von redlichen und um die Zukunft unserer Zivilisation, um Frieden, Wohlstand und Freiheit auf unserer Erde bemühten Politikern werden eingefangen von der harten Wirklichkeit.

Wie sieht diese Wirklichkeit aus? Es ist das geschichtlich gewachsene Bewusstsein der Bürger, das sich auf überschaubare, bewährte und belastbare Strukturen verlässt.

Wir erleben in diesen Wochen, dass auch die Idee der Europäischen Union an ihre Grenzen stößt – an die Grenzen der Vermittelbarkeit und der Akzeptanz. Es wird immer deutlicher, dass die europäische Idee in einen Zielkonflikt geraten ist:

- Die politische Vernunft, gestützt von der historischen Erfahrung, legt es nahe, diesen Kontinent, der mehrmals nahe daran war, sich

selbst zu vernichten, durch einen Abschied von nationalen Grenzen, ja vom Nationalstaat selbst, zu einen. Eine Politische Union, gewachsen aus einer Wirtschafts-, Sozial- und Währungsgemeinschaft, soll nationale Interessen unumkehrbar aus der europäischen Politik verbannen.

- Aber selbst die Protagonisten dieser Politik werden im harten Alltag immer wieder mit der banalen Einsicht konfrontiert, dass auch die schönste Theorie grau ist. Im Prinzip sind alle Bürger für die vier großen Freiheiten: Jeder will ungehindert reisen, seinen Arbeitsplatz wählen, seine Dienste anbieten und sein Kapital anlegen ohne Rücksicht auf nationale Grenzen. Aber wenn es um die praktischen und oft für den Einzelnen harten Konsequenzen aus diesem großen Entwurf des Binnenmarkts geht, regen sich sehr schnell die über Jahrtausende hinweg eingeübten und verinnerlichten Reflexe der Politik: „Das haben wir nicht gewusst und schon gar nicht gewollt, das müssen wir nachbessern, verhindern oder ändern“.
- Und den betroffenen Bürgern kann das nur recht sein. Denn erst aus den Folgen und manchen Entgleisungen großer und im Prinzip richtiger Ideen wird ihnen klar, erfahren sie am eigenen Leib, was europäische Integration im wirklichen Leben tatsächlich bedeutet.

Es ist zu befürchten, dass die Politik daraus nicht die erforderlichen Konsequenzen ziehen wird. Die Profis der Europapolitik sind geradezu unerschütterlich in ihrem Irrglauben, dass sie klüger sind als alle Bürger. Sie zögern, das Volk zu befragen und begründen das mit der Ausrede, solche Referenden könnten politisch missbraucht werden. Ja, diese Gefahr besteht. Aber doch nur, weil die Bürger längst begriffen haben, dass sie keine reale Chance bekommen sollen, die großen Linien der europäischen Politik wirklich mit zu beeinflussen. Die schlechte Beteiligung an den Wahlen zum Europäischen Parlament ist kein Gegenargument. Denn die Unionsbürger spüren, haben längst begriffen, dass es dabei nur um ein Alibi geht: Das „demokratische Defizit“ der Union soll durch die Wahlen zum Europäischen Parlament geheilt werden, ohne dass es die mit der höheren Weisheit begnadeten Europapolitiker daran hindern könnte, auch in Zukunft das zu tun, was sie für richtig halten.

Es wäre gut, wenn sich die professionellen Heilsbringer eines vereinten Europa endlich daran erinnern könnten, dass Gemeinwesen jeder Größe von ihren Bürgern getragen werden müssen – sonst werden sie den Weg aller großen Ideen gehen. Die Referenden in Frankreich und den Niederlanden sind ein Menetekel.

Sozial ist, was übrig bleibt ...

(Juli 2005)

Noch ist nicht klar, ob es im September Neuwahlen geben wird. Aber eines steht jetzt schon fest: Die Sozialpolitik wird auch im nächsten Wahlkampf wieder unter die Räder kommen und in einer neuen Legislaturperiode nur eine Funktion anderer Politikbereiche bleiben.

Die letzten Monate haben wieder gezeigt, mit welcher Leichtigkeit die Regierenden mit dem Grundbedürfnis der Menschen nach sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit umgehen, wenn es um die Erhaltung der Macht geht.

Wie war das 1998? Damals wurde eine Regierung erfolgreich bekämpft mit dem Versprechen, dass eine „neue Mitte“ nicht alles anders aber vieles besser machen würde. Diese Politik des „jedem das Seine“ erschöpfte sich darin, richtige Reformansätze der Vorgängerregierung zurückzunehmen und dann, unter dem Druck der Verhältnisse, in unzähligen Fällen „nachzubessern“.

Erinnern wir uns noch an 2002? Krieg im Irak und Flut an Elbe und Oder haben die Wahl entschieden – kein Wort über einen Reformstau in der sozialen Sicherung. Wenige Monate später dann die „Agenda 2010“ mit tiefgreifenden Einschnitten vor allem im Bereich von Sozialhilfe und Arbeitslosengeld auf Vorschlag eines Mannes, an dessen Namen sich seine Entdecker nun nicht mehr erinnern wollen ...

Und jetzt? Als wäre es das Selbstverständlichste der Welt, entdecken die noch Regierenden plötzlich wieder die soziale Sicherheit und die soziale Gerechtigkeit und verabschieden sich Stück für Stück von ihren eigenen Reformen: Höheres Arbeitslosengeld II im Osten, zunächst doch keine Verkürzung der Höchstbezugsdauer für ältere Arbeitslose, Maßnahmen gegen Frühverrentung, Einführung eines einjährigen Elterngeldes, Gebührenfreiheit für Kindertagesstätten. Kein Wort dazu, wie das alles finanziert werden soll und vor allem:

Wo bleibt die überfällige Bestandsaufnahme des Sozialstaates? Wer stellt und beantwortet endlich die Frage,

- welches Risiko
- in welcher Höhe
- von wem
- mit welchen Leistungen

in Zukunft abgesichert werden soll.

Diese bohrende Frage stellt das Grundgesetz der Politik Tag für Tag. Denn jede politische Entscheidung im Bereich der Sozialpolitik erfordert die Abwägung zwischen dem, was das Sozialstaatsgebot verlangt und dem, was das Grundrecht der Selbstbestimmung, der freien Entfaltung der Persönlichkeit, an staatlichem Eingriff verbietet.

Wenn wir es nicht schaffen, die Rahmendaten unserer sozialen Sicherungssysteme so zu gestalten, dass sie Bürger aus ihren ganz konkreten persönlichen Lebensverhältnissen heraus verstehen und auch annehmen können, dann haben wir keine Chance, das Vertrauen der Versicherten in den Sozialstaat zurück zu gewinnen. Aber auch das wäre eine wichtige Voraussetzung dafür, dass aus Versicherten auch wieder mutige Konsumenten werden und unsere Wirtschaft wieder stärker wächst.

Soziale Gerechtigkeit hat wieder eine Chance

(August 2005)

Der Kampf um die demokratische Macht in Deutschland für die nächsten vier Jahre hat eine ungeahnte Dimension eröffnet: Es gibt doch eine gute Chance für mehr soziale Gerechtigkeit in unserem Land in einer überschaubaren Zeit.

Diese Chance verdanken wir aber nicht etwa der neuen Allianz am linken Rand des politischen Spektrums. Im Gegenteil: Diese Verbindung aus unverbesserlichen Anbetern eines gescheiterten Sozialismus im Osten und realitätsblinden Sozialromantikern im Westen unseres Landes verspricht, was ihre politische Theorie, soweit sie überhaupt erkennbar ist, in der politischen Praxis verhindern würde – mehr soziale Sicherheit und Gerechtigkeit.

Auch die amtierende Regierungskoalition kann nicht vermitteln, dass sie ein überzeugendes Konzept für den Sozialstaat der Zukunft hätte. Das zeigt das hektische, planlose Hin und Her zwischen vernunftgetragener, konsequenter und nachhaltiger Reformpolitik und den verzweifelten Versuchen, mit wohlfahrtsstaatlichen Ködern Sympathisanten mit den Verführern aus der neuen Linkspartei zurückzugewinnen.

Die unverhoffte Chance für mehr soziale Gerechtigkeit kommt aus einem Politikbereich, der in der aktuellen Diskussion zu Unrecht mehr der Wirtschafts- als der Sozialpolitik zugerechnet wird: Das Ringen um ein radikal vereinfachtes Steuerrecht und um mehr Steuergerechtigkeit eröffnet endlich ein großes Tor auch für eine Sozialordnung, die

Leistungen denen gewährt, die sie wirklich brauchen, Freiheit denen zurückgibt, die sich selbst helfen können – eine soziale Ordnung also, die von den Bürgern besser verstanden und akzeptiert wird.

In der aktuellen Diskussion über ein modernes, gerechteres Steuerrecht kommt der entscheidende Anstoß von einem Juristen, einem brillanten Wissenschaftler und ehemaligen Richter des Bundesverfassungsgerichts. Sein wichtigstes Argument gegen das geltende Recht: Die jahrzehntelangen Versuche des Gesetzgebers, im Steuerrecht möglichst alle denkbaren Lebensumstände durch Ausnahmetatbestände zu berücksichtigen, haben zum absurden Ergebnis geführt, dass Steuergerechtigkeit nur der erfährt, rechtskonform nur der handeln kann, der es sich leisten kann, teure Steuerberater zu engagieren. Und damit ist unser Steuerrecht in der Gefahr, durch den Gesetzgeber legalisiertes Unrecht zu werden.

Und wie steht es um unser Sozialrecht? Die immer höhere Frequenz, mit der gesetzliche Vorschriften geändert werden, die stetig wachsende Belastung unserer Sozialgerichte und die immer deutlicher, vernichtend ausfallenden Verdikte des Bundesverfassungsgerichts über die hektische, wenig professionelle und oft verfassungsblinde Arbeit des Gesetzgebers auch im sozialen Bereich, zeigen, dass wir dort von vergleichbaren Verhältnissen nicht mehr weit entfernt sind.

Dies einzusehen und endlich anzuerkennen, erfordert Mut, in Wahlkampfzeiten fast Kühnheit. Wer wagt es, wer gibt der Chance zur radikalen Veränderung und Vereinfachung auch unseres Sozialrechts eine Chance?

Wer es denn wagen sollte, muss vor allem all denen Einhalt gebieten, die aus Angst vor Veränderungen, die auch Besitzstände in Frage stellen werden, richtige Ansätze als „Visionen“ diskriminieren. Denn es gibt keine richtige, realistische Politik zur rechten Zeit, die nicht von Visionen getragen wird.

Relative Realität

(September 2005)

Die Wirklichkeit ist relativ und sie wird immer mehr zur Beute gezielter Manipulation. Das haben gerade die letzten Wochen auf den verschiedensten Feldern gezeigt:

- Die Flutkatastrophe im Süden der USA hat sicher bewiesen, dass auch die einzig verbliebene Weltmacht, die größte und reichste

Industrienation, von der Natur an die Grenzen ihrer Möglichkeiten geführt worden ist. Dabei sind Schwächen und Mängel auf allen Ebenen der verantwortlichen Stellen aufgedeckt worden. Aber die Art und Weise, wie sich Medien und leider auch einzelne Politiker in unserem Land zu diesem Unglück geäußert haben, hat Augenmaß und Objektivität vermissen lassen und noch schlimmer: Überheblichkeit und unverhohlene Häme waren nicht zu überhören. Das Unglück von Millionen von Menschen kam gerade recht, einem Präsidenten, dessen Wiederwahl man selbst mit vehementen verbalen Ausfällen in deutschen Medien nicht verhindern konnte, noch einmal Unfähigkeit zu bescheinigen. Haben wir immer noch nicht verstanden, dass die Dimensionen Deutschlands und Europas nicht vergleichbar sind mit denen anderer Kontinente? Hochwasser an Elbe, Oder, Rhein oder Donau treffen die Anrainer sicher genauso hart, wie unsere Freunde in New Orleans. Aber ist es den Kritikern wirklich entgangen, dass dort – im Vergleich – eine Fläche überflutet war, die der Ausdehnung der britischen Inseln entspricht?

- Ein renommierter Staatsrechtslehrer und passionierter Steuerreformer hat es gewagt, dem Ruf auf die politische Bühne zu folgen. Als Verfassungsrichter hat er in vielen richtungsweisenden Entscheidungen den gesetzgebenden Organen, der Verwaltung und der Rechtsprechung den verfassungsrechtlichen Spiegel vorgehalten und dabei immer wieder Freiheit, soziale Sicherheit, soziale Gerechtigkeit und Solidarität als prägende Inhalte des Sozialstaatsprinzips eingefordert. Die hemmungslose Verdrehung seiner Thesen und die Verunglimpfung seiner Person durch den politischen Gegner hatte mit der Wirklichkeit nichts mehr zu tun.
- Die Diskussion über den Abbau der Steuerbefreiung für bestimmte Lohnzuschläge der Arbeitnehmer ist binnen weniger Tage abgeglitten in die völlig unhaltbare Behauptung, es gebe Pläne eines politischen Lagers, diese Zuschläge selbst abzuschaffen. Die Medien haben diese absurde Klitterung eines politischen Vorhabens, die zu millionenfacher Verunsicherung von Wählern geführt hat, einfach ignoriert und wirken lassen.
- Das Ergebnis der vorgezogenen Wahl zum Deutschen Bundestag ließe sich ganz einfach in nüchternen Zahlen darstellen. Zugegeben – dieser Wahlgang lässt die Beteiligten in einem politischen Irrgarten zurück, dessen Ausgang schwer zu finden sein wird. Aber rechtfertigt das die absurden Versuche, ein sicher komplexes Votum der Wähler so zurecht zu biegen, dass man das Wort „Niederlage“ nicht in den Mund nehmen und den Konsequenzen daraus nicht in die Augen schauen muss?

Diese Vorgänge zeigen beispielhaft, dass wir uns auch bei der weiteren Arbeit an der Reform der sozialen Sicherung auf ein Dilemma einstellen müssen: Unsere Gesellschaft, Medien, Politik und wir Bürger verweigern sich nicht der akribischen Offenlegung der Fülle von Problemen und bringen viel Energie dafür auf, mögliche Lösungen aufzuzeigen und zu verstehen. Aber wir neigen dazu, dann, wenn es wirklich ernst wird, wenn die Dringlichkeit der Probleme auch schmerzhaft Veränderung einfordert, innezuhalten und die erkannte Wirklichkeit einfach zu verändern.

Jetzt oder nie

(Oktober 2005)

Die Arbeits- und Sozialpolitik in unserem Land steht unvermittelt vor einer großen Chance:

- Die Einsicht der beiden Koalitionspartner, dass es für unsere Arbeits- und Sozialordnung kein „Weiter so“ geben darf, sondern die vor drei Jahren gemeinsam auf den Weg gebrachte Reformpolitik konsequent und mit Augenmaß weitergeführt und noch intensiviert werden muss, wird wieder deutlich erkennbar, nachdem sich der Pulverdampf vom Schlachtfeld des Wahlkampfes verzogen hat.
- Nach fast 40 Jahren gibt es im Bundestag wieder eine sehr komfortable Mehrheit für die Fortsetzung und Durchsetzung einer entschlossenen Reformpolitik.
- Im Bundesrat ist auf absehbare Zeit keine Konstellation zu befürchten, die Bundestag und Bundesregierung in ihren Vorhaben mit Erfolg blockieren könnte.

Damit sind die objektiven Voraussetzungen für die nachhaltige Lösung der Strukturprobleme unserer Arbeits- und Sozialordnung sehr günstig. Es könnte also gelingen,

- für unsere Arbeitswelt einen rechtlichen Rahmen zu schaffen, der die richtige Balance zwischen Arbeitnehmerschutz und der notwendigen Attraktivität menschlicher Arbeit für den Arbeitgeber findet,
- die gesetzliche Krankenversicherung für die nächsten Jahrzehnte leistungsfähig, bezahlbar und sozial gerecht zu gestalten,
- die Altersversorgung der Arbeitnehmer aus der Angstzone zu befreien und wieder zu einem stabilisierenden Faktor der sozialen Sicherheit zu machen und
- die Pflegeversicherung von ihren strukturellen Mängeln zu befreien.

Aber der Eindruck, den die Phase der Sondierung vermittelt hat und der sich in den ersten Tagen der Verhandlungen über eine mögliche Koalition verfestigt, ist ein anderer: Die Partner haben Angst, zuviel von Wahlprogramm und Manifest zu früh Preis zu geben, ihre Identität zu verwischen und an Attraktivität in den kommenden Wahlkämpfen in den Ländern noch mehr zu verlieren. Sie spielen deshalb weiter mit verdeckten Karten, belauern sich und warten auf den ersten Fehler des Partners.

Wenn diese Haltung nicht rasch aufgegeben und ohne jede Mentalreservation versucht wird zu klären, wie groß die Bereitschaft und Fähigkeit tatsächlich ist, in dieser Koalition die Schicksalsfragen unseres Sozialstaates zu beantworten, dann werden die Skeptiker Recht behalten: Dann werden sich die nächsten vier Jahre in Schönheitsreparaturen erschöpfen und die dringend notwendigen, grundlegenden Sanierungen unserer Sozialsysteme wieder vertagt werden.

Das ist schlimm genug – für die soziale Ordnung in unserem Land, für die „gefühlte“ und die objektive soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit. Aber es kann dann noch schlimmer kommen: Wenn die beiden Noch-Volksparteien der Neigung der Bürger nachgeben sollten, die existentiellen Probleme unseres Sozialstaates einfach auszusitzen, ohne den unvermeidlichen Abschied von einem nicht mehr finanzierbaren Standard, dann wird die Sozialdemokratie noch mehr Boden am linken Rand verlieren und die Union am rechten Rand einen Kampf wieder aufnehmen müssen, der schon endgültig gewonnen schien.

Dieses hohe Risiko jetzt verpasster Chancen sollte niemand übersehen, der nach wie vor meint, die nächsten Jahre mit parteipolitischer Taktik überstehen zu können.

Verantwortung

(November 2005)

In Bayern wirbt in diesen Tagen ein Sozialverband immer noch mit riesigen Plakaten, auf denen sein ehemaliger Landesvorsitzender freundlich lächelnd verspricht: „Soziale Gerechtigkeit ist machbar.“ Zur gleichen Zeit droht der Präsident dieses Verbandes auf Bundesebene der neuen Bundesregierung mit einem „heißen Herbst“. Dieser neuen Bundesregierung wird der bisherige bayerische Landesvorsitzender als Minister angehören ...

Es bleibt jedem, der sich auf der politischen Ebene bewegt, selbst überlassen, wie und wie lange und zu welchem Preis er sein Verhalten glaubwürdig vermitteln kann. Aber es kann diesem Land nicht gleichgültig sein, wie in einer existentiellen Krise unseres Landes Meinungsführer agieren, was sie sagen, was sie verschweigen, was sie tun und unterlassen und warum. Dies gilt nicht nur für Politiker.

Unser Land durchzieht ein tiefer Graben. Dieser Graben trennt nicht etwa Ost und West, Nord und Süd, Jung und Alt, Arm und Reich. Nein, dieser Graben trennt das Volk und seine Repräsentanten auf der einen Seite und die große Schar der Meinungsmacher auf der anderen Seite. Kommentatoren in den Medien, wirkliche und selbsternannte Experten aus wissenschaftlichen Instituten, Funktionäre aus dem Lager der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber und sonstiger Verbände sind in diesen Wochen sehr schnell mit ihrem Urteil. Sie lassen kein gutes Haar an den Vereinbarungen der großen Volksparteien, schmähen selbst diejenigen, die ganz ehrlich und vielleicht ein wenig naiv vorher gesagt haben, was sie in der Regierung machen werden, mit dem pauschalen Vorwurf des Wahlbetruges und sagen schon heute voraus, dass diese neue Regierung scheitern wird.

Wissen diese Kritiker wirklich, was sie tun? Wie geht es zusammen, dass viele prominente Meinungsmacher in diesem Land den Bürgern jeden Tag in einer großen Medienkampagne einreden „Du bist Deutschland!“ und dem Volk zugleich durch Schwarzmalerei und die Garantie der Perspektiv- und Erfolglosigkeit der neuen Koalition jeden Mut nehmen?

Die Zukunft Deutschlands ist kein Spiel. Eine höhere Auflage, größere Einschaltquoten, die Pflege der persönlichen Eitelkeit von Experten und die Attraktivität von Verbänden – all dies sind keine Rechtfertigungen dafür, die Chancen für eine neue Politik in Grund und Boden zu reden, ohne vorher gründlich gelesen, nachgedacht und abgewogen zu haben. Wer die Selbstverantwortung der Bürger für ein Leben fordert, dessen Rahmenbedingungen weitgehend von anderen gesetzt werden, wer mit der Politik und ihren Akteuren sehr schnell ganz hart ins Gericht geht, sollte sich gelegentlich daran erinnern, dass es auch eine Verantwortung für das gesprochene und geschriebene Wort gibt.

Sicher, in unserer Mediengesellschaft sind Meldungen, mögen sie auch noch so schrill und laut gewesen sein, letztlich flüchtig und ohne Bestand. Aber die Folgen für die Befindlichkeit einer Gesellschaft, für die Bereitschaft jedes einzelnen, sich einzubringen in diesen Wettstreit

um die gute Zukunft eines ganzen Volkes, um soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit, sind verheerend und nicht reparabel.

Wenn diese neue Regierung scheitern sollte, tragen nicht die Wähler Schuld daran, sondern auch diejenigen, die dann sagen und schreiben werden: „Wir haben es doch gleich gesagt!“

Das Orakel

(Dezember 2005)

Zwischen den Jahren ist eine gute Zeit, einmal darüber nachzudenken, was uns die wichtige „Meinungsumfrage“, die am 18. September 2005 stattgefunden hat, eigentlich sagen wollte.

Kopf und Bauch der großen Mehrheit der Deutschen haben über den Stimmzettel ein sehr klares und doch schillerndes Signal an die politische Klasse in unserem Land gesandt:

- *„Eigentlich geht es uns doch, gemessen an den angeblich so großen Problemen, noch immer recht gut.“*
- *„Wir haben große Zweifel, ob eine andere Regierung mit einer anderen Politik die Verhältnisse bessern würde.“*
- *„Fundamentale Veränderungen im sozialen Bereich darf es nicht geben.“*
- *„Wir nehmen gern mehr Freiheit in unserer finanziellen Verfügungsbefugnis entgegen.“*
- *„Ob und wo wir dafür mehr Verantwortung für die Absicherung der Risiken unseres eigenen Lebens übernehmen werden, steht noch nicht fest, weil es viel Nachholbedarf im Bereich der persönlichen Lebensgestaltung gibt und die Voraussetzungen für und die Konsequenzen von mehr Selbstbeteiligung im sozialen Bereich unklar sind.“*
- *„Wir haben große Zweifel daran, dass eine vorübergehende Verschlechterung unserer Einkommenssituation, z.B. über eine Erhöhung der Mehrwertsteuer, langfristig zu einer nachhaltigen Verbesserung führen wird.“*

Das ist eine naheliegende und verständliche Einstellung, in der wir uns kaum von den Bürgern in anderen Ländern unterscheiden. Und doch kann es dabei nicht bleiben. Denn diese recht passive, abwartende Haltung ist keine Basis für die Lösung der Fülle von Problemen, die wir bereits kennen und der neuen Herausforderungen, die sich erst schemenhaft am Horizont abzeichnen.

Veränderung ist eine Funktion von Dringlichkeit. Deshalb darf die Politik nicht darin nachlassen, die Dringlichkeit der Veränderungen immer wieder zu erklären und die Bereitschaft dazu anzumahnen. Sie

wird das aber nur schaffen, wenn die starken organisierten Kräfte unserer Gesellschaft sie darin ohne Vorbehalt unterstützen. Gewerkschaften, Arbeitgeber und Sozialverbände müssen begreifen, dass das Beharren auf lieb gewordenen und scheinbar unverzichtbaren Leistungen und Rahmenbedingungen letztlich die Interessen der eigenen Klientel verletzt.

Die politischen Parteien haben sich in die nach dem letzten Wahltag einzig mögliche Konstellation für die Gestaltung von Politik in unserem Land gefügt und ihre Rollen längst angenommen. Die neue Regierung hat aus scheinbar unvereinbaren Positionen politische Ziele und ein Handlungsprogramm aufgestellt, die mehr sind als der kleinste gemeinsame Nenner. Mit der Umsetzung ist schon begonnen worden und die Opposition hat ihre unterschiedlichen Positionen dagegen bezogen.

Die ersten Wochen der neuen Legislaturperiode haben erstaunlich sachlich begonnen. Die Parolen des Wahlkampfes sind vergessen. Kein Wort mehr von „sozialer Kälte“, die von der einen und von „sozialer Hängematte“, die von der anderen Volkspartei angeblich propagiert wird. Arbeitgeber und Gewerkschaften haben die kurze Phase der Fundamentalkritik an der neuen Regierung überwunden und bieten konstruktiv-kritische Mitarbeit an. Die Sozialverbände haben ihr Vorhaben eines „heißen Herbstes“ still beerdigt.

Das sind gute Voraussetzungen für eine Wende zum Besseren in unserem Land.

... und wer schützt die Familien vor der Politik?

(Januar 2006)

Wie doch die Zeit vergeht: Schon wieder ist Wahlkampf in einigen Ländern. Woran man das merkt? Flächendeckend und mit viel Phantasie wird täglich um die Stimmen der Familien geworben.

Es ist schwer, Schritt zu halten damit, was sich zur Zeit in atemberaubender Geschwindigkeit auf dem Markt der familienpolitischen Möglichkeiten abspielt:

Vor wenigen Wochen hat die Bundeskanzlerin in ihrer Regierungserklärung, für manchen überraschend, einen klaren Schwerpunkt für die Familien gesetzt:

- Arbeits- und Familienwelt sollen in Zukunft besser mit einander vereinbar sein.
- Die Einrichtungen für die Kinderbetreuung sollen ausgebaut werden.

Mit einem neuen Elterngeld, das den Eltern und denen, die es werden wollen, als „Einkommensersatz mit Väterkomponente“ schmackhaft gemacht wird, soll die Bereitschaft zum Kind gefördert werden.

- Mit Mehrgenerationenhäusern soll den Jungen die Angst vor den Alten und dem Altern und den Alten die Angst vor dem Alleinsein genommen werden
- Und schließlich, wer hätte das gedacht: Die steuerrechtliche Förderung der Kinderbetreuung soll spürbar verbessert werden ...

Nun ist es schon schwer genug, in einer Zeit, in der Abbau von Steuervergünstigungen und von Steuersubventionen mit gerade sportlich vermissem Ehrgeiz betrieben wird, zu vermitteln, dass zugleich neue Tatbestände für Steuerersparnis notwendig sein sollen. Aber der Wettlauf um immer attraktivere Modelle macht misstrauisch und verstimmt:

Was sollen die Bürger davon halten, wenn die Regierung als eines der wichtigsten Ergebnisse einer Klausurtagung verkündet, die Schwelle von 1.000 Euro für die absetzungsfähigen Ausgaben darf nicht unterschritten werden, weil das nicht finanzierbar wäre und wenige Tage später ein Koalitionspartner durch seinen neuen Parteivorsitzenden trotzig verkünden lässt, dass schon der erste Euro steuerlich wirksam werden soll? Und wie erklären Politiker diesen Widerspruch in ihrem Reden und Handeln?

Der Kundige weiß, dass der Ort der Verkündigung der großen Freude die Hauptstadt eines Landes war, in dem bald gewählt wird und wer aufmerksam zugehört hat, wurde von den Akteuren auch mit entwaffnender Offenheit über die Motive für diesen Vorschlag aufgeklärt: „Das passt in unser Profil ...“.

Schon wenige Wochen nach Beginn der Arbeit der großen Koalition von zwei Volksparteien zeigt sich das Dilemma dieser neuen Konstellation: Im Wissen darum, dass eine Regierung der großen Mitte die politischen Ränder stärken wird, versuchen beide Partner, die Opposition gleich mit zu erledigen.

Dies ist eine Strategie mit hohem Risiko. Sie wird nur zum Erfolg führen, wenn es gelingt, nicht nur die Bedürfnisse, z. B. der Familien, zu formulieren und immer neue Modelle für immer neue Leistungen auf

den Markt zu tragen. Lösungen mit Augenmaß und Realitätssinn sind angesagt, sonst wird das eintreten, was die Bundeskanzlerin zu Recht befürchtet: Immer mehr Starke werden sich als Schwache verkleiden.

Schlechter Dienst für die Freiheit der Dienstleistung

(Februar 2006)

Das Europäische Parlament hat Europa einen schlechten Dienst erwiesen: Die Stellungnahme der Mehrheit zum Entwurf der Europäischen Kommission für eine „Dienstleistungsrichtlinie“ verstößt gegen den Geist der Verträge. Sie entzieht große und beschäftigungsrelevante Bereiche der Dienstleistungen dem Abbau von noch bestehenden Schranken und nimmt der grenzüberschreitenden Dienstleistung viel von ihrer Attraktivität.

Wer sich voll den Bestimmungen des Ziellandes unterwerfen muss, wird den Schritt über die nationalen Grenzen nur wagen, wenn er sicher ist, dass er dem Wettbewerb zu diesen Bedingungen auch gewachsen ist. Aber mit dieser mentalen Aufstellung werden wir auch die letzten Chancen verspielen, die „Lissabonstrategie“ doch noch zu einem erfolgreichen Ende zu führen, also die Europäische Union wieder an die Spitze der Wirtschaftsregionen zu führen, das Wachstum zu steigern und Arbeitsplätze zu schaffen. Nicht verzagtes Sicherheitsdenken, sondern Mut, Flexibilität und Mobilität sind die Tugenden, die wir brauchen, wenn wir wirtschaftlich erfolgreich sein und damit auch in Zukunft soziale Sicherheit in Deutschland und Europa gewährleisten wollen.

Wer sich gegen mehr Freiheit auf den Märkten und mehr Wettbewerb hinter Angstvokabeln, wie „Sozial- und Lohndumping“ verschanzt, wird die „Dienstleistungswüste“ Deutschland nicht beleben, im Gegenteil: Abschottung gegen unliebsame Konkurrenz wird die Misere auf Dauer noch vergrößern und der großen Idee des Binnenmarktes dauerhaften Schaden zufügen.

Was heißt „Freiheit der Dienstleistung“? Beschränkungen des freien Verkehrs von Dienstleistungen über die nationalen Grenzen im Binnenmarkt und Diskriminierungen bei der Ausübung dieser Freiheit sind verboten. Wer die Voraussetzungen für die Leistung von Diensten in seinem Heimatland erfüllt, darf demnach grundsätzlich in einem anderen Mitgliedstaat von dieser Dienstleistung nicht ausgeschlossen werden. Das bedeutet aber keinen Dispens von sozial- und arbeitsrechtlichen Standards, die im Zielland gelten. Nach dieser

Philosophie hat die Europäische Kommission vor Jahren ihren Entwurf für eine Dienstleistungsrichtlinie konzipiert. Und jetzt? Die Hüterin der Verträge beugt sich dem Druck fadenscheiniger, schlechter Argumente. Ihr Präsident beeilt sich noch vor der Abstimmung zu versichern, dass sie den Vorstellungen des Parlaments entsprechen werde.

Die Klage war laut und die Vorwürfe waren heftig, als sich die Bürger in zwei Gründerstaaten der EG die Freiheit herausnahmen, den Entwurf für den Verfassungsvertrag abzulehnen. Noch nie ist es so deutlich geworden, wie weit wir in der Union davon entfernt sind, die wirklich wichtigen Teile dessen in praktische Politik umzusetzen, worauf wir uns schon vor Jahrzehnten in allgemeinen Obersätzen geeinigt haben.

Der Binnenmarkt hat ein zuweilen groteskes Übermaß an Perfektion überall dort erreicht, wo es um technische Normen geht. Aber überall dort, wo freiheitsbegrenzende Barrieren für wirtschaftliche Tätigkeit abgebaut werden müssten, damit sich das Ziel des Marktes ohne Grenzen auch in messbarem Wachstum niederschlägt, verlässt die politische Klasse der Mut. Von dieser Mutlosigkeit sind nicht nur die Akteure auf der Europäischen Ebene betroffen. Sie wollen nicht verantwortlich sein für vorübergehende Erschwernisse, die dieser Zuwachs an Liberalität auf den Märkten mit sich bringen kann. Immer mehr verlegen sich nationale Handlungsträger darauf, auf europäischer Ebene zu bremsen, weil sie die Auswirkungen von Freiheit fürchten. Das gilt nicht nur für die Politik auf Bundes- und Landesebene. Verbände aller Art, Gewerkschaften und Arbeitgebervereinigungen haben ihren Lieblingsfeind entdeckt. Und der will sich nicht wehren ...

Föderalismus light?

(März 2006)

Wie geht es weiter mit dem Bundesstaat Deutschland?

In diesen Tagen wird die Föderalismusreform als die „Mutter aller Reformen“ von allen Seiten euphorisch gefeiert. Vereinzelt bleibt Kritik in der Sache an der Oberfläche, obwohl gegen die wichtigsten Veränderungen erhebliche Bedenken vorgebracht werden könnten:

- Ist der völlige Ausschluss des Bundes aus dem Bereich der Bildung angesichts unbestreitbarer Defizite des föderalen Bildungssystems

und eines immer härter werden globalen Wettbewerbs um die besten Bildungskonzepte wirklich zu verantworten?

- Ist die absolute Länderhoheit über die eigenen Beamten und ihre Besoldung wirklich das richtige Instrument für den sicher notwendigen föderalen Wettbewerb und wird dies vor dem Recht der Europäischen Union Bestand haben?
- Kann Deutschland seinen notwendigen Beitrag für einen europäischen Raum der Freiheit der Sicherheit und des Rechts leisten, wenn jetzt in jedem Land eigene Regeln für den Strafvollzug gelten sollen?

Was das Verfahren angeht, versuchen einige prominente Parlamentarier, die Ehre der gesetzgebenden Organe retten und sie murren zu Recht. Denn alle noch so mutigen Veränderungen in der Kompetenzordnung und im Gesetzgebungsverfahren unseres Grundgesetzes, die mit der Föderalismusreform auf den Weg gebracht werden sollen, können nicht darüber hinwegtäuschen, dass damit das größte und immer noch weiter wachsende Unbehagen am parlamentarischen Prozess im Bundesstaat nicht beseitigt werden wird: Die Weichenstellungen für Gesetzgebung finden immer mehr hinter verschlossenen Türen statt – in Koalitionsausschüssen, Bund-Länder-Kommissionen und Expertenrunden. Für den parlamentarischen Prozess bleibt der Streit um Details.

Wohin dieses wachsende Defizit an fundamentaler Debatte in Bundestag und Bundesrat führen kann, muss das Bundesverfassungsgericht in immer kürzer werdenden Abständen und in immer drastischerer Form der Gesetzgebung in Deutschland ins Stammbuch schreiben.

Es ist bedenklich, dass diese Methode nun auch in der Verfassungsgebung hoffähig geworden ist. Schon das Ergebnis der Föderalismuskommission nach der Wiedervereinigung hat gezeigt, dass die monatelange Debatte von entsandten Experten, die über keine hinreichende demokratische Legitimation verfügen, eben keine Garantie für die Akzeptanz der erzielten Ergebnisse geben kann. Das zeigt auch ein Blick auf die europäische Ebene: Das vorläufige Scheitern des Verfassungsvertrages für die Europäische Union hat sicher viele Ursachen. Aber ein Grund dafür ist auch, dass ein elitärer „Konvent“ an der Öffentlichkeit in Europa vorbei ein Vertragswerk auf den Weg gebracht hat, das die Unionsbürger nicht verstehen.

Ein besonderer Aspekt des Bundesstaates Deutschland wird uns in diesen Tagen drastisch vor Augen geführt: Die Folgen der Tarifautonomie im föderalen Staat für Arbeitnehmer und Bürger. Für die

Arbeiter und Angestellten des Bundes gibt es bereits einen neuen Tarifvertrag. Im öffentlichen Dienst der Länder und Kommunen tobt seit Wochen ein erbitterter Arbeitskampf vor allem um die Arbeitszeit. Das Ende ist offen, nicht nur, weil es eine Tarifgemeinschaft aller Länder längst nicht mehr gibt.

Es bleibt dabei: Der föderale Staat ist allen zentralistischen Lösungen überlegen, wenn er den Mut aufbringt, dort bundesweit einheitliche Lösungen zu finden, wo der Wettbewerb, in dem der Bundesstaat steht, dies erfordert. Davon sind wir auch nach den Vorschlägen der Föderalismuskommission weit entfernt.

Republikanische Botschaft

(April 2006)

„.... Aber auch diejenigen, welche durch Alter oder Invalidität erwerbsunfähig werden, haben der Gesamtheit gegenüber einen begründeten Anspruch auf ein höheres Maß an Fürsorge, als ihnen bisher hat zuteil werden können. Für diese Fürsorge die rechten Mittel und Wege zu finden, ist eine schwierige, aber auch eine der höchsten Aufgaben jedes Gemeinwesens, welches auf den sittlichen Fundamenten des christlichen Volkslebens steht ...“.

Diese Kernsätze aus der „Kaiserlichen Botschaft“ vom 17. 11. 1881 sind heute so aktuell wie damals, aber noch nie waren wir von ihrer Umsetzung so weit entfernt wie heute. Stück für Stück verliert die „Sozialversicherung“ ihr Gesicht, das in den letzten Jahrzehnten immer wieder geliftet worden ist – zuletzt mit immer tieferen chirurgischen Eingriffen:

- Die Rentenversicherung ist endgültig auf dem Weg zu einer Mindestversorgung, die in Zukunft auch nach einem über 40-jährigen Arbeitsleben gerade noch vor dem Sturz in die Sozialhilfe bewahren wird.
- Die Arbeitslosenversicherung hat ihren Versicherungscharakter weitgehend verloren: Der Beitrag der Arbeitgeber wird in Zukunft steuerlich subventioniert über Mehreinnahmen aus der Mehrwertsteuer.
- Und die gesetzlichen Krankenversicherung? Noch sind die Konturen nicht deutlich erkennbar. Aber entschieden ist bereits, dass sie Konkurrenz bekommen wird: Es wird einen Kontrahierungszwang für die Träger der privaten Krankenversicherung geben.

Die über mehr als ein Jahrhundert scheinbar ehernen Grundsätze der Sozialversicherung haben ausgedient und müssen neuen, „pragmatischen“ Ansätzen weichen:

Oberstes Ziel aller Reformbemühungen ist es, Arbeit billiger zu machen, auch zulasten der Kosten für die soziale Sicherung. Das heißt auf den Punkt gebracht: Der Anteil der Arbeitgeber an der Gewährleistung sozialer Sicherheit der Arbeitnehmerschaft wird immer stärker darauf konzentriert, Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen. Die Risiken im Arbeitsleben, also Arbeitslosigkeit, Arbeitsunfähigkeit, Krankheit und die soziale Absicherung im Alter, werden immer mehr dem Staat, letztlich also allen Steuerzahlern und dem Sozialversicherten selbst auferlegt.

Mit der aktuellen Debatte über die Reform des Gesundheitswesens ist eine große Chance verbunden: Die Chance zur Ehrlichkeit. Die Bundeskanzlerin hat – nach der Debatte über die notwendige Erhöhung der Mehrwertsteuer – wiederum als erste den Mut aufgebracht, eine bittere Wahrheit zu sagen: Unser Gesundheitswesen wird tendenziell teurer werden. Dem ist nur noch hinzuzufügen, dass daran auch keine noch so fantasiereichen Maßnahmen der Kostendämpfung etwas ändern werden.

Es überrascht nicht, dass „Experten“ dieser richtigen Einschätzung sofort widersprechen. Denn sie spüren, dass sich die Politik auf den Weg macht, sich endlich zu emanzipieren: Sie schaut endlich den Realitäten ins Auge, die seit langem bekannt sind, beendet die Debatte über den Befund und zieht daraus die überfälligen politischen Konsequenzen.

Dies ist eine gute Botschaft, eine demokratische und republikanische, an der auch der Spiritus rector der Botschaft von 1881 nichts auszusetzen hätte ...

... was des Staates ist

(Mai 2006)

In der deutschen Politik scheint unvermittelt die Grundfrage gesellschaftlicher Organisation aufgebrochen zu sein: Wie viel Staat braucht eine moderne Gesellschaft?

Die Frage ist so alt, wie die Idee des Staates. Eine allgemein gültige, endgültige Antwort darauf ist noch nie gegeben worden und wird niemals möglich sein. Denn es geht dabei um den Staat und um die

Gesellschaft nicht in einer abstrakten Definition, sondern in ihrer jeweiligen konkreten Verfasstheit zu einem bestimmten Zeitpunkt. Und nach allen Erkenntnissen der Staatsphilosophie ist ein Einverständnis darüber, was „der Staat“, was „die Gesellschaft“ ist, was ihnen zusteht und was der Bürger, auf den beide bezogen sind, von beiden verlangen kann, selbst in einer konkreten Verfassungsordnung immer wieder im Streit. Um nicht mehr und nicht weniger geht es heute wieder einmal. Die Parteien streiten sich darüber, wie stark der Staat sein soll, wie viel Geld die Bürger ihm schulden. Dabei kommen drei vorrangige Fragen viel zu kurz:

- Welche Aufgaben soll der Staat haben?
- Wo beginnt die Selbstverantwortung der Bürger für ihr eigenes Leben?
- Welche Lebensrisiken sollen der Solidarität der Gesellschaft übertragen werden?

Diese ewigen Grundfragen des Sozialstaates werden von den Partnern in der Regierung zu einem Richtungsstreit hochstilisiert, um die eigene Klientel zu beruhigen, die zunehmend befürchtet, dass die Grundpositionen der eigenen Parteien auf dem Altar der großen Koalition geopfert werden.

Dies ist ein absurder Vorgang. Denn jeder Kundige weiß, dass die scheinbaren Alternativen „starker Staat“ oder „schwacher Staat“, „mehr Staat“ oder „weniger Staat“ so abstrakt nicht zur Verfügung stehen. Es geht immer um die konkrete Frage, was der Staat braucht, um die Gewährleistungen erfüllen zu können, die ihm von der Verfassung aufgebürdet worden sind: Schutz der Würde des Menschen, des Lebens und der Gesundheit seiner Bürger, der Chancengleichheit, der Gleichberechtigung von Mann und Frau und der Schutz von Ehe und Familie. Und es geht dann um die Frage, wie er diese Aufgaben erfüllt.

Die Alternative „mehr Steuern“ oder „weniger Steuern“ greift dabei viel zu kurz, ist eine Scheinalternative. Sie verdeckt die offene Frage, für welche Aufgaben der Einsatz staatlicher Mittel unbedingt erforderlich ist, wofür wir in Zukunft Steuern einsetzen und auf welche Weise wir die Mittel und Möglichkeiten des Staates in Anspruch nehmen wollen.

Für den Bereich der sozialen Sicherung heißt das: Es wäre ein fataler Irrweg, die offenkundige und unaufhaltsame Erosion der finanziellen Grundlagen der sozialen Sicherungssysteme durch den flächendeckenden Einsatz von Steuermitteln oder die flächendeckende Beitragspflicht

aller Bürger mit allen Einkunftsarten aufhalten zu wollen. Damit käme der Sozialstaat vom Regen in die Traufe. Denn die sinkenden Beiträge zur Sozialversicherung sind doch nicht darauf zurückzuführen, dass Arbeitgeber und Arbeitnehmer sie etwa den Versicherungsträgern vorenthalten würden. Sie entstehen einfach nicht, weil es weniger sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse gibt.

Wenn der Staat die Bürger und die Unternehmer verpflichten würde, fehlende Beiträge durch Steuern auszugleichen, wäre die Konsequenz für Wachstum und Beschäftigung und letztlich für den Sozialstaat verheerend. Und die „Bürgerversicherung“ hätte den denselben Effekt: Die Insolvenz des Sozialstaates würde nur verschleppt.

Es führt kein Weg daran vorbei: Wir brauchen eine schonungslose Bestandsaufnahme, eine gründliche Bedarfsanalyse und ein realistisches Konzept für den Sozialstaat des 21. Jahrhunderts.

Ungesunde Reform

(Juni 2006)

Welches Problem gibt der Politik in diesen Tagen die größten Rätsel auf? Es ist längst nicht mehr die Krise der öffentlichen Haushalte. Der Gewöhnungseffekt greift auf diesem Feld immer mehr Platz. Es ist die „Gesundheitsreform“. Und dieses Vorhaben irritiert schon wegen des schiefen Begriffs, der sich dafür eingebürgert hat: Brauchen wir wirklich eine „Reform der Gesundheit“? Das klingt nach „Reformhaus“: Aber dort ist fast alles teuer und die Wirkung der Produkte ist zweifelhaft.

Wenn schon die Begriffe immer einfacher und unschärfer werden, ist dies häufig ein Hinweis auf schwindende Zuversicht, dass ein Problem tatsächlich gelöst werden kann. Es ist noch nicht so lange her, da stritten wir – zurecht – über die „Reform der sozialen Krankenversicherung“. Die Ergebnisse dieser Bemühungen waren jeweils im wesentlichen Maßnahmen der Kostendämpfung ohne nachhaltigen Steuerungseffekt. Das Problem ist also nach wie vor ungelöst.

Dabei geht es nicht um „die Gesundheit“, es geht um die Behandlung von Kranken, um die Kosten für Leistungen und um den Umgang miteinander in unserem so komplizierten Gesundheitswesen. Und dort ist einiges in Unordnung geraten:

Ärzte klagen über zu viel Bürokratie, über zu lange Arbeitszeiten und zu wenig Geld für die Patienten und für sich. Immer mehr bessern ihr Gehalt auf durch Wochenenddienst im Ausland und zugleich werden

periphere Gebiete in unserem Land, vor allem im Osten, immer mehr zu Notstandsgebieten der ärztlichen Versorgung. Ärzte streiken seit Monaten. Praxen und Abteilungen in Kliniken bleiben geschlossen, Operationen werden verschoben, Ambulanzen müssen Patienten abweisen. Das Erstaunliche dabei ist: Die Patienten stürmen nicht etwa Praxen oder Krankenhäuser. Sie zeigen und äußern Verständnis für die meisten Anliegen der Ärzte – nicht für die Forderung nach 30 Prozent mehr Gehalt, aber jedenfalls für den dringenden Wunsch, dass sich die Rahmenbedingungen für ärztliche Tätigkeit in unserem Land grundlegend verändern.

Was lernen wir daraus? Vieles hat in letzten Jahren unser Gesundheitswesen in Misskredit gebracht: Die Preispolitik mancher Pharmakonzerne, die Verirrung einiger Organe der Selbstverwaltung von Ärzten und Krankenkassen in die Selbstherrlichkeit und die Vollkasko-Mentalität mancher Patienten. Aber eines hat sich als belastbar auch in Stresssituationen erwiesen: Das Verhältnis zwischen Arzt und Patient.

Also sollten wir auf dem steinigen Weg zur Heilung unseres Gesundheitswesens alles Mögliche unternehmen, um den bürokratischen und ideologischen Ballast zu entsorgen, der auch die letzte intakte Säule dieses Bereichs unserer sozialen Sicherung gefährlich bedroht. Aber wir sind auf dem besten Weg, dieses wichtige Ziel zu verfehlen, wenn nicht entschlossen gegengesteuert wird. Denn die Projekte „Bürgerversicherung“, „Kopfpauschale“, die jetzt favorisierte Fondslösung oder was sonst auf den Markt der Ideen kommen mag, werden jedenfalls das Verhältnis zwischen Arzt und Patient nicht verbessern, sondern eher noch komplizierter gestalten, als es schon ist.

Ärztliche Kunst ist keine Ware wie jede andere, aber eine Leistung, für die ohne große bürokratische Umwege auch zeitnah eine Gegenleistung erwartet werden darf. Warum soll es also in Zukunft auch in der sozialen Krankenversicherung gut verdienenden Patienten nicht möglich sein, gegen klare und einfache Rechnung ärztliche Leistung direkt zu honorieren? Das wäre ein Stück mehr Transparenz, Wertschätzung und Selbstverantwortung in einem Bereich, der uns am nächsten ist: unserer Gesundheit.

Zu Gast bei Freunden

(Juli 2006)

Hat sich Deutschland wirklich verändert oder haben wir uns nur vier Wochen lang erfolgreich verstellt? Die nächsten Wochen werden es zeigen.

Bemerkenswert ist jedenfalls, dass Hunderttausende, ja Millionen von Bürgern nichts Anstößiges daran fanden, ganz laut „Deutschland“ zu rufen, unsere Nationalhymne immer und immer wieder zu singen, in den Stadien, auf den Straßen und sich in Schwarz-Rot-Goldenes Tuch zu hüllen, die Häuser zu beflaggen und sich mit den Nationalfarben zu schminken. Im Gegenteil: Sie haben sich so richtig wohl dabei gefühlt, von niemandem dazu gedrängt, einfach so, weil es so schön ist.

Und mit einem Mal ist ein Motto, in irgendeiner Werbeagentur erfunden, greifbare, fühlbare Realität geworden: Fremde fühlen sich „zu Gast bei Freunden“, die nicht verbergen, die sich dazu bekennen, Deutsche zu sein. Und dazu haben Tausende von türkischen Mitbürgern gehört, die immer neue Kreationen von deutsch-türkischen Fahnen auf den Markt gebracht haben, Taxifahrer aus der Ukraine, aus dem Iran und aus Ghana haben ihrer Mannschaft die Daumen gedrückt, aber ihre Autos mit den deutschen Farben beflaggt und den Fahrgästen immer und immer wieder vorgeschwärmt, wie toll die Stimmung ist in Berlin, in München, wie gut die deutsche Mannschaft spielt, auch wenn das Geschäft recht mies war.

Was ist geschehen? Woher haben wir den Mut genommen, uns richtig freuen zu dürfen? Aus welchen tiefen Gründen unserer Seele haben wir die Fantasie geschöpft für immer wieder neue, sympathische Events? Und warum gelingt es uns so gut wie noch nie, mit dem Erfolg und mit der Niederlage angemessen umzugehen?

Viele Kommentatoren, viele Besucher aus dem Ausland haben sich verwundert die Augen gerieben und dann mit Respekt dieses neue, dieses andere Gesicht Deutschlands auf sich wirken lassen.

Wir sollten uns einfach darüber freuen und nicht in unsere alte Untugend verfallen, das Haar in der Suppe zu suchen und uns voller Selbstzweifel mit den Gründen für diesen Wandel befassen. Für eine Spur mehr Gelassenheit in einem globalen Wettbewerb, gegen etwas mehr Normalität im Umgang mit nationalen Symbolen und spürbare, sichtbare Herzlichkeit gegenüber Gästen brauchen wir keine Rechtfertigung. Das ist die beste Medizin gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Extremismus auf allen Seiten des politischen Spektrums.

Aber wir sollten uns fragen, warum uns das so überzeugend bisher nur bei der „schönsten Nebensache der Welt“ gelungen ist und bei den ernstesten Dingen des Lebens einfach nicht gelingen will. Vielleicht sollten wir unsere jungen heißspornigen Politiker auf der Ersatzbank verpflichten, vor jedem Interview über den politischen Gegner noch einmal die schönen Bilder aufzunehmen von Fanmeilen und Stadien. Dann könnte es gelingen zu verhindern, dass Maß und Ziel, Anstand und Bescheidenheit auf der Strecke bleiben, wenn es darum geht, zum Gaudium der eigenen Leute und zur Ablenkung von eigenem Versagen die Regierungschefin zu beschimpfen für eine Politik, die in der Koalition gemeinsam beschlossen worden ist.

Gegen die Eckpunkte für eine „Gesundheitsreform“ gibt es viele Argumente. Aber das geflügelte Wort vom Fisch und seinem Kopf ist keines. Politik in Deutschland wird noch immer von Menschen gemacht, mit dem Kopf, und das heißt ganz einfach: „Erst denken, dann reden!“ Es gibt auch einen Radikalismus, der aus Gedankenlosigkeit entspringt. Und gegen den wird auch nach der „Gesundheitsreform“ kein Kraut wachsen ...

Vergessen und Verdrängen

(August 2006)

Wer sich in diesen Tagen darum bemüht, einen Status der sozialpolitischen Diskussion in unserem Land zu erheben, versinkt rasch im Sommerloch.

Es gibt auch in diesem, wie in jedem Jahr, die wichtigstuerischen Wortmeldungen aus der zweiten Reihe. Neu ist, dass sich auch ein „Alpha-Tier“ aus der Deckung wagt und uns aus dem Urlaub heraus dazu auffordert, eben diesen in Zukunft lieber auf dem heimischen Balkon als an exklusiven Stränden zu verbringen und das Ersparte für die Risiken des Lebens auf die hohe Kante zu legen. Die Antwort der ertappten Sünder kam rasch und harsch: „Unsinn“ schallt es aus allen Himmelsrichtungen aus den mit prominenten Experten beladenen Liegestühlen. Es fehlt nur noch der ernste Hinweis eines eifrigen Praktikanten aus einem der in Urlaubsbesetzung arbeitenden Funktionsbüros, dass das Recht auf Urlaub schon in Art. 24 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der UN aus dem Jahr 1948 verbürgt worden ist und nicht mit irgendwelchen Ansprüchen auf soziale Sicherheit verrechnet werden darf ...

Nun hat ja jede noch so krude Idee einen ernsthaften Kern. So war das bei den recht unsensiblen Vorschlägen, den 3. Oktober, den 1. Mai oder den Pfingstmontag als Feiertage abzuschaffen. So ist es auch mit der Zumutung, im Urlaub für Renten-, Kranken-, Unfall-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung zu sparen: Wer als Arbeitnehmer in Urlaub oder Freizeit auf die eine oder andere Versuchung verzichtet, kann sich im Alter die eine oder andere Freude mehr bereiten. Das ist eine Binsenweisheit, für deren Bestätigung es der Autorität eines leibhaftigen Bundesministers der Finanzen wirklich nicht bedarf.

Viel wichtiger als die berechtigte Erregung über eine ministerielle Zumutung in der schönsten Zeit des Jahres ist der Befund, dass Politik immer weniger in der Lage und auch bereit ist, sich auf veränderte Sachverhalte rasch einzustellen. Es gibt eine signifikante Senkung der Arbeitslosigkeit, es gibt wieder mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigte, ein höheres Wirtschaftswachstum und Steuereinnahmen, die alle Erwartungen von Experten bei weitem übertreffen. Und wie reagiert die Politik darauf? Von einigen schwachen und zaghaften Stimmen aus den Reihen der Opposition abgesehen, gilt die Devise: „Es bleibt bei dem, was wir verabredet haben“

Nun kann man Verständnis aufbringen dafür, dass mühsam erstrittene und erlittene Kompromisse in einer Koalition nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden sollen vor dem Hintergrund von sicher positiven Entwicklungen, deren Nachhaltigkeit aber noch nicht feststeht. Aber es muss schon zu denken geben, dass es in unserem föderalen parlamentarischen System offensichtlich nicht mehr möglich ist, rasch umzusteuern, wenn sich die Verhältnisse geändert haben. So hinkt die Politik immer weiter hinter der sich immer rascher verändernden Realität hinterher.

Das merken nicht nur die schlaun und wachen Medien und die klugen Kommentatoren, sondern auch die Bürger. Sie wundern sich weniger darüber, dass ein großer deutscher Schriftsteller für sein spätes Bekenntnis zu einem sehr frühen und eher zufälligen Lebensdetail kurz vor der Buchmesse in größtmöglicher Öffentlichkeit Gnade erbittet. Sie haben aber immer weniger Verständnis dafür, dass sich die Politik fast selbstverständlich immer wieder und immer häufiger das Recht herausnimmt, sich zu irren und am Irrtum festzuhalten.

Dies ist ein Privileg, das keinem Bürger von unserer Rechtsordnung eingeräumt wird. Und deshalb ist es falsch. Wer ist bereit, dies zu ändern?

An die Vernunft glauben?

(September 2006)

Die soziale Arbeit in unserem Land ist in diesen Tagen in ein besonderes Licht gerückt worden: Papst Benedikt XVI. hat den kirchlichen Trägern seiner Konfession in Erinnerung gerufen, dass alle karitative Sorge um den Mitmenschen, sei sie individuell oder kollektiv organisiert, nicht der Mittelpunkt des christlichen Glaubens, nicht dessen Inhalt, sondern nur eine für die Gesellschaft sicher besonders wichtige Ausformung christlicher Tugenden ist.

Das mag manchem Christen Probleme bereiten, weil tätige Nächstenliebe, die sprichwörtliche Spendenbereitschaft der Deutschen und auch professionelle Hilfe für Hilfsbedürftige das Wagnis des Glaubens eben nicht zu einer sicheren Sache machen können.

Staatliche Sozialpolitik in einer freiheitlichen Gesellschaft ist auf privates soziales Engagement existentiell angewiesen, mag es auch da und dort mit Blick auf Pflichten, die sich aus christlichen Tugenden ergeben, nicht ganz uneigennützig motiviert sein. Diese Ressourcen sozialer Sicherheit zu nutzen, ist ein Gebot praktischer Vernunft.

Für viele überraschend hat Benedikt XVI. in den Mittelpunkt seiner Vorlesung in der Universität Regensburg das Verhältnis von Vernunft und Glauben gestellt. Die These des in Glaubensfragen unfehlbaren Papstes, der sich für eine Stunde noch einmal mutig die Freiheit des akademischen Denkens und Redens ausgeliehen hat, lautet: Vernunft und Glauben sind keine Gegensätze. Ob diese These wirklich stimmt, kann letztlich nur jeder einzelne, der sich auf die schwierige Suche nach dem Glauben begeben hat, für sich selbst beantworten.

In der aktuellen Politik, vor allem in der Sozialpolitik, drängt sich mehr und mehr der Eindruck auf, dass Glaube und Vernunft keine Chance mehr bekommen sollen, einander im Alltag zu begegnen. Die Bürger haben den Glauben an die Vernunft des politischen Handelns verloren. Keine noch so große parlamentarische Mehrheit, kein noch so sehr um größtmöglichen Konsens bemühtes Programm kann den Zweifel der Bürger daran überwinden, dass die Politik wirklich ihre Interessen im Auge hat.

Nun ist dieser fehlende „Glaube“, semantisch korrekter, wohl eher mit dem Wort „Misstrauen“ beschrieben, das bei immer mehr Bürgern zur Wahlverweigerung, bei denen, die sich doch noch überwinden können, zur Wahl gehen, zu Unsicherheit, bei manchen auch zu Verirrungen an die extremen politischen Ränder führt.

Wenn es in den nächsten Wochen nicht gelingen sollte, den von beiden Koalitionspartnern stereotyp eingeforderten Reformen auch endlich Taten folgen zu lassen, die politische Vernunft erkennen lassen, werden sich immer mehr Bürger abwenden von einem Staat, der zwar Probleme messerscharf benennen kann, aber die Lösungen schuldig bleibt. Dann wird die Stunde der fürchterlichen Vereinfacher noch lauter schlagen.

Es ist schlicht fahrlässig, die Verlässlichkeit eines politischen Bündnisses, das Potenzial politischer Kompetenz und praktischer Vernunft dort zu testen, wo es der Bürger „hautnah“ zu spüren bekommt. Unser Gesundheitswesen bedarf dringend einer grundlegenden Reform. Vorschläge dazu gibt es genug. Aber es zeigt sich, dass es nicht gelingen kann, aus Feuer und Wasser ein neues Element zu schaffen, das allen fachlichen und ideologischen Vorstellungen gerecht wird. Wir brauchen endlich eine klare Entscheidung für richtige Politik. Der Grat, auf dem sich die Richtigkeit von Kompromissen halten kann, ist sehr schmal.

Zensur der Realität

(Oktober 2006)

Bravo! Jetzt sind wir endlich wieder dort angekommen, wo wir uns am wohlsten fühlen – beim ernsten Streit über Begriffe. Das hat Tradition in unserem Land:

- DDR oder sogenannte DDR?
- Ist Deutschland ein Einwanderungsland?
- Gibt es eine „deutsche Leitkultur“?

Diese und andere Beispiele belegen die geradezu verzweifelten Versuche der Politik, der Realität aus dem Weg zu gehen.

Das letzte, aktuelle Beispiel ist der Streit um die Frage, ob es in unserem Land eine neue „Unterschicht“ gibt und ob sie als solche auch bezeichnet werden darf. Welch eine Absurdität!

Kann es wirklich ernsthaft bezweifelt werden, dass es in unserem Land einen Personenkreis gibt, der am unteren Rand der Einkommensskala lebt? Armutsberichte der Bundesregierung und der Wohlfahrtsverbände, Statistiken der Ämter der EU, des Bundes und der Länder belegen seit Jahrzehnten, dass vor allem die negativen Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt zu einer stetigen relativen Verarmung der Betroffenen führen, vor allem bei Langzeitarbeitslosen.

Und wie bezeichnen wir dieses Phänomen?

Niemand käme auf die Idee, seit Jahrzehnten völlig unbeanstandet verwendete Begriffe, wie „Oberschicht“ oder „Mittelstand“, als diskriminierend oder „politically not correct“ zu bezeichnen. Sollen wir gar „Unterfranken“ oder „Niederbayern“ umbenennen?

Wir sind auf dem besten Weg, unserer deutschen Sprache nach der Rechtschreibreform ein zweites Mal zu Gewalt anzutun: Präpositionen und Adjektive werden mit Wert- und Unwerturteilen verbunden und zensiert, weil die Politik immer wieder der Versuchung erliegt, die Realität zu ignorieren und damit Minderheiten, Problem- und Randgruppen bei der Stange zu halten.

Die Konsequenzen sind fatal – in zweifacher Hinsicht:

- Euphemismus in der Politik ist die Rechtfertigung für Stillstand und führt in die Katastrophe.
- Und die Betroffenen? Wenn der richtige Grundsatz von „Fördern und Fordern“ wirklich gelten und auch erfolgreich wirken soll, dann ist es schädlich, den Betroffenen die Möglichkeit zu geben, sich rhetorisch aus der eigenen Situation herauszumogeln, ohne sie tatsächlich zu verändern.

Dies unterscheidet unsere Gesellschaft von anderen: Die „Unterschicht“ z. B. in den USA ist viel eher bereit, ihre eigene Situation anzuerkennen, aber auch viel entschlossener, sich daraus mit aller Kraft, vor allem mit der eigenen, zu befreien.

Das schlechte soziale Gewissen

(November 2006)

Verkehrte Welt in der Sozialpolitik:

Der christlich-demokratische Ministerpräsident und selbsternannte Vorsitzende der eigentlichen „Arbeiterpartei“ des größten Landes unserer Republik tritt als Parteipolitiker unbeirrt und mit geradezu missionarischem Eifer dafür ein, die Bezugszeit in der Arbeitslosenversicherung stärker als bisher an den zurückgelegten Versicherungsjahren auszurichten. Sein einfaches Argument: Wer länger in eine Versicherung einbezahlt hat, der hat auch einen Anspruch darauf, länger Leistungen zu erhalten.

Der Aufschrei in den Reihen der Sozialdemokraten, aber nicht nur dort, sondern auch in den eigenen Reihen, ist laut und empört:

„Ceterum censeo ...“

- „Purer Populismus“,
- „nicht finanzierbar“,
- „diskriminierend für die Arbeitnehmer in den neuen Ländern“,
- „Einladung zu einer neuen Welle der Frühverrentung“.

Der kritische Beobachter reibt sich verwundert die Augen: War es nicht der frühere Bundesarbeitsminister Norbert Blüm, der schon einmal, im übrigen mit Unterstützung der Sozialdemokraten, eine Verlängerung der Bezugszeit des Arbeitslosengeldes in Abhängigkeit von der Dauer der Beitragszahlung durchgesetzt hat? Und war es dann nicht die rot-grüne Koalition, die das zunächst mit Wirkung vom 1.1.2006 zurückgenommen hatte und dann in der Endphase dieser Regierung an der Unionsmehrheit im Vermittlungsausschuss mit dem Vorhaben gescheitert war, dieses Vorhaben zu verschieben?

Wir werden Zeugen verzweifelter Versuche führender Repräsentanten der Koalitionsparteien, die Deutungshoheit über das, was „sozial“ ist, wieder zu gewinnen. Dabei sollten die Beteiligten wissen, dass die Glaubwürdigkeit der Akteure bei den Bürgern sehr gering ist. Zu frisch ist noch die Erinnerung an die flotten Formulierungen in den zurückliegenden Wahlkämpfen:

- Der Kandidat der Sozialdemokraten wollte im Jahr 1998 mit einer Politik für die „neue Mitte“ die Wahl gewinnen und hatte Erfolg damit.
- Die Kandidatin der Union wollte mit der Idee der „neuen sozialen Marktwirtschaft“ und der Einladung zu „mehr Freiheit“ eine bürgerlich-liberale Mehrheit erringen und findet sich nun in einer Koalition mit Sozialdemokraten wieder, die nach wie vor schwanken zwischen Staatsräson, das heißt nach wie vor allem Konsolidierung des Staatshaushalts sowie die Maxime „Fordern und Fördern“ und dem immer lauter schlagenden schlechten sozialen Gewissen.

Diese unübersichtliche politische Front zeigt anschaulich, wie weit wir in Deutschland mittlerweile von einem Konsens darüber entfernt sind, was „sozial gerecht“ ist und was „soziale Sicherheit“ ausmacht. Die politisch Handelnden eint nur die gemeinsame Einsicht, dass die gegenwärtige Sozialpolitik keinerlei Strahlkraft entwickelt, aus der die Bürger das immer wieder reklamierte Vertrauen in die eigene Leistungsfähigkeit entwickeln könnten.

Dies hat Gründe: Es ist nicht einmal mehr für Experten erkennbar, welchen Grundsätzen die einzelnen politischen Maßnahmen folgen. Prinzipientreue ist längst dem altbewährten Grundsatz des „Geben und Nehmen“ gewichen, ohne den gerade eine große Koalition offensicht-

lich nicht (über)leben kann. Damit werden die Chancen größer für die großen Vereinfacher ...

Besser als ihr Ruf

(Dezember 2006)

In den letzten Wochen dieses Jahres konzentrieren sich die Kommentare auf die Bilanz der Regierungskoalition in Berlin. Dies gilt auch für die Arbeits- und Sozialpolitik.

Die Vorurteile der meisten Auguren am Beginn der Arbeit von Schwarz-Rot haben sich längst zu überwiegend negativen Urteilen verfestigt: Kraftlos, orientierungslos, ohne Inspiration und erfolglos.

Diese Bewertung ist ungerecht. Richtig ist, dass diese Regierung in ihrem ersten Jahr das nicht leisten konnte, was von vorneherein unmöglich war und sich als unmöglich erwiesen hat: Probleme einvernehmlich, fachlich richtig und überzeugend zu lösen, bei denen die Partner diametral entgegengesetzte Auffassungen haben. Bürgerversicherung und Gesundheitspauschale lassen sich auch unter größtmöglichem selbsterzeugtem Druck nicht in die Form eines zukunfts-fähigen Gesundheitswesens zu pressen. Das Ergebnis dieses unter Autosuggestion der politisch Verantwortlichen gewagten alchemistischen Experiments ist wahrlich kein Qualitätssiegel deutscher Gesetzgebungskunst im Bereich der sozialen Sicherung. Da wundert es nicht, dass selbst die Erfinder des Gesundheitsfonds diesen Homunkulus nur mit großer Verzögerung in die Freiheit entlassen wollen.

Es war ein politischer Fehler, den Erfolg der neuen Koalition mit der raschen Lösung der Probleme in unserem Gesundheitswesen zu verbinden. Denn damit wurde eine dicke und hohe Mauer aufgerichtet, hinter der die „blühenden Landschaften“ der übrigen Regierungstätigkeit nicht zur Geltung kommen können. Die Koalition hat den sie verbindenden Vertrag nicht in die Schublade gesteckt, sondern versucht, Stück für Stück abzuarbeiten:

- Der Investitionsstandort Deutschland hat enorm an Attraktivität gewonnen.
- Die Sanierung des Haushalts kommt voran: Die Neuverschuldung wird auf 19,6 Milliarden Euro sinken. Für Investitionen sind fast 24 Milliarden Euro eingeplant. Der Etat hält die Euro-Stabilitätskriterien und die Vorgaben des Grundgesetzes ein.

- Die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung werden von 6,5 Prozent auf 4,2 Prozent im Jahr 2007 gesenkt.
- Das Rentenalter wird beginnend im Jahr 2012 bis 2029 auf 67 Jahre erhöht.
- Beitragssatz Rentenversicherung konnte unter 20 Prozent gehalten werden.
- Die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand wird angepackt.
- Es gibt fast 260.000 mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigte als vor einem Jahr und weniger als 4 Mio. Arbeitslose. Die Arbeitslosenquote liegt unter 10 Prozent.
- Ab 2008 soll ein neues Unternehmenssteuerrecht gelten.
- Es wird ein Elterngeld geben ab 1.7.2007.

Sicher, dies ist nicht alles nur das Ergebnis entschlossenen Regierungshandelns. Externe Rahmenbedingungen haben dabei geholfen. Aber dies schmälert nicht den Erfolg. Wir sollten uns fragen, wo wir heute stehen würden in unserem Land, wenn es diese Regierung nicht gäbe.

Was ist neu am neuen Jahr?

(Januar 2007)

Ist es nur ein subjektiver Eindruck, oder ist es tatsächlich so? Diese ersten Tage des neuen Jahres haben nichts Jungfräuliches an sich, nichts von einem unbeschriebenen Blatt. Es geht fast alles so weiter, wie wir das alte Jahr verlassen haben. Nur die Heuchelei über das Schicksal verdienter Politiker ist noch unerträglicher und der Respekt vor der Privatsphäre noch geringer geworden. Im übrigen begleiten uns die alten Probleme auch in das neue Jahr:

- Keines der vielen so brillanten Feuerwerke am Sylvesterabend hat auf der unseligen Reform des Gesundheitswesens ein wenig Glanz hinterlassen.
- Selbst das kleine Wunder auf dem Arbeitsmarkt hat die politischen Grabenkämpfe um gesetzliche Mindestlöhne oder einen Kombilohn, um die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand oder betriebliche Bündnisse für Arbeit nicht beendet.
- Der völlig irrationale Wettstreit um die Krone für die sozialste Partei in Deutschland geht weiter – mit immer absurderen Argumenten.

Bei so viel widerstandsloser Ergebnisheit in die Problemkontinuität gerät fast in Vergessenheit, dass sich mit dem 1. Januar 2007 tatsächlich einiges verändert hat in den Rahmenbedingungen für Arbeits- und

Sozialpolitik in Deutschland: Unser Land hat es in der Hand, für ein halbes Jahr in der Europäischen Union und für ein ganzes Jahr in der Gemeinschaft der führenden Industrienationen die Tagesordnung maßgeblich mit zu bestimmen.

Die Bundesregierung lässt dazu mitteilen, dass sie in der Europäischen Union das „Europäische Sozialmodell“ weiterentwickeln will und gibt dafür das Motto aus: *„Kräfte bündeln für ein soziales Europa – für eine soziale Welt“*. Was damit konkret gemeint ist, bleibt offen. In der Gruppe der „G 8“ will sich die Bundesregierung vor allem für den Schutz des Geistigen Eigentums, für Afrika und für Maßnahmen gegen den Klimawandel einsetzen. Ihr Ziel dabei ist es, die Globalisierung menschlich zu gestalten. In beiden Gremien dürften dabei die aktuellen Fragen der Energieversorgung eine wichtige Rolle spielen.

Das sind gute und richtige Ziele und vor allem die Probleme der Energieversorgung haben eine soziale Komponente. Aber machen wir uns nichts vor: Die sozialen Fragen werden bei den Gesprächen auf dieser hohen Ebene nur eine sehr geringe Rolle spielen und die deutschen Präsidentschaften werden in der deutschen Sozialpolitik kaum Spuren hinterlassen. Der Vizekanzler der Bundesregierung hat schon sehr deutlich davor gewarnt, der Europäischen Union auf dem Gebiet der Sozialpolitik zu viel Kompetenzen einzuräumen.

Es spricht sehr viel dafür, dass dies eine richtige Wegweisung für die weitere Entwicklung der Gemeinschaft ist. Denn aus jahrzehntelanger Erfahrung wissen wir doch, wohin europäische Kompetenzen in einem Politikbereich führen: Zu einer Harmonisierung auf höchstem Niveau, das nicht zu finanzieren ist.

Wenn dem so ist, muss aber auf nationaler Ebene alles getan und darf vor allem auf supranationaler und internationaler Ebene nichts unterlassen werden zu verhindern, dass die Länder mit dem höchsten Standard sozialer Sicherung immer mehr zum ungehinderten Ziel all derer werden, die unsere Grundfreiheit der Freizügigkeit bewusst falsch verstehen. Es gibt zu denken, dass die Bundesregierung und die deutschen Länder den Freiraum, den sie sich gegen alle Bestrebungen der Vergemeinschaftung durch die Europäische Union erkämpft haben, jetzt durch Bleiberechtsregelungen füllen, die sie strikt abgelehnt hätten, wenn der Absender „Brüssel“ gelautet hätte.

Profilneurose

(Februar 2007)

Wer das chaotische Durcheinander verstehen will, das sich in den letzten Wochen um den Vorschlag der Bundesfamilienministerin zum Ausbau der Kinderbetreuung in unserem Land abgespielt hat, darf die Erklärung nicht in den närrischen Tagen suchen, obwohl die Versuchung dazu sehr groß ist. Nein, diese Kakophonie ist ein weiterer Ausdrucks eines Gefühls, das sich bei manchem auch nach Karneval und Fasching einstellen mag: Die Partner dieser zufälligen Zwangsbeziehung fühlen immer weniger wohl in ihrer Haut. Der Versuch, aus dieser Haut zu fahren, ist bei der „Gesundheitsreform“ von der Führung der Großen Koalition energisch und im Ergebnis erfolgreich unterbunden worden – zu groß war der selbst verordnete Erfolgsdruck. Da kam der überraschende Vorstoß aus dem Familienministerium gerade recht:

Der etwas kleinere Partner konnte darauf verweisen, dass er schon immer für mehr kostenlose Hort- und Kindergartenplätze eingetreten ist und sich die zuständige Ministerin um Vorschläge zur Finanzierung drückt.

In der Union ist die Rat- und Orientierungslosigkeit groß. Zum einen will niemand die Ministerin im Regen stehen lassen. Außerdem ist ihr Vorschlag bei den betroffenen Familien sehr populär. Andererseits passt vielen die ideologische Richtung dieses Vorschlags nicht – zu viel sozialdemokratisches Gedankengut auch diesem Kernbereich christlich-demokratischer Politik.

Schließlich haben die Kritiker der großen Föderalismusreform, bei der in beiden politischen Lagern, bei den Vertretern des Bundes und der Länder so viele Kompromisse geschlossen werden mussten, die erste große Gelegenheit darauf hinzuweisen, dass sie es schon immer gewusst haben: Der Bund darf sich bei großen gesellschaftspolitischen Problemstellungen, wie der Kindererziehung und der Bildung, eben doch nicht völlig zurückziehen, wenn substantielle Verbesserungen eintreten sollen.

Wo wird das enden? Wie groß ist noch die Bereitschaft zu Disziplin und politischer Selbstverleugnung?

Die Erfahrung aus früheren Koalitionen lehrt, dass sich die Perspektive der Partner mit zunehmender Nähe zur Halbzeit der Legislaturperiode mit zunehmender Geschwindigkeit verändert: In der Erwartung, die Startlöcher für die nächste Wahl tief genug gegraben zu haben, werden

die programmatischen Ecken und Kanten immer schärfer geschliffen werden. Auf diesem Weg bleibt dann wenig Raum und noch weniger Bereitschaft für weitere Kompromisse, die aber unvermeidbar sind, wenn das ehrgeizige Regierungsprogramm zeitgerecht erfüllt werden soll. Dabei wird es – für viele überraschend – nicht in erster Linie um die Sozialpolitik gehen. Die Koalition hat es ja geschickt verstanden, die Reform der Reform im Gesundheitswesen, die jetzt schon sicher ist, in die nächste Legislaturperiode zu verschieben – mit allen Möglichkeiten, die „reine Lehre“, also Bürgerversicherung und Gesundheitspauschale wieder unverhüllt in das Schaufenster zu stellen. Ob diese Rechnung aufgehen wird, ist mehr als zweifelhaft. Denn sehr bald wird sich zeigen, dass die ersten Erfahrungen mit der in diesen Tagen beschlossenen Reform den Kritikern Recht geben werden. Die Steuerungswirkung wird ausbleiben und die Versuchung, den auf 2008 verschobenen, von fast allen ungeliebten Gesundheitsfonds doch noch zu kippen, wird wachsen.

Dann werden die Prediger einfacher Lösung innerhalb und außerhalb des Parlaments wieder Oberwasser gewinnen – Und dann?

CO₂

(März 2007)

„Sag mir bitte, für welche Geräte ich die Stecker aus der Dose ziehen kann, wenn Du nicht da bist ...“ Ich traue meinen Ohren nicht und werde belehrt: Eine überregionale Tageszeitung empfiehlt dringend, nicht nur den „Standby-Modus“ auszuschalten, sondern auch die Stecker aus der Dose zu ziehen, damit der „CO₂-Ausstoß“ nicht weiter steigt ...

Jetzt hat der Klimawandel also auch meine Familie erreicht. Und das Klima ist schlecht, weil die Meinungen darüber, was ein sinnvoller, sparsamer Energieverbrauch fordert und was sinnloser Aktionismus ist, weit auseinandergehen. Wir befinden uns damit in sehr guter Gesellschaft: „Experten“ überbieten einander mit immer neuen Vorschlägen, die von anderen sofort für unsinnig erklärt werden. Das Verbot von konventionellen Glühlampen gehört dazu. Da wollen die besonders innovativen unter den Politikern nicht abseits stehen: Ein Verbot von konventionellen Verbrennungsmotoren wird aus einem Bundesland gefordert, dessen Wirtschaftskraft nicht zuletzt von zwei sehr renommierten Autoherstellern lebt. Aus Berlin wird der Urlaub im Harz anstelle der Flugreise nach Asien empfohlen – und gleichzeitig

schweben Prominente mit dem Hubschrauber auf das Gelände der Tourismusbörse ein, wo für das Partnerland Indien geworben wird ...

Bei manchen Vorschlägen fragt man sich, ob wir nicht auch die Steuer am persönlichen CO₂-Ausstoß orientieren sollten. Dann würde uns vielleicht manche „Schnapsidee“ erspart bleiben. In keinem Land wird so sehr wie bei uns die Hysterie geschürt, dass das von uns Menschen erzeugte Kohlendioxyd schon in wenigen Jahren die Lebensbedingungen auf unserem Planeten massiv verschlechtern und in wenigen Jahrzehnten schier unerträglich machen wird. Das ist eine Art von Überheblichkeit, zu der nur ein Geschöpf fähig ist auf unserem Planeten: der denkende, der irrende Mensch. Der vergisst zuweilen, dass in der Geschichte dieser Erde noch immer die Natur bestimmt hat, wer unter welchen Bedingungen letztlich überlebt.

Richtig ist, dass die „Errungenschaften“ des menschlichen Geistes eine Dimension erreicht haben, die der Natur massiv ins Handwerk pfuschen kann, vielleicht sogar – bei gleichzeitiger Entfaltung des gesamten atomaren Zerstörungspotentials – diesem Planeten den Garaus machen kann. Verantwortung für das Raumschiff, auf dem wir leben, ist deshalb nötiger denn je. Aber auch ernst genommene Verantwortung, muss in Demut vor dem Geheimnis der Schöpfung geübt und ausgeübt werden. Demut heißt aber auch, dass wir uns nicht überschätzen – weder unsere negativen, noch unsere positiven Kräfte. Niemand bestreitet, dass wir bei der Beantwortung der Frage, warum sich unsere Erde in den letzten Jahrzehnten zunehmend erwärmt, unseren Umgang mit der fossilen Energie in den Mittelpunkt rücken müssen. Es geht darum, alles zu tun, die lebensfreundliche Ausgewogenheit unserer Atmosphäre zu bewahren und schädliche Einflüsse Schritt für Schritt zurück zu drängen. Aber es grenzt an Lächerlichkeit und manchmal auch an Peinlichkeit, alles, was mit dem menschlichen Leben verbunden ist, einer CO₂-Bilanz zu unterwerfen.

Richtig ist, dass wir eine grundlegende, globale Veränderung unseres Verhaltens bei allen Formen von Energieverbrauch brauchen. Die Beschlüsse der Staats- und Regierungschefs der EU auf Vorschlag der deutschen Kanzlerin sind ein Quantensprung auf diesem Weg. Jetzt müssen auch die G 8-Staten dafür gewonnen werden.

Übrigens: Zur Verbesserung des Klimas in meiner Familie habe ich versprochen, meinen persönlichen CO₂-Ausstoß bis zum Jahr 2020 um 20 Prozent zu reduzieren. Ob unter diesen Umständen eine berufliche Tätigkeit bis zum 67. Lebensjahr möglich sein wird, bleibt abzuwarten ...

Erfolgsstory

(April 2007)

50 Jahre „Römische Verträge“ – Dieses Jubiläum ist zu Recht überall in der Europäischen Union gebührend gewürdigt und von der deutschen Präsidentschaft zum Anlass für eine „Berliner Erklärung“ worden. Dabei steht naturgemäß die Würdigung der Erfolge der Politik der europäischen Einigung im Vordergrund. Die Idee eines „vereinten Europa“ ist unbestritten die größte Erfolgsgeschichte der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts bis in diese Tage hinein. Das geben selbst die Meinungsträger und auch die Bürger in den neuen Staaten zu, die erst nach der Jahrhundert- und Jahrtausendwende Mitglieder geworden sind.

Selbstverständlich ist das nicht. Denn wir vergessen zu schnell und zu leicht, dass sich die 12 neuen Mitgliedstaaten innerhalb kürzester Frist aus der „Integration“ in eine wirtschaftliche und militärische Organisation heraus, die von der damaligen UDSSR über Jahrzehnte mit Gewalt und Drohung erzwungen worden war, endlich wieder volle Souveränität erstritten haben.

Es lag nahe und war auch da oder dort vorübergehend eine politische Option, diese neue Unabhängigkeit nicht zu rasch wieder aufzugeben zugunsten der Mitgliedschaft in einer Politischen Union Europa, die sie von außen während der Vorbeitrittsphase auch in ihren vermeintlich problematischen Aspekten beobachten konnten. Es war auch nicht selbstverständlich, dass die „alten“ Mitgliedstaaten trotz mancher, auch unüberhörbar nationalistischer Zwischentöne in dem einen oder anderen Bewerberstaat, ihr Versprechen gehalten und die Beitrittsverhandlungen innerhalb der kürzest verantwortbaren Frist zu Ende geführt haben.

In dieser Gemeinschaft der 27 gibt es viele unterschiedene Gründe, warum es trotz aller Probleme, die es auch in dieser Politischen Union immer wieder gibt, gut und richtig ist, diesen Weg der Einigung in Europa fortzusetzen. Unter allen möglichen Argumenten kommt immer wieder eines zu kurz, obwohl es so nahe liegt: Wo stünden wir heute in Europa, wenn es die Römischen Verträge des Jahres 1957 und die Politik der Vertiefung und Erweiterung nicht gegeben hätte?

- Es ist sehr zweifelhaft, ob sich der Eiserne Vorhang in Europa 1989 gehoben hätte.

- Es ist ausgeschlossen, dass Deutschland zu seiner Wiedervereinigung die Zustimmung der ehemaligen Siegermächte bekommen hätte.
- Es ist wahrscheinlich, dass es nicht gelungen wäre, die Konflikte auf dem Boden des ehemaligen Jugoslawien ohne eine Ausweitung auf angrenzende Staaten zu lösen.
- Es ist anzunehmen, dass es zu einer Restauration in den ehemaligen Staaten des Ostblock gekommen wäre.
- Wir könnten heute nicht zu Recht feststellen, dass sich schon 27 Staaten auf unserem Kontinent auf gemeinsame Grundrechte und Grundwerte verständigt haben, ein gemeinsamer Verfassungsvertrag immer noch möglich ist und Nachbarn der Europäischen Union auf dem Weg sind, sich dieser Wertegemeinschaft anzuschließen.
- Und dieses Europa hätte heute keine „soziale Dimension“, es gäbe keinen „sozialen Dialog über die Grenzen der Mitgliedstaaten hinweg.

Trotz all dieser guten Argumente für die Politik der europäischen Einigung bleibt es dabei: Dies ist kein Paradies. Es hat viele Sündenfälle gegeben in den letzten 50 Jahren, zu viel Bürokratie, zu wenig Subsidiarität, zu wenig Augenmaß und zu wenig Mut zur Einsicht, dass alles endlich ist auf dieser Erde. Das Ende könnte früher kommen, als wir uns das vorstellen können, wenn wir nicht den Mut aufbringen einzusehen, dass auch die erfolgreichste Gemeinschaft nicht end- und grenzenlos wachsen kann und totale Integration eine Politische Union ad absurdum führen würde.

Ordnung für die Sozialpolitik

(Mai 2007)

„Haushaltskonsolidierung“ – dieses politische Ziel ist der Kitt der ungeliebten Großen Koalition. Und nun wird hinter dieses alles überragende Ziel ein großes Fragezeichen gesetzt: Eine überraschend gute Steuerschätzung stellt den Grundkonsens in Frage, der am Beginn dieser neuen Koalition stand: „Keine neuen Ausgaben ohne solide Gegenfinanzierung, kein Kahlschlag im Bereich der sozialen Sicherung, aber Vorfahrt für Arbeit bei allen politischen Entscheidungen, vor allem im Bereich der Sozialabgaben“.

Dies waren recht bequeme Maximen für politisches Handeln, weil sie neue Begehrlichkeiten auf der Ausgabeseite oder „wirtschaftsliberale

Tendenzen“ ohne inhaltliche Diskussion im Keim ersticken halfen und damit die weit auseinanderliegenden Ausgabeprioritäten und ordnungspolitischen Vorstellungen der Koalitionspartner hinter den Vorhang der politischen Bühne verbannt haben. Aber davon gab es von Beginn an auch einige Ausnahmen:

- Subventionierung der gesetzlichen Krankenversicherung über Steuermittel?
- Sanierung der Pflegeversicherung aus Steuermitteln?
- Weitere Steuersenkungen?

Nun ist nicht zuletzt die bisher recht strikte Exekution der guten politischen Vorsätze eine der wirklich hausgemachten Ursachen für den unverhofften Steuersegen: Eine messbare Senkung der Staatsquote, mehr Vertrauen in den Standort Deutschland und in die Nachhaltigkeit einer ordnungspolitisch sauberen Politik. Deshalb warnen die Anhänger des Konsolidierungskurses davor, die guten Vorsätze schon wieder über Bord zu werfen und damit das Wachstum zu gefährden. Die Kritiker dieses Kurses mahnen an, dass Sparen als oberste Maxime, ja als Selbstzweck der Politik letztlich das Ende politischer Gestaltung bedeutet und vor allem radikalen Strömungen den Boden bereitet. Das Wahlergebnis in Bremen wird für diese These als willkommener Beweis – zu Unrecht – in Anspruch genommen.

Gibt es einen Ausweg aus diesem Dilemma? Zunächst muss in Erinnerung gerufen werden, dass sich diese Koalition von Anfang an zum Ziel gesetzt hatte, zu sparen, um investieren zu können. Für den Bereich der Arbeits- und Sozialpolitik heißt das: Auch dieses wichtige Feld staatlicher Tätigkeit braucht dringend Investitionen, aber weniger in neue Leistungsstrukturen oder Einrichtungen. Wir brauchen vor allem *ordnungspolitische* Investitionen in die Zukunft:

- In der Rentenversicherung müssen endlich die Verschiebebahnhöfe geschlossen, also die Mitfinanzierung der Bundesgarantie über die Kraftfahrzeugsteuer beendet und die Voraussetzungen wiederhergestellt werden, dass die Schwankungsreserve wieder so ausgestaltet wird, dass sie diesen Namen auch wirklich verdient.
- Bei der gesetzlichen Krankenversicherung muss der Versuchung widerstanden werden, den kinderbezogenen Einstieg in die Steuerfinanzierung auch auf andere Bereiche auszudehnen.
- Bei der Arbeitsförderung muss der Ansatz konsequent weiterverfolgt werden, alle Förderinstrumente immer wieder auf ihre Sinnhaftigkeit zu überprüfen.

Im übrigen: Bevor die Frage aufgeworfen wird, ob die zu erwartenden Steuermehreinnahmen für neue soziale Leistungen ausgegeben werden sollen, muss geklärt werden, wie belastbar die dieser Annahme zugrundeliegende Prognose ist und was übrigbleibt, wenn alle Minder Ausgaben rückgängig gemacht werden, die – der Not gehorchend – durch radikale Einsparungen erwirtschaftet worden sind. Es bleibt zu hoffen, dass unser schlechtes Gewissen bei der Förderung von mehr Krippenplätzen nicht so schlecht ist, dass wir den Familien, die ihre Kinder ausschließlich selbst betreuen wollen, dafür eine Prämie zahlen. Leistungen können auch beleidigen ...

Neid

(Juni 2007)

Vor einem Jahr haben wir gefragt: *„Hat sich Deutschland wirklich verändert oder haben wir uns nur vier Wochen lang erfolgreich verstellt?“* Die Fußballweltmeisterschaft war zu Ende und die Welt staunte über diesen sympathischen Gastgeber Deutschland, über deutsche Fans, die im Erfolg nicht maßlos und in der Niederlage nicht niedergeschlagen waren.

Die Tage um den G 8 – Gipfel haben diese Frage sehr differenziert beantwortet: Wir sind reif für eine Weltmeisterschaft, aber nicht alle für ein politisches Gipfeltreffen.

Wer ist „Wir“?

- Nicht die Kanzlerin, die auch diese Herausforderung souverän gemeistert und dieses Treffen zu einem weltweit anerkannten Erfolg geführt hat. Die soziale Verantwortung hat seit Heiligendamm in allen Bereichen globaler Politik einen größeren Stellenwert.
- Nicht die Bürger unseres Landes, auch die direkt Betroffenen in Heiligendamm und Umgebung, die mit diesem Event erstaunlich gelassen umgegangen sind.
- Und nicht die Sicherheitskräfte, die im Rahmen der politischen Vorgaben und der geografischen Rahmenbedingungen eine sehr schwierige Lage im Großen und Ganzen souverän gelöst haben.

Aber auch dieses Ereignis hat wieder gezeigt, dass unsere wiedervereinigte Nation in einigen ihrer Gliederungen noch erwachsen werden muss, wenn sie ihre neue, schwierige Rolle auf der Weltbühne erfolgreich und überzeugend ausfüllen will:

- Es ist das Recht der Opposition, zu behaupten, dass ein offenkundiger Erfolg kein Erfolg war, weil nur die selektive Wahrnehmung der Realität diese Rolle im politischen Betrieb möglich und erträglich macht. Aber frühere Kabinettsmitglieder sollten sich überlegen, ob sie dem Land und ihrer Partei einen Dienst erweisen, wenn sie alles Wissen aus früherer politischer Verantwortung über Bord werfen und schlicht Unsinn verbreiten. Und der Umweltminister sollte sich fragen, ob es in seinem Haus wirklich zu den Aufgaben eines Parlamentarischen Staatssekretärs gehört, die Erfolge der Bundesregierung in wichtigen Präsidenschaften klein zu reden.
- Interessenverbände sind per definitionem keine Claquere für die Politik einer Regierung. Aber es schadet ihrer Glaubwürdigkeit und mindert auf längere Sicht ihren politischen Einfluss, wenn sie nicht bereit sind, unbestreitbare Fortschritte als solche zur Kenntnis zu nehmen und das auch öffentlich einzuräumen. Das würde es leichter machen, den eigenen Anteil an guter Politik für sich zu reklamieren und weitere Anstrengungen mit fachlicher Autorität anzumahnen.
- Am ärgerlichsten ist das Verhalten einiger Medien und ihrer Repräsentanten in unserem Land. Sie sind den professionellen Anforderungen nicht gewachsen, die eine kongeniale Begleitung von Weltpolitik und der Verantwortung unseres Landes auf diesem Feld voraussetzen. Die bekannten Reflexe aus dem Sportjournalismus, vor allem bei der Begleitung von wichtigen Fußballspielen, haben bei der kritischen Begleitung von Politik nichts zu suchen: Zuerst die Erwartungen überspannen, damit das Publikum auch wirklich zuschaut. Dann das Scheitern vorhersagen und wenn es in der letzten Minute doch noch zum Sieg gereicht hat, den Gegner klein zu reden, die Spielweise und die Torausbeute zu kritisieren.

Politik ist eine Kunst – die Kunst des Möglichen. Diese schlichte Einsicht zu vermitteln – fachlich fundiert, verantwortungsbewusst und ohne Eitelkeit, ist auch eine Kunst, die leider zu selten zu bestaunen ist. Erfolge einzuräumen, jenseits des politischen Standorts, gehört dazu.

Bodenhaftung

(Juli 2007)

Nun hat uns die nüchterne europäische Realität wieder: Die hochfliegenden Pläne eines selbsternannten Verfassungskonvents, dessen Mitglieder die angeblich historische Dimension ihres Tuns nicht lange und nicht oft genug loben konnten, sind wieder dort gelandet, wo seit mehr als 50 Jahren der rechtliche Rahmen der Europäischen Gemein-

schaften und der Europäischen Union letztlich immer erfolgreich fortentwickelt worden ist – in einer Regierungskonferenz.

Das Experiment mit einem verfassungsgebenden und vertragsändernden Gremium, das einer Regierungskonferenz in der demokratischen Legitimation überlegen sein sollte, ist gründlich misslungen. Dabei mag dahinstehen, ob die Mitglieder eines Konvents tatsächlich in der Lage sind, sich näher am Volkswillen zu orientieren als die in eine Regierungskonferenz entsandten Mandats- und Funktionsträger. Große Zweifel daran sind angebracht nach dem Scheitern der Ergebnisse des Konvents am Votum der Bürger in zumindest zwei wichtigen und traditionell europafreundlichen Mitgliedstaaten.

Es ist längst europäisches Gemeingut nach langer, schmerzhafter Erfahrung, dass die Referenden in den Mitgliedstaaten über europäische Gesetzgebung in erster Linie als Reaktion auf binnenstaatliche Probleme einzuordnen sind und nicht als Urteil über den eigentlichen Gegenstand. Aber wir sollten uns nicht täuschen: Selbst die Unübersichtlichkeit, ja Unlesbarkeit des Entwurfs zum Verfassungsvertrag hat es nicht vermocht, den einen oder anderen Bürger davon abzuhalten, sich selbst einen Eindruck davon zu verschaffen, was dieser neue Vertrag für ihn ganz konkret bedeutet und dies dann auch mit seiner Stimme zu bewerten, wo dies möglich ist. In Frankreich hatte die damalige Regierung sogar dafür gesorgt, dass jeder der befragten Bürger ein Exemplar des Entwurfs in Händen hatte.

Die Staats- und Regierungschefs haben beim letzten Gipfel in Juni unter deutscher Präsidentschaft in Brüssel daraus die richtigen Konsequenzen gezogen: Die Europäische Union ist noch nicht reif für eine Verfassung. So bekommen wir jetzt einen weiteren „Reformvertrag“, nach Maastricht, Amsterdam und Nizza.

Aufgabe der portugiesischen Präsidentschaft ist es nun, im Rahmen der vereinbarten Regierungskonferenz das wertvolle Material, das uns der Verfassungskonvent hinterlassen hat, nach Maßgabe der Beschlüsse des Europäischen Rates von Brüssel in geltendes Recht umsetzen und zugleich den Vorbehalt gegen den neuen Vertrag, z.B. in den Niederlanden, Rechnung zu tragen. Wenn dies gelingt, kann der Stillstand in der weiteren europäischen Integration wieder einmal vermieden werden. Sollte dieses Vorhaben aber scheitern, dann wird Europa in eine lange andauernde Lähmung verfallen.

Wir hätten uns das alles ersparen können, wenn auch der Entwurf für einen Verfassungsvertrag nach den bewährten Regeln einer Regierungskonferenz erarbeitet worden wäre. Dies hätte gewährleistet, dass

Regelungen vorgeschlagen werden, die eine reelle Chance der Zustimmung in den betroffenen Mitgliedstaaten haben. Dafür hätten die Regierungen gesorgt, die wissen, was sie ihren Bürgern zumuten können.

Backstage

(August 2007)

Das Sommertheater ist wieder eröffnet. Nein, nicht die Festspiele in Salzburg oder in Bayreuth, wo sich die erste Reihe der politischen Prominenz in diesen Tagen wieder das alljährliche Stelldichein gibt. Einige der nicht Geladenen aus dem zweiten Rang der politischen Hierarchie sind geübt darin, ihre ganz persönliche Inszenierung vor den gelichteten Reihen der Bundespressekonferenz auf die Bühne zu bringen und wissen um die große Chance, damit die im Sommerloch darbenden Nachrichtenredaktionen zu erfreuen.

So kann es geschehen, dass jenseits von Parteiprogrammen, Koalitionsvereinbarungen und Beitrittsverträgen zur Europäischen Union politische Forderungen aus dem Hut gezaubert und in unsere Wohnzimmer transportiert werden, für die sich in normalen Zeiten des Politikbetriebes niemand interessieren würde:

„Wir müssen die Beschränkungen bei der Freizügigkeit von Arbeitnehmern aus den neuen Mitgliedstaaten aufheben, weil wir die Fachkräfte aus diesen Ländern dringend brauchen.“

Wer dies fordert, weil die deutsche Wirtschaft im anhaltenden Konjunkturchoch z.B. über Ingenieurmangel klagt, übersieht, dass es bei den schwierigen Verhandlungen über die Übergangsregelungen für die Unionsbürger in den neuen Mitgliedstaaten gerade nicht um die hoch qualifizierten Kräfte gegangen ist, die auch nicht im Mittelpunkt der geltenden Vereinbarungen stehen.

Wer dies fordert, blendet auch völlig aus, dass diese Übergangsregelungen in einem engen politischen Zusammenhang mit zeitlich befristeten Ausnahmen für die Beitrittsländer z.B. in den Bereichen Arbeitsschutz, Umweltschutz und Eigentumserwerb stehen, die den neuen Mitgliedstaaten nach langen Verhandlungen und heftigen Widerständen in einigen der alten Mitgliedstaaten eingeräumt worden sind. Diese beiden Seiten der Medaille sollen die Überforderung der Volkswirtschaften während der ersten Jahre der Beitrittsphase in den alten und in den neuen Mitgliedstaaten und Wettbewerbsverzerrungen vermeiden helfen. Beides gehört zusammen. Das werden all jene

bestätigen können, die an den schwierigen Beitrittsverhandlungen beteiligt waren. Aber das blenden all jene bewusst aus, denen an der Schlagzeile in Zeiten liegt.

Nun könnte man über diese Art des Sommertheaters hinwegsehen, wenn solche Initiativen nicht eine Eigendynamik entfalten würden:

- Wer die volle Freizügigkeit für alle Arbeitnehmer aus den neuen Mitgliedstaaten fordert, muss wissen, dass dies den Beifall in den neuen Mitgliedstaaten und in der Europäischen Kommission geradezu herausfordert. So ist es geschehen.
- Wer den ungehinderten Zuzug von Arbeitskräften aus den Beitrittsländern fordert, muss wissen, dass dies zwangsläufig in noch dringendere Forderungen nach einem gesetzlichen Mindestlohn mündet. So ist es geschehen.

Allen einigermaßen Kundigen im Politikbetrieb drängt sich dabei der Verdacht auf, dass ein Teil der politischen Prominenz, der sich im Festspielhaus auf dem Grünen Hügel der Faszination der „Götterdämmerung“ hingegeben hat, dies mit Sympathie verfolgt oder gar mit inszeniert hat, damit die immer schwerer fallende Nibelungentreue in der Großen Koalition auf eine noch härtere Probe gestellt wird.

Scherbengericht

(September 2007)

Familie, Mutter und Kind – das sind Themen, bei denen es bisher von allen Seiten des politischen Spektrums vermieden worden ist, eine kontroverse politische Diskussion zu führen. Im Gegenteil: Es gab einen ständigen Wettbewerb darum, wessen Wertschätzung am größten und wessen Forderungen für diesen Personenkreis am höchsten sind.

Die fahrlässig missverständlichen Bemerkungen einer TV-Moderatorin zum Stellenwert von Familien, Müttern und Kindern in der Zeit der NS-Diktatur und später bei der sogenannten „68er-Generation“ haben zum Tabubruch geradezu eingeladen. Seit Tagen wird nun offen darüber gestritten, ob es einer Karrierefrau, die ihren Erfolg langen Jahren harter Arbeit im Fernsehen verdankt, erlaubt ist, in diesem Medium und als Buchautorin hartnäckig für eine traditionelle Rolle der Frau in unserer Gesellschaft einzutreten, die von der Mehrheit für patriarchalisch und anachronistisch gehalten wird.

Dabei ist die Glaubwürdigkeit einer solchen Meinung vor dem Hintergrund eines völlig anderen, selbst gelebten Lebensentwurfs das

eine. Das andere ist die geradezu lustvolle Art und Weise, wie vor allem die weibliche Prominenz der vermeintlich progressiven Seite der Politik in unserem Land über diese Frau, Ehefrau und Mutter herfällt. Wer sonst die Freiheit der Meinungsäußerung gar nicht hoch genug hängen kann, wenn sie in den eigenen politischen Kram passt, sollte Millionen von „Nurhausfrauen“ nicht mit der Forderung diskriminieren, diese Moderatorin sollte ihren Platz räumen und an den heimischen Herd zurückkehren.

Es ist nicht weit her mit der Bereitschaft zu Toleranz in unserem Land, wenn sie für Meinungen eingefordert wird, die der von einflussreichen Medien geprägten „political correctness“ widersprechen.

Dies gilt unbedingt, ausnahmslos und gnadenlos für alle Bemerkungen und Vergleiche, die auch nur in die Nähe der NS-Zeit reichen. Wer sich in diesem Bereich argumentativ bewegt, kann offensichtlich nur Fehler machen. Jedenfalls wer über die menschenverachtende NS-Ideologie leichtfertig und unpräzise „plaudert“, macht es Kritikern und Gegnern leicht und kann zurecht nicht mit Nachsicht rechnen – auch nicht vom Arbeitgeber, einem öffentlich-rechtlichen Sender, der um seine Quoten fürchtet.

Bedenklich ist es aber, dass jeder, der es wagt, oder dem es auch nur unterläuft, ein Wort deutscher Sprache zu gebrauchen, das von den Nazis erfunden oder missbraucht worden ist, umgehend zum Opfer von Zensur durch all jene wird, die mit dem Autor aus ganz anderen Gründen noch eine Rechnung offen haben. Das musste jetzt auch ein Kardinal erfahren.

Dieser Umgang miteinander sollte uns zu denken geben.

Haben wir unsere Vergangenheit wirklich so gut bewältigt, wie wir uns das selbst immer wieder attestieren? So lange sie im Wettbewerb der freien Meinungen unter der Geltung des Grundgesetzes noch als Ersatz für gute Argumente, ja als Waffe eingesetzt werden kann und wird, ist sie nicht bewältigt. Wir brauchen auch auf diesem Feld mehr intellektuelle Redlichkeit, mehr Nachsicht für menschliche Unzulänglichkeit und – etwas mehr Gelassenheit.

Spiel mit dem Feuer

(Oktober 2007)

Ich weiß nicht, wie viele Männer in unserem Land in diesen Tagen von ihrem Kindertraum Abschied nehmen und sich frustriert der Modell-

eisenbahn ihrer Söhne zuwenden, wo es keine Streiks zu beklagen gibt. So haben sie sich das Image ihres Traumberufs nicht vorgestellt.

Eines ist sicher: Lange werden sich die Bürger in unserem Land diese dreiste Zumutung nicht mehr gefallen lassen. Ein Unternehmen des Massenverkehrs unter Kontrolle des Bundes und eine kleine Gewerkschaft liefern sich seit Wochen eine skurrile Auseinandersetzung auf Kosten der Fahrgäste und der Frachtkunden. Keine der Parteien nimmt dabei Rücksicht auf das überragende öffentliche Interesse, den Individualverkehr und die Beförderung von Massengüter auf der Straße für einen besseren Klimaschutz zurück zu drängen. Das setzt wachsendes Vertrauen in die Zuverlässigkeit der Bahn AG voraus. Das Gegenteil ist zur Zeit auf dem Weg: Der Vertrauensverlust wird jeden Tag größer.

Vordergründig geht es bei diesem Streit und diesem Streik um bessere Arbeitsbedingungen, vor allem um mehr Lohn für einige Hundert Lokführer. Bei näherem Hinsehen geht es um Prestige und Macht in einem großen Unternehmen, das auf dem heiklen und steinigen Weg zur Börse ist und in einer Gewerkschaftslandschaft, die im Umbruch ist. Dabei wird deutlich, dass die Architektur unserer bewährten Tarifautonomie überfordert ist, wenn sich ein Partner in die Hände von versierten Anwälten begibt, die Auseinandersetzung in Gerichtssäle der eigenen Wahl verlegt und sich der andere nicht an die Spielregeln der Koalitionsfreiheit halten will:

- Wer zunächst über Wochen hinweg eine utopische Lohnforderung, wer immer sie auch hochgerechnet hat, im Raum stehen lässt, wird unglaubwürdig, wenn er später, zu spät, die Zahlen selbst in Frage stellt.
- Wer einen „eigenen“, jetzt sogar einen „eigenständigen“ Tarifvertrag zum Hauptziel der wochenlangen Auseinandersetzungen erklärt hat, darf sich echten Tarifverhandlungen nicht entziehen.
- Wer in vielen öffentlichen Erklärungen den Streit personalisiert und ganz ungeniert nach dem Motto verfährt, wie man dem Chef des Unternehmens am meisten „weh tun“ und dem Unternehmen selbst durch den Streik den größtmöglichen Schaden zufügen kann, kann nicht erwarten, dass sich die Bundeskanzlerin höchst persönlich als Vermittlerin zur Verfügung stellt oder gar für den Eigner in die Schlacht begibt.

Nein, hier ist nicht zuerst die Bundesregierung gefragt. Gefordert, ja offen herausgefordert ist der DGB und seine Autorität. In seiner Hand liegt es, ob sich immer mehr ihrer Mitglieder die Frage stellen, ob sie sich mit ihrem Bedürfnis nach Solidarität und ihrer Bereitschaft hierzu

an die richtige Adresse wenden. Tarifautonomie setzt „Waffengleichheit“ voraus. Dies ist und bleibt eine unverzichtbare Säule der Koalitionsfreiheit. Damit ist aber nicht vereinbar, dass eine kleine Gruppe von Arbeitnehmern ihre strategische und logistische Stellung in einem Unternehmen und deren Bedeutung für die Gesellschaft überreizt und den Gemeinwohlaufrag des Arbeitgebers über Monate hinweg behindert und fast unmöglich macht.

Wer dies aus den Augen verliert, fordert letztlich leichtfertig doch die Politik heraus. Doch Vorsicht: Der Gesetzgeber könnte auf diese Herausforderung Antworten geben, die ihren Urhebern sehr zu schaffen machen würden. Denn das Grundgesetz lässt für die Ausgestaltung der Tarifautonomie einen größeren Spielraum als denen lieb sein kann, die sich mit zweifelhaften Argumenten auf das geltende Recht berufen.

Das ist privat ...

(November 2007)

Der Rücktritt eines Politikers ist immer ein politisches Ereignis. Jedes Dementi ist zwecklos. Die Gründe dafür sind in unserer sensationsgierigen Mediengesellschaft ohne jeden Belang.

Dies hat in diesen Tagen auch der Vizekanzler unseres Landes erfahren müssen. Er hat für seinen Rückzug aus der Bundesregierung ausschließlich persönliche Gründe angegeben und dies für alle objektiven Beobachter auch völlig glaubwürdig erklärt.

Warum ist dieser überraschende Schritt, der bei Freund und Feind auf großen Respekt gestoßen ist, trotzdem zu einem Politikum geworden?

- Die vorangegangenen offenen Streitigkeiten mit seinem Bundesvorsitzenden über eine sozialpolitische Maßnahme von ordnungspolitischer Qualität haben den Rücktritt zwangsläufig in den Verdacht einer späten politischen Demonstration gerückt, bei der der Regisseur, ganz „Parteisoldat“, peinlich darauf bedacht war, seiner Partei und ihrem Vorsitzenden um den Parteitag herum keinen Schaden zuzufügen.
- Der Betroffene war in seiner anrührenden Begründung für seinen Rücktritt wohl eine Spur zu konkret und hat damit all jenen, die davon leben, für ein paar Tage zuviel Futter gegeben für Texte unter der Schlagzeile.

- Und ein hoher Repräsentant unserer Volksvertretung, wenn auch jetzt nur noch in der zweiten Reihe, konnte wieder einmal nicht der Versuchung widerstehen, von einer noch höheren moralischen Warte als der Betroffene anmaßende Bewertungen über einen Dritten abzugeben, der längst aus dem politischen Geschäft, dessen Beliebtheit aber ungebrochen ist und der hohen Respekt genießt. Diese politische „Geschäftsführung ohne Auftrag“ war geschmacklos. Die Entschuldigung war peinlich halbherzig, die prompte, knappe Verzeihung durch den Verletzten die gerechte Strafe.

Was lernen wir daraus?

Es gibt gute Gründe und unzählige Beispiele dafür, dass ein Teil der Medien gerade durch das Private magisch angezogen wird: Wo es „menschelt“ schauen und hören wir Menschen eben besonders aufmerksam zu.

Deshalb gilt: Wer als Politiker Privatheit und Diskretion für sich reklamiert, hat es meist selbst in der Hand, darüber zu entscheiden, ob beides respektiert wird. Jedes Wort über den kurzen Satz „*dies ist privat*“ hinaus, mindert die Chance dafür, macht sie gar zunichte und öffnet böswilligen Spekulationen über die eigenen Motive Tür und Tor.

Niemand kann erwarten, dass Medien, die von Emotionen, von Freude, aber auch eben von Schmerz und Leid leben, sie transportieren und verstärken, darauf verzichten, wenn sich die Gelegenheit dazu bietet.

Aber von Kollegen, von politischen Freunden gar, sollte man erwarten können, dass sie sich öffentlich zurücknehmen, selbst den Mund verbieten und einfach respektieren, dass ein Mensch in einem persönlichen Dilemma die Entscheidung trifft, mit der er glaubt, am besten weiter leben zu können. Das gilt für Showmaster, für Fußballtrainer und eben auch für Politiker.

Dilemma

(Dezember 2007)

Am Ende dieses Jahres kündigt sich eine eigenartige Bilanz für die Arbeits- und Sozialpolitik in unserem Land an: „*Erfreulich, aber*“.

Es verwundert nicht, dass die Opposition diesen Ton anschlägt. Das gehört zum Ritual in der parlamentarischen Demokratie. Aber dass auch die Koalitionsparteien mit ihren unbestreitbaren Erfolgen sehr

vorsichtig umgehen, mutet auf den ersten Blick unverständlich an angesichts objektiv guter Daten: Wir haben zur Jahreswende

- einen Aufschwung, der jetzt auch in Ost und West auf den Arbeitsmarkt durchschlägt,
- die niedrigste Arbeitslosigkeit seit Jahren,
- 20 Prozent weniger junge Arbeitslose,
- ein spürbares Absinken der Langzeitarbeitslosigkeit,
- fast eine Million offene Stellen,
- fast zehn Prozent mehr Ausbildungsplätze,
- Milliardenüberschüsse bei der Bundesagentur für Arbeit und
- sinkende Beiträge zur Arbeitslosenversicherung.

Sicher, dies ist nur ein Teilausschnitt aus der sozialen Realität in unserem Land. Denn der Satz *„ohne Arbeit ist alles nichts“* stimmt zwar, aber Arbeit ist eben doch nicht alles: Galoppierende Energie- und Kraftstoffpreise und steigende Kosten für Lebensmittel setzen dem Geldwert, den der Bürger fühlt, der Kaufkraft des Euro zuhause, erheblich zu.

Aber dieser konkrete und individuelle Aspekt einer insgesamt erfolgreichen Politik ist nicht der wahre Grund für Bescheidenheit und Skepsis im Regierungslager bei der Beurteilung der Jahresbilanz. Es geht um die rhetorische Ausgangsposition der beiden Noch-Volksparteien für die kommenden Wahlen in den Landtagen und später im Bund:

Beide Parteien wissen, dass an den Wahlurnen weder die Lage der Menschenrechte in der Volksrepublik China, noch die nuklearen Ambitionen des Iran, weder die Bedrohung durch den Terror, noch die Risiken der Öffnung der Binnengrenzen in zehn neuen Mitgliedsstaaten der EU eine Rolle spielen werden. Dies ist neu. Die Arbeits- und Sozialpolitik wird die Wahl entscheiden und die Wähler werden dabei für bereits Erreichtes keinen Bonus geben. Dankbarkeit oder wenigstens zufriedene Rückschau sind bei Wahlen kein Kriterium.

Also werden die programmatischen Ziele der beiden Parteien aus derangedunkelten Hinterbühne der Koalition in das Rampenlicht geschoben. Die Wähler im Parkett und auf den Rängen sollen klar und deutlich sehen, was die Partner machen würden, wenn sie nur könnten – allein oder eben mit neuen Partnern, die nach der letzten Wahl nicht zum Zug gekommen sind. Die SPD stellt sich dabei zögerlich und unsicher endlich dem taktischen und strategischen Dilemma, mit dem Union schon vor Jahren auf der rechten Seite des politischen Spektrums insgesamt erfolgreich umzugehen gelernt hat: Wie kann es gelingen,

den linken Rand der Programmatik so attraktiv zu formulieren, dass die neue Linke aus der Sicht der Wähler überflüssig wird? Das ist sicher der schwierigere Teil der ständigen staatspolitischen Herausforderung, dem Extremismus von Rechts und von Links die Stirn zu bieten, weil es hier um die hautnahen Felder der sozialen Gerechtigkeit und sozialen Sicherheit und nicht um die eher abstrakten Themen innere Sicherheit oder Patriotismus geht.

Die von der SPD fast obsessiv geführte Debatte um den Mindestlohn und jetzt auch noch um gesetzliche Obergrenzen für Managergehälter wird das angepeilte Wählerspektrum nicht erreichen, aber für die Union und ihren Wunschpartner die Mitte freimachen.

Der kategorische Imperativ

(Januar 2008)

„Handle so, dass die Maxime deines Willens jederzeit als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten könne.“ Diese Empfehlung gibt uns Immanuel Kant in seiner „Kritik der praktischen Vernunft“. Ein Blick auf die praktische Politik zeigt, dass dieser „kategorische Imperativ“ nicht zu den guten Vorsätzen zu Beginn dieses Jahres gehört:

- Ein weltweit höchst erfolgreicher Konzern der Telekommunikation hat sich entschieden, ein Werk in Deutschland zu schließen, weil dieselben Produkte in Rumänien billiger produziert werden können. Die für die Ansiedlung dieses Betriebes vor Jahren gewährten Subventionen aus dem Landeshaushalt haben die Manager nicht daran hindern können, nicht einmal der Verdacht, dass die Förderbedingungen dafür nicht erfüllt worden sind. Es ist noch nicht klar, wann der Betriebsrat von diesen Plänen erfahren hat, die Beschäftigten jedenfalls zu spät, kalt und kompromisslos.
- Immer mehr Bankinstitute in Deutschland müssen einräumen, dass sie in den letzten Jahren auf dem Immobilien- und Hypothekenmarkt in den USA erhebliche Verluste erlitten haben. Noch liegen längst nicht alle Zahlen auf dem Tisch. Die Dimension der erforderlichen Wertberichtigungen ist noch nicht absehbar „Wir können den Verlust noch nicht übersehen, das wird noch Monate dauern“, heißt es aus einem prominenten Haus. Die Kunden sind irritiert, die Aktionäre alarmiert.
- Im Kampf um die Wählergunst bei der Landtagswahl in Hessen ist die Thematisierung eines objektiv wichtigen Problems zum lebensgefährlichen Bumerang für den amtierenden Ministerpräsidenten

geworden, weil er nicht nachweisen konnte, dass seine Regierung ihre Hausaufgaben auf diesem Gebiet gemacht und er verkannt hat, dass die Fragen der inneren Sicherheit – anders als in den 90er Jahren – eben nicht mehr zu den Problemen gehören, von denen sich die Bürger am meisten bedrängt fühlen. Seine Herausforderin musste erkennen, dass sie mit der artigen Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn, einem bundespolitischen Thema, das die Bundespartei in den Landtagswahlkampf hineingedrückt hat, jedenfalls keine neuen Wählerschichten in ihrem Land erschließen konnte.

Was sind nun die „Maximen des Wollens“, die diesen Handlungen zugrunde liegen? In jedem dieser drei Beispiele geht es ganz offensichtlich um die Maximierung der Gewinne. Dies ist nicht verwerflich – weder bei produzierenden Unternehmen oder Banken, noch bei politischen Parteien. Bedenklich ist aber, dass die veröffentlichten, selbst auferlegten Maximen der Akteure und ihre Erwartungen Dritten gegenüber in ihren eigenen Handlungen immer weniger erkennbar sind. Schlimmer noch: Die Handlungen lassen jede Ähnlichkeit mit diesen Maximen vermissen:

- Wo bleiben die Grundsätze des Codex für „corporate governance“ und die hochgelobten hausinternen Umgangsregeln eines Unternehmens, wenn es um die Existenzfrage eines Betriebes geht?
- Warum erlegen sich Banken bei ihren eigenen Geschäften nicht dieselben Regeln auf, legen sie nicht die dieselben Maßstäbe an, die sie den von ihnen beratenen Kunden zumuten?
- Warum kann in Wahlkämpfen nicht der Eindruck vermieden werden, dass das „Wohl des Landes“, auf das alle Mandatsträger verpflichtet sind, zeitweise zugunsten des Parteiwohls suspendiert wird?

Die Antworten auf diese Fragen werden wohl der „Kritik der reinen Vernunft“ zum Opfer fallen.

Richtige Politik

(Februar 2008)

Manche Grundfragen in Politik und Gesellschaft erledigen sich nicht innerhalb von nur vier Wochen. Sie kehren wieder. Und deshalb stellt sich die Frage:

Wäre es richtig, sich auch an dieser Stelle mit dem derzeit prominentesten Verdächtigen in unserem Land zu befassen? Es wäre nahelie-

gend, opportun, ja wohlfeil, aber es wäre nicht *richtig*. *Richtig* ist es aber, sich mit den Begleitumständen dieses Falles und seinen gesellschafts-politischen Rahmenbedingungen zu befassen. Und nur darum sollte es gehen in der Politik und in unserer Gesellschaft: *Richtig* zu handeln, nicht „zweckmäßig“, nicht „taktisch klug“ oder eben „opportun“.

- Ist es also *richtig*, dafür zu sorgen, dass der gesamte Vorgang einer staatsanwaltschaftlichen Aktion im Morgengrauen gegenüber einem Prominenten vor laufenden Kameras stattfindet?
- Ist es *richtig*, dass ein Nachrichtendienst, der für die Sicherheit unseres Landes gegenüber ausländischer Bedrohung zuständig ist, von einem Dritten offensichtlich rechtswidrig erlangte Daten einer ausländischen Bank mit Mitteln des Bundesfinanzministeriums „ankauft“ und sie an die deutschen Steuerbehörden weiterleitet?
- Ist es *richtig*, einen souveränen Staat, sei er auch noch so klein, als „Kleinstaat“ zu diffamieren und mit Hilfe der dadurch erlangten Informationen mit aller Medienmacht unter Druck zu setzen, das zuzugestehen, was dieser Partner in gleichberechtigten Verhandlungen bisher nicht gewähren will?
- Ist es *richtig*, mit allen Tricks und gegen jede Vernunft, gegen den Widerstand der Europäischen Kommission und die Empfehlungen von Fachleuten aller Fakultäten das staatliche Glücksspielmonopol zu retten und damit sehenden Auges zu riskieren, dass der Schwarzmarkt rapide zunehmen und der deutsche Fiskus Milliarden verlieren wird?
- Ist es *richtig*, eine halbstaatliche Bank, die durch riskante Geschäfte in den USA in eine Schieflage geraten ist, zum wiederholten Mal mit Steuermitteln zu retten?
- Ist es *richtig*, jetzt einen großen Streik im öffentlichen Dienst vom Zaun zu brechen, der sich absichtsvoll vor allem auf soziale Bereiche konzentriert, wo es dem Bürger besonders wehtut?
- Ist es *richtig*, kurz vor der Wahl in einem Stadtstaat, einen absurden Wettlauf darum zu beginnen, wer die sozialste Partei im Land ist?
- Ist es *richtig* ...

Diese Beispiele sind jeden Tag beliebig vermehrbar. Das *Richtige* zu tun, hat den ersten Rang bei den Handlungsmaximen längst verloren, so wie das „Vernünftige“ längst kein Maßstab mehr ist.

Es ist alarmierend, wenn ein bisher als besonders besonnen und erfahren einzuschätzender Parlamentarier die Handlungen eines Nachrichtendienstes damit rechtfertigt, dass „der Nutzen für den Staat nicht wegzureden ist“.

Dies wäre eine beklemmende, ja furchterregende Maxime staatlichen Handelns. Wo soll das enden?

Die Iden des März

(März 2008)

Nach Plutarch, einem griechischen Geschichtsschreiber, hat ein Wahrsager Julius Caesar im Jahr 44 vor Christus wiederholt gewarnt: „Hüte Dich vor den Iden des März!“

Warum hat die erste Volkspartei in Deutschland, die heute zweitstärkste Partei in Deutschland und in Hessen, im März 2008 die Warnungen nicht hören wollen, die sie von allen Seiten erreicht haben – nicht nur vom politischen Gegner, auch vom Koalitionspartner, von Meinungsforschern und von prominenten Genossen?

So ist die politische Kultur in unserem Land auf den absoluten Nullpunkt geführt worden: Wieder und wieder vor der Wahl und auch nach der Wahl wurde das Versprechen wiederholt, dass es keine Zusammenarbeit mit der Linken geben werde. Dann das Plaudern des Bundesvorsitzenden über mögliche Optionen, das kryptische Interview zur „nicht aktiven Zusammenarbeit“ und schließlich das Outing der selbsternannten Siegerin in Hessen, dass es leider nicht möglich sei, ein Wahlversprechen zu halten.

War dies die höchstmögliche Form des Dilettantismus oder die perfekte Umsetzung der Spieltheorie in politische Praxis? Das stehe dahin. Es bleibt festzustellen, dass es in unserem Land Politiker gibt, für die ein Versprechen nichts mehr gilt, weil es nichts mehr zu kosten scheint – nicht einmal mehr Vertrauen, weil der Wähler ja so schnell vergisst. Es gibt Politiker, die schon bei der Formulierung ihrer Versprechen entschlossen sind, sie zu brechen, ja schlimmer noch: die den Effekt des Schwurs kühl einkalkulieren, um damit die Stimmen zu fangen, auf deren Basis sie dann die Täuschung politisch ummünzen wollen. Das muss man leider seit den Vorkommnissen in Hessen auch von den Beteuerungen derer befürchten, die nach wie vor für den Bund kategorisch ausschließen, was in einem Land möglich sein soll. Die letzten Umfragen zeigen, dass dies in Deutschland immer weniger glauben können, nicht einmal mehr die Mehrheit der eigenen Mitglieder und der Funktionäre.

Wer wird also für den „Caesar“ unserer Tage schließlich der Brutus sein, dieser „ehrenwerte Mann“ (William Shakespeare, Julius Caesar, III. Akt, 2. Szene)?

Der Rücktritt vom Versuch in Hessen war höchst unfreiwillig, nicht anderes als eine hilflose Reaktion auf die desaströsen Konsequenzen des von höchster Stelle gebilligten Irrweg für die Bundespartei und den Bundesvorsitzenden in den Umfragen. Und er war die Folge eines Aufstands des Gewissens bei einer Abgeordneten – einer einzigen, die reichlich spät, aber eben nicht zu spät, den Mut aufgebracht hat, sich dem Anschlag auf die politische Kultur zu widersetzen und auch den dreisten Forderungen widerstanden hat, ihr Mandat aufzugeben.

Diese Tage des Jahres 2008 um die „Iden des März“, also um den 15. März herum, beweisen wieder einmal, wie schwer es fällt, aus den Fehlern anderer zu lernen, wenn es um die eigene Karriere, den eigenen Machtanspruch geht. Sie beweisen, dass es noch einen Rest an individueller Anständigkeit im politischen Betrieb gibt, der stark genug ist, sich zu behaupten, selbst wenn der Machthunger Vernunft und politischen Anstand völlig zu verschlingen droht und die Unabhängigkeit von Abgeordneten mit Füßen tritt.

Sozialpolitik wurde übrigens auch gemacht: Die Koalition hat eine Reform der Pflegeversicherung beschlossen und damit wieder einmal „Handlungsfähigkeit bewiesen“. Und das Jubiläum der Agenda 2010 wurde gefeiert, vor allem von denen, die vor fünf Jahren noch in der Opposition waren. Die neue Oppositionspartei stellt die Frage nach der sozialen Gerechtigkeit. Eine Rentenerhöhung um 1,1 Prozent für die nächsten zwei Jahre ist keine ausreichende Antwort.

Guter Rat ist nicht teuer

(April 2008)

Das „laterale Denken“ wird von Beratern als eine Methode gepriesen, mit der die Arbeit in Organisationen jeder Art wesentlich verbessert werden kann. Unternehmensberater beziehen die Legitimation für ihre Tätigkeit aus dieser Methode und die Erfahrung lehrt, dass damit in der Tat die Qualität von Entscheidungen positiv beeinflusst werden kann, wenn die Betroffenen, also die Insider, die Souveränität besitzen, scheinbar dumme Fragen und überraschende Antworten von außen zu akzeptieren.

Dies gilt auch in der Politik, kommt dort aber selten vor. Denn Politiker haben es nicht gern, wenn ihnen von außen Ratschläge gegeben werden – von ehemaligen Kollegen oder gar von Fachleuten, die sie nicht selbst als Berater erkoren haben.

Die Folgen dieser Verweigerungshaltung sind jeden Tag an den Ideen und den Ergebnissen des politischen Prozesses abzulesen. Immer häufiger reiben sich politisch erfahrene und fachkundige, aber nicht mehr in der politischen Verantwortung stehende Beobachter verwundet die Augen: Ist das wirklich ernst gemeint?

- Eine zeitlich befristete Rentenerhöhung, die für die Betroffenen im Durchschnitt weniger als 10 Euro im Monat bringen wird.
- Ein „Gesundheitsfonds“, den niemand will, niemand versteht und der die gesetzliche Krankenversicherung in unserem Land nicht voranbringen wird.
- Ein Rauchverbot in Bierzelten, das schon nach wenigen Wochen wieder ausgesetzt wird.
- Der untaugliche Versuch, die Milliardenverluste einer Landesbank der Öffentlichkeit in homöopathischen Dosen und zu einem politisch opportunen Zeitpunkt zu präsentieren.
- Die öffentliche Vorführung von vier Ressortchefs der Bundesregierung durch den Bundesfinanzminister.
- Der spontane Ausschluss eines Olympiaboykotts zur Unzeit und das krampfhaft, ja verkrampfte Festhalten an einem Fackellauf von Olympia über Tibet nach Peking.

Neue Beispiele kommen fast jeden Tag hinzu und damit wird das Dickicht aus politischen Verirrungen immer undurchdringlicher.

Ist das nicht vermeidbar?

Sicher, aber das würde voraussetzen, dass sich die politisch Verantwortlichen, wie auch das Führungspersonal in Wirtschaft und Nicht-regierungsorganisationen, nicht auf ihre fatale Insiderposition zurückziehen würden. Wer *richtige* Entscheidungen treffen will, darf sich nicht die Ausrede gestatten, dass die Argumente derer da draußen zwar etwas für sich haben mögen, aber eben die „immanenten Zwänge“ verkennen, die man berücksichtigen müsse.

Wer die Richtigkeit einer Entscheidung zur Disposition stellt, ihr die Chance der Verwirklichung nimmt,

- weil (irgend)eine Lösung besser sei als keine Lösung,
- weil die Zeit drängt oder
- weil Handlungsfähigkeit demonstriert werden müsse,

mag als „Manager“ den oberflächlichen Betrachter beeindrucken, verfehlt aber seinen Auftrag und seine Verantwortung, wo immer er steht.

Sozial ist, was Wahlen gewinnt

(Mai 2008)

Ein renommierter deutscher Staatsrechtslehrer hat einmal die These aufgestellt, dass die größte Gefahr für den Bestand unserer Demokratie die Sozialpolitik ist. Diese mutige und richtige Behauptung ist Jahrzehnte lang von interessierter Seite als Polemik diskreditiert worden. In diesen Wochen häufen sich die Beweise für ihre Richtigkeit:

- In den USA wird von den beiden demokratischen Bewerbern um das Präsidentenamt innenpolitisch das Thema Krankenversicherung in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung gestellt und mit Hinweisen auf programmatische Defizite des einen Kandidaten und auf mangelnde Ernsthaftigkeit der anderen Kandidatin verbunden.
- Bei uns gerät der bisher von jeder politischen Richtung zitierte Satz „Sozial ist, was Arbeit schafft“, immer mehr in die Gefahr, als dreiste Mogelpackung etikettiert zu werden. Denn die Fülle der politischen Vorhaben für die letzten Monate vor einer Landtagswahl in einem großen Land und das letzte Jahr vor der Wahl zum Bundestag scheinen alle nach der Devise gestrickt zu sein, „Sozial ist, was Wahlen gewinnt“:
 - Die Pendlerpauschale ab dem ersten Kilometer,
 - die Pendlerpauschale für Geringverdiener,
 - die Anhebung der Mindestrenten aus Steuermitteln für langjährige Beitragszahler,
 - die Erhöhung von Kinder- und Wohngeld,
 - die Kampagne für einen gesetzlichen Mindestlohn und zuletzt
 - der Ruf nach einer Steuerreform, die mehr soziale Gerechtigkeit schaffen soll.

Die akute Gefahr des vermeintlich sozialen Gewissens der Politik für unsere Demokratie konnte durch nichts besser nachgewiesen werden als durch die harsche spontane Reaktion des Bundesfinanzministers auf die Steuerpläne der CSU und die auf dem Fuß folgende Korrektur durch seinen Parteivorsitzenden: Der Verantwortliche für den Bundeshaushalt hat sofort erkannt, dass damit das wichtigste innenpolitische Ziel der Koalition, die Sanierung des Haushalts, massiv gefährdet wird. Als stellvertretender Parteivorsitzender musste er auch zeigen, dass er

den wahltaktischen Hintersinn seiner bayerischen Kollegen sehr wohl durchschaut hat. Aber der Chef der sozialen Demokratie in Deutschland konnte nicht zulassen, dass sich eine „konservative Regionalpartei“ sozialdemokratischer geriert als die SPD.

Damit ist heute schon eines klar: An den Problemen der Sozialpolitik werden sich die bevorstehenden Wahlen nicht entscheiden. Denn die Bürger spüren, dass aus allen politischen Richtungen wohlriechende Leimruten ausgerollt werden, denen das Etikett „sozial“ gemeinsam ist.

Und die Alternative? Was bleibt dem Bürger am Wahltag? Der Wahlboykott, die Abwendung von einem Staat, der seine Bürger abhängig macht vom süßen Gift des „Sozialen“? Dann würde *Leisner* auf eine Weise recht behalten, die er nicht im Sinn hatte.

Am Anfang des Sozialstaats Deutschland standen der Schutz und die Förderung derer, die sich nicht selbst helfen konnten. Heute ist Sozialpolitik in allen Parteien der fatale und zum Scheitern verurteilte Versuch, sich alle, die sich irgendwie unterprivilegiert fühlen, gewogen zu machen. Das ist nicht „sozial“, sondern kühl kalkuliert und schadet der Demokratie.

Reifeprüfung

(Juni 2008)

Im Mai 2009 wird der Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland eine späte Reifeprüfung abverlangt werden. Die Bedingungen für diesen Test sind erschwert, weil nicht alle stimmberechtigten Bürger, sondern nur die Mitglieder der Bundesversammlung dafür zugelassen sein werden. Es wird dann um die Frage gehen, wer unseren Staat und unsere Gesellschaft weitere fünf Jahre im Inland und im Ausland repräsentieren soll. Wenn man den Umfragen glauben darf, sind vier Fünftel der Deutschen heute der Meinung, dass Horst Köhler ein guter Bundespräsident ist. Es ist nicht davon auszugehen, dass sich diese Einschätzung in den nächsten zwölf Monaten verändern wird. Und doch wird er Konkurrenz bekommen. Seine Gegenkandidatin aus dem Jahr 2004 wird sich erneut zur Wahl stellen.

Dies ist, mit der abstrakten demokratischen Elle gemessen, ein ganz normaler Vorgang: Warum soll sich ein Amtsinhaber, auch wenn er bisher sehr erfolgreich war, nicht mit einem Gegenkandidaten, einer respektablen Gegenkandidatin, auseinandersetzen? In der konkreten

politischen Lage unseres Landes bekommt dieser Vorgang eine völlig andere Dimension:

- Da gibt es eine Partei, die sich noch immer als „Volkspartei“ bezeichnet, obwohl ihr zur Zeit nur wenig mehr als 20 Prozent der Bürger ihr Vertrauen schenken, die alle Möglichkeiten ausschöpft, sich dem politischen Exitus zu entziehen.
- Da gibt es eine Partei, die in der politischen Geschichte blättert und entdeckt, dass die Wahl eines Bundespräsidenten, so unpolitisch dieser Vorgang auch erscheinen mag, die politischen Verhältnisse in unserem Land doch massiv verändern kann.
- Da gibt es eine Partei, die mit ihrem gegenwärtigen Führungspersonal alles andere als attraktiv auftritt und sich mit einer „Libera“ davon ablenken und wieder in die politische Offensive bringen will.
- Da gibt es eine Partei, die spürt, dass der amtierende Bundespräsident die seltene Gabe hat, die dumpfen Ängste der Bürger vor einer globalisierten Wirtschaft aufzunehmen, die Ursachen dafür und ihre Berechtigung mit großem Sachverstand und großer internationaler Erfahrung zu bewerten und zu erklären und die politisch Verantwortlichen in unserem Land in die Verantwortung zu rufen. Und dieser Bundespräsident hat auch den Mut, perverse Verirrungen der Kreditwirtschaft anzusprechen und ethisch zutreffend einzuordnen. Er spricht die Themen an, die wirklich die soziale Sicherheit und die soziale Gerechtigkeit in unserem Land betreffen.

Es wäre ein Zeichen politischer Reife unserer Gesellschaft und politischer Klugheit einer sicher hervorragenden Persönlichkeit, wenn diese in eine zweite Runde gelockte Kandidatin ganz einfach erklären würde, gegen einen solch erfolgreichen Bundespräsidenten nicht anzutreten, auch weil die demokratische Basis für eine solche Kandidatur zu schwach ist. Aber vielleicht ist das, nur knapp 60 Jahre nach Gründung unseres Staates, zu viel verlangt. Zu frisch mag für viele der verantwortlichen Akteure des kleineren Koalitionspartners noch die Erinnerung an das Jahr 1969 sein: Damals hat sich in der Geschichte unseres Landes das erste Mal bestätigt, dass in einer großen Koalition eben nur eine Partei gewinnen kann und eine verlieren muss.

Die Versuchung, das Blatt noch zu wenden mit einem politischen Trick, ist wohl zu groß: Es gibt Situationen im politischen, wie im privaten Leben, in denen keine Beteuerungen oder gar Schwüre mehr davon ablenken können, was längst unaufhaltsam auf dem Weg ist. Es ist schlicht unanständig, auf einem Parteitag noch einmal zu versichern, dass es eine Zusammenarbeit mit der Linken nicht geben wird und

zugleich damit zu spekulieren, dass die Wahl einer Bundespräsidentin eine neue Legitimation für eben dieses Bündnis geben könnte.

Die Quadratur des Kreises

(Juli 2008)

... Und wieder die Iren! Das offizielle Europa hat sich mit Vorwürfen und Drohungen überboten gegen dieses so undankbare Volk, das doch am meisten von der Gemeinschaft profitiert hat und nun schon zum zweiten Mal den Fortschritt in Europa verhindert.

Die Iren sollten sich einfach für einige Jahre aus der europäischen Integration ausklinken, riet der deutsche Außenminister schnell, forsch und knapp. Hätte er doch vor diesem Schnellschuss kurz mit der Bundeskanzlerin telefoniert. Sie hätte ihm gesagt, was sie dann der europäischen Öffentlichkeit wohltuend klar und definitiv vermittelt hat: Das kommt nicht in Frage. Wir brauchen auch die Iren auf dem weiteren Weg der Europäischen Union. Damit hat die Bundeskanzlerin mit Augenmaß für die politische Dimension des Problems dazu beigetragen, dass das aus vielen Krisen unserer Gemeinschaft vertraute Rezept rasch wieder gefunden worden ist: Keine Panik, Ursachen erforschen, Zeit geben und Lösungen finden. Ein zweites Referendum? Nachverhandlungen? Einige Opting Outs für die Iren?

Nach jahrzehntelanger Erfahrung mit dem Krisenmanagement in der Gemeinschaft spricht Vieles dafür, dass die Iren an Bord bleiben und der Reformvertrag doch noch in Kraft gesetzt werden kann. Es wird ein Weg gefunden werden, auch diesen „Unfall“ zu reparieren; mit ein paar Protokollen und Erklärungen und wahrscheinlich mit einem zweiten Referendum.

Aber dürfen wir uns damit zufriedengeben? Haben wir damit wirklich die Botschaft verstanden, die uns die Unionsbürger bei verschiedenen Gelegenheiten in unterschiedlichen Mitgliedsstaaten immer wieder vermitteln? Ich fürchte nein.

Sicher, die Verträge sind viel zu kompliziert, die wenigsten haben sie gelesen, geschweige denn verstanden. Die Bürger wissen zu wenig über die Vorteile, die sie der Gemeinschaft zu verdanken haben. Sie haben keine klare Vorstellung davon, wie sich ihr Leben zum Nachteil verändern würde, wenn es EG und EU nicht mehr gäbe und sie können nicht nachvollziehen, warum gerade dieser Reformvertrag jetzt kommen muss. Die Ursachen dafür liegen in längst erkannten

Versäumnissen und psychologischen Fehlern der Politik in den Mitgliedstaaten und Defiziten im Informationsverhalten der Organe der Gemeinschaft.

Aber das Kernproblem ist, dass die Mehrheit der Unionsbürger das Hauptanliegen des Reformvertrages nicht teilt, die Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit der Organe der Union zu verbessern. Sie fürchten, dass sie damit immer mehr von einer fernen und anonymen politischen Maschinerie gelenkt werden, auf die sie kaum Einfluss haben und die jetzt über Mehrheitsentscheidungen für die nationalen Interessen noch gefährlicher wird. Sie spüren, dass der Verlust an Bürgernähe einer solchen Politik, der Kompetenzverlust von Kommunen, Ländern und Mitgliedstaaten durch abstrakte Prinzipien, wie die Subsidiarität, und machtlose Einrichtungen, wie einen Ausschuss der Regionen, nicht ausgeglichen werden kann. Die Bürger wollen, dass Europa funktioniert, aber möglichst ohne zu merken, dass es dieses Europa und seine Bürokratie gibt. Auch eine stärkere „soziale Dimension“ der Gemeinschaft, die jetzt im Vorwahlkampf in Deutschland gefordert wird, würde daran nichts ändern.

Diese „Quadratur des Kreises“ ist die eigentliche Herausforderung, der wir uns endlich stellen müssen.

Leistung

(August 2008)

Was ist „Leistung“?

Der Physiker beantwortet diese Frage ganz klar: „Leistung ist Arbeit pro Zeit“. Aber das hilft uns im normalen Leben nicht weiter. Denn nicht immer geht es um Arbeit und oft spielt die Zeit keine Rolle, wenn es um die Beurteilung menschlichen Tuns geht. Für den Laien, den einfachen Bürger, ist „Leistung“ einfach eine „gute Leistung“.

Und was ist eine gute Leistung? Diese Frage begegnet uns in diesen Tagen der Olympischen Spiele zu jeder Stunde: Reporter und Moderatoren, Funktionäre und die Sportler selbst ringen, oft recht hilflos, um die richtige Antwort.

- Ist ein Ergebnis mit persönlicher Bestleistung, aber eben außerhalb der Medaillenränge, noch eine „Leistung“, die bei den olympischen Spielen zählt?
- Ist ein zweiter Platz noch eine Leistung, auf die man stolz sein kann, wenn man vor dem Wettkampf der erklärte Favorit für den Sieg war?

- Ist die unerwartete Qualifikation für die zweite Runde eine bemerkenswerte Leistung, wenn dann das „Aus“ folgt?

Wer hat das Recht, darauf eine kompetente Antwort zu geben?

- Die sogenannten „Experten“ in den Medien, die vor dem Ereignis die Erwartungen schüren, um das Interesse des Publikums anzuheizen und dann rasch mit vernichtenden Urteilen, wie „Debakel“ oder „Blamage“ bei der Hand sind?
- Die Funktionäre, die um Job und Fördergelder fürchten müssen, wenn die Ergebnisse nicht den Erwartungen entsprechen?
- Oder vielleicht doch die Sportler selbst, die doch am besten wissen, wie gut ihre Vorbereitung, ihre Form vor dem Wettbewerb war, welche gesundheitliche Risiken sie eingegangen, mit welchen Zweifeln oder gar Ängsten sie an den Start gegangen sind? Kaum einer, der nicht den selbst erhofften Erfolg erzielen konnte, bekennt sich in der Enttäuschung zum olympischen Motto: „Dabei sein ist wichtig“ – Es wäre wohl das Ende seiner Karriere als Spitzensportler.

Und wie ist es im richtigen Leben, also außerhalb der Welt der Champions? Auch dort würde das bloße Bekenntnis zum „Dabeisein“ als Lebensmotto ohne weitere Ambitionen auf Unverständnis stoßen – zu Recht. Denn jedem von uns ist aufgegeben zu versuchen, aus seinen Anlagen, die ihm in dieses Leben mitgegeben worden sind, das Beste zu machen, seine Chancen zu nutzen, zum eigenen Vorteil und zur Entlastung von Familie, Freunden und der öffentlichen Einrichtungen von Hilfsleistungen, die nicht notwendig sind.

Aber wer bestimmt, was „das Beste“ für den einzelnen ist, welche Leistungen er sich abverlangen soll?

- Die Eltern, der Partner, die Familie?
- Die „Experten“ in Lifestyle-Magazinen?
- Ökonomen, Bildungsplaner oder Statistiker?
- Oder gar die Politik?

Ist es nicht der selbstverantwortlichen Lebensplanung des Einzelnen überlassen, wie er konkret, wo und wie lange er seine Talente einsetzen will, wenn er es nur tut? Wir sollten uns dagegen wehren, mit ständig neuen, oft widersprüchlichen Lebensentwürfen Dritter überzogen zu werden.

Im Übrigen: Parteivorsitzende sollten es sich versagen, die „Lebensleistung“ eines verdienten Politikers zu bewerten und für noch parteitauglich zu erklären. Sie könnten zu hören bekommen, wie viel unnütze Zeit diese mit der Arbeit in Parteigremien verbracht haben.

Europa ganz sozial

(September 2008)

Das ist neu: Die Europäische Union läuft, von vielen unbemerkt, den Mitgliedstaaten in der Sozialpolitik den Rang ab. Die deutsche Präsidentschaft hatte im vergangenen Jahr bewusst die großen Erwartungen an einen wesentlichen Fortschritt auf diesem Feld gedämpft. Die „Berliner Erklärung“ war deshalb auch sozialpolitisch fast neutral. Nun hat die Kommission im Juli 2008 auf der eher schwachen Kompetenzgrundlage der geltenden Verträge eine sozialpolitische Initiative auf den Weg gebracht, die Respekt abnötigt. In realistischer Einschätzung ihrer Möglichkeiten, die trotz der nach wie vor umstrittenen und von vielen Mitgliedstaaten bestrittenen „offenen Methode der Koordinierung“ eher beschränkt sind, werden die wichtigsten Politikfelder in den Blick genommen:

- Die stärkere Förderung von Kindern und Jugendlichen.
- Die Schaffung von mehr und besseren Arbeitsplätzen.
- Die Mobilität auf allen Gebieten anregen und verbessern.
- Die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung.
- Die wirksamere Bekämpfung der Diskriminierung der Geschlechter.
- Die Verbesserung von Chancen und Zugangsmöglichkeiten in der Bildung.
- Die Bekämpfung von Diskriminierungen außerhalb von Arbeit und Beruf.
- Die Schärfung der Patientenrechte in der Gesundheitsversorgung.
- Die Verbesserung der Funktionsweise der Europäischen Betriebsräte.
- Die Mobilisierung der verschiedenen EU-Fonds und des Programms PROGRESS.
- Die Ausweitung des Sozialen Dialogs.
- Die Förderung von Solidarität in der Arbeitswelt.

Besonders beeindruckend ist dabei, dass sich diese Mitteilung der Kommission nicht auf politische Obersätze beschränkt, sondern ganz konkrete Maßnahmen vorschlägt, die innerhalb eines verbindlichen und sehr ambitionierten Zeitplans verwirklicht werden sollen.

Die Erfahrung lehrt, dass über diese Vorschläge noch mehrfach der Rasenmäher der Subsidiarität geschoben werden wird und viele leuchtende Blüten dieser Initiative dies nicht überleben werden. Aber das wird den Wert dieses mutigen Vorstoßes der Kommission nicht mindern – ganz im Gegenteil:

Die politische Debatte in den Mitgliedstaaten über soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit wird nicht nur in Deutschland überschattet, ja gelähmt von einem offenkundigen Dilemma: Noch ist die Auseinandersetzung über die Frage, warum der wirtschaftliche Aufschwung der letzten Jahre die Bürger kaum erreicht hat, nicht beendet, da treibt die Verfechter des verteilenden Sozialstaates die Sorge um, wie es gelingen kann, die geltenden Sozialstandards über den kommenden Abschwung zu retten.

Dies ist nicht die Zeit für zukunftsgerichtete Konzeptionen oder gar Visionen, allenfalls für abwegige Dauerbrenner, wie den gesetzlichen Mindestlohn und viele sozialpolitische Gemeinplätze. Aber das wird nicht reichen: So hat z. B. die Sozialdemokratie in Deutschland in diesen Tagen ihr sozialpolitisches Konzept zunächst einmal der scheinbaren Lösung der Führungsfrage geopfert. Das wird weder die Götter, noch die Mitglieder und schon gar nicht die Wähler besänftigen. Sie wollen wissen, wo und wie laut das soziale Herz in dieser „neuen“ Führung schlägt.

Wenn das die sichtlich stolzen neuen Akteure nur selbst so genau wüssten. Sie sind noch immer erschüttert, aber auch überwältigt vom überraschenden Ergebnis dieser unsichtbaren und konsequent totgeschwiegenen Regie am idyllischen Schwilowsee. Brutus in Brandenburg?

Schadenfreude

(Oktober 2008)

Auf einem Flug von Brüssel nach Berlin habe ich die Weekendausgabe einer englischen Zeitung durchgeblättert. In einem Artikel über die Krise der Finanzmärkte bin ich an einem deutschen Wort hängen geblieben: „Schadenfreude“.

Ich wusste nicht, dass auch dieser Begriff, neben dem „kindergarten“ und dem „rucksack“ in den angelsächsischen Sprachgebrauch Eingang gefunden hat und habe mich gefragt, ob es wohl daran liegt, dass Schadenfreude eine typisch deutsche Eigenschaft ist.

Wer das geradezu groteske Verhalten des tatsächlichen Wahlverlierers in Bayern mitverfolgt hat, könnte tatsächlich auf diese Idee kommen: Wer als Spitzenkandidat einer Volkspartei das schlechteste Wahlergebnis aller Zeiten zu verantworten hat, hätte gut daran getan, das einzugestehen und die politische Bühne zu verlassen. Aber wer hätte

erwartet, dass der Wahlverlierer des Jahres 2005 auf Bundesebene seinen Meister in seiner eigenen Partei in Bayern finden würde? Wie ist es mit dem Respekt vor dem Wähler vereinbar, in einem Nebensatz einzuräumen, dass man sich schon ein etwas besseres Wahlergebnis erwartet hätte, obwohl man doch den Machtwechsel angestrebt hatte? Und welches Selbstverständnis der eigenen politischen Tätigkeit spiegelt das Geständnis wider, über den Absturz der Regierungspartei die reinste Freude empfunden zu haben, auch wenn im Saldo keine einzige zusätzliche Stimme bei der eigenen Partei gelandet ist?

Auch die spontanen Reaktionen der Linken im Deutschen Bundestag auf die Nöte einiger deutscher Banken, des Bankensektors weltweit und der globalen Finanzwirtschaft waren nicht getrieben von der Sorge um die Folgen daraus für die Bürger, für die soziale Ordnung in unserem Land, sondern von ungeschminkter Schadenfreude. Die späteren Einlassungen, notdürftig taktisch geschminkt, konnten das nicht mehr übertünchen.

Es ist zuzugeben, dass unangemessene politische oder ökonomische Überheblichkeit ein Gefühl der Genugtuung geradezu provoziert, wenn die Wähler oder der Markt dafür die richtige Quittung ausstellen. Aber dürfen sich politische Mandatsträger, die doch dem Gemeinwohl verpflichtet sind, eine solche Reaktion erlauben, ihre Antwort darauf beschränken?

Wer die Niederlage des politischen Konkurrenten oder die schädlichen Auswirkungen einer aus den Fugen geratenen, in ihrem Ansatz aber richtigen ökonomischen Ordnung feiert, sich darüber ganz einfach nur freut, hat jeden Anspruch darauf verspielt, in Zukunft in seinem sozialen Engagement, seinem Einsatz für soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit noch ernst genommen zu werden. Denn er weicht der Frage aus, warum es ihm nicht gelungen ist, seine eigenen Vorstellungen einer politischen und wirtschaftlichen Ordnung durchzusetzen.

Auf die treuherzige Beteuerung „wir haben verstanden“, hat seit der Bayernwahl weder Links noch Rechts ein Urheberrecht. Beide politische Lager müssen sich jetzt der Frage stellen, ob sie es mit ihren Eingeständnissen wirklich ernst meinen, oder ob sie die Botschaft der Bürger tatsächlich immer noch nicht verstanden haben.

Wir warten gespannt auf die Antwort und darauf, ob die Urheber der Finanzkrise endlich aus ihren Wahn- und Fieberträumen gerissen und in den Alltag zurückgeführt worden sind, wo der Erfolg, der ehrliche Gewinn, von harter Arbeit und lebenslanger Leistung abhängen und nicht von der zweifelhaften Begabung der Verführung. Soziale Verant-

wortung darf auch in der Welt derer, die mit Aktien, Fonds, Derivaten und Zertifikaten handeln, in Zukunft kein Fremdwort mehr sein.

Krisenfest

(November 2008)

Die soziale Sicherheit in Deutschland und Europa war noch nie so bedroht wie heute: Die Krise der globalen Finanzmärkte, existenzbedrohende Probleme des gesamten Bankensektors und ein weltweiter Rückgang der Konjunktur und des wirtschaftlichen Wachstums kennzeichnen die negativen Rahmenbedingungen für die Sozialordnung.

Wie reagiert die Politik auf diese Herausforderung? Auf diese Frage gibt es nur eine klare Antwort: verantwortungsbewusst, entschlossen und umsichtig. Dies gilt für die Maßnahmen der großen Industrienationen und der Schwellenländer, für Weltbank und Internationalen Währungsfonds, die Europäische Zentralbank, die Europäische Kommission, den Europäischen Rat und die politischen Instanzen unseres Landes.

Wie kommt das? „Veränderung ist eine Funktion von Dringlichkeit“, lautet ein Lehrsatz der Psychologie, der längst zu einem Axiom der Politik geworden ist. Die Risiken der gegenwärtigen Situation treffen alle. Niemand kann sich eine begründete Hoffnung machen, eine realistische Chance ausrechnen, ungeschoren davon zu kommen oder gar aus der Krise Kapital zu schlagen. Das gilt für alle Beteiligten des Wirtschafts- und Finanzgeschehens und alle politischen Verantwortlichen weltweit. Es geht um Alles oder Nichts.

In dieser bedrohlichen Lage wird von den politischen Instanzen des demokratischen Spektrums in unserem Land ein bisher nicht bekanntes Ausmaß an Geschlossenheit bei der Verantwortung für die soziale Sicherheit unserer Bürger an den Tag gelegt. Dabei geht es nicht um die Neuauflage einer Sozialpolitik auf Kredit, mit der vor mehr als zwei Jahrzehnten in der Endphase der sozial-liberalen Koalition auf vergleichsweise kleine Probleme reagiert worden ist. Ordnungspolitisch richtig wird versucht, die unverzichtbare Basis für soziale Sicherheit zu befestigen – die reale Wirtschaft und die sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze. Die Bundesregierung, die Koalitionsfraktionen im Bundestag und die Länder im Bundesrat haben dabei in Rekordzeit Gesetze auf den Weg gebracht, die nicht als Aktionismus abgetan werden können, sondern Steuerungswirkung erwarten lassen.

Dabei kann ein Instrument helfen, das bisher im Wesentlichen nur in der politischen Theorie und in einigen Reden auf Parteitage propagiert worden ist: die „vorbeugende Sozialpolitik“. Was ist das? Es ist der Versuch, soziale Risiken durch zielgenaue präventive Maßnahmen des Gesetzgebers und der Sozialverwaltung zu bekämpfen, zu begrenzen oder gar zu verhindern, bevor sie entstehen oder sich zuspitzen.

Wie geht das in der politischen Praxis? Die Koalition hat Maßnahmen beschlossen, die jedenfalls geeignet sind, die soziale Ordnung in unserem Land krisenfester zu machen und tiefe Einschnitte in soziale Leistungen als Folge des Konjunkturerinbruchs oder gar einer Rezession zu vermeiden:

- Die Verlängerung der Bezugsdauer des Kurzarbeitergeldes auf 18 Monate für ein Jahr.
- Die freie Förderung im Bereich der Grundsicherung für Arbeitslose.
- Ein Programm für Qualifizierung statt Entlassung.
- Die Erhöhung der Anzahl von Arbeitsvermittlern bei den Arbeitsagenturen.
- Ein Familienleistungsgesetz, mit dem die Familien in unserem Land um mehr als zwei Milliarden Euro pro Jahr entlastet werden sollen.

Dies ist sicher nicht der Stein der Weisen, aber ein guter Anfang für eine zukunftssichere Sozialpolitik in Deutschland.

Die Renaissance des Staates

(Dezember 2008)

2008 wird in die Geschichte unseres Landes als das Jahr der Renaissance des Staates eingehen. Ist das gut oder schlecht?

Gut ist, dass die Organe unseres Staates in einer weltweiten Krise der Finanzmärkte und am Abgrund einer globalen Rezession bewiesen haben, dass der demokratische und soziale Rechtsstaat keine Schönwetterveranstaltung ist. Das war nicht immer so: Seit dem politischen Neubeginn in Deutschland vor mehr als einem halben Jahrhundert, bei dem die staatlichen Instanzen durch die Bekämpfung der blanken Not und ordnungspolitische Richtungsentscheidungen die Basis für soziale Sicherheit, soziale Gerechtigkeit und breiten Wohlstand geschaffen gelegt haben, hat „der Staat“ mehr und mehr an Boden verloren gegenüber den Selbstheilungskräften der Wirtschaft und den gesellschaftlichen Mächten. Einzige Ausnahme war die innere Sicherheit, auf deren Feld der Staat den Rückenwind der Terrorgefahr bis an die

Grenze des rechtstaatlich Zulässigen genutzt und damit seine Macht demonstriert hat.

Schlecht ist, dass „die Gesellschaft“ in den Monaten der Krise jedenfalls bisher und überwiegend den Beweis dafür schuldig geblieben ist, dass der Freiraum, den sie sich über Jahrzehnte hinweg gegenüber „dem Staat“ erstritten hat, von einem ständigen Bewusstsein der Verantwortung in der Freiheit begrenzt wird. Damit sind nicht die Bürger gemeint, die in der Krise des Geldes, auch ihres Geldes, bisher erstaunliche Gelassenheit, aber auch ökonomische Reife und Augenmaß bewiesen haben. Letzteres hätte manchem Investmentbanker gut angestanden. Dieses panikferne Verhalten der Bürger ist der beste Beweis für ein von vielen Demoskopen immer wieder angezweifelt Grundvertrauen in unsere Staats- und Gesellschaftsordnung und auch in handelnde Politiker. Es wäre gut, wenn dies in den politischen Parteien, in den Medien und in den vielfältigen Interessengruppen in unserem Land auch einmal neidlos und nachhaltig positiv gewürdigt würde. Aber dies geschieht nicht und dies ist das Problem:

Es schadet dem Zusammenhalt in unserem Land, dass der gesellschaftliche, mediale und politische Konsens über die Souveränität, in der innerhalb kürzester Zeit die richtigen Maßnahmen zur Beherrschung der Folgen der Finanzkrise beschlossen und vollzogen worden sind, schon nach wenigen Tagen aufgekündigt worden ist.

Es ist staatspolitisch höchst gefährlich, dass bei der Bekämpfung der Rezession selbst ein minimaler Grundkonsens nicht mehr erkennbar und wohl auch nicht gewollt ist.

Es ist billig, den Widerstand der Kanzlerin gegen konjunkturpolitischen Aktionismus in der EU als Beweis für den Verlust ihrer Führungsrolle in Europa zu missbrauchen.

Es ist scheinheilig und intellektuell indiskutabel, der Bundesregierung einen Verrat an den klimapolitischen Zielen vorzuwerfen, wenn es um die Sicherheit von Millionen von Arbeitsplätzen geht. Der Premierminister des Finanzplatzes Luxemburg ist dafür als Kronzeuge höchst ungeeignet.

Wir brauchen eine Antwort der Gesellschaft auf die Renaissance des Staates. Solidarität darf nicht nur eine Maxime des Sozialstaates bleiben.

Wo finde ich ...

A

- Abgabenlast 39
- Abgase 38
- Abgeordnete 166
- Abgeordnetengesetz 110
- Abschwung 175
- Abseits 116
- Absurdistan 3
- Acquis 44
- Ängste 170
- Affäre 34
- Afrika 145
- Agenda 29, 44, 65, 66, 78, 81, 82, 102, 116, 118, 166
- AIDS 65
- Akademiker 114
- Aktien 177
- Aktionismus 19, 177
- Akzeptanz 114, 130
- Alphatier 137
- Alt 30, 47
- Alterssicherung 15, 47, 48, 58
- Altersteilzeit 9, 94
- Ambulante Hilfen 9, 58
- Amsterdam 7, 14, 42
- Ämtliche Gewähr 25
- Angestellte 46
- Angst 30, 46, 52
- Anstand 137, 166
- Antidiskriminierung 43
- Anwartschaften 66
- AOK 82
- Arbeit statt Sozialhilfe 7
- Arbeit 14, 16, 22, 25, 32, 36, 42, 58, 68, 69, 75, 77, 80, 90, 122, 127, 132, 139, 143, 144, 150, 156, 161, 166, 168, 172, 173, 174, 176
- Arbeiter 46
- Arbeiterpartei 141
- Arbeitgeber 34, 54
- Arbeitnehmer 28, 47, 54, 55
- Arbeitsagenturen 178
- Arbeitsbesitzer 107
- Arbeitsförderung 20, 55
- Arbeitskräfte 57
- Arbeitslosengeld II 98
- Arbeitslosenhilfe 29, 54
- Arbeitslosenversicherung 16, 31, 161
- Arbeitslosigkeit 17, 29, 37, 57
- Arbeitsmarkt 29, 40, 43, 58, 161
- Arbeitsplätze 7, 43, 174
- Arbeitsrecht 43
- Arbeitsressorts 36
- Arbeitsschutz 43
- Arbeitsunfälle 66
- Arbeitsvermittler 178
- Arbeitsverwaltung 36
- Arbeitswelt 46, 80, 100, 122, 174
- Armut 16, 65, 140, 174
- Armutsbericht 16
- Ärzte 10, 24
- Ärztemangel 63
- Aschermittwoch 110
- Asyl 9, 13, 15, 42, 43, 47
- Asylbewerberleistungsgesetz 9, 10, 34
- Asylkompromiss 48
- Atempause 22
- Atomausstieg 68
- Attac 96
- Attraktivität 13, 37
- Aufenthaltsrecht 57
- Aufgabenkritik 45
- Aufschwung 161
- Augenmaß 44, 50, 121, 122, 128, 150, 171, 179
- Auftrag 58, 110, 159, 160, 168
- Ausbildung 36
- Ausbildungsplätze 161
- Ausbildungsplatzabgabe 98
- Ausdauer 29
- Ausgrenzung 44, 177
- Ausländer 14
- Außenpolitik 19, 24
- Autosuggestion 143

B

- Baden-Württemberg 47
- Banken 67, 163, 176, 177
- Baring 7
- Baustellen 87
- Bayreuth 155
- Beamte 94
- Beamtenversorgung 25
- Behandlungstourismus 10
- Behinderte 48, 49
- Beitragsrecht 16, 49
- Beitragsrückgewähr 16
- Beitragszahler 24, 49, 58, 82, 83, 168
- Beitrittländer 44, 56

Beitrittsreife 43
Beliebigkeit 114
Benzinpreise 38
Berater 78, 90, 120, 166, 167
Berlin 147, 52, 81, 99
Berliner Erklärung 149, 174
Berufsfreiheit 109
Berufskrankheiten 66
Beschäftigtenbeteiligung 46, 47
Beschäftigung 9, 28, 56
Beschäftigungsgipfel 9
Beschäftigungsinitiative 35
Beschäftigungspolitik 9, 37
Bescheidenheit 137
Beschleunigung 39
Besitzstand 43
Besoldung 130
Bestandsaufnahme 23
Betäubungsmittel 34
Betriebe 46
Betriebsräte 46, 47, 162
Betriebsverfassungsrecht 46, 47
Bevölkerungsdynamische Rente 34
Bewährungsprobe 31
Bewegungsmangel 23
BGB 48, 93
Bierzelte 167
Bildung 21, 36, 64, 65, 77, 81, 94, 97,
98, 129, 130, 146, 161, 173, 174
Bildungsplaner 173
Binnengrenzen 161
Binnenmarkt 37, 46
Bismarck 89
Blühende Landschaften 143
Boat People 13
Bonn 99
Bosnien-Herzegowina 12
Brandenburg 60, 63, 93, 94, 173
Brasilien 19
Bremen 151
Brutus 166, 175
Brüssel 145, 52
Bund 51
Bundesagentur für Arbeit 161
Bundesfinanzministerium 164, 167,
168
Bundesgarantie 151
Bundeshaushalt 25, 168
Bundeskanzler(in) 78, 103, 126, 128,
132, 158, 171
Bundespräsident 100, 113, 169

Bundespresseamt 26
Bundesrat 48, 51, 100
Bundesrechnungshof 60
Bundesregierung 48, 49, 56
Bundestag 28, 100
Bundesverfassungsgericht 19, 20, 27,
32, 36, 40, 49
Bundesversammlung 169
Bündnis für Arbeit 69
Bürger 24, 37, 43, 52
Bürgernähe 84, 172
Bürgerpräsident 95, 96
Bürgerversicherung 82, 108
Bürokratie 46, 67, 172

C

China 161
CDU 12
Caesar 165, 166
Centers of Excellence 35
Charta der Grundrechte 37
CO₂ 147
Computer-Fachleute 35
Corporate Governance 163
Courage 46
CSU 12, 89, 168

D

Dabeisein 173
DDR 140
Defensive 34
Defizite 31, 33, 34, 44, 71, 84, 129, 168,
172
Déjà-vu 28
Demografische Komponente 30, 34,
50
Demokratie 23, 24, 27, 46, 49, 84, 85,
99, 103, 104, 105, 109, 112, 113, 160,
168, 169
Demokratisierung der Verwaltung
46
Demoskopie 179
Derivate 177
Depression 94
Destabilisierung 101
Deutsche Einheit 106
Deutschland 7, 8, 12, 13, 16, 21–23,
25–27, 31, 32, 35, 38–41, 46, 47, 49,
60–62, 70, 71, 73, 78, 79, 81, 86, 89, 90,
91, 93, 95–97, 100–102, 107–109,
111–113, 115, 119, 124, 128–130, 137,
140, 142–145, 150–152

Deutschland erneuern 25
 Deutungshoheit 142
 DFB 158
 Dienstleistung 40
 Dienstleistungsfreiheit 10, 41, 55
 Dienstleistungsländer 41
 Diktaturen 31
 Dilettantismus 165
 Diskontinuität 12
 Diskriminierung 43, 44, 128, 174
 Donau 121
 Doppelte Staatsangehörigkeit 102
 Dringlichkeit 82
 Drogen 34
 Drogenkonsumräume 34
 Dublin 52
 DUDEN 102
 Dynamik 34

E

Ehe 49
 Eigenbeitrag 59
 Eigene Mehrheit 88
 Eigentumsrecht 46
 Einfache Lösungen 111
 Einfaches Recht 92
 Einigungsvertrag 31
 Einpackservice 41
 Einschaltquoten 124
 Einwanderung 42, 45
 Eiserner Vorhang 149
 Eitelkeit 124
 Elbe 118
 Elfter September 55
 Elite 52
 Eltern 59, 114, 118, 127, 144, 173
 Elterngeld 114
 Ende des Wohlfahrtsstaates? 7
 Energie 41, 42
 Energiepreise 161
 Energieverbrauch 148
 Enthüllungen 34
 Entlastungseffekt 39
 Entlassungen 178
 Entscheidungsträger 96
 Entwicklungshilfe 100
 Entwicklungspolitik 101
 Erblast 28
 Erfinder 35
 Erlebnisgeneration 85
 Ernüchterung 32

Erweiterung 43
 Erziehungsgeld 114
 EuGH 10
 Euphemismus 141
 Euphorie 17
 EURO-Fieber 7
 Euromosaic-Studie 8
 Europa 5, 7, 8, 11, 19, 23, 24, 26, 27,
 33, 36, 37, 38, 40, 42, 44, 52, 53, 54, 56,
 59, 62, 65, 67, 84, 85, 95, 96, 99, 115,
 117, 121, 128, 130, 145, 149, 150, 154,
 171, 172, 174, 177, 79,
 Europäische Integration 47
 Europäische Sozialunion 7
 Europäische Union 14, 15, 33, 42, 43,
 45, 52, 56, 59, 62, 65, 66, 84, 85, 97,
 107, 111, 115, 140, 148
 Europäischer Rat 54
 Europäisches Parlament 55
 Europäisches Richterrecht 9
 Europaminister 56
 Europapolitik 19
 Europawahl 24
 EZB 177
 Experten 5, 22, 33, 35, 60, 77, 84, 93,
 97, 98, 99, 107, 108, 124, 130, 132, 137,
 138, 142, 147, 173
 Expertenlücke 35
 Extremismus 136, 162
 Extremisten 104

F

Fachleute 35, 108, 164, 167
 Fahrgäste 158
 Fallpauschalen 54
 Familie 43, 49, 95, 133, 147, 148, 156
 Familienkomponente 19
 Familienlastenausgleich 20
 Familienleistungsgesetz 178
 Familienzusammenführung 43, 45
 FDP 80
 Feiertage 106
 Feinsteuern 58
 Finanzausgleich 52
 Finanzen 32
 Finanzierungsprobleme 45
 Finanzmärkte 175, 178
 Finanzminister 19, 53
 Finanzwirtschaft 176
 Fiskalische Dimension 22
 Fiskus 164

Flexibilität 13, 23
Fließbandarbeiter 35
Flüchtlinge 9, 12, 15, 43
Fluchtersachen 15
Föderalismus 129
Fonds 6, 135, 174, 177
Fordern 141
Fördergelder 173
Fördern 141
Forscher 35
Fortbildung 94
Fortschritt 35
Frachtkunden 158
Frankreich 96
Freie Arztwahl 20
Freie Förderung 178
Freie Träger 58
Freiheit 37
Freizügigkeit 37, 55
Fremdenfeindlichkeit 136
Freunde 136
Frieden 37
Frühverrentung 142
Führungsfrage 175
Funktionäre 124
Fußball 152

G

G8-Staaten 148, 152
Gaspreise 41
Gegenfinanzierung 150
Gehörlosengeld 58
Gelassenheit 23, 41, 136, 157, 169
Geld 19, 26, 38, 41, 73, 90, 133, 134, 179
Geldwert 161
Gemeinnützige Arbeit 68
Gemeinschaftsorgane 37
Gemeinwohl 110, 159
Generationenvertrag 30, 47
Generatives Verhalten 114
Genfer Konvention 15
Geopolitik 96
Gerechtigkeit 23, 27, 72, 101, 104, 118, 119, 123
Geriatric 62
Gerichte 113
Gerichtsbarkeit 40
Geringverdiener 168
Gerontologie 63
Geschäft zulasten Dritter 45, 51, 66

Geschichte 17, 23, 25, 30, 37, 38, 47, 64, 85, 86, 93, 102, 107, 111, 114, 116, 148
Geschwätzigkeit 108
Gesellschaft 8, 17, 23, 31, 40, 41, 49, 57, 58, 65, 71, 76, 78, 95, 100, 101, 107, 122, 124, 126, 132, 133, 139, 141, 147, 156, 159, 163, 164, 169, 170, 178, 179
Gesetzesfolgen 21
Gesetzgebungskunst 48
Gesunder Menschenverstand 39
Gesundheitsfonds 143, 147, 167
Gesundheitspauschale 143
Gesundheitspolitik 17, 53, 56, 72, 79
Gesundheitsschutz 53
Gesundheitsversorgung 174
Gesundheitswesen 16, 24, 31, 59, 60, 63, 92, 108, 132, 134, 135, 140, 143, 147
Gewalt 5, 9, 65, 141, 149
Gewerkschaften 8, 28, 34, 61, 71, 77, 80, 90, 93, 94, 96, 126, 129
Gewinnmaximierung 115
Gewissen 11, 38, 44, 60, 104, 107, 141, 142, 152, 166, 168
Gewöhnung 72
Ghana 136
Glaubwürdigkeit 27, 52
Gleichbehandlung 43, 46, 94
Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse 31
Globaler Wettbewerb 33, 44
Globalisierung 46, 96, 145, 170
Glücksspielmonopol 164
Glühlampen 147
Göteborg 53
Götterdämmerung 156
Green Card 35, 39
Grenzen 43
Grenznahe 54
Grenzregionen 54
Große Koalition 10
Grundgesetz 39
Grundrechnungsarten 39
Grundrechtecharta 62
Grundsicherung 113, 178
Grundvertrauen 47, 179
Grüner Hügel 156
Gruppenprinzip 46

H

Haftanstalten 36
Häftlinge 36

Haftpflicht 25
 Handlungsfähigkeit 166
 Harmonisierung 37
 Harz 147
 Hauptfürsorgestelle 49
 Haushalt 28, 32
 Heiligendamm 152
 Heißer Herbst 126
 Herkunftsland 116
 Herzog 88, 95
 Hessen 162, 165, 166
 Heuchelei 144
 Hoffnungen 30
 Hohe Behörde 37
 Hohlmeier 102
 Hortplätze 145
 Hypothekenmarkt 162

I

Ich-AG 67, 90
 Iden des März 165
 Identität 8
 illegale Migration 9, 13, 34
 Illegaler Aufenthalt 57
 Immobilienmarkt 162
 Imperativ, kategorischer 162
 Indien 148
 Industrienationen 177
 Inflation 31
 Inflationsausgleich 24, 30
 Informationsmaterial 26
 Ingenieurmangel 155
 Innenleben des Sozialstaates 12
 Innenminister 25
 Innere Sicherheit 64, 162, 178
 Instinkt 85
 Integration 37, 42, 45, 47, 52
 Integrationspolitik 57
 Intelligentes Sparen 98
 Interessenverbände 153, 179
 Intergouvernemental 84
 International 8, 95, 96, 101, 116, 145
 Intuition 25
 Iran 136, 161
 Iren 52, 171
 Irrfahrt 16
 Irrungen 23, 31
 Italien 13
 IT-Techniker 39
 IWAN 81
 IWF 177

J

Jahreswirtschaftsbericht 53
 Jahrhundertgefühl 31
 Job-Center 90
 Jugendliche 64, 77, 174
 Jugoslawien 150
 Jung 30, 47
 Justizminister 36
 Justizpolitik 84
 Justizvollzug 36

K

Kaiserliche Botschaft 131
 Kaiserliche Botschaft 22
 Kakophonie 146
 Kandidat 95
 Kant 162
 Kapitulation 31
 Kardinal 1 57
 Karlsruhe 36, 50
 Karneval 110
 Karrierefrau 156
 Kassenärztliche Bundesvereinigung 10
 Kassenlage 24, 25
 Katastrophe 29
 Kategorischer Imperativ 162
 Katholikentag 100
 Kaufkraft 161
 Kfz-Steuer 41
 Kilometerpauschale 41
 Kinder 19, 35, 49, 64, 65, 152, 156, 168, 174
 Kinderarbeit 65
 Kinderarzt 63
 Kinderbetreuung 50, 59, 62, 114, 127, 146, 151
 Kindererziehungszeiten 50, 59
 Kinderfreibetrag 19
 Kindergartenplätze 146
 Kindergeld 22, 168
 Kinderpornografie 65
 Kindertagesstätten 118
 Kirchen 96
 Klagen 39
 Kleinstaat 164
 Klimaschutz 158
 Klimawandel 147
 Klimaziele 179
 Klugheit 94, 170

Koalition 34, 53
Koalitionsvereinbarung 16
Köhler 169
Kohl 80, 97
Kohle 37
Kombilohn 58
Kommission 43, 54, 66, 69, 102, 128,
129, 156, 164, 174, 177
Kommissionen 73, 77, 78, 88, 90, 130
Kommunen 49, 58, 79, 131, 172,
Kommunismus 38
Kompetenz 8, 55, 56
Kompetenzverlust 172
Kompromiss 105, 106
Konjunktureinbruch 178
Konsensgespräche 34
Konsolidierung 14, 28, 142
Kontinuität 13
Konvent 84
Konzeptfalle 108
Konzeptionelles Defizit 32
Kopfpauschale 135
Kopfprämie 89
Kosovo 24
Kostendämpfung 24, 60
Kostenerstattung 9, 16
Kostenlast 10, 17
Kostenprobleme 12
Kraft 54
Kraftstoffpreise 161
Krankenhausbedarfsplanung 54
Krankenhäuser 10
Krankenversicherung 11, 16, 24, 29,
31, 33, 45, 47, 53, 54, 58, 62, 63, 75, 77,
78, 82, 89, 96, 105, 122, 131, 134, 135,
151, 167, 168
Kreditwirtschaft 170
Krieg 31
Kriegsopfer 47
Krippenplätze 152
Krise 99
Krisenfest 177, 178
Kritik der (praktischen/reinen) Ver-
nunft 162, 163
Kündigungsschutz 76
Kunst 51
Kurshalten 30
Kurzarbeitergeld 178
Kurzatmigkeit 45
Kurzsichtigkeit 45

L

Ladenschluss 27, 28, 41
Landesbank 167
Länder 51, 55
Langzeitarbeitslose 81, 161
Lastenausgleich 47
Laterales Denken 166
Lebenserfahrung 17, 95
Lebensleistung 173
Lebensmittel 161
Lebenslüge 89
Lebenspartnerschaftsgesetz 68
Lebensperspektiven 111
Lebensplanung 173
Lebensrisiken 16, 17
Lebensunterhalt 53
Leimruten 169
Leisner 169
Leistung 172
Leistungsempfänger 18
Leistungserbringer 18
Leistungsfähigkeit 25
Leistungsgesetz 21
Leistungshonorar 54
Leistungsmissbrauch 9
Leistungsverbesserungen 29
Leitantrag 81
Leitkultur 140
Lissabon 128
Livestyle 173
Lobbyismus 109
Logik 39
Lohnbezogenheit der Rente 20
Lohnfortzahlung 9, 22
Lokführer 158
Lösungen 29
Lösungskompetenz 79
Luxemburg 179

M

Maastricht 14, 56
Macher 90
Macht 51
Machthunger 166
Makroökonomie 96
Malta 33
Manager 90, 162, 168
Manifest 123
Markt 59
Marokko 13
Maschinensteuer 86

Massenarbeitslosigkeit 26
 Maximen des Wollens 150, 163, 164
 Maximierung der Gewinne 163
 Medien 24, 25, 65, 84, 90, 94, 95, 98,
 106, 109, 121, 122, 124, 138, 153, 157,
 169, 160, 164, 173, 179
 Mediengesellschaft 124
 Medizinischer Fortschritt 9
 Menschenrechte 161
 Mentalreservationen 88, 89
 Merkel 102
 Mieter 41
 Migrationspolitik 43
 Mindestlohn 168
 Mindestrenten 168
 Missbrauch 34
 Misstrauen 139
 Misstrauensvotum 99
 Mitbestimmung 59
 Mitgliedstaaten 9, 37, 43, 55
 Mitte 162
 Mittelstand 141
 Mobilität 174
 Modell Deutschland 89
 Motor Deutschland 78
 Mut 54
 Muttersprache 8
N
 Nabelschau 60
 Nachbesserung 17, 18, 50, 51, 55, 87,
 115
 Nachhaltigkeit 101, 113, 151
 Nachkriegszeit 113
 Nachrichtendienste 164
 National 7, 10, 11, 29, 33, 37, 44, 47,
 55–57, 66, 80, 84, 95, 96, 99, 101, 103,
 112, 115–117, 128, 129, 136, 145
 Nationale Atempause 29
 Nationale Sozialsysteme 33
 Nationalfarben 136
 Nationalhymne 136
 Nationalistisch 149
 Nationalstaaten 37, 99, 115, 117
 Nationen 52
 NATO 80, 103
 Nebenkosten 41
 Nebentätigkeit 109
 Neid 152
 Nettolöhne 24
 Nettorente 22

Neue Länder 36
 Neue Mitte 142
 Neutralität 26
 Neuwahlen 100
 New Orleans 121
 New York 64
 NGO 64
 Nibelungentreue 156
 Niederbayern 141
 Niederlande 117
 Niederlassungssperren 63
 Nizza 44, 52, 54
 Noch-Volkspartien 161
 Not 178
 Notgesetze 75
 NS-Diktatur 156, 157

O

Oberschicht 141
 Objektivität 25
 Obligatorische Streitschlichtung 39
 Oder 118
 Offenbarungseid 67
 Offen Stellen 161
 Öffentliche Gesundheit 43
 Öffentliche Hand 9
 Öffentlicher Dienst 8, 9, 164
 Öffentliches Interesse 158
 Öffentlichkeit 24
 Öffnung der Grenzen 55
 Ökonomen 173
 Ökonomische Rahmenbedingungen
 8
 Ökonomische Steuerreform 18
 Ökosteuer 38, 41
 Oktanzahl 41
 Ölpreise 41
 Olympiaboykott 167
 Olympische Spiele 172
 Opportunität 51, 164
 Opposition 34, 166
 Opting out 171
 Orakel 125
 Originalität 8, 30
 Ortskrankenkassen 31
 Ostblock 150
 Osterweiterung 54
 Ost-West-Konflikt 37

P

Palästinenser 106
 Panikferne 179

Papst Benedikt XVI. 139
Parlament 84
Parteien 179
Parteigremien 173
Parteispenden 34
Parteitage 19
Parteivorsitzende 173
Parteiwohl 163
Partikularinteressen 110
Patientenrechte 174
Patient Sozialstaat 7
Patriotismus 106, 161
Peking 167
Pendlerpauschale 168
Perfektion 129
Personalvertretungsrecht 46
Persönliche Lebensführung 36
Perspektive 32
Pflege 16
Pflegebedürftigkeit 21
Pflegenotstand 22, 29
Pflegeversicherung 16, 20, 31, 84, 166
Pharmaindustrie 62
Platzangst 94
Plutarch 165
Polemik 168
Policy Maker 85
Politiker 71, 72, 86, 88, 90, 95, 96, 109,
116, 117, 121, 124, 127, 137, 141, 144,
147, 159, 160, 165, 167, 173, 179
Politische Kultur 165, 166
Politische Ränder 139
Politische Vernunft 116
Politisches Vakuum 27
Populismus 141
Prantl 96
Prävention 66, 178
Prestige 158
Prinzipientreue 142
Privat 160
Private Altersvorsorge 48
Private Pflichtversicherung 21
Private Vorsorge 16, 50
Privatisierung 101
Privatversicherung 16
Produktivität 9
PROGRESS 174
Prominente 163
Protestwähler 111
Psychologie 177

Q

Quadratur des Kreises 171
Qualifizierung 178

R

Radikalismus 111
Rat 55, 166, 177
Rauchverbot 167
Ratlosigkeit 30
Re-Aktion 7
Reaktionsfähigkeit 23
Realitätsferne 23
Recht bekommen 39
Recht haben 39
Recht 39
Rechtmäßigkeit 164
Rechtsradikalismus 40
Rechtsstaat 23, 39, 94
Redlichkeit 157
Referendum 117, 171
Reform 51
Reformansätze 45
Reformbedarf 12
Reformeifer 34
Reformen 96
Reformpolitik 15
Reformstaaten 38
Reformstau 32, 70
Reformvorschläge 31
Regelsätze 80
Regierungserklärung 16
Regierungskonferenz 56, 66, 84, 154
Regierungskunst 97
Regionen 52, 172
Rehabilitation 49
Reichtumsbericht 16
Reife, politische 170, 179
Reifeprüfung 169
Reisen 16, 40
Renaissance des Staates 178
Rente 38
Rentenbericht 38
Rentenerhöhung 167
Rentenformel 29, 48, 50
Rentenkassen 38
Rentenkompromiss 30, 50
Rentenniveau 3, 24
Rentenreform 15, 48, 51, 58, 62
Rentensystem 25

- Rentenversicherung 24, 29, 30, 34, 38,
41, 42, 45, 47, 50, 61, 73, 80, 82, 86, 92,
103, 105, 108, 114, 131, 144, 151
- Resozialisierung 36
- Rezession 178, 179
- Rhein 121
- Rheinland-Pfalz 47
- Rhetorik 18, 28
- Richter 94, 95
- Richtige Politik 9, 10, 14, 15, 18, 20,
26–28, 34, 37, 40, 46, 48, 51, 52, 54, 55,
56, 61, 65, 67–69, 74, 78, 81, 83, 87, 89,
94, 95, 102, 103, 109, 111, 112, 117,
118, 120, 122, 130, 132, 136, 140, 141,
143, 145, 148, 149, 154, 159, 163
- Richtungsentscheidungen 20
- Riesterrente 101
- Risiken 8, 13, 14, 16, 17, 30, 32, 33, 40,
42, 45, 53, 54, 74, 82, 83, 86, 125, 132,
133, 137, 161
- Rolle rückwärts 17
- Römische Verträge 149
- Rot-Grün 105
- Rückführung 13
- Ruck-Rede 95
- Rücktritte 34
- Russische Föderation 102
- S**
- Sachenrecht 48
- Salto mortale 29
- Sanierung 28, 123, 143, 151
- Schadenfreude 175
- Scheitert Deutschland? 7
- Schengen 13, 14, 112
- Scherbengericht 156
- Schlagzeilen 24, 29, 30
- Schlanker Staat 9
- Schuldenberg 26
- Schuldenstaat 26
- Schuman 36, 37
- Schwarzmarkt 164
- Schwarz-Rot 143
- Schwellenländer 177
- Schwerbeschädigte 49
- Schwielowsee 175
- Selbstbehalt 16, 17, 74, 76
- Selbstbeschäftigung 34, 109
- Selbstbestimmung 46, 47, 119
- Selbstheilungskräfte 178
- Selbstherrlichkeit 135
- Selbsthilfe 55, 58
- Selbstverantwortung 16, 46, 59, 72,
81, 90, 124, 133, 135
- Selbstverwirklichung 67
- Seriosität 67
- Service 40, 41
- Serviceunternehmen 90
- SGB III 9
- SGB IX 48
- SGB XI 20, 21
- Shakespeare 166
- Show 69
- Sicherheit 8, 18, 59
- Sicherheitspolitik 24
- Siegermächte 150
- Skandale 34, 52, 60, 95
- Sklerose 23
- Small Business Act 76, 90
- Solidarität 16, 30, 31, 44, 174, 179
- Solidarpakt 47
- Solidität 20, 32, 38, 113, 150
- Sommertheater 27
- Sonntag 27
- Sorgen 52
- Souveränität 37
- Sozial 8, 10, 12,, 13–16, 19, 20, 22–26,
28–33, 36–41, 43–54, 57–60, 62, 63,
65, 66, 69, 70–77, 79, 80–82, 86, 88, 89,
90, 92, 93, 96, 100–102, 104, 106–108,
111–114, 116, 118–123, 125, 126, 128,
132–136–139, 141–150, 152, 167, 168,
169, 174
- Sozialabbau 8
- Sozialbeiträge 17
- Sozialbericht 38, 54
- Sozialdemokratie 79, 175
- Soziale Dimension 54, 56, 150, 172
- Soziale Errungenschaften 32
- Soziale Gerechtigkeit 7, 25–26, 29, 37,
59, 62, 93, 100, 112, 114, 119, 121, 125,
168, 171, 175, 176, 178,
- Soziale Grundrechte 28
- Soziale Kälte 126
- Soziale Ordnung 47, 57
- Soziale Realität 28, 161
- Soziale Rechte 37
- Soziale Sicherheit 7, 8, 16, 23, 25, 29,
37, 40, 43, 44, 50, 58, 59, 62, 93, 100,
104, 114, 118, 119, 121, 123, 125, 128,
137, 142, 171, 175, 176, 178

- Soziale Sicherung 20, 25, 30, 31, 32,
38, 41, 44, 45, 74, 102, 113, 132
Sozialer Dialog 43, 174
Sozialer Rechtsstaat 22
Sozialer Zusammenhalt 44
Soziales Europa 36
Soziales Gewissen 11, 38, 60, 104,
107, 141, 142, 152, 166, 168
Soziales Umfeld 44
Soziale Verantwortung 176
Sozialgesetzbuch 9, 20, 21, 48, 49, 92, 93
Sozialhilfe 7, 21, 31, 41, 49, 53,, 54, 58,
70, 80, 86, 101, 103, 107, 113, 118, 131
Sozialminister 50
Sozialordnung 176
Sozialpolitik 7, 8, 12, 13–30, 31, 33, 41,
43–45, 56–61, 65, 66, 70–72, 74–76, 78,
85–91, 100, 104–106, 111, 113, 114, 118,
119, 122, 139, 141–143, 145, 147, 150,
151, 160, 161, 166, 168, 169, 174, 177, 178
Sozialpolitik auf Kredit 177
Sozialpolitische Agenda 44
Sozialraum Europa 33, 53, 54–56, 59
Sozialrecht 7, 49, 50, 85, 93, 120
Sozialromantik 119
Sozialstaat 7, 8, 24, 25, 31, 32, 35, 47, 169
Sozialstandards 44, 175
Sozialsystem 17, 40, 74
Sozialunion 7, 37
Sozialverbände 96
Sozialversicherung 16, 18, 19, 21, 25,
31, 38, 42, 49, 50, 73, 76, 82, 92, 101,
114, 131, 132, 134
Sozialverwaltung 178
Sparzwang 28
SPD 12, 79, 80, 88, 89, 97, 98, 161, 162,
169
Spekulationen 34
Spieltheorie 165
Spitzensportler 173
Sport 153
Sportler 172
Sportverletzungen 78
Sprache 8, 55
Staatsrechtslehrer 168
Staats- und Regierungschefs 9, 64,
148, 154
Staatsanwälte 94, 113
Staatshaushalt 16
Stabilitätskriterien 143
Stahl 37
Standort 44, 151
Statistik 60
Statistiker 173
Stationäre Versorgung 54, 58
Stellenpläne 9
Steuerbehörden 164
Steuerfragen 34
Steuermittel 16, 164, 168
Steuerpläne 168
Steuerpolitik 19
Steuerrecht 27
Steuerreform 13, 18, 19, 22, 27, 34, 51,
75, 108, 168
Steuerungswirkung 9, 20, 55, 56, 68,
78, 92, 97, 107, 147, 177
Stille Nacht 44
Stockholm 54
Strafvollzug 130
Streik 20, 164
Streitkultur 39
Strukturreform 24, 29, 48
Stützapparat 23
Subsidiär 56, 62, 65, 66, 84, 150
Subsidiarität 55, 174
Süderweiterung 54
Super 71
Supermärkte 41
Supranational 37, 145
T
Taktik 123
Talkshows 112
Tampere 42
Tanken 38
Tankstellen 41
Tarifautonomie 159
Tarifautonomie 28, 130, 158, 159
Tarifvertragsparteien 8, 56
Technik von heute 35
Technische Normen 129
Teilzeitarbeit 46
Telekommunikation 46
Terror 59, 96, 161, 178
Tibet 167
Titanic 47
Toleranz 98
Tourismusbörse 148
Transparenz 27, 64, 84, 135
Treibstoff 41
Trendwende 13
Trinkgelder 41

Tunesien 13
 Türken 102
U
 Überforderung 23
  berheblichkeit 176
 Überlastung der Gerichte 39
 UDSSR 149
 Ukraine 136
 Umkehr 13
 Umverteilung 16
 Unabhängigkeit 166
 UN 64
 Unfähigkeit 30
 Unfallversicherung 31
 Unionsbürger 116, 171
 Unterfranken 141
 Unternehmensberater 166
 Unternehmer 34, 46, 55, 71, 75, 78,
 115, 134
 Unterprivilegiert 169
 Unterschicht 140
 Unvernunft 35
 Unwort 18
 Urlaub 41
 USA 120, 141, 162, 164, 168
 Utopien 80

V
 Veränderung 17, 82, 177
 Verantwortung 9, 16, 19, 24, 25, 26,
 29, 46, 47, 50, 59, 65, 68, 70, 71, 72, 78,
 81, 89, 90, 96, 98, 103, 105, 123, 124,
 125, 133, 135, 148, 152, 153, 167, 168,
 170, 177, 179
 Verbände 28
 Verbandsmandat 110
 Verbandsvertreter 109
 Verbraucherschutz 53
 Verbrechen 96
 Verdrängen 137
 Verdr ngungssymptome 23
 Verirrungen, politische 139, 167, 170
 Verfassung 27, 28, 49, 50, 56, 84, 107,
 133, 154
 Verfassungsbeschwerden 28
 Verfassungsrecht 83
 Vergangenheit 26, 34, 85, 86, 157
 Vergessen 137
 Verlässlichkeit 47
 Vermieter 41
 Vermittlungsausschuss 50

Vernunft 35, 98, 116, 119, 139, 140,
 162, 163, 164, 166
 Verschiebebahnhöfe 38
 Verschuldung 26, 29
 Versicherungsstaat 9
 Versorgungsreformgesetz 9
 Versorgungsr cklagegesetz 9
 Versorgungsstaat 101
 Versprechen 52, 58, 67, 72, 118, 149, 165
 Verteidigungspolitik 19
 Vertrauen 27, 30, 58, 67–69, 81, 97, 98,
 100, 105, 113, 114, 119, 142, 151, 158
 Vertriebene 12
 Vielfalt 52
 Visapolitik 14
 Visaregime 37
 Visionen 116
 Volkspartei 111, 123, 124, 126, 127,
 161, 170, 175
 Volkswirtschaft 25
 Vollbeschäftigung 111
 Vollkasko mentalit t 17
 Vorbeugende Sozialpolitik 178
 Vorsätze 162
 Vorwahlkampfzeit 59, 172
 VW 103
W
 Wachstum 18, 25, 59, 68, 69, 81, 82,
 107, 115, 128, 129, 134, 151
 Waffengleichheit 159
 Wahlbetrug 124
 Wahlen 7, 11, 15, 28, 29, 33, 34, 45, 47,
 48, 60, 67, 69, 70, 72, 75, 76, 87, 88, 92,
 95, 96, 99, 100, 105, 111, 117, 118, 121,
 139, 142, 146, 158, 161, 168, 169
 Wahlergebnis 64, 151, 175, 176
 Wähler 176
 W hlerauftrag 100
 Wahljahr 17
 Wahlkampf 12, 29, 50
 Wahlprogramme 19
 Wahrheit 46, 53, 70, 92, 99, 132
 Wahrheiten 46, 54, 70, 92, 99, 132
 Währungsreform 31
 Warenverkehr 10, 11
 Weihnachtszeit 41
 Weltbank 177
 Weltwirtschaftskrise 31
 Werbank 35

Wettbewerb 28, 33, 44, 96, 128, 130,
131, 136, 165, 157
Wiedervereinigung 9, 10, 26, 31, 37,
47, 55, 103, 130, 150
Winter 41
Wirklichkeit 9, 10, 32, 48, 102, 109,
116, 120, 121, 122
Wirkungskraft 55
Wirrungen 23, 31
Wirtschaft 10, 18, 19, 43, 44, 46, 47,
53, 69, 75, 76, 77, 107, 119, 155
Wirtschaftsgemeinschaft 37
Wirtschaftsminister 53
Wissenschaftler 35
Witwenrente 51
Wohl des Landes 163
Wohlstand 37, 107, 115, 116, 178
Wohneigentum 48
Wohngeld 41, 168
Wohnungsbauförderung 48
Würde des Menschen 20, 36
Z
Zahnregulierungen 9

Zeit 172
Zeitarbeit 46, 66, 67, 81, 114, 140
Zensur 140
Zensur 157
Zertifikate 177
ZPO-Novelle 39
Zufallsprinzip 32
Zukunft 7, 15–17, 19, 20, 24–26, 29,
30, 32, 34, 45, 54, 64, 66, 69, 70, 72, 74,
79, 83, 89, 91, 102, 103, 105, 107, 109,
114, 116, 117–119, 124, 125, 127, 128,
131, 132, 135, 137, 151
Zukunftsfähigkeit 30, 33
Zukunftsprogramm 29
Zukunftssicherheit 178, 179
Zumutungen 96
Zusammenhalt 179
Zusatzversorgung 9
Zuverlässigkeit 25
Zuwanderung 35, 43, 45, 57, 58, 68
Zwänge 167
Zweckmäßigkeit 164
Zypern 33